

Moody's place le Fonds de secours européen sous perspective négative

Le Monde.fr avec AFP | 25.07.2012 à 06h47 • Mis à jour le 25.07.2012 à 09h52

Partager facebook twitter google + linkedin



L'agence de notation financière Moody's a abaissé, mardi 24 juillet, de "stable" à "négative" la perspective du Fonds européen de stabilité financière (FESF), un jour après [avoir](#) notamment dégradé celle de l'[Allemagne](#), son principal contributeur.

Cette réévaluation "suit les récents changements de perspectives opérés par Moody's sur les notes d'Etats de la zone euro qui sont des garants du FESF", a expliqué, dans un communiqué, l'agence. Lundi, Moody's avait abaissé de "stable" à "négative" la perspective de l'Allemagne, mais également des [Pays-Bas](#) et du Luxembourg en raison de "l'incertitude croissante" dans la zone euro et de la "forte probabilité" que des nouvelles aides aux pays en difficulté s'avèrent nécessaires.

Lire : [Moody's place l'Allemagne, les Pays-Bas et le Luxembourg sous surveillance négative](#)

"GARANTIE PLEINE ET ENTIÈRE" DES ÉTATS

Dans son communiqué mardi, l'agence a indiqué qu'elle maintenait pour le moment son triple A au FESF, la meilleure note possible, estimant que le Fonds continuait de bénéficier de "la garantie pleine et entière" des Etats économiquement solides de la zone euro.

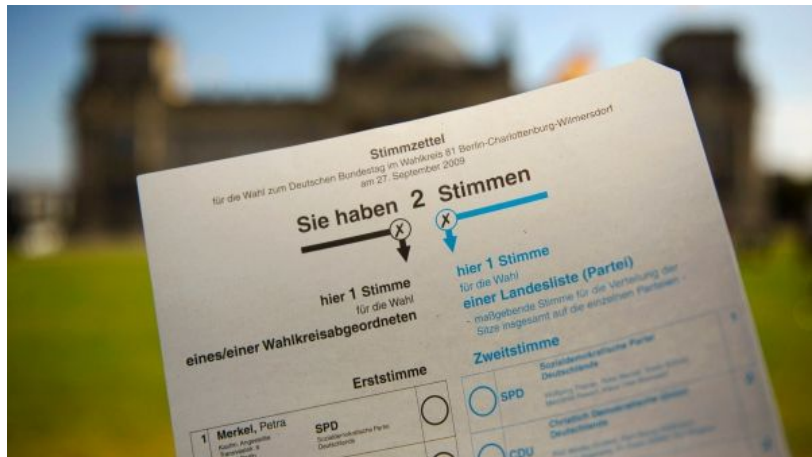
Mais elle a toutefois prévenu qu'un abaissement de la note du Fonds était de "plus en plus probable" dans les douze à dix-huit prochains mois, notamment si ses principaux contributeurs, dont la France, se voyaient [retirer](#) leur triple A.

Mis en place en 2010 en pleine crise de la dette, le FESF lève de l'argent sur les marchés avec une garantie apportée par les Etats de la zone euro proportionnellement à leur participation dans le capital de la Banque centrale européenne. Empruntant à des taux très avantageux, il peut ensuite [reverser](#) les sommes collectées aux pays en difficultés à des taux moindres que ceux qu'ils devraient [payer](#) sur les marchés.

Emises en janvier 2011, les premières obligations du FESF ont été utilisées pour [venir](#) en [aide](#) à l'[Irlande](#). Appelé à disparaître au profit du Mécanisme européen de stabilité (MES), le FESF est également venu en aide au [Portugal](#) et à la [Grèce](#) en versant 25 milliards d'euros au Fonds grec de stabilité (Hellenic [Financial Stability Fund](#)) afin de recapitaliser les banques du pays. Les banques espagnoles devraient, elles aussi, bénéficier de l'aide du Fonds.

Bundestags-Wahlrecht ist verfassungswidrig

FAZ 25.07.2012 · Das neue Wahlrecht für Bundestagswahlen ist verfassungswidrig. Das hat das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe entschieden. Das Verfahren der Sitzverteilung für den Bundestag verstoße gegen die Grundsätze der Gleichheit und Unmittelbarkeit der Wahl sowie gegen die Chancengleichheit der Parteien.



© dapd Neues Verfahren nötig: Das geltende Wahlrecht ist verfassungswidrig

Das im November vergangenen Jahres reformierte Bundeswahlrecht verstößt gegen die Chancengleichheit der Parteien und ist verfassungswidrig. Dies hat das Bundesverfassungsgericht in einem am Mittwoch in Karlsruhe verkündeten Urteil entschieden. Demnach muss die Regelung zur Sitzverteilung im Bundestag etwa über sogenannte Überhangmandate noch vor den Wahlen im Herbst 2013 neu geregelt werden.

Die bisherige Regelung lasse zu, dass Überhangmandate in einem Umfang anfallen, „der den Grundcharakter der Bundestagswahl als Verhältniswahl aufhebt“, befanden die Karlsruher Richter. Überhangmandate entstehen, wenn eine Partei in einem Bundesland mehr Direktmandate erzielt, als ihr nach dem Zweitstimmenanteil Sitze zustehen. Bei der Bundestagswahl 2009 gab es 24 Überhangmandate, die alle an die Union fielen. Das Verfassungsgericht setzte nun selbst eine „zulässige Höchstgrenze von etwa 15 Überhangmandaten“.

2008 hatte Karlsruhe das Wahlrecht schon einmal für verfassungswidrig erklärt

Union und FDP hatten im vergangenen Jahr eine Reform des Wahlrechts ohne Zustimmung der Opposition durchgesetzt, da es zu keiner Einigung kam. Auslöser war ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom Juli 2008, das frühere Vorschriften für verfassungswidrig erklärt und eine tief greifende Korrektur des Wahlsystems für Bundestagswahlen gefordert hatte.

Der Zweite Senat urteilte jetzt über eine Normenkontrollklage der Bundestagsfraktionen von SPD und Grünen, eine Organklage der Grünen-Partei und eine von 3.063 Bürgern erhobene Massenbeschwerde gegen die Änderung des Bundeswahlgesetzes. „Angesichts der Vorgeschichte des neuen Wahlrechts sieht der Senat keine Möglichkeit, den verfassungswidrigen Zustand erneut für eine Übergangszeit zu akzeptieren“, sagte Verfassungsgerichts-Präsident Andreas Voßkuhle.

Quelle: FAZ.NET

Und ihr denkt, es geht um einen Diktator

FAZ 24.07.2012 · Die Reaktionen auf den Syrien-Konflikt offenbaren die geopolitische Ahnungslosigkeit mancher deutscher Kommentatoren: Zehn Minuten Nachhilfe aus gegebenem Anlass können nicht schaden.

Von Hans-Christof Kraus



© AFP Blutiger Diktator? Folgt man der Darstellung des Konflikts in weiten Teilen der westlichen Welt, dann scheint es sich lediglich um die Frage zu handeln, ob es gelingt, die syrische Bevölkerung von Assad zu befreien

Man kann nur staunen über das Ausmaß an fast schon sträflicher Naivität oder auch nur schlichter Ignoranz, das viele Beurteiler der Syrien-Krise an den Tag legen, vor allem, wenn es darum geht, die Hintergründe für das zähe Tauziehen im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen zwischen Amerika und den westlichen Mächten einerseits, Russland und China andererseits aufzuhellen. Folgt man der Darstellung des Konflikts in weiten Teilen der westlichen Welt, dann scheint es sich lediglich um die Frage zu handeln, ob es gelingt, die syrische Bevölkerung von einem blutigen Diktator zu befreien. Vor allem in Deutschland scheint die Unkenntnis, mit der diese Auseinandersetzung derzeit diskutiert wird, grenzenlos zu sein - bis hin zu einer angeblichen, allerdings nicht bestätigten Anfrage an die russische Regierung, ob sie bereit wäre, Assad im Falle seines Sturzes in Russland Asyl zu gewähren.

Dabei geht es um vollkommen andere Probleme. Die Konfliktlinien verlaufen dort, wo sie von fast allen deutschen Beobachtern nicht einmal mehr wahrgenommen werden, und zwar vor allem deshalb, weil man in unserem Land verlernt hat, in weltpolitischen und geostrategischen Kategorien zu denken. Ob die Syrer, in weltpolitischer Sicht gesehen, derzeit oder künftig von einem Diktator aus dem Hause Assad, von einer demokratischen oder sich als demokratisch inszenierenden Regierung oder auch von einem radikal muslimischen Regime regiert werden, ist aus der Perspektive geostrategischer Erwägungen zuerst einmal gleichgültig.

Eine Einteilung in „Weltinsel“ und „Herzland“

Als um und nach 1900 die Welt, die gesamte Landoberfläche des Globus, aufgeteilt und zumeist unter die politische Oberherrschaft der Europäer und Amerikaner gestellt worden war, entwickelten die geostrategischen Denker der damaligen Zeit ein vollkommen neues Bild künftiger Weltpolitik. Die Angelsachsen hatten, obwohl gerade sie unangreifbar erschienen, jetzt zum ersten Mal Anlass, um ihre Weltstellung fürchten zu müssen. Der britische Geograph und Politiker Halford Mackinder entwickelte kurz vor dem Ersten Weltkrieg seine außerordentlich folgenreiche Lehre von der Unterlegenheit der maritimen Weltmächte.



© dpa

Beerdigung der Opfer eines Anschlags in Damaskus: Folgt man Darstellungen des Konflikts in der westlichen Welt, handelt es sich meist um die Frage, ob es gelingt, die syrische Bevölkerung von einem blutigen Diktator zu befreien

Hatte bis dahin das Diktum des amerikanischen Militärtheoretikers Alfred T. Mahan von der Unangreifbarkeit global agierender Seemächte gegolten, so machte Mackinder die Gegenrechnung auf: In seiner neuen Analyse der Landoberfläche des Globus ordnete er die Seemächte dem „äußeren insularen Bereich“ zu, während er Europa, Asien und Afrika als gigantischen Großkontinent auffasste, den er die „Weltinsel“ nannte. Kern dieser Weltinsel war das „Herzland“ („pivot area“), das er in Nord- und Mittelasien verortete. Hier und im Umfeld des „Herzlandes“ seien sieben Achtel der Weltbevölkerung angesiedelt, auch befinde sich in diesem Gebiet der bei weitem größte Anteil der auf der Erde verfügbaren Rohstoffe. Künftige Herrscher der Welt könnten daher nicht mehr die angelsächsischen Seemächte sein, so Mackinders Schlussfolgerung, sondern eventuell diejenige Macht (oder Mächtegruppierung), die in der Lage sei, das Herzland vollständig unter die eigene Kontrolle zu bringen.

Debatte um die weltpolitisch entscheidende Region der Erde

Das starke angelsächsische Misstrauen gegen die kommunistische Sowjetunion in der Zwischenkriegszeit, aber anschließend auch der unerbittliche, bis zum Ziel der bedingungslosen Kapitulation geführte Kampf Amerikas und Großbritanniens gegen die beiden das Herzland von Westen und Osten bedrohenden Achsenmächte Deutschland und Japan sind nur vor dem Hintergrund dieser geopolitischen Konzeption zu verstehen: Der Albtraum einer von Deutschland und Japan gemeinsam oder schlimmstenfalls sogar von Deutschland allein kontrollierten „pivot area“ im Herzen Eurasiens musste mit allen Mitteln verhindert werden. Hierin bestand das erste und wichtigste Kriegsziel Roosevelts und Churchills, dem alles andere untergeordnet wurde.

Noch vor Kriegsende wurde die Lehre Mackinders von der Bedeutung des Herzlandes weiterentwickelt und etwas abgewandelt. Nicholas Spykman, bedeutendster amerikanischer Geopolitiker seiner Zeit, entwickelte schon während des Krieges die Theorie, dass nicht eigentlich das Herzland, sondern dessen Randgebiet, das „Randland“ („rimland“), die weltpolitisch entscheidende Region der Erde sei: Dieses „rimland“ erstreckt sich von Skandinavien über Mittelosteuropa, die Türkei, die arabischen und vorderasiatischen Länder und Indien bis hin nach Indochina, Korea, Ost- und Nordchina. Hier sei die wirklich entscheidende Region der Weltinsel, des gesamten eurasiatischen Kontinents also, zu finden, und wem es gelinge, dieses Randland mit seinen ungeheuren Menschenmassen und seinen unerschöpflichen Rohstoffen unter die eigene Kontrolle zu bringen, sei der Herr der Erde oder könne zumindest den anderen Mächten, gerade auch den traditionellen Seemächten, seinen Willen aufzwingen.

Interventionsverbot für raumfremde Mächte?

Nicht zuletzt auf der Voraussetzung dieser grundlegenden Analysen des bereits 1943 verstorbenen Spykman wurde es nach dem Krieg die geopolitische Staatsräson der Vereinigten Staaten, den traditionellen Isolationismus endgültig aufzugeben, dafür aber fortan aktive Weltpolitik zu treiben. Für die Ära des Kalten Krieges jedenfalls lässt sich sagen, dass fast alle der Hauptkonfliktlinien zwischen Ost und West in den Regionen jener breiten „Randland“-Zone zwischen Finnland im Westen, Korea im Osten gelegen haben. Zwar nicht alle, aber doch die meisten Kriege der Nachkriegszeit, vom Koreakrieg über die Nahost- und die Golfkriege bis hin zum Vietnamkonflikt haben sich in genau dieser Zone abgespielt.

Die geopolitisch-völkerrechtliche Gegentheorie zu Mackinder und Spykman ist fast noch älter; im Kern ist sie bereits in der amerikanischen Monroe-Doktrin von 1823 zu finden; mit der Titelformulierung einer berühmten Schrift des zwanzigsten Jahrhunderts, erschienen während des Zweiten Weltkriegs, kann man sie als „Völkerrechtliche Großraumordnung mit Interventionsverbot für raumfremde Mächte“ (Carl Schmitt) bezeichnen. Dieses Modell hat in seiner Entstehungszeit freilich nicht funktioniert; und gerade mit Blick auf die Bedeutung des Herz- und des Randlandes haben die Amerikaner ein Interventionsverbot außerhalb der eigenen amerikanischen Hemisphäre (jedenfalls dann, wenn es gegen die eigenen Interessen gerichtet war) weder anerkannt noch respektiert.

Es geht nicht vorrangig darum, der syrischen Bevölkerung zu helfen

Im Gegenteil: Sie haben auch nach 1945 immer wieder gerade dort interveniert, wo es ihnen erforderlich schien, die eigene Machtstellung konsequent zu stärken. Nicht zuletzt der Ölreichtum und die auch strategisch entscheidend wichtige Lage der Region zwischen dem östlichen Mittelmeer und dem Arabischen Meer haben gerade dieses Gebiet zu einem Hauptaktionsfeld amerikanischer Außenpolitik werden lassen, bis hin zum letzten Irak-Krieg, zur Besetzung Afghanistans und zu den undurchsichtigen, völkerrechtlich jedenfalls in keiner Weise legitimierbaren Aktionen im nordöstlichen Pakistan.



© dapd

Die Vereinigten Staaten haben auch nach 1945 immer wieder gerade dort interveniert, wo es ihnen erforderlich schien, die eigene Machtstellung konsequent zu stärken

Der aktuelle Konflikt um ein Eingreifen oder Nicht-Eingreifen in den syrischen Bürgerkrieg ist deshalb so brisant, weil sich in dieser Frage der Gegensatz zwischen zwei radikal unterschiedlichen geostrategischen und weltpolitischen Konzeptionen manifestiert. Den Amerikanern und der westlichen Seite geht es nicht oder nicht vorrangig darum, der bedauernswerten syrischen Bevölkerung zu helfen, sondern um Einflussnahme auf die Neugestaltung des Landes nach einem voraussichtlichen Sturz des derzeitigen Regimes, obwohl man mit diesem bisher stets gut zusammenarbeiten konnte. Mehrere, seit längerem geplante, für den Westen wichtige Öl- und Gaspipelines stehen auf dem Spiel, die Saudi-Arabien und Qatar mit dem östlichen Mittelmeerraum und der Türkei verbinden und deshalb partiell durch syrisches Gebiet führen sollen.

Das Blatt hat sich gewendet

Russen und Chinesen nehmen die gegenteilige Perspektive ein. Die russische Militärbasis am Mittelmeer, im syrischen Hafen Tartus gelegen, steht ebenfalls auf dem Spiel - wie die allgemeine machtpolitische Stellung Moskaus und Pekings im nahöstlich-vorderasiatischen Raum. Der Blick auf einen möglichen militärischen Konflikt zwischen Israel und Iran macht es für die beiden größten Mächte Asiens unabdingbar, hier präsent zu sein.

Noch ist nicht vorauszusehen, welche von beiden Seiten sich durchsetzen wird, denn auch die Amerikaner haben schon häufiger UN-Resolutionen missachtet, wenn ihnen dies zur Förderung ihrer eigenen Interessen notwendig erschien. Den unerklärten Krieg gegen den Irak, der zum Sturz des Regimes von Saddam Hussein führte, haben Moskau und Peking höchst widerwillig hinnehmen müssen - am Ende nur deshalb, weil sie es nicht wagen konnten, der zeitweilig einzigen hochgerüsteten Weltmacht entschieden entgegenzutreten. Heute hat sich das Blatt gewendet: Aufgrund schwerer hausgemachter wirtschaftlicher Probleme, die mit einem weit überdehnten außen- und militärpolitischen Engagement zusammenhängen, befinden sich die Vereinigten

Staaten in einer deutlich geschwächten Position. Ihr militärisches Eingreifen in Syrien erscheint schon aus diesem Grund als kaum wahrscheinlich.

Die Würfel sind noch nicht gefallen

Insofern muss die Regierung in Washington das inzwischen dreimal hintereinander ausgesprochene Veto Pekings und Moskaus, mit der eine UN-Resolution gegen das syrische Regime verhindert wird, als ernste Warnung auffassen. Wie es scheint, sehen sich China und Russland in einem gemeinsamen Kondominat über den südasiatischen Raum, und ihr striktes Nein gegen ein Eingreifen der westlichen Mächte in Syrien kann sehr wohl im Sinne einer politisch-völkerrechtlichen Doktrin eines wenigstens angedeuteten Interventionsverbots für raumfremde Mächte, womit vor allem Amerika gemeint ist, gesehen werden. Die Regierung in Washington wiederum wird ein solches Verbot, wäre es denn ernst gemeint, kaum akzeptieren können, denn in der Konsequenz würde dies den endgültigen Verzicht auf politisch-ökonomische Einflussnahme, eventuell sogar auf militärisches Eingreifen in den Regionen des „Randlandes“ bedeuten. Washington kann schon aus ureigenem Interesse jene eurasiatischen Randregionen nicht ihrem Schicksal - und schon gar nicht den beiden asiatischen Weltmächten - überlassen.

Insofern kann man am Ausmaß, am Verlauf und an den, wie abzusehen ist, schon bald eintretenden Folgen des Syrien-Konflikts wie in einem Brennspeigel die gegenwärtige Verteilung weltpolitischer Machtpotentiale ablesen. Die Würfel sind noch nicht gefallen. Aber die geostrategischen Global Player halten sie bereits in der Hand.

Hans-Christof Kraus lehrt Neuere und Neueste Geschichte an der Universität Passau.

Quelle: F.A.Z.

Espagne: la crise s'aggrave, Berlin prié d'agir

Par [Anne Cheyvalle](#) Mis à jour le 24/07/2012 à 22:37 | publié le 24/07/2012 à 20:17 [Réactions](#) (29)



Luis De Guindos, le ministre des Finances espagnol. Crédits photo : Andres Kudacki/AP

L'urgence est telle que le ministre des Finances espagnol a rencontré son homologue allemand, Wolfgang Schäuble, à Berlin. Ensemble, ils ont appelé à une mise en place rapide de l'Union bancaire.

[Après Valence](#) et Murcie, la [Catalogne](#), la région la plus riche d'Espagne, se prépare à solliciter l'aide de Madrid. De quoi affoler un peu plus les marchés et renforcer les spéculations sur un sauvetage inévitable de la péninsule Ibérique.

L'urgence est telle que le ministre des Finances espagnol, [Luis De Guindos](#), a rencontré mardi soir son homologue allemand, [Wolfgang Schäuble](#), avant de s'entretenir, mercredi, avec le ministre français [Pierre Moscovici](#). Ensemble, ils ont appelé à une mise en place rapide des décisions annoncées lors du dernier sommet européen, tout particulièrement sur la question de l'union bancaire.

Il y a en effet urgence quand la première région du pays frôle le défaut de paiement et risque de recourir au fonds de 18 milliards d'euros mis en place par le gouvernement pour soulager [les régions qui n'arrivent plus à se financer sur les marchés](#).

Le gouvernement catalan a toutefois fait machine arrière, après avoir évoqué dans la matinée un appel à l'aide: la région n'a «pas décidé», a précisé un porte-parole de la Communauté, mais admet que «c'est une option qui sera étudiée». Car la communauté est confrontée à «de fortes tensions en termes de liquidités depuis un an».

Peu importe, le mal est déjà fait et la pression monte chaque jour d'un cran. Le taux à dix ans de la dette espagnole a battu un nouveau record historique, à 7,6%. Le Trésor espagnol a réussi à lever 3 milliards d'euros sur des échéances de trois et six mois mais en concédant de nouvelles hausses. Pis, les rendements à cinq ans ont brièvement dépassé, mardi, ceux de la dette à dix ans.

Face à une telle défiance des marchés, le verdict des économistes est sans appel. L'Espagne ne pourra pas échapper à un sauvetage d'État en bonne et due forme. Privé d'accès aux marchés en raison des taux prohibitifs et disposant d'environ 30 milliards d'euros dans ses caisses, le pays peut tenir trois mois. «À ce jour, Madrid a couvert 68% de ses besoins de financement. D'ici au mois d'octobre, il doit refinancer plus de 42 milliards, précise Jesus Castillo, économiste de Natixis. La BCE ayant exclu toute intervention, on ne voit pas comment il peut s'en sortir sans aide extérieure.»

Sauvetage hors de prix

Le chef du gouvernement conservateur [Mariano Rajoy](#) veut éviter cette extrémité, au nom de la sacro-sainte souveraineté nationale. Madrid refuse une mise sous tutelle du [FMI](#) et des réformes qui conduiraient à une baisse trop forte des coûts du travail.

Au dernier sommet européen, fin juin, l'Espagne pensait avoir sauvé les meubles en obtenant l'accord de Berlin pour une recapitalisation directe de ses banques par l'un des fonds de sauvetage européens, en contrepartie de pouvoirs de supervision bancaires élargis pour la [BCE](#). Mais l'Union bancaire met du temps à se mettre en place. Et les marchés sont impatients. Ils assimilent l'aide de 100 milliards d'euros promise aux banques espagnoles à une nouvelle dette contractée par l'État espagnol, s'affolent de voir les régions alourdir le fardeau de Madrid et se débarrassent de leurs titres d'État.

Si la [zone euro](#) veut éviter un sauvetage hors de prix de l'État espagnol - le ministre des Finances a estimé à un montant compris entre 500 et 600 milliards d'euros les besoins nécessaires pour mettre l'Espagne à l'abri des marchés pendant trois ans -, Berlin doit accepter la recapitalisation directe des banques espagnoles et/ou le rachat de la dette d'État par l'un des fonds de secours européens. C'est en tout cas le message que compte adresser Madrid à Berlin.

La riche Catalogne au bord du défaut de paiement

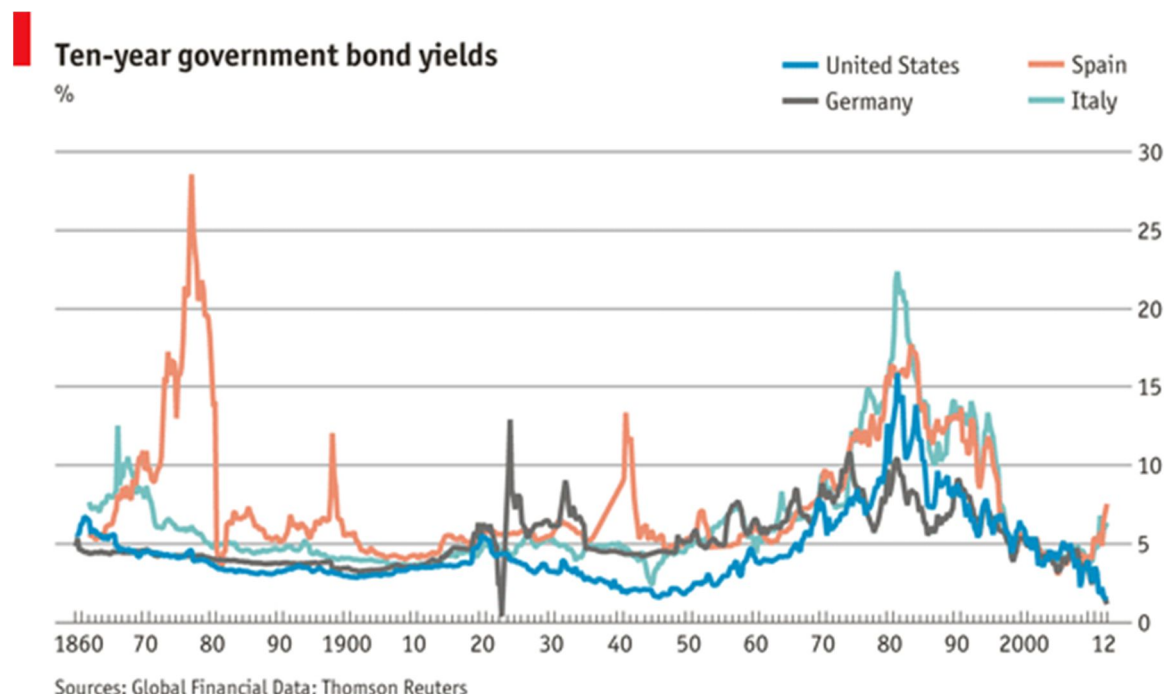
C'est un poids lourd de l'économie espagnole qui vacille. La Catalogne, la région la plus riche d'Espagne, la plus touristique aussi - 7 millions d'habitants et 20% du PIB du pays - s'appête à solliciter l'aide de Madrid. À l'échelle de l'UE, son PIB dépasse celui du Portugal ou de l'Irlande. Mais la Catalogne est la région la plus endettée d'Espagne avec 48 milliards d'euros de dettes, dont 13 milliards à refinancer cette année. Doutant de la solvabilité de l'État espagnol, ultime garant de la dette régionale, les marchés refusent de lui prêter. Ses taux d'emprunt à 8 ans dépassent 14%. Le risque d'un défaut de paiement est d'autant plus surprenant que la riche Catalogne symbolise le dynamisme économique de la péninsule. Elle abrite les sièges de Caixa et du groupe Abertis constructeur d'autoroutes. Sa capitale, Barcelone, est une rivale de toujours de Madrid.

The pain in Spain

Jul 24th 2012, 13:29 by The Economist online

A look at government bond yields since 1860

ALTHOUGH government bonds are usually regarded as a “safe asset”, they have been highly volatile over the long term. Spanish yields may just have reached a high for the euro-area period, over 7.5% on July 24th, but they have been higher in the past—during the revolutionary period of the 1870s, the loss of colonies like Cuba and the Philippines in the 1890s, the civil war of the 1930s and, of course, the inflationary period of the 1970s. During the latter era all bond yields rose sharply, creating a fantastic buying opportunity in the early 1980s. For the last 30 years, the trend in American and German bond yields has been relentlessly downward, creating the current historic lows. No doubt some of the buyers of German and American bonds are Italian and Spanish investors fleeing their domestic markets. While such yields look a terrible bargain by historic standards, it is worth noting that low American yields persisted for a long time in the late 1940s and early 1950s before inflation started to take its toll.



David Einhorn Throws France Under The Bond Vigilante Bus

ZeroHedge Submitted by [Tyler Durden](#) on 07/24/2012 13:03 -0400

David Einhorn, in addition to being a professional poker player, has a knack for simplifying things. A good example of this is his [diagram of the Europe summit cycle](#), repeatedly presented on these pages in the past. He also happens to be a successful hedge fund manager. It is him in this last capacity that we focus on today, courtesy of his July 23 letter to investors. Largely uneventful, he describes in detail the performance of his various positions which lately have started taking on water: of note is his mention that he has cut his entire position in DELL "with a loss" saying "non-PC growth was smaller than we'd hoped and the PC deterioration was worse than we'd anticipated." Oh well - you win some, you lose some.

Far more important are his now traditional ruminations on Europe, and specifically the core, especially his observation that unlike last year, when France (no longer AAA at all rating agencies) and Germany were rarely seen in the same boat (on expectations of a French downgrAA+de which came and went), and when French yields would rise and those of Germany fell, this time both *paradoxically* trade in parallel. Yet while fringe blogs can lament the patently obvious and explain how France is not worthy of record low yields, sometimes it takes a more prominent figure to demonstrate to the market that the emperor is indeed naked. Sure enough France is wearing absolutely nothing at least according to David Einhorn.

To wit: "Under the new regime, France is now cozying up to its new anti-austerity, pro-money-printing allies, Italy and Spain. This makes sense when one considers that France's economy is more akin to that of its southern neighbors than it is to the German economy. **Strangely, the French bond market hasn't figured this out just yet.**" It will soon enough, and the result will be even more negative yields for the remaining core countries, as "75% tax for millionaires; 60 year old retirement age" France resumes its rightful place - blowing up together with the rest of the periphery.

More:

On the first day of winter, lulled by the security of the European Central Bank's Long Term Refinancing Option (LTRO), the bears went into hibernation. They stirred on the first day of spring and then, just one day into the second quarter, they woke up in earnest and the market's relentless rise came to an abrupt end. April marked the beginning of a decline that continued steadily for the next two months. With many possible trouble spots coming back into view, the market can't seem to focus on more than one crisis at a time. Once again, Europe's woes took center stage.

In April, the LTRO "fix" began to wear off as bank customers in Europe's periphery started contemplating what would happen to their savings if their nation left the Euro. Visions of bank statements not in Euros, but in 'newly re-issued for the purpose of devaluation' local currency, offered no twinges of nostalgia. National pride gave way to pragmatism as depositors in Spain, Italy and Greece began transferring money in droves from their respective local banks to less risky banks of other countries – particularly those with German names. The market took note of these incipient bank runs as peripheral sovereign bond spreads raced to new highs.

May brought the end of the "Merkozy" approach to the Euro crisis as the French voted out the austerity-loving Conservative and voted in Socialist President François Hollande. **Under the new regime, France is now cozying up to its new anti-austerity, pro-money-printing allies, Italy and Spain. This makes sense when one considers that France's economy is more akin to that of its southern neighbors than it is to the German economy. Strangely, the French bond market hasn't figured this out just yet.**

By early June the market had given back all of its first quarter gains, and the crisis yet again came to a head. The European leaders took a cue from Groundhog Day and did as they always do: they announced yet another 'Summit to Fix Everything'.

It is hard to blame the current European leaders for their inability to solve a crisis that has no real solution. **Even the very best options range from awful to awful, so no one should be surprised when the political choice is "None of the above. Let's put out a communiqué and hope that no one notices."** This remedy of,

“Take one aspirin and call us in the morning – or, better yet, after our August vacation,” offered the market some welcomed pain relief, but the rally lasted about as long as it takes to metabolize an aspirin.

Some believe that Germany could alleviate the problem by simply whipping out its checkbook. Setting aside the likely German distaste for doing so, a simple analysis of Germany shows that its own fiscal situation isn't so rosy, particularly if it is also headed toward recession. Were it to try to bail out its neighbors, there is the risk that they would all sink together. Germany already has its own fiscal commitments, and its economy is simply not big enough to bail out the rest of Europe.

Much to its chagrin, Germany doesn't have the option of walking away either. The recent huge influx of deposits into “safe” German banks only serves to exacerbate the problem. The German banks don't need the money, so they park it at the Bundesbank, which in turn lends it via the ECB back to the local banks that are losing deposits in Europe's periphery.

Essentially, the bank runs also shift the credit risk of peripheral banks from the local depositors to the Germans. While the Germans kick and scream about not wanting to take on credit risk through Eurobonds, they are already taking on similar risk through the banking system.

The whole thing is such a mess – who can blame them for heading for vacation? Besides, this allows the politicians to position themselves to give the appearance of personal sacrifice, should they need to interrupt their Olympics cheering to make emergency phone calls.

24. Juli 2012, 17:48 Uhr

Schuldenkrise

Ökonomen warnen vor Euro-Katastrophe

Die Euro-Krise spitzt sich bedenklich zu: Griechenland steht vor dem Bankrott, Spanien wankt, selbst Deutschland droht der Verlust der Top-Bonität. Nun fordert eine Gruppe von Top-Ökonomen einen radikalen Umbau Europas - sonst drohe "eine wirtschaftliche Katastrophe unabsehbaren Ausmaßes".

New York - Erst vor wenigen Wochen sorgten deutsche Top-Ökonomen mit ihrem Protest gegen die jüngsten Euro-Beschlüsse für Aufsehen. Den gut 170 Unterzeichnern des Appells ging es - knapp formuliert - darum, dass sich Deutschland in der Euro-Krise nicht noch stärker engagiert und dabei selbst ruiniert. Nun melden sich 17 renommierte europäische Wirtschaftsexperten zu Wort - und ihre Aussage könnte nicht gegenteiliger sein: Sie fordern deutlich mehr Engagement von den europäischen Staats- und Regierungschefs.

Was der Währungsunion sonst droht, bringen die Ökonomen in ihrer jetzt [veröffentlichten Studie](#) in nur einem Satz unter. "Wir rechnen Stand Juli 2012 damit, dass Europa auf eine wirtschaftliche Katastrophe unabsehbaren Ausmaßes zusteuert", heißt es in dem Bericht vom Institute for New Economic Thinking (Inet) in New York.

Tatsächlich könnte der Zeitpunkt der Veröffentlichung angesichts der dramatischen Entwicklungen in der Euro-Krise kaum passender sein: [Griechenlands Rezession fällt noch schärfer aus als bisher angenommen](#), für Spanien wird [die Geldbeschaffung immer teurer](#), und nun muss sogar [Deutschland um seine Top-Bonität fürchten](#).

In den vergangenen Wochen habe sich die Lage in den Schuldenstaaten dramatisch verschärft, schreiben die Fachleute, darunter die Wirtschaftsweisen Peter Bofinger und Lars Feld sowie Beatrice Weder di Mauro, die aus dem [Sachverständigenrat](#) zur Schweizer Bank [UBS](#) gewechselt war. Ursache der Krise seien fatale Geburtsfehler des Finanz- und Währungssystems. Um es zu retten, fordern die Ökonomen einen radikalen Umbau. "Die Wahrnehmung einer nicht endenden Krise, in der ein Dominostein nach dem anderen fällt, muss revidiert werden."

Unter anderem fordern die Fachleute

- eine stärkere Verflechtung des Finanzsystems mit einer starken Institution auf EU-Ebene oder in der Euro-Zone, um die Stabilität der Banken zu einem Anliegen der ganzen Union zu machen,
- dass der Euro-Rettungsfonds ESM als Kreditgeber mit einer Banklizenz ausgestattet wird, um seine "Feuerkraft" zu erhöhen,
- dass die [Europäische Zentralbank](#) ihre Werkzeuge (konventionelle und unkonventionelle) zur Stärkung des Währungssystems stärker nutzt.

Die Ökonomen schreiben weiter, dass es beim Umbau nicht darum gehe, alle Schulden zu sozialisieren. Alle Strukturreformen könnten nur Erfolg haben, wenn die Staaten ihre hohen Schulden abbauten und ihre Wettbewerbsfähigkeit wieder herstellten.

OECD-Chef: EZB sollte Aufkaufprogramm wieder aktivieren

Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit (OECD) stützte den Aufruf in einem zentralen Punkt: Die EZB sollte zur Unterstützung von Spanien ihr Anleihekaufprogramm "entschlossener und mit größerem Volumen" wieder auflegen, sagte OECD-Generalsekretär Angel Gurría "Bloomberg Television".

Die Renditen müssten jetzt stabilisiert werden. Es gebe keinen Grund, warum Italien oder Spanien Renditen von rund 7,5 Prozent bezahlen müssten. "Europa soll alle seine Instrumente nutzen, vor allem aber die EZB, sie

hat die Bazooka", sagte Gurria. Es sei "absolut überflüssig", dass Spanien ein komplettes Hilfsprogramm in Anspruch nimmt.

Die EZB hat aus ihren bisherigen Anleihekäufen 211,5 Milliarden Euro in ihren Büchern. Die EZB hält sich jedoch bereits seit Mitte März vom Staatsanleihemarkt fern.

yes/dapd/dpa

Allemagne : les faiblesses du géant de la zone euro

Par [Guillaume Guichard](#) Mis à jour le 24/07/2012 à 15:51 | publié le 24/07/2012 à 13:39 [Réactions](#) (46)



La chancelière allemande Angela Merkel et son ministre des Finances, Wolfgang Schäuble. Crédits photo : TOBIAS SCHWARZ/REUTERS

L'avertissement de l'agence de notation Moody's à l'Allemagne éclaire les quelques failles de la première économie d'Europe. **Son talon d'Achille: son implication dans la zone euro.**

1. Le pays qui prête le plus

Première économie de la zone euro, c'est elle qui verse le plus d'argent pour alimenter les prêts internationaux aux pays en difficulté. Actuellement, l'Allemagne est exposée à hauteur de 350 milliards d'euros via les prêts accordés aux 4 pays sous perfusion (Grèce, Irlande, Portugal, Espagne) et via ses participations auprès des pare-feu européens, selon les calculs de Christian Ott, économiste à Natixis. En clair, si tous les États en difficulté faisaient faillite, le pays perdrait l'équivalent de 12% à 14% de son produit intérieur brut (PIB). De quoi alourdir, dans ce cas très hypothétique, une dette qui s'élevait fin 2011 à 81,2% de son PIB (contre 85% pour la France), bien au-delà de la limite de 60% fixée par les traités européens.

2. Une économie très dépendante à la zone euro

L'Allemagne est une puissance exportatrice sans équivalent en zone euro. Problème, 40% de ses ventes industrielles à l'étranger sont à destination de la zone euro. «Les faiblesses de ses plus proches partenaires économiques, comme la France, les Pays-Bas ou l'Italie, ont un impact négatif sur l'économie allemande», souligne Catherine Stephan, économiste à BNP Paribas. Le ralentissement de la croissance observé dernièrement dans les grands pays émergents comme la Chine, gros acheteurs de produits allemands, inquiète également. L'Allemagne pourrait même connaître une petite récession, à en croire l'indicateur économique avancé PMI publié ce lundi par l'institut Markit.

3. Des banques exposées à l'Espagne et à l'Italie

«La vulnérabilité du système bancaire allemand» est [une des principales inquiétudes de l'agence de notation Moody's](#). Elle souligne que les banques allemandes ont une forte présence en Espagne et en Italie, toutes deux fortement chahutées par la crise. Elles y ont investi respectivement 139 et 133 milliards d'euros. Or, s'inquiète Moody's, les établissements allemands n'ont «qu'une capacité limitée d'absorption des pertes et des revenus structurellement faibles, ce qui les rend plus sensibles à une aggravation de la crise».

4. Un secteur des services à la traîne

Si l'Allemagne est la championne des exportations de marchandises, [elle reste à la peine dans les services](#) (l'exact contraire de la France). Dans ce secteur, elle accusait un déficit commercial de 29,1 milliards d'euros en

2010, effacé il est vrai par l'excédent de 204,3 milliards enregistré par l'industrie, selon les chiffres de l'Organisation pour la coopération et le développement économique (OCDE). «Les services ne sont pas un élément déterminant pour l'économie allemande», nuance ainsi Catherine Stephan. Toutefois, l'OCDE s'inquiète du manque de productivité dans le secteur des services aux entreprises, bien en dessous des moyennes internationales, ce qui est lié selon elle à une régulation trop stricte.

5. Une démographie en déclin

Evolution de la population active en France et en Allemagne



Il s'agit de la principale faiblesse de fond de l'Allemagne. Sa population totale a reculé pendant huit ans, avant de progresser de 50.000 personnes en 2011 sous l'effet de l'immigration en provenance de l'Union européenne et des pays de l'Est. Malgré cette année d'exception, l'OCDE prévoit une baisse continue de la population active à long terme à partir de 2013. Conséquence, des difficultés de financement du système de retraite pourraient survenir, malgré le relèvement de l'âge légal pour partir à taux plein à 67 ans. «D'autres réformes seront nécessaires, il faut encore résoudre ce problème à long terme», prévient Christian Ott.

100 Jahre „Tod in Venedig“

Pervers? Was für ein pfuscherisches Wort!

FAZ 23.07.2012 · Mit dieser Pädophilen-Novelle bekäme man heute Schwierigkeiten: Vor 100 Jahren erschien Thomas Manns „Tod in Venedig“ - und stellte die Toleranz der Literaturkritik auf die Probe.

Von [Edo Reents](#)



© Cinetext Bildarchiv Berauschtigkeit durch den Schönen: Dirk Bogarde als Gustav von Aschenbach, Björn Andresen als Tadzio und Silvana Mangano als dessen Mutter in Viscontis Verfilmung des „Tod in Venedig“, 1971

Ein alternder, in München lebender Schriftsteller bekommt plötzlich Fernweh und macht eine Reise nach Venedig, wo er sich in einen polnischen Jungen verliebt, dann aber an Cholera stirbt: mit einer Novelle solchen Inhalts wäre man heute entweder unten durch oder feierte seinen Durchbruch als Skandalautor, wahrscheinlich beides. Der Erfolgsschriftsteller Thomas Mann säße dann, womöglich an vier Abenden hintereinander, in den Talkshows, wo Eltern, Pädagogen und Journalisten über ihn herfielen, Psychologen ihn in Schutz nähmen und Literaturkritiker daran erinnerten, Autor und Figur seien doch nicht ganz dasselbe, es gebe schließlich noch so etwas wie einen Kunstvorbehalt, aber das ginge im moralischen Geschrei natürlich unter. Thomas Mann stünde da als Pädophiler - das ist, neben Antisemitismus, heute das Schlimmste, was man über einen Menschen sagen kann.

„Der Tod in Venedig“ erschien vor hundert Jahren, im Oktober/November-Heft der „Neuen Rundschau“. Er ist Thomas Manns bekannteste, meistgedeutete Erzählung, die wegen ihrer angestregten Bildungshuberei und ihres gravitätischen Tons, von dem der Autor behauptete, er sei parodistisch gemeint, heute allerdings nicht mehr ohne weiteres lesbar ist. Es ist das einzige Werk Thomas Manns, in dem der Humor praktisch völlig fehlt, und nicht umsonst hielt dieser es für nötig, ihm ein „humoristisches Gegenstück“ folgen zu lassen, aus dem dann schließlich der „Zauberberg“ wurde.

Als literarische Phantasie eine Ungeheuerlichkeit

Werkgeschichtlich fällt die Novelle genau in die Mitte einer künstlerischen Krise, in die Thomas Mann nach den „Buddenbrooks“ fiel und die im Grunde erst mit der Veröffentlichung des „Zauberberg“ (1924) beendet war. Wenn man sie im Bewusstsein dieser Scharnierstelle liest, bekommt man ein Gefühl für das merkwürdig Forcierte, Gewollte dieses Textes. Und es spricht eher noch für als gegen seinen Charakter als Krisendokument, dass Thomas Mann an Gustav von Aschenbach literarische und essayistische Projekte abgetreten hat, mit denen er in der Wirklichkeit nie fertig wurde.

Als literarische Phantasie muss uns der „Tod in Venedig“ heute aber überaus kühn, ja als eine Ungeheuerlichkeit vorkommen. Und es ist bemerkenswert, dass sie damals nicht in erster Linie als solche verstanden wurde. Zwar hat man das Gewagte daran keineswegs übersehen, und Alfred Kerr, der auch sonst kein Freund Thomas Manns war, stellte fest: „Jedenfalls ist hier Päderastie annehmbar für den gebildeten

Mittelstand gemacht.“ Aber insgesamt schien die literarische Öffentlichkeit über diesen Punkt erstaunlich wenig alarmiert.

Zusammenbestehen von Freisein und Gebundenheit

Das bedeutet nicht, dass man Päderastie - so lautete der Begriff für das, was wir heute unter Pädophilie verstehen - damals gutgeheißen hätte oder in Fragen der Sexualmoral insgesamt toleranter gewesen wäre. Es bedeutet nur, dass man damals eher bereit war, auch einen inhaltlich brisanten literarischen Text vor allem nach seiner ästhetischen Qualität zu beurteilen und weniger nach seinem Stoff. In diesem Fall ließe sich sagen, Thomas Mann habe es darauf angelegt, dass die Form den Stoff vertilge. Diese gleichsam Schillersche Ambition ist, nicht nur dank einer ausdrücklichen Erwähnung der Schillerschen Poetologie, mit Händen zu greifen.



© Cinetext Bildarchiv

„Ohne Zweifel wird man das Thema peinlich finden, aber man muß bekennen, daß es mit vorbildlicher Zartheit behandelt wird.“, urteilt der Literaturkritiker Carl Busse

Dass Thomas Mann sie eingelöst, dass er viel gewagt und viel gewonnen hat, wurde damals sofort erkannt. Bruno Frank schrieb 1913 in der „Neuen Rundschau“: „Cholera und Knabenliebe zu den beiden Grundpfeilern einer Erzählung zu machen darf als ein Wagnis gelten; daß es glücken konnte und so glücken, geht auf ein eigentümliches Zusammenbestehen von Freisein und Gebundenheit zurück.“

Berauschtigkeit durch das Schöne

Man kann sagen, das heutige Lesepublikum sei einerseits leichter erregbar, andererseits auch abgestumpfter. Der Reiz, den der „Tod in Venedig“ noch bereithält, könnte in der Erkenntnis bestehen, dass der eigentliche Skandal in der Überfeinerung des Stils zu sehen ist, den Thomas Mann durch fünfmalige Lektüre von Goethes „Wahlverwandtschaften“ geschult haben will. „Kaum je“, schrieb Josef Hofmiller schon 1913, „ist die Maxime L’art pour l’art mit solcher Strenge bis in ihre absurdesten Folgerungen verfolgt worden, bis sie nicht mehr entrinnen konnte, bis der richtende Dichter über dem gerichteten das Halali blies. Hat selbst Ibsen irgendwo mit vernichtenderer Rücksichtslosigkeit über den Dichter, über sich selbst ‚Gerichtstag gehalten‘, als es Thomas Mann in diesem Werke tut?“

Wahrscheinlich nicht. Noch der fast achtzigjährige Autor schien sich Sorgen zu machen, dass seine Novelle allzu plumpen, moralisierenden Deutungen offenstehen könnte. In einem nicht abgeschickten Brief heißt es: „Pervers? Die Verfallenheit Aschenbachs an den Knaben Tadzio ist mit diesem recht pfuscherischen Wort nicht abzutun, denn sie ist nicht ordinäres Begehren, sondern Berauschtigkeit durch das Schöne.“

Ein zentrales Moment in Thomas Manns Poetologie

Mit äußerster Kunstanstrengung gewagte Vorgänge oder Phantasien sprachlich so auszudifferenzieren und zu verfeinern, dass ein Skandal unterbleibt, indem der Anlass gewissermaßen zu Feinstaub gemahlen wird, garniert obendrein mit Antiken-Anspielungen - wie sehr Thomas Manns Strategie aufging, zeigt die Rezension des Lyrikers und Literaturkritikers Carl Busse vom selben Jahr: „Ohne Zweifel wird man das Thema peinlich finden, aber man muß bekennen, daß es mit vorbildlicher Zartheit behandelt wird. Im bürgerlich-moralischen

Sinne bleibt der Held völlig ‚korrekt‘; er nähert sich dem schönen Knaben überhaupt nicht, er spricht nie ein Wort mit ihm - das Ganze ist nur eine erotische Gefühlsausschweifung, und sie quält umso weniger, als man das dumpfe Empfinden hat, es wäre gerade vor diesem Helden eine notwendige Rache der Natur. Jedenfalls: soweit die Kunst an sich ein solches Thema überhaupt von dem peinlichen Erdenrest, der ihm anhaftet, befreien kann, ist das hier geschehen.“



© Cinetext Bildarchiv

„Päderastie annehmbar für den gebildeten Mittelstand gemacht“: Aschenbachs Verfallenheit an den Knaben Tadzio (Björn Andresen aus Viscontis Verfilmung) erregte dennoch wenig Aufsehen in der literarischen Öffentlichkeit

Man mag den Duktus solcher Kritiken heute für überholt halten; trotzdem belegen sie die Toleranz der damaligen Literaturkritik, die nicht reflexhaft nach dem autobiographischen Gehalt fragte - den es natürlich trotzdem gab -, sondern gewissermaßen einen Schritt zur Seite trat und ganz unvoreingenommen vor allem wissen wollte, ob das ästhetische Experiment denn gelungen sei. Busse trifft mit dem Stichwort vom „peinlichen Erdenrest“ dabei ein zentrales Moment in Thomas Manns Poetologie: die Auffassung, dass erotische Gefühlsausschweifungen selbst für einen fingierten Helden nur als Gedankenspielerien und nicht als Schilderungen von Realität in Frage kommen.

Ein Land, in dem so etwas geschrieben wird, hat Krieg nötig

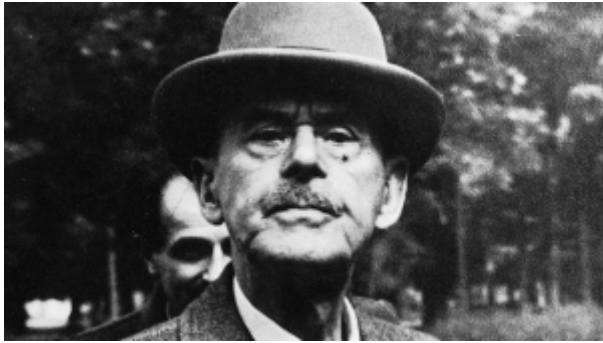
Thomas Mann sicherte sich also doppelt ab. So ist es zu erklären, dass dieser Tabubruch, um den es sich zweifellos handelte, Thomas Mann nicht nur nicht schadete, sondern sein schriftstellerisches Ansehen noch steigerte. Plump autobiographisch könnte man sagen, er habe mit dem „Tod in Venedig“ sein Coming-out gehabt. Wem im Werk vorher schon die eine oder andere Stelle aufgefallen war, der wusste nun Bescheid. Thomas Mann wollte sich damit allerdings keine Akzeptanz im Homosexuellen-Milieu erschreiben. Das hätte sich mit seinen Nationalschriftsteller-Ambitionen nicht vertragen, und dazu war auch die Tendenz der Erzählung zu pessimistisch. Der Aktivist und Publizist Kurt Hiller, der im „Jahrbuch für sexuelle Zwischenstufen“ schon ungeduldig gefragt hatte „Wo bleibt der homoerotische Roman?“, lehnte sie denn auch ab als ein „Beispiel moralischer Enge“, das Knabenliebe bloß als Verfallssymptom behandle; Stefan George missbilligte sie aus ähnlichen Gründen. Und der englische Schriftsteller D.H. Lawrence befand: „Germany does not feel very young to me.“

Nein, für sonderlich jung konnte man in der Tat kein Land halten, dessen führende Schriftsteller sich so präsentierten. Thomas Mann, der damals erst 37 Jahre alt war, schien sich dessen bewusst zu sein und schrieb im März 1913 an seine Lübecker Bekannte Ida Boy-Ed: „Eine Nation, in der eine solche Novelle nicht nur geschrieben, sondern gewissermaßen akklamiert werden kann, hat vielleicht einen Krieg nötig.“ Der kam dann auch, vom Verfasser der „Betrachtungen eines Unpolitischen“ wenig später ausdrücklich gutgeheißen. Deswegen wäre es auch ein Missverständnis anzunehmen, Thomas Mann habe so etwas wie Wehrkraftzersetzung im Sinn gehabt.

„Die ‚Haltung‘ ist etwas rein Formelles“

Die Zuschreibung der Homosexualität als eines Dekadenzsymptoms, das einer allgemeinen Zersetzung Vorschub leiste, mag nicht sonderlich originell sein - von ihrer Abwegigkeit zu schweigen -; aber sie war damals so einflussreich, dass Thomas Mann ihr entgegenwirken zu müssen meinte, und zwar indem er,

wiederum in einem Brief an Ida Boy-Ed, nicht etwa Homosexualität für gefährlich erklärte, sondern die handwerkliche Perfektion, man könnte auch sagen: die Geläufigkeit, mit der sich ein Schriftsteller ihrer annimmt: „Nicht, weil sie von kranker Liebe handelt, könnte diese Novelle rauher Volkstüchtigkeit gefährlich werden, sondern weil sie zu gut geschrieben ist. Es ist wirklich nicht Eitelkeit, daß ich das sage, sondern schlechtes Gewissen.“



© Archiv

Thomas Mann selbst deutete seine Erzählung stets so, dass er als helllichtiger Autor dastand: Mal war Aschenbach ein nervöser Charakter, mal einer, der dem Psychologismus entsagt

So ergibt sich der verblüffende Befund, dass sich gerade das nicht homosexuelle Milieu diese Erzählung bieten ließ, während das homosexuelle sie, soweit dies anhand der wenigen Stimmen rekonstruierbar ist, wegen ihres bösen Endes ablehnte, das eine begeistert-identifikatorische Lesart zumindest erschwerte. Dazu war dieser Fall zu besonders und, in seinen Folgen, zu ruinös; deutlich ist ihm eine lähmende Egozentrik eingeschrieben. Dass hier trotzdem auch eine Kritik des Bürgertums unterließ, hat wohl niemand so deutlich erkannt wie Georg Lukács: „Aber der Dichter Thomas Mann ist, unbewußt, vielleicht sogar ungewollt, ein tieferer und richtigerer Gesellschaftskritiker als der Denker.“ Denn, so erkannte Lukács: „Die ‚Haltung‘ ist etwas rein Formelles und bietet für die Lebensführung, wenn sich nur einigermaßen ernste Abgründe auftun, nicht den geringsten Halt.“

Eine innere Verpreußung deutscher Intelligenz

Thomas Mann hat diesen Aspekt verschiedentlich selbst berührt, wobei seine eigenen Interpretationen immer auf ihre jeweilige Opportunität hin gelesen werden müssen - er deutete seine Erzählung stets so, dass er als helllichtiger Autor dastand. So war denn Aschenbach für ihn zunächst ein nervöser Charakter - Alfred Adlers einschlägige Studie erschien ebenfalls 1912 - und, literarisch betrachtet, der Protagonist einer neuklassischen Richtung; dann war Aschenbach vor allem jemand, der dem Psychologismus entsagt und, mit seiner „Absage an den Abgrund“ und seinem Bedürfnis „nach einer neuen menschlichen Würde jenseits der Analyse und selbst der Erkenntnis“, zu einer neuen Einfachheit, das heißt: Entschlossenheit finden will, quasi schon eine Präfiguration faschistischer, recht eigentlich schon geistfeindlicher Zeittendenzen. Allein dies zeigt, wie dehnbar der ideelle Gehalt war, nicht nur für Thomas Mann.

In einem jedenfalls stimmte er mit Lukács überein: Aschenbach steht (auch) für eine gewisse bürgerliche Selbstrevision, für eine innere Verpreußung der deutschen Intelligenz, die einer buchstäblich vernichtenden Kritik unterzogen wird: Haltung ist wirklich nur Pose. Man wüsste gern, was Thomas Mann der Forderung nach einer „Wertediskussion“ entgegengesetzt hätte.

Der Inbegriff längst überholten Erzählens?

Die Thomas-Mann-Forschung hat sich an Kategorien wie Künstler-Bürger, Geist-Leben und ähnlichen mit bewundernswerter Gründlichkeit abgearbeitet. Weniger wurde dabei die raffinierte, doppeldeutige Erzählstrategie in den Blick gerückt, die es, auf einer realistischen Ebene, erlaubt, Gustav von Aschenbachs Ende als banale Folge der Cholera zu deuten, mit der er sich durch den Verzehr von Erdbeeren infiziert, oder aber, auf der gleichsam moralisch-mythischen Ebene, als Ergebnis seiner „Neigung“. Jeder kann das lesen, wie er will; das macht den „Tod in Venedig“ so haltbar und interessant.

Es ist bemerkenswert, wie sehr sich in unserem literarischen Gedächtnis die Vorstellung verfestigt hat, diese Novelle sei quasi der Inbegriff bürgerlichen, und das bedeutet: längst überholten Erzählens. So oder so steht sie, trotz ihrer steifen Anmutung und wegen ihrer Bildungsbeflissenheit, immer noch als Beispiel reiner Kunst da, als Prüfstein auch für literaturkritische Toleranz, indem sie vorführt, wie weit man mit seiner literarischen Phantasie gehen kann. „Der Tod in Venedig war halbgebildet und falsch“, behauptete Thomas Mann 1914 gegenüber seinem Bruder Heinrich. Aber das stimmte eben auch nur halb.

Quelle: F.A.Z.

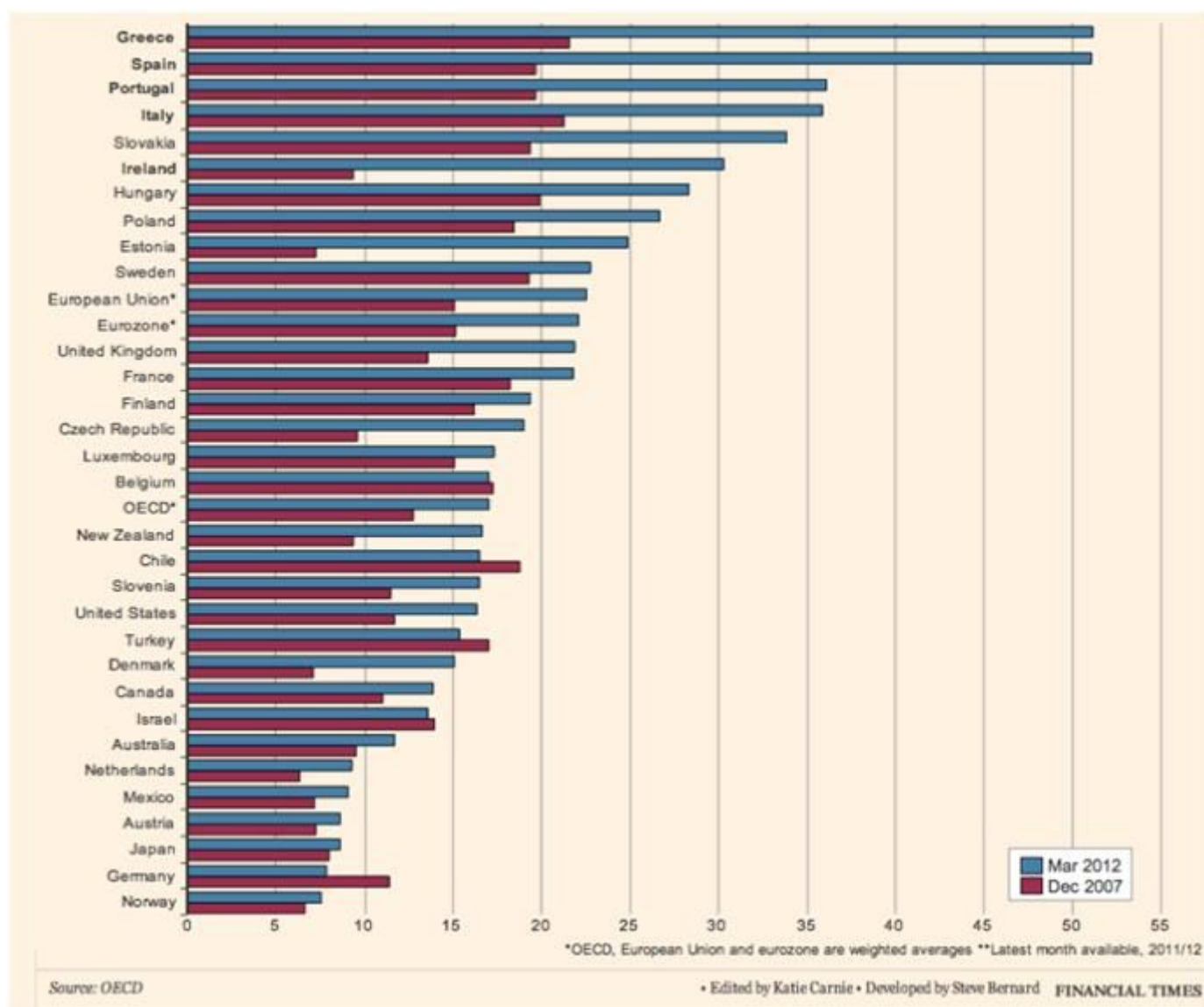
Blogs review: the youth unemployment crisis

Bruegel, By [J r mie Cohen-Setton](#) on 23rd July 2012

What's at stake: The global youth unemployment rate, which was already high before the start of the Great Recession, has reached skyrocketing levels in the past two years. While youth unemployment rates have increased in almost all countries, there has been wide divergence in the size of this increase – often reflecting the country specific aspects of the transition from school to work. For most, if not all, a serious discussion about the potential “scarring effects” induced by such a situation appears, however, warranted if we want to avoid having one generation permanently bear the burden of this crisis.

The youth unemployment bomb

[Peter Coy](#) writes in a special [Business Week](#) report that **the youth unemployment bomb is global**. In Tunisia, there called the *hittistes*—French-Arabic slang for those who lean against the wall. Their counterparts in Egypt are the *shabab atileen*, unemployed youths. In Britain, they are *NEETs*—“not in education, employment, or training.” In Japan, they are *freeters*: an amalgam of the English word freelance and the German word Arbeiter, or worker. Spaniards call them *mileuristas*, meaning they earn no more than 1,000 euros a month. In the U.S., they're “boomerang” kids who move back home after college because they can't find work.



Source: [Financial Times](#).

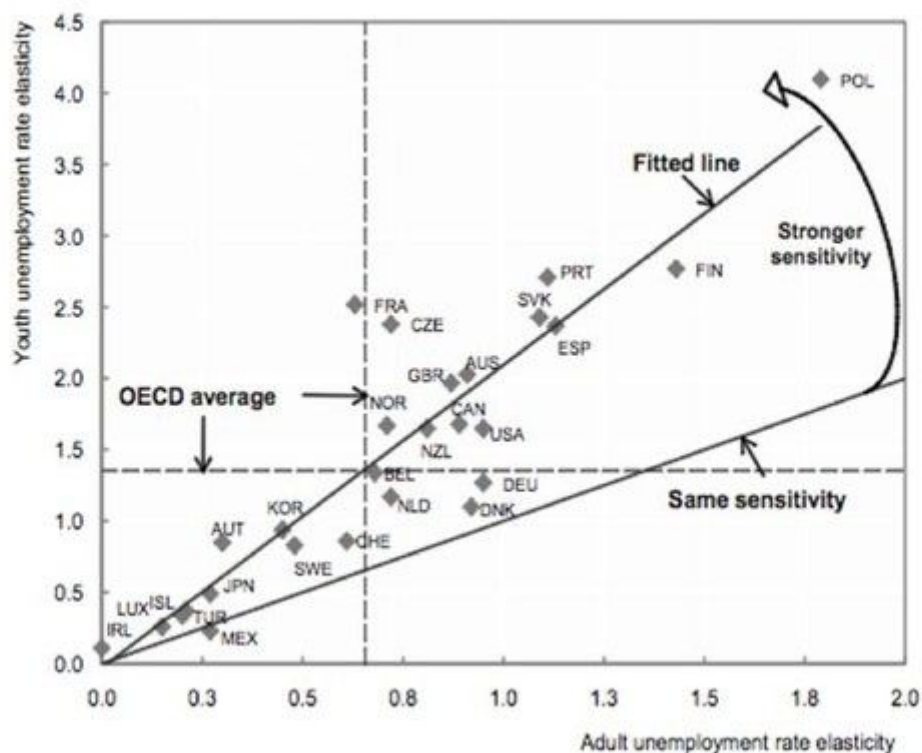
[The International Labor Organization](#) writes in its Global Employment Trends report that **in 2011, 74.8 million youth aged 15–24 were unemployed**, an increase of more than 4 million since 2007. The global youth unemployment rate, at 12.7 per cent, remains a full percentage point higher than the pre-crisis level. Globally, young people are nearly three times as likely as adults to be unemployed. In addition, an estimated 6.4 million young people have given up hope of finding a job and have dropped out of the labor market altogether.

[Zero Hedge](#) writes that the Euro-zone youth unemployment rate is back over 22% for the first time since September 1994. [David Bell and David Blanchflower](#) point in a recent *IZA* paper that while youth unemployment rates have increased in almost all countries, **there has been wide divergence in the size of this increase**. Particularly large increases have occurred in countries that have suffered house price declines crises such as Spain, Latvia, Lithuania and Ireland. In contrast, youth unemployment has remained relatively low in Austria, Denmark, Germany and the Netherlands.

From bad to worse

[Hanan Morsy](#) writes in a recent issue of *F&D* (HT [Marco Annunziata](#)) that **since the global crisis began in 2008, young people have suffered a much sharper rise in joblessness than older workers**. A recent [OECD paper](#) illustrates (see graph below) that this pattern is not unusual, as youth unemployment tends to be more responsive to the cycle than adult unemployment

% point change in the response to a 1 % point deviation from the growth rate of potential GDP, 1996-2007



Source: [OECD](#)

[Marco Annunziata](#) writes in VoxEU that the rise in **youth unemployment looks largely like a reversion to the mean**. The speed at which young people have been thrown out of the labor market is frightening. But equally frightening is how long Europe has lived with high youth unemployment. Implausible as it sounds, Italian voters have put up with an average youth unemployment rate of 30% for the last 40 years; Spanish voters with a rate of 32%. During the impressive years of Spanish growth, the youth unemployment rate averaged 28%; it was below 20% for just three years, with a “best performance” of 18% in 2006.

The scarring effects on a generation

[Business week](#) writes that **when jobs do come back, employers might choose to reach past today's unemployed and pick from the next crop of fresh-faced grads.** Starting one's career during a recession can have long-term negative consequences. Lisa B. Kahn, an economist at the Yale School of Management, estimates that for white, male college students in the U.S., a 1 percentage point increase in the unemployment rate at the time of graduation causes an initial wage loss of 6 percent to 7 percent. In a study that uses longitudinal data from Social Security records covering up to 30 years of earnings, [Till von Wachter and al.](#) (2009) present the first national estimates of the long-term cost of job displacements during the 1982 recession. They find large immediate losses in annual earnings of 30%. After 15 to 20 years, these losses are still 20% and thus represent a significant setback in workers' lifetime resources.

[Steven Hill](#) writes that **studies of scars left by youth unemployment in France do not show the persistence generally found in the UK and many other countries.** The author refers to a study by [Mathilde Gaini, Aude Leduc and Augustin Vicard](#) that uses the French labor force surveys for the cohorts entering the labor market between 1982 and 2009. The authors find that "nlucky" young people completing their studies during a recession have lower employment rates, are more often part-time and temporary workers, but catch-up with "lucky" one within 3 years.

[Alan Beattie](#) writes that **half of young Spaniards are not on the dole.** The unemployment rate doesn't measure the percentage of people *of a given age* – in this case 15-24 – who want a job and can't get one. It measures those people as a percentage of the *labor force* – people either in employment or searching for a job – and ignores all those in education or training. In Spain that's quite a big difference: recession or no, a lot of Spaniards go to college and often take a long time to get round to graduating. A better measure of the failure to create jobs is the percentage of young people aged 15-24 that are not in employment, education or training (NEETs). According to that measure Spain is towards the top, but only a few percentage points above the EU average and actually below the OECD average. Greece shows a similar pattern.

German exceptionalism and emigration as a safety valve

[Marco Annunziata](#) writes that **Germany's youth also have a higher unemployment rate than older generations, but their rate is just over 8%.** Germany's better coordination between the school system and industry, including via its apprenticeship programmes, pays off.

[Gerrit Wiesmann](#) notes in the *FT* that youth unemployment in Germany has hovered two to three points above total unemployment, while in France or Spain it has regularly run at two or three times the jobless rate. The decades-old commitment of bosses and teenagers to the German vocational training system is widely regarded as the secret behind the country's relatively low youth unemployment rate. **The German apprenticeship programme – Duales Ausbildungssystem, or dual training system (the name refers to its mix of book learning and hands-on experience)** – which dates back to an overhaul of vocational training in 1969 but has roots in old guild system has led the US, India and other countries to study it as a possible model for their own policies. But it has proved difficult to copy.

[Jamie Smyth](#) writes that **emigration is back with a vengeance in Ireland.** Last year 76,400 people emigrated, bringing the number of people who have left the country since the Irish recession began to 250,000. [Peter Wise](#) writes that with an estimated 120,000-150,000 people leaving a country of 10m last year, emigration has now surged back to the peak levels of the 1960s and 1970s in Portugal, when waves of impoverished workers departed for northern Europe and the Americas. The difference this time is that, unlike the largely uneducated workforce that left then, many of today's migrants are young graduates with university degrees.

Das kleinere Übel

FAZ 24.07.2012 · Die Ratingagentur Moody's zweifelt an Deutschlands Bonität. Das ist gut so. Sie macht Deutschland klar: Wenn es versucht, die anderen Euro-Staaten zu retten, übernimmt es sich. Ein Kommentar.

Von [Patrick Bernau](#)



© dpa Die Rückseite einer Ein-Euro-Münze aus Deutschland.

Ausnahmsweise hat eine Ratingagentur mal das richtige Timing erwischt. Zu einem besseren Zeitpunkt hätte die Ankündigung kaum kommen können: [Moody's zweifelt an Deutschlands Spitzenrating](#). Die Bestnote "AAA" hat die Ratingagentur mit einem „Ausblick negativ“ versehen. Damit kommt sie genau recht in der Debatte, [die sich in den vergangenen Tagen um weitere Hilfszahlungen für Griechenland entzündet hat](#).

Mögen die Fakten auch nicht neu sein, mag die Ratingagentur am Ende auch einen nur begrenzten Einfluss auf Deutschlands Kreditzinsen haben - [Moody's Begründung](#) fasst Deutschlands Situation noch mal klar zusammen. Die Agentur nennt vor allem zwei Argumente für ihren Schritt, die jedem einleuchten sollten.

Erstens besteht die Gefahr, dass Griechenland den Euro verlässt: Dann droht die weithin befürchtete Ansteckung anderer Länder wie [Italien](#). Auch in [Spanien](#) könnte sich die Lage dann nochmals verschlimmern.

Aber zweitens gibt es noch eine andere Gefahr: Wenn kein Land den Euro verlässt, werden die finanzschwachen Staaten auf Dauer am Tropf der finanzkräftigen Staaten hängen. Also unter anderem an Deutschland, den Niederlanden und Luxemburg - genau den Staaten, die Moody's jetzt unter verschärfte Beobachtung gesetzt hat.

Deutschland hat nur die Wahl zwischen zwei Übeln

Selten ist es in der öffentlichen Debatte so klar ausgesprochen worden: Deutschland hat nicht die Wahl zwischen einer unveränderten Eurozone und einer großen Katastrophe - sondern nur die Wahl zwischen zwei Übeln. Welches das größere ist, weiß letztlich niemand vorher.

Aber die Chancen sind groß, dass der Euro-Ausstieg Griechenlands das kleinere ist. Ein Abschied Athens aus dem Währungsverbund hat inzwischen viel von seinem Schrecken verloren hat, weil sich viele Kreditgeber und Firmen längst darauf eingestellt haben. Der deutsche Staat müsste noch mal einen hohen zweistelligen Milliardenbetrag einrechnen, vielleicht gäbe es eine Rezession - aber so der Ausstieg Griechenlands wäre letztlich ein Schrecken mit Ende.

In der laufenden Diskussion kommt Moody's zur rechten Zeit, um allen Beteiligten die Gefahr vor Augen zu führen.

Quelle: FAZ.NET

Montebourg défend sa méthode et son discours

Par [Mathilde Golla](#) Mis à jour le 24/07/2012 à 09:17 | publié le 24/07/2012 à 09:11 [Réactions](#) (3)



Arnaud Montebourg, ministre du Redressement productif. Crédits photo : PIERRE VERDY/AFP

Dans une interview à *Libération*, le ministre du Redressement productif explique que «sa méthode, c'est la négociation franche».

La passe d'armes entre [Arnaud Montebourg](#) et le groupe [PSA](#) a mis à jour la méthode et le discours musclé du ministre du Redressement productif. L'opposition et [la direction du groupe automobile ont dénoncé les attaques du ministre](#), lui, défend sa stratégie dans une interview accordée à [Libération](#).

Alors que l'intitulé de son ministère a fait couler beaucoup d'encre et continue à être accueilli par des «Ah!» sur les bancs de la droite à l'Assemblée nationale, Arnaud Montebourg défend son poste et affirme qu'il «n'est pas le ministre du cours de Bourse mais du redressement de l'économie». L'ancien candidat à la primaire socialiste martèle que son «ministère n'est pas celui des mondanités, c'est celui de l'action et du rassemblement patriotique au service de notre industrie». «Nous n'esquiverons pas les problèmes et les désaccords. Nous n'enfouirons pas les dossiers comme nos prédécesseurs dans les armoires profondes de la République», ajoute-t-il.

Sans fermeté, «des décisions plus lourdes» auraient été prises

Celui qui bénéficie du soutien tacite des syndicats [et de la confiance du président de la République](#) justifie son activisme et ses prises de positions par la fonction qu'il occupe. Le ministre explique ainsi l'emploi de certaines expressions comme «dissimulation» à l'encontre de la direction de Peugeot concernant l'avenir du site d'Aulnay de PSA. Le ministre affirme que «ces mots ont été pesés». «Je ne veux en aucun cas blesser le groupe PSA. Ni ses dirigeants, ni ses salariés. J'ai personnellement une histoire affective avec cette marque, comme beaucoup de Français», soutient le ministre. A propos des projets de plan sociaux de Sanofi, très critiqués publiquement par le ministre, ce dernier affirme: «Si je n'avais pas été ferme, j'ai la conviction que des décisions plus lourdes auraient été prises».

Arnaud Montebourg explique que sa «méthode, c'est la négociation franche pour, ensuite, rassembler tout le monde autour des difficultés et les surmonter ensemble». Ce dernier affirme en outre que «nous sommes dans une situation d'urgence économique et sociale qui exige que chacun fasse un effort». Et, à ses yeux, «la France n'a pas l'habitude des compromis. Je pense que la période que nous traversons les rend nécessaires».

Sicily's Fiscal Problems Threaten to Swamp Italy

By [RACHEL DONADIO](#)

PALERMO, Sicily — As Prime Minister [Mario Monti fights to protect Italy](#) from the contagion driving up its borrowing costs to perilous levels, one region in particular has been in the spotlight: Sicily, which some fear has become “the Greece of Italy” and is at risk of defaulting on its high public debts.

Mr. Monti wrote to Sicily's regional president last week [warning that he had “serious concerns.”](#) The day before, an official in the Sicily branch of Italy's leading industrialists association called for the island to be put into receivership by the central government to clean up its finances.

When headlines about a potential Sicilian default ricocheted the globe, the government quickly played down concerns and said it would send 400 million euros, about \$486 million, to ease Sicily's liquidity crunch so it could continue to pay salaries and pensions. One government official said that Mr. Monti's letter had been intended for a domestic audience and that Sicily's problems could not spread to other Italian regions.

But with [Europe's debt crisis](#), local politics quickly become international problems. And the flare-up over Sicily highlights the challenges that Mr. Monti is facing in trying to use pressure from European leaders and international markets to push Italy's politicians to cut costs. Those expenses have ballooned after decades of a patronage system in which the state has been the primary means of employment in Sicily.

It was also a stark reminder of Italy's national fragility as Mr. Monti struggles to prevent the country from requiring a bailout that would come with the onerous terms that have [plagued the Greek and Spanish economies](#). On Friday, the Milan stock market dropped nearly 5 percent, and the difference in interest rates on Italian and German bonds rose to its highest levels in months, a sign that investors think Italy is a risky bet.

In an interview on Friday, Raffaele Lombardo, Sicily's regional president since 2008, greeted the criticism with indignation. “Sicily is in trouble, but Italy is in trouble,” he said, leafing through papers on his minimalist glass desk in the ornate 18th-century Palazzo d'Orleans here, once the seat of the French princes who ruled the island.

“Sicily is at risk of default because Italy is at risk of default,” Mr. Lombardo said, adding that Moody's, the ratings agency, placed Sicily at the same level as the Veneto, a wealthy northern industrial region, when it [downgraded 23 Italian “sub-sovereign” entities](#) last week. “We cut expenses, but we don't grow,” he said. “It's a spiral that is going to bring us to the abyss.”

But many critics say Italy — and Sicily in particular — has been driven into dire financial straits [not by austerity](#) but by the rampant public spending of the past, the product of an entrenched jobs-for-votes system that helped keep Italian governments in power and Sicilians employed.

Today, Sicily's regional government has 1,800 employees — more than the British Cabinet Office — and the island employs 26,000 auxiliary forest rangers; in the vast forestlands of British Columbia, there are fewer than 1,500.

Out of a population of five million people in Sicily, the state directly or indirectly employs more than 100,000 of them and pays pensions to many more. It changed its pension system eight years after the rest of Italy. (One retired politician recently [won a case](#) to keep an annual pension of 480,000 euros, about \$584,000.)

“Of course that's too many,” Mr. Lombardo said of the forest rangers. But he said it was difficult to cut back because state workers have job protection. “We have to wait for them to retire.”

That system has come at a cost. Last month, Italy's audit court issued a scathing report saying that Sicily had 7 billion euros, about \$8.5 billion, of liabilities at the end of 2011 and showed “signs of unstoppable decline.”

Sicily's unemployment rate is 19.5 percent, twice the national average, and 38.8 percent of young people do not have jobs.

Mr. Lombardo said the region's liabilities had dropped to 5.3 billion euros, about \$6.4 billion, out of an annual budget of 27 billion euros, about \$32.8 billion, which he said was not alarming. But he said Sicily had "liquidity problems," which he attributed to a drop in tax revenues because of the economic crisis.

Sicily was a special case long before the crisis hit. One of a handful of autonomous regions in Italy, it maintains almost full control of the tax revenues it generates, ostensibly in order to fund its own health care and education systems. In exchange, the central government sends it money as a kind of credit against expenses it incurs for services provided by the central government in other regions.

Mr. Lombardo said that the 400 million euros the government pledged last week but has not yet sent to Sicily were part of a credit of 1 billion euros, or about \$1.2 billion, that Sicily is owed. "It's not a present, it's a credit," he said. "It was planned, but it was late because the state also has its problems."

The region's autonomy also means that the central government has limited power to intervene.

"The real problem is that there are very serious doubts about the money coming in," said [Emanuele Lauria](#), a journalist for the daily newspaper *La Repubblica* and a co-author of "The Ballast: Waste and Privileges in the Free State of Sicily." "The expenses are real, but the tax revenue coming in is fictitious."

"Sicily became a state within a state," Mr. Lauria added. Sicilian politicians "used that autonomy not as an instrument of development but as a way to do what they wanted so the state can't touch them."

The focus on Sicily also comes at a delicate time in the larger Italian political drama. In his letter last week, Mr. Monti said he expected Mr. Lombardo to uphold his pledge to step down at the end of July ahead of early regional elections in October that had originally been scheduled for next spring. The two are expected to meet in Rome on Tuesday to discuss the Sicilian situation.

Mr. Lombardo, who belongs to the Movement for Autonomy — which believes that Sicily should secede from the Italian state, as unlikely as that is to happen — said he would step down as agreed. (He is under investigation for Mafia ties. He denies the accusations and has not been formally charged. He was jailed on corruption charges in the early 1990s, though he was later acquitted.) Until elections, he will be succeeded by a member of Sicily's governing committee who is considered to have better ties with the Italian Finance Ministry.

In the interview, Mr. Lombardo accused supporters of former Prime Minister Silvio Berlusconi of running a smear campaign against Sicily because they were not ready for early elections — neither, he noted, were the center-left Democratic Party or the main centrist Catholic party, the Union of Christian Democrats.

Political analysts said there was some truth to Mr. Lombardo's accusations. Sicily has always been a bellwether of Italian political trends — it backed the governing Christian Democrats during the postwar era and after 1994 switched its support to Mr. Berlusconi. The fact that the main parties in Sicily are not ready for elections mirrors the larger political chaos in Italy.

With its prosperous north and underdeveloped south, Italy is a microcosm of the euro zone itself. Political forces in northern Italy are reluctant to keep financing the south, with its organized crime problems and stagnant development. But as the economic crisis grows, experts say that organized crime groups are gaining power, providing financing when banks are loath to do so.

Experts said that Italy was also at risk of losing hundreds of millions of euros in European Union structural funds because Sicily had not put them to proper use.

Asked how that could change, Mr. Lombardo offered no specifics, beyond saying that Sicily needed a "revolution."

Many Sicilians, for their part, take a world-weary view of the political class.

“If I steal a little, I go to jail; if I steal a lot, I advance my career,” Gioacchino De Giorgi, 34, said as he worked in a tobacco shop in downtown Palermo.

He said he was worried about the future. “You’ve seen what happened to Greece, what happened to Spain,” he said. “It will happen here.”

Gaia Pianigiani contributed reporting from Rome.

Taxe à 75 % : des sociétés délocalisent déjà leurs cadres

Par [Ivan Letessier](#) Publié le 22/07/2012 à 20:10 [Réactions](#) (339)



Afin d'échapper à la taxe à 75 %, de nombreux cadres de sociétés françaises s'exilent à Londres. Crédits photo : SHAUN CURRY/AFP

Ils installent à l'étranger quelques fonctions clé et préparent des baisses de rémunération pour ceux qui restent en France. La taxe aura un effet négatif sur les recettes fiscales.

«J'avais recruté trois cadres américains à Paris. Ils sont partis, confie le PDG d'un groupe industriel du CAC 40. Ils exercent les mêmes fonctions, mais sont basés ailleurs.» Leurs impôts rempliront désormais les caisses d'autres États, leurs dépenses personnelles feront fleurir les économies d'autres pays. Seule consolation, leur travail profitera toujours à l'expansion internationale d'un fleuron de l'industrie française.

[La taxation à 75 %](#) des revenus supérieurs à un million d'euros n'est pas encore votée, mais elle fait déjà des ravages. Elle fait fuir dirigeants et cadres supérieurs, même ceux qui sont encore loin de gagner une telle somme. «Après des semaines de négociations, un manager de retour d'expatriation a annulé au dernier moment la signature d'un contrat de location pour un grand appartement de prestige, raconte un agent immobilier parisien. Son employeur a choisi de l'installer à Londres.»

[David Cameron, le premier ministre anglais](#), n'a pas besoin de «dérouler le tapis rouge aux entreprises françaises», comme il l'a proposé en juin. La capitale leur sert déjà de refuge. C'est à Londres qu'un groupe tricolore vient d'installer un manager français, débauché aux États-Unis dans une société d'ascenseurs, mais qui refusait de rentrer dans l'Hexagone. Du coup, une partie de son équipe, jusqu'ici basée en France, va devoir traverser la Manche pour le rejoindre. La liste d'attente au lycée Charles de Gaulle à Londres «a augmenté de plus de 700 demandes après le 6 mai», confie un diplomate.

Même les groupes les plus prestigieux doivent se plier aux conditions de leurs recrues. Hedi Slimane, le nouveau directeur artistique de Saint Laurent, conservera ainsi sa résidence principale à Los Angeles, où il vit depuis 2007. Il sera entouré d'une petite équipe afin de plancher sur les futures collections de la maison, même si le studio de création reste à Paris.

«Vous ne trouverez plus aucun cadre étranger qui accepte de venir à Paris, assure le patron d'un groupe de luxe concurrent. Cette mesure va freiner l'attractivité de la place de Paris.» Une analyse partagée par un homologue de l'industrie: «Faire venir un cadre de haut niveau et le baser en France, c'est devenu mission impossible».

Certains dirigeants allemands, espagnols, italiens ou suisses, qui occupent de hauts postes au sein de groupes français, pourraient être tentés d'exercer leurs fonctions en étant basé hors de France. Après tout, dans les affaires, un «président normal» passe son temps à voyager.

Décalage des bonus

Pour les managers de groupes français en poste dans l'Hexagone, la taxe à 75 % est en effet vécue comme une injustice et déstabilise l'ensemble du management. La foudre fiscale ne s'abattra que sur les dirigeants domiciliés en France, et pas sur leurs collègues à l'étranger, qu'ils côtoient au comité de direction. Plus grave, la

taxe à 75 % déstabilise même ceux qui ne sont pas concernés. «J'observe des inquiétudes dans mon entourage, ce sont avant tout mes collaborateurs qui m'interrogent sur leur déménagement à l'étranger, confie le patron d'un fleuron de l'industrie française aux résultats florissants, qui n'a nullement l'intention de partir. Je ne sais pas comment je vais faire.»

Dans certaines entreprises habituées à promouvoir les meilleurs au plus haut niveau, les ambitieux poussent à la délocalisation. «J'ai une pression de certains cadres dirigeants pour partir à l'étranger», confie le patron d'un groupe réalisant plus des trois quarts de son chiffre d'affaires hors de France.

Chez BNP Paribas, plusieurs responsables de la salle de marché ont demandé leur mutation à Londres à leur employeur, qui l'a refusée sans être certain de les retenir.

Avant de prendre des décisions radicales, les dirigeants attendent de connaître les modalités de la taxe, et s'accrochent à des déclarations de ministres et de conseillers de l'Élysée, qui promettent une mesure temporaire. Autre espoir, partagé par une partie de l'exécutif: la taxe pourrait être retoquée par le Conseil constitutionnel, qui devrait prendre une décision sur le sujet fin décembre. Mais si les sages valident la taxe, elle s'appliquera sur les revenus perçus en 2012.

Pour en limiter l'impact immédiat pour les salariés concernés, les directions des ressources humaines pourraient décaler le versement des bonus, qui seraient bloqués, le temps de laisser passer l'orage fiscal. À condition que la mesure ne soit pas éternelle...

Limiter les rémunérations à un million d'euros

Les grands groupes sont par ailleurs prêts à adapter pour 2013 les rémunérations de leurs principaux dirigeants qui resteraient basés en France. «Ce qui est sûr, c'est qu'on ne fera pas de cadeau à l'État, confie un membre de comité exécutif d'un des principaux groupes français, qui a calculé que, s'il coûte 3,5 millions d'euros par an à son employeur, il ne lui reste plus, après le paiement des charges patronales et sociales, puis le règlement de ses impôts, que 750 000 euros. Si la loi passe, on sera payé un million d'euros, et pas plus.»

Un avis partagé par certains gestionnaires d'actifs anglo-saxons présents au capital de grands groupes français. Leurs représentants ont ainsi prévenu des mandataires sociaux qu'ils refuseraient d'accepter toute rémunération supérieure à un million d'euros lors des prochaines assemblées générales. Une véritable incitation à la délocalisation.

Autos sind Spaniens Exportschlager

FAZ .07.2012 · Spanien wird oft vorgeworfen, das Land sei nicht wettbewerbsfähig, weil die Löhne zu hoch seien. Das stimmt nicht - Spaniens Exporte sind seit 1999 fast so stark gestiegen wie die deutschen.

Von [Gerald Braunberger](#)



© dpa

Der oft erhobene Vorwurf, die südeuropäischen Länder hätten seit der Einführung des Euro wegen stark steigender Lohnkosten an internationaler Wettbewerbsfähigkeit verloren, ist nicht unumstritten. Die [drei Ökonomen Guillaume Gaulier, Daria Taglioni und Vincent Vicard zeigen](#), dass gerade Länder wie [Spanien](#) und [Portugal](#) seit 1999 hohe Zuwachsraten im Export verzeichnet haben, die im Falle Spaniens sogar nahezu an die deutsche Rate heranreichen. Der eigentliche Problemfall in punkto Verlust an internationaler Wettbewerbsfähigkeit in Europa sei vielmehr Frankreich, schlussfolgern die Autoren.

Die drei Ökonomen zeigen, dass der überdurchschnittliche Anstieg der Arbeitskosten in Südeuropa vor allem in Branchen anfiel, die in der Binnenwirtschaft tätig sind. Die Binnenwirtschaft hatte beispielsweise von dem langjährigen Bauboom in Spanien profitiert, der wiederum durch ausländische Kapitalzuflüsse befeuert worden ist. In den Exportbranchen sind die Lohnkostenanstiege weniger stark ausgefallen.



Spaniens Export entwickelt sich so ähnlich wie der von Deutschland.

Eine Untersuchung von Mitarbeitern der Bank von Spanien kommt ebenfalls zu dem Ergebnis, dass sich die spanischen Exporteure in den vergangenen Jahren gut gehalten haben. Zwischen 1995 und 2010 ist der

spanische Anteil am gesamten Export in der Welt von 1,9 auf 1,6 Prozent zurückgegangen, was sich zum Teil mit der wirtschaftlichen Dynamik in den exportorientierten asiatischen Schwellenländern erklärt.

Die Aussichten der spanischen Ausfuhr sind allerdings nicht einfach. Der mit weitem Abstand wichtigste Exportartikel sind Autos. In 18 Fabriken wurden vor der aktuellen Krise mehr als 2 Millionen Fahrzeuge im Jahr produziert. Damit ist Spanien mit weitem Abstand hinter Deutschland, aber vor Frankreich, Großbritannien und Italien das zweitgrößte Herstellerland in Westeuropa. Mehr als ein Viertel der Produktion entfällt nach einer Studie der Universität Duisburg-Essen aus dem vergangenen Jahr auf den Volkswagen-Konzern, Fabriken werden aber auch von Herstellern wie PSA, Renault, General Motors und Ford unterhalten. Die Branche beschäftigt etwa 65 000 Mitarbeiter.

Fast die gesamte spanische Autoproduktion wird exportiert; die Spanier wiederum importieren viele von ihnen gefahrene Wagen. Allein ein Drittel der Ausfuhr geht nach Frankreich, dessen Konjunktur lahmt; andere wichtige Zielländer sind Deutschland, Großbritannien und Italien. Die Überkapazitäten auf dem europäischen Markt könnten auch spanische Fabriken bedrohen.

Generell ist die Ausfuhr, die rund 30 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) ausmacht, sehr stark auf Europa ausgerichtet. Im vergangenen Jahr gingen nur knapp 10 Prozent der Exporte in die asiatischen Wachstumsmärkte.

Quelle: F.A.Z.

Regulierung oder Eigenverantwortung

Die sichtbare Hand des Währungsfonds

FAZ 23.07.2012 · Wenn jedes Land seine wirtschaftspolitischen Hausaufgaben macht, geht es auch der Weltwirtschaft gut. Doch in der internationalen Wirtschaftspolitik macht sich zunehmend eine andere Sicht der Dinge breit.

Von [Patrick Welter](#), Washington

Der Erfolg der Marktwirtschaft gründet im Prinzip der dezentralen Eigenverantwortung. Wenn jeder seinem Eigeninteresse folgt, führt die unsichtbare Hand des Marktes dazu, dass im Wettbewerb ökonomisch letztlich alle gewinnen. Dabei müssen gewisse Regeln gelten: die Sicherung der Eigentumsrechte, und das Verbot von Kartellabsprachen, die den Wettbewerb einschränken. Vor allem aber muss gewährleistet sein, dass jeder für seine Fehler selbst haftet. Mehr bedarf es nicht, damit Volkswirtschaften sich zum Wohle der Bürger gedeihlich entwickeln.

Das Prinzip der dezentralen Eigenverantwortung im Wettbewerb gilt auch für das Zusammenspiel der Länder in der Weltwirtschaft. Wenn jedes Land seine wirtschaftspolitischen Hausaufgaben macht, geht es auch der Weltwirtschaft gut. Für dieses dezentrale Prinzip spricht vor allem der Wettbewerb der wirtschaftspolitischen Entwürfe, in dem Regierungen Fehler erkennen und voneinander lernen können.

Verdeckte Eigenverantwortung

Dennoch macht sich seit der Finanzkrise, die in diesem Sommer vor fünf Jahren ausbrach, in der internationalen Wirtschaftspolitik zunehmend eine andere Sicht der Dinge breit. Die Beschwörungen der notwendigen Zusammenarbeit nehmen überhand, seitdem die Hauspreisblase in Amerika geplatzt ist und die finanziellen Verwerfungen rund um den Erdball zogen. Die Argumente für die Kooperation sind oft nicht mehr als politische Rhetorik. Plakativ etwa wird im Kreis der G-20-Staaten immer wieder behauptet, man müsse zusammenarbeiten, weil alle dieselben Schwierigkeiten hätten. Wenn Hans und Peter Grippe haben, wird aber keiner von ihnen schneller gesund, nur weil sie die Medizin gemeinsam einnehmen.

Ernster zu nehmen ist das Argument, die Verflechtung gerade der Finanzmärkte mache eine abgestimmt-einheitliche Regulierungspolitik unabdingbar, um Ansteckungsrisiken zu vermeiden. Auch dieses Argument verdeckt freilich nur die Eigenverantwortung der Staaten. Die Erfahrungen der Finanzkrise, die von der erst im Herbst 2008 einsetzenden Wirtschaftskrise gedanklich zu trennen ist, zeigen, dass nicht alle Länder getroffen wurden. Kanada und Japan zum Beispiel kamen weitgehend ungeschoren davon. In Japan lag das vor allem daran, dass die Großbanken nicht kräftig genug gewesen waren, sich an der Spekulation mit amerikanischen Hypothekenspapieren in großem Stil zu beteiligen. Kanada dagegen kann auf seine strikte Finanzaufsicht verweisen.

Gescheiterte Steuerungsversuche

Auch Deutschland und europäische Länder hätten dem finanziellen Wirbelsturm weit besser standgehalten, hätten ihre Finanzkontrolleure vorher besser aufgepasst. Der immer noch verärgert zu hörende Hinweis, die Vereinigten Staaten hätten der Welt die Misere eingebrockt, dient vor allem dazu, eigenes Versagen zu kaschieren.

Der neue Hang zur wirtschaftspolitischen Absprache manifestiert sich vor allem in der Rolle des Internationalen Währungsfonds, dem zunehmend angetragen wird, als sichtbare Hand die Weltwirtschaft zu steuern. Die G-20-Staaten lassen sich vom IWF regelmäßig „multilaterale Aktionspläne“ erarbeiten. Im Kern gleichen diese Vorgaben sozialistischen Fünfjahresplänen. Sie spiegeln das zentralistische Denken wider, dass Staaten ihre Wirtschaftspolitik dem Interesse der Weltwirtschaft unterordnen sollten. Das ist so lange unproblematisch, wie sich nationales und globales Interesse decken, etwa im Freihandel, im freien Kapitalverkehr oder im Dringen auf flexible Wechselkurse. Schwierig aber wird es, wenn der Globalismus des

IWF sich mit Forderungen an Exportüberschussländer verbindet, als Konjunkturlokomotive die Binnennachfrage zu stärken. Dann stellt der Fonds das scheinbare globale über das nationale Interesse und übersieht, dass eine starke Weltwirtschaft von der Solidität jedes einzelnen Landes lebt.

Solche Versuche der globalen Nachfrage- und Konjunktursteuerung sind schon oft genug schiefgegangen. Man denke an Helmut Schmidt und den Weltwirtschaftsgipfel 1978 in Bonn. Der Hang zum planerischen Zentralismus zeigt sich auch in den IWF-Empfehlungen zur Lösung der Euro-Schuldenkrise. Recht phantasielos laufen sie darauf hinaus, die finanziellen Risiken nationalen Fehlverhaltens auf die Euro-Ebene zu verlagern und zu vergemeinschaften.

Kurzsichtiger Jubel

Im Bestreben um Kooperation haben die Mitgliedstaaten dem IWF gerade ausdrücklich die Kompetenz eingeräumt, in der bilateralen Überwachung der nationalen Wirtschaftspolitik auch multilaterale Aspekte zu berücksichtigen. Der Fonds darf danach künftig mit mehr Gewicht etwa auch empfehlen, dass die Europäische Zentralbank ihre Geldpolitik schneller lockert, weil dies weltwirtschaftlich geboten sei. Oder er darf Deutschland nahelegen, die Sanierung des Staatshaushalts schleifenzulassen, um mit mehr schuldenfinanzierten Ausgaben die Weltwirtschaft anzuschieben.

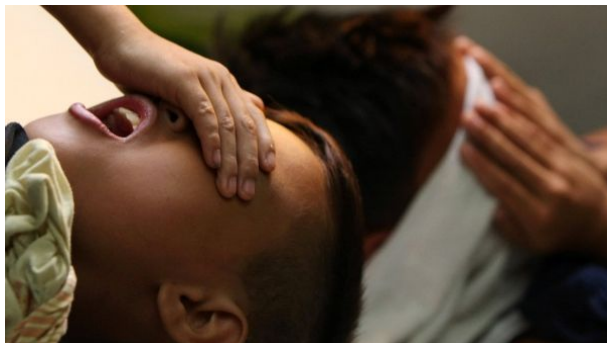
IWF-Chefin Christine Lagarde jubelt, die Überwachung der Wirtschaftspolitik sei „neu gestartet“ worden. Tatsächlich aber untergräbt der Beschluss die Eigenverantwortung der Länder für ihr Wohlergehen. Auf lange Sicht wird das der Weltwirtschaft mehr Schaden als Nutzen zufügen.

Quelle: F.A.Z.

Auch die Seele leidet

FAS 21.07.2012 · Die Beschneidung von Kindern kann zu Traumata, Schmerzen und Komplikationen führen. Studien belegen, dass auch die spätere Sexualität negativ beeinflusst wird.

Von Sonja Süß und [Philip Eppelsheim](#)



© dpa Zwei Jungen bei der Beschneidung in Manila

In den Leitlinien der Gesellschaft für Kinderchirurgie heißt es, Beschneidungen seien mit einer „signifikanten Komplikationsrate behaftet“. Die Nachblutungsrate wird auf bis zu 6 Prozent beziffert. Wolfram Hartmann, Präsident des Berufsverbandes der Kinder- und Jugendärzte, sagt: „Wir Kinder- und Jugendärzte sehen immer wieder Komplikationen nach Beschneidungen, die mit erheblichen Schmerzen einhergehen, da die Genitalorgane außerordentlich schmerzempfindlich sind. Das gilt auch für Neugeborene in den ersten Lebenswochen.“

Die Wunde könne sich entzünden, gelegentlich müsse nachoperiert werden. „Solche Komplikationen treten nach etwa zehn Prozent der Beschneidungen auf - auch wenn der Eingriff sachgerecht war.“ Auch im Fall des vierjährigen Jungen aus Köln befand das Landgericht in seinem umstrittenen Urteil, der Eingriff sei medizinisch „einwandfrei“ gewesen. Das Kind kam wegen Nachblutungen in die Notaufnahme und musste während der Behandlung mehrfach in Narkose versetzt werden.

Ein Trauma, mit oder ohne Narkose

Matthias Franz, Professor für Psychosomatische Medizin und Psychotherapie an der Universität Düsseldorf, sagt, dass es bei Beschneidungen „nicht selten zu schwerwiegenden genitalen Verletzungen mit seelischen und sexuellen Langzeitproblemen“ komme: „In einem Aufklärungsbogen vor dem Eingriff wird eine Fülle medizinischer Risiken genannt, bis hin zu irreversiblen Beschädigungen des Penis.“ Manche Patienten hätten „die halbe Eichel nach der Beschneidung verloren, wieder andere haben eine schwere Narbenbildung“.

Unabhängig von diesen Komplikationen sei die Beschneidung ein Trauma, so Franz. „Neugeborene haben während des Eingriffs starke Schmerzen, Stresshormone werden ausgeschüttet, der Herzschlag steigt massiv an. Die Kinder schreien schrecklich, wenn die Beschneidung ohne Narkose oder ohne örtliche Betäubung durchgeführt wird. Aber auch eine Narkose bringt Risiken mit sich.“

Maximilian Stehr, Kinderchirurg am Münchner Universitätsklinikum, erinnert sich an einen Fall im vergangenen Jahr: In einer Arztpraxis sei es während einer Beschneidung zu einem Narkosezwischenfall gekommen. Der Junge kam auf die Intensivstation. Er habe nie wieder das Bewusstsein erlangt, sagt Stehr. Auch er spricht von der Gefahr eines Traumas: „Die Gefahr eines Traumas ist am größten, je weniger man gegen die erheblichen Schmerzen vorgeht.“

Erfahrung von Gewalt und Machtlosigkeit

Eine Studie im „Journal of Health Psychology“ aus dem Jahr 2002 bestätigt die Traumagefahr und belegt, dass starke Schmerzen bei der Beschneidung Auswirkungen auf die Entwicklung des Kindes haben: Permanente und irreversible Veränderungen der neurologischen Funktionen, die für Schmerzempfinden und Gedächtnis verantwortlich sind, können die Folge sein. So sei belegt, dass Kleinkinder bis zu sechs Monate nach der Beschneidung eine erhöhte Schmerzreaktion bei Impfungen zeigen - im Gegensatz zu unbeschnittenen Kindern. Stehr spricht von einer Verhaltensänderung bei den Kindern, die sich beispielsweise in der Angst vor Ärzten bei der Nachuntersuchung zeige.

Auch ältere Kinder, die beschnitten werden, nähmen den Eingriff als Erfahrung von Gewalt und Machtlosigkeit wahr, so die Studie von 2002. Vor allem rituelle Beschneidungen werden demnach von den Kindern assoziiert mit Aggressivität. Sie führen zu einer Schwächung des Selbstbewusstseins und zu Albträumen.

Aus Angst wird Realität

Muslimische Jungen werden häufig im Alter von vier bis sechs Jahren beschnitten. Das ist das Alter, in dem „unter dem empathischen Schutz der Eltern die sexuelle Identität der Kinder“ entstehe, sagt Franz. Die Jungen hätten einerseits eine „recht genaue Wahrnehmung für äußere Fakten, werden aber andererseits noch durch kindliche Ängste und Phantasien bestimmt“. Eine häufige Angst sei, „dass jemand ihren Penis beschädigen könnte“. Die Beschneidung, sagt Franz, lasse aus den Ängsten Realität werden. „Nicht wenige geraten in stille Panik: Mama und Papa lassen das zu. Und so kann nicht nur die Kastrationsangst verstärkt werden, sondern es kann auch zu einem latenten Vertrauensbruch in der Beziehung zu den Eltern kommen.“

Psychoanalytiker Franz verweist darauf, dass bei Mädchen „jede genitale Verletzung als Trauma international anerkannt“ werde. Sicherlich gebe es dimensionale Unterschiede. „Das geht von grausamen Verstümmelungen bis hin zu mit Vorhautbeschneidungen vergleichbaren Graden. Auch das rituelle, erzwungene Anritzen beispielsweise der großen Schamlippen ist richtigerweise verboten.“ Man dürfe Kindern nicht weh tun, sagt Franz, „man verletzt sie auch nicht im Genitalbereich, egal ob Junge oder Mädchen“.

Kinderchirurg Stehr hebt hervor, dass die Vorhaut kein nutzloses Gewebe sei. Sie habe eine Schutzfunktion für die Eichel, sei wichtig für die Sekretbildung und ermögliche ein intensiveres sexuelles Erleben. 2011 erschien eine Studie in Dänemark über sexuelle Schwierigkeiten von heterosexuellen Paaren, bei denen der Mann beschnitten ist. Im Vergleich zu unbeschnittenen Männern sei durch das Abtrennen der sensiblen Vorhaut, die viele erogene Nervenenden enthält, das sexuelle Erleben reduziert. So berichteten in dieser Studie beschnittene Männer dreimal häufiger von Orgasmusschwierigkeiten als nicht beschnittene.

Frauen von beschnittenen Partnern berichteten zudem häufiger (38 Prozent) von sexueller Unzufriedenheit als Partnerinnen von unbeschnittenen Männern (27 Prozent). Sie gaben auch viermal öfter an, unter Schmerzen beim Geschlechtsverkehr zu leiden. Gründe für die sexuellen Probleme können den Studien zufolge frühzeitige Ejakulationen, Orgasmusschwierigkeiten, verminderte Sensibilität, eine unnatürliche Trockenheit des Penis, Erektionsprobleme oder schmerzhafte Schädigungen durch die Beschneidung sein.

„Aus medizinischer Sicht gibt es keinen Grund, die gesunde Vorhaut eines kleinen Jungen zu entfernen“, sagt Franz. Beschneidung aus präventiven Gründen sei, wenn überhaupt, nur für sexuell aktive erwachsene Männer oder Jugendliche bedeutsam, sagt Stehr: „Für eine Beschneidung im nicht einwilligungsfähigen Alter spricht also auch in diesem Zusammenhang nichts.“ Und der Leitsatz jedes ethischen ärztlichen Handelns sei: Primum nihil nocere - zuerst einmal niemals schaden.

Quelle: F.A.S.

Les déboires allemands avec EDF

LE MONDE | 22.07.2012 à 18h42

Par Frédéric Lemaître

Abonnez-vous

à partir de 1 € [Réagir](#) [Classer](#) [Imprimer](#) [Envoyer](#)

Déjà peu populaire en [Allemagne](#) en raison de son tropisme [nucléaire](#), EDF est désormais éclaboussé par un scandale [politique](#) dont Angela Merkel pourrait ne pas [sortir](#) indemne. L'affaire date de 2010. L'électricien, entré en 1999 dans le capital d'EnBW (Energie du Bade-Wurtemberg), troisième producteur d'électricité allemand, n'est pas satisfait. Avec 45 % du capital, le groupe français n'a aucun [pouvoir](#) sur sa filiale. Par ailleurs, si M^{me} Merkel a prolongé, en septembre 2010, la vie des centrales nucléaires, notamment celles détenues par EnBW, elle a alourdi les taxes pesant sur les producteurs, au détriment de leur rentabilité.

Fin 2010, [Henri Proglio](#), PDG d'EDF, fait donc [savoir](#) à Stefan Mappus, ministre-président (CDU) du Bade-Wurtemberg, qu'il souhaite soit [prendre](#) le contrôle de l'entreprise, soit [vendre](#) ses parts. Etoile montante de la CDU, M. Mappus n'entend pas [confier](#) les clés d'EnBW à EDF. Le riche Bade-Wurtemberg n'a pas besoin d'argent et, à quelques mois des élections régionales, l'opération serait suicidaire. En revanche, [acheter](#) le tente. Le 26 novembre 2010, les deux hommes se mettent d'accord sur un prix, 40 euros par action, qui sera porté à 41,50 euros le 4 décembre en y intégrant le dividende escompté.

M. Mappus aimerait [consulter](#) son Parlement sur cette opération qui lui coûte 4,7 milliards d'euros, mais EDF le pousse à [agir](#) vite et l'accord doit être validé par l'exécutif régional le 6 décembre. Quant à EDF, il aimerait y [ajouter](#) une clause précisant qu'il a besoin du feu vert du ministère de l'économie mais, là, c'est M. Mappus qui tique. Seul le conseil d'administration se prononcera. Le 6 décembre, M. Mappus fanfaronne devant les caméras. A l'[entendre](#), le Bade-Wurtemberg a repris la maîtrise de ce fleuron sans que cela coûte un sou au contribuable car les intérêts de l'emprunt seront payés par les dividendes de l'entreprise.

Dans un premier temps, l'opposition est bluffée, mais les critiques ne tardent pas et ne font que s'[exacerber](#). Non seulement la sortie du nucléaire, décidée en mars 2011 par M^{me} Merkel, rend l'entreprise bien moins attrayante, mais la victoire de l'opposition Verts-SPD aux élections régionales a abouti à la création d'une commission d'[enquête](#) dont les travaux révèlent nombre d'irrégularités.

Outre la Cour des comptes régionale, la [justice](#) mène également son enquête. La [police](#) a perquisitionné dans les bureaux et au domicile de M. Mappus mi-juillet. Soupçonné d'irrégularités et d'abus de confiance, celui-ci risque jusqu'à cinq ans de prison si les faits sont avérés.

Outre un prix qui peut [sembler](#) élevé - 18 % au-dessus du prix de l'action d'alors, soit 840 millions d'euros -, les nouveaux dirigeants du Bade-Wurtemberg lui reprochent surtout de n'[avoir](#) ni consulté le Parlement pour cette opération majeure ni lancé d'appel d'offres pour sélectionner une banque d'affaires. Tout s'est fait par l'entremise du directeur de [Morgan Stanley](#) pour l'Allemagne, [Dirk Notheis](#), qui est un ami d'enfance de M. Mappus et également un membre de la CDU.

Alors que, le 3 décembre, EDF semble hésiter, M. Notheis envoie un mail comminatoire, indiquant que, si besoin est, "Angela appelle l'Elysée". Au sujet de M. Mappus, il écrit : "Ne sous-estimez pas le [pouvoir](#) de ce gars. Il contrôle 30 % des députés du parti et pourrait [tuer](#) Angela avec ses troupes." Selon ses déclarations, le ministère de l'économie français est opposé à la vente, mais "l'Elysée a donné l'ordre aux ministères concernés". M. Notheis, contraint mi-juillet de [quitter](#) Morgan Stanley, avait tout intérêt à la vente puisque les commissions de la banque se sont élevées à plus de 12 millions d'euros.

Tout cela pourrait n'être qu'une affaire allemande. Les choses ne sont pourtant pas si simples car, en France, Morgan Stanley est présidée par René Proglio, le frère jumeau du patron d'EDF. Aujourd'hui, EDF minimise le rôle joué par cette banque. Pourtant, jusqu'à ce que la presse allemande s'en émeuve en février, le site Internet de la filiale française de Morgan Stanley inscrivait cette transaction à son actif.

Quels intérêts défendait vraiment la banque ? Ceux de l'acheteur ? Ceux du vendeur ? Ou les siens propres ? Un mail de M. Notheis à son collègue français jette le doute : *"Ton frère a déjà accepté le deal au prix de 40 euros, nous savons que c'est une somme plus que rondelette."* Pourtant, la même banque acceptera de [porter](#) cette somme à 41,50 euros quelques jours plus tard.

L'Etat-région du Bade-Wurtemberg a porté plainte contre EDF devant le tribunal arbitral de la Chambre de commerce internationale de Paris. Et EDF l'attaque pour préjudice d'image.

Les Allemands s'intéressent aux enjeux politiques de cette affaire. La gauche, qui dirige le Bade-Wurtemberg, a intérêt à [maintenir](#) la tension jusqu'aux prochaines élections législatives de l'automne 2013. Pour la CDU, l'enjeu est de taille. En 2009, un électeur conservateur sur six résidait dans le Bade-Wurtemberg. Qu'une partie d'entre eux votent à gauche, comme ils l'ont fait en 2012 à l'échelon local, et la majorité dont dispose M^{me} Merkel se trouverait menacée. Dans certains mails adressés à M. Mappus, M. Notheis appelle la chancelière "*maman*". Il n'est pas sûr qu'aujourd'hui celle-ci fasse preuve à leur égard d'un véritable amour maternel.

lemaitre@lemonde.fr

Correspondant à Berlin

Offener Brief zur Beschneidung

„Religionsfreiheit kann kein Freibrief für Gewalt sein“

FAZ 21.07.2012 · In der Beschneidungsdebatte appellieren mehr als 140 Mediziner und Juristen an Bundesregierung und Bundestag, die Kinder stärker zu schützen. Hier ist der volle Brief.

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin, sehr geehrte Bundesminister, sehr geehrte Abgeordnete des Deutschen Bundestages,

Sie werden in den kommenden Wochen intensiv über eine gesetzliche Regelung zur Beschneidung von Jungen diskutieren. Diese Debatte hat in der Öffentlichkeit schon begonnen. Sie wird jedoch zunehmend von unwissenschaftlichen Momenten bestimmt. Es wird gefordert, jetzt schnell Rechtssicherheit herzustellen. Doch dieses wichtige Thema darf nicht eilfertig entsorgt werden. Wir setzen uns ein für eine Versachlichung der Diskussion. Kernpunkt ist die Abwägung der Grundrechte auf Religionsfreiheit von Erwachsenen mit dem Recht des Kindes auf körperliche Unversehrtheit und sexuelle Selbstbestimmung sowie die Achtung seiner Würde.

In diesem Zusammenhang kann die Religionsfreiheit kein Freibrief zur Anwendung von (sexueller) Gewalt gegenüber nicht einwilligungsfähigen Jungen sein. Dies ist für die Zufügung jeglicher Gewalt im Genitalbereich von Mädchen national und international schon lange Konsens. Hinsichtlich der Durchführung medizinisch nicht notwendiger irreversibler Genitalbeschneidungen von Jungen, verbunden mit hohem Risiko für bleibende genitale Beschädigungen und seelische und sexuelle Beeinträchtigungen, muss die öffentliche Debatte und Wahrnehmung offensichtlich noch weiterentwickelt werden.

Zusammenfassend kann man aus ärztlicher Sicht eindeutig sagen, dass es keine medizinischen Gründe für die Entfernung einer gesunden Vorhaut bei einem gesunden, nicht einwilligungsfähigen kleinen Jungen gibt. Sämtliche angeführten medizinisch-prophylaktischen Gründe (zum Beispiel Prävention sexuell übertragbarer Infektionen) lassen sich - wenn vom Betroffenen gewünscht - durch eine Beschneidung in einwilligungsfähigem Alter realisieren. Die Beschneidung ist auch nicht etwa mit dem Eingriff einer Impfung gleichzusetzen, da es bei einer Impfung um die dem Kind direkt zu Gute kommende Minderung von Gesundheitsrisiken geht.

Es herrscht eine bemerkenswerte Verleugnungshaltung und Empathieverweigerung gegenüber den kleinen Jungen, denen durch die genitale Beschneidung erhebliches Leid zugefügt wird. Dieses Leid ist mittlerweile in empirischen Studien ausreichend belegt. Mit religiösen Traditionen oder dem Recht auf Religionsausübung lässt sich dies nicht widerspruchsfrei begründen, zumal die Entwicklung der Kinderrechte in den letzten 300 Jahren in diesem Bereich nicht nur exklusiv den Mädchen zu Gute kommen kann. Denn das wäre mit dem Gleichheitsgrundsatz kaum zu vereinbaren.

Natürlich müssen in der laufenden Diskussion auch die Bedürfnisse, Befürchtungen und Traditionen der beteiligten religiösen Gruppen Berücksichtigung finden. Hier muss auch wechselseitiges Verständnis gefördert werden. Der schwerwiegende Vorwurf jedoch - unter assoziativem Verweis auf den Holocaust - durch ein Verbot der rituellen Jungenbeschneidung würde „jüdisches Leben in Deutschland“ unmöglich werden, ist für Vertreter des Kinderschutzgedankens nicht hinnehmbar. Es geht vielmehr darum, auch jüdisches und islamisches Leben im Rahmen der deutschen Rechtsordnung zu schützen. Als Kinder der Aufklärung müssen wir endlich die Augen aufmachen: Man tut Kindern nicht weh!

Das haben mittlerweile auch engagierte Gegner der Ritualbeschneidung wie Jonathan Enosch in Israel erkannt. Bei ihnen stieß das Kölner Urteil auf deutliche Zustimmung. Herr Nadeem Elyas, ehemaliger Vorsitzender des Zentralrates der Muslime, hält beispielsweise den Zeitpunkt aus Sicht des Islam für variabel, eine besonders wichtige Aussage, da die Beschneidung im Alter von 4-6 Jahren aus entwicklungspsychologischer Sicht besonders gravierende psychotraumatische Wirkungen entfalten kann. In diesem Alter erfolgt die Konsolidierung der sexuellen Identität unter dem empathischen Schutz der Eltern. Warum sollte man nicht warten, bis der Betroffene einsichtig zustimmen kann?

Eine Lösung dieses Konfliktes kann nicht auf der Grundlage von Angst und Zwang erfolgen. Wir Unterzeichnenden bitten Sie als Gesetzgeber deshalb darum, auch den Kinderschutzgedanken und die Bedürfnisse der betroffenen Kinder zur Grundlage Ihrer Entscheidungsfindung zu machen. Wir werben dafür, dass Sie sich in dieser Angelegenheit eindeutig auf der Seite des Kindes positionieren, die Debatte auf wissenschaftlicher und rechtlicher Grundlage führen und Erkenntnisse der Hirn- und Präventionsforschung berücksichtigen. Um eine ausgewogene Lösung zu finden, sollten Sie sich Zeit nehmen für eine Diskussion, die alle Aspekte berücksichtigt. Das Thema Beschneidung ist zu sensibel für politische Schnellschüsse.

Düsseldorf, den 21.7.2012

Professor Dr. med. Matthias Franz, Universität Düsseldorf

Die Mitunterzeichner

- Prof. Dr. Dr. Dieter Adam, München
- Prof. Dr. med. Heiko Alfke, EBIR, Direktor der Klinik für Diagnostische und Interventionelle Radiologie, Klinikum Lüdenscheid
- Prof. Dr. med. Hartmut Amft, Professor für Sozialmedizin i. R., Zollikon, Schweiz
- Christian Bahls, Diplom Mathematiker, 1. Vorsitzender MOGiS e.V. - Eine Stimme der Vernunft (Verband von Opfern sexualisierter Gewalt im Kindesalter)
- Dr. Jan Bartussek, Neurowissenschaftler, ETH Zürich, Schweiz
- Hening Bettermann, Schularzt i.R., Oslo
- Dr. jur Peter Bezler, Rechtsanwalt
- Rechtsanwalt Alexander Bier, LL.M., Königswinter
- Dr. rer. nat. Andreas Beck, Berlin
- Dr. med. Wolfgang Bensch, FA für Orthopädie, Isny im Allgäu
- Jens Böhmer, Queen Silvia Children's Hospital, Sahlgrenska University, Gothenburg/Sweden
- Dr. med. Joachim Börner, Lohne
- Dr. med. Hans-Werner Bouman
- Priv. Doz. Dr. med. Karl Heinz Brisch, München
- Dr. Klaus-Peter Bruckmooser, Anästhesist, Dr.-Horst-Schmidt-Kliniken, Wiesbaden
- Dr. med. onk. Maraijke-Helga Claar, Keszthely-Kertváros, Ungarn
- Dr. Cornelius Courts, Institut für Rechtsmedizin, Funktionsbereich Forensische Genetik, Universitätsklinikum Bonn
- Dr. phil. Dipl.-Psych. Frank Roland Deister, Psychol. Psychotherapeut, Psychoanalytiker, Frankfurt
- Andreas Dieckmann
- Dr. med. Ralph Dietrich, Chirurg, München

- Prof. Dr. Dr. h.c. Hans Georg Dietz, Kinderchirurgische Klinik, Dr. von Haunersches Kinderspital, Klinikum der Ludwig Maximilians Universität München
- W. Dittrich, Dipl.-Psych. (i.R.), Düsseldorf
- Adem Dolas, Neurologie, Universitätsklinikum Düsseldorf
- Dr. phil. Hans-Jörg Ehni, Stellv. Direktor Institut für Ethik und Geschichte der Medizin, Tübingen
- Dr. med. Alexander Ehnis, Facharzt für Dermatologie und Venerologie, Lampertheim
- Rechtsanwalt Georg Ehrmann, Vorstandsvorsitzender der Deutschen Kinderhilfe
- Dr. Gerhard Engelmayer, Vorsitzender Freidenkerbund Österreich
- Martin Erbe, Arzt, Saarlouis
- Dr. med. Holger C. Erne, München
- Rechtsanwalt Bernhard J. Fassbender, Lehrbeauftragter für Wirtschaftsrecht an der DIPLOMA-Fachhochschule Nordhessen
- Prof. Dr. med. Thomas J. Feuerstein, Arzt für Pharmakologie und Toxikologie, Arzt für Neurologie und Psychiatrie
- Herwig Fischer, Richter i.R., Salzhemmendorf
- Helmut Fink, Nürnberg, Vorsitzender des Humanistischen Verbandes HVD Bayern
- Andrea Frank, Ärztin, Weiterbildungsassistentin in der Allgemeinmedizin, München
- Prof. Dr. Matthias Franz, Klinisches Institut für Psychosomatische Medizin und Psychotherapie, Universität Düsseldorf
- Prof. Dr. Berthold Franzen, Studiengangsleiter Ingenieur-Informatik, Institut für Technik und Informatik, Fachbereich Mathematik, Naturwissenschaften und Informatik, Technische Hochschule Mittelhessen
- Dr. Dieter Freundlieb
- Manfred Galland, Facharzt für Neurologie u. Psychiatrie –Psychotherapie, Horb a. N.
- Gabriele Gawlich, Zweite Vorsitzende MOGiS e. V.
- Priv.-Doz. Mag. Dr. Georg Göbel, Biostatistiker, Medizinische Universität Innsbruck, Österreich
- Prof. Dr. Hartmut Göbel, Facharzt für Neurologie, Spezielle Schmerztherapie, Psychotherapie, Schmerzklinik Kiel
- Dr. med. Sebastian Goß, Assistenzarzt (Anästhesie), Köln
- Dipl. Psych. Gesa Groh, Klinikum der Universität München, Dr. von Haunersches Kinderspital
- Prof. Dr. iur. Bernhard Hardtung, Universität Rostoc
- Dr. Norbert Hartkamp, Facharzt für Psychosomatik, Psychoanalytiker, Praxis für Psychosomatische Medizin und Psychotherapie, Solingen

- Priv.-Doz. Dr. rer. nat. Juergen Henke, Neuss
- Rechtsanwalt Kristof Henrich, Frankfurt am Main
- Dr. Martina Herpich, Lauf
- Dr. med. Manfred Herpich, Berlin
- Prof. (em.) Dr. Rolf Dietrich Herzberg, Ruhr-Universität Bochum
- Dr. med. Mathias Hirsch, Facharzt Psychiatrie, Psychotherapeutische Medizin, Psychoanalyse, Düsseldorf
- Ass. iur. Andreas Hofmann, Wissenschaftlicher Mitarbeiter, Rechtswissenschaftliche Fakultät, Universität Bayreuth
- Prof. Dr. Walter Hollstein, Berlin/Basel
- Dr. med. Werner-Paul Hürzeler, Stein
- Stefanie Immler, Dr. von Haunersches Kinderspital München
- Dr. Ludwig Janus, Heidelberg
- Prof. Dr. Klaus Junker, Institut für Klassische Archäologie, Johannes Gutenberg-Universität Mainz
- Dr. Dr. Joachim Kahl, Philosoph, Marburg
- Dr. jur. Heinz Kammeier, Münster
- Dr. med. Thomas Kanthak, Urologisches Facharztzentrum Wetzlar
- Ingo-Wolf Kittel, Facharzt für Psychotherapeutische Medizin, Philosophische und Psychotherapeutische Praxis, Augsburg
- Prof. Dr. med. Johannes Klein, Zentrum Endokrine Medizin, Lübeck
- Dr. med. Mathias Klemme, LMU München, Klinikum Großhadern, Neonatologie, Facharzt für Kinderheilkunde
- Dr. rer. nat. Wolfgang Klosterhalfen, Prof. für Medizinische Psychologie (nicht mehr aktiv)
- Dr. Wolfgang Köbele, Anger
- Professor Georgy Koentges, PhD, Laboratory of Systems Biomedicine and Evolution, School of Life Sciences, University of Warwick, Coventry, UK
- Dr. Bruno Köhler, Vorstandsvorsitzender MaNNdat e.V. - Geschlechterpolitische Initiative
- Ralf Konnopke, Diplom Sozialpädagoge/Sozialarbeiter(FH), Systemischer Therapeut und Familientherapeut(DGSF), Traumapädagogik und Traumazentrierte Fachberatung (DeGPT)
- Dr. med. Sebastian Kramberg, Denkendorf
- Hartmut Krauss, Sozialwissenschaftler, Gesellschaft für wissenschaftliche Aufklärung und Menschenrechte (GAM)

- Dr. rer. pol. Andreas Krauß, MANNdat e.V.
- Dr. rer. nat biol. Uwe Kullnick, Neurophysiologe
- Walid Laschin, M.A.
- Dipl.-Ing. Wolfgang Lau-Bomert, Kassel
- Dr. med. Hanjo Lehmann, Berlin
- Dirk W. Lehmann, Arzt für Anästhesiologie, Köln
- Prof. Dr. med. Klaus Lieberz, Mannheim
- Dipl.info. Dipl. pol. Jürgen Liminski, Publizist, Moderator beim Deutschlandfunk, GF des Instituts für Demographie, Allgemeinwohl, Familie e.v.
- Dr.med. Gottfried Lobeck, Dresden
- Prof. Dr. Jürgen Marenbach, Psychoanalytiker, Düsseldorf
- Dipl.-Volkswirt Udo von Massenbach, President American German Business Club Berlin e.V.
- Dr. Grischa Merkel, Wissenschaftliche Mitarbeiterin, Lehrstuhl für Strafrecht, Strafprozessrecht und strafrechtliche Nebengebiete, Juristische Fakultät, Universität Rostock
- Dr. Christopher Michaelson, Senior Lecturer, Faculty of Law, University of New South Wales, Sydney NSW 2052, Australia
- Dr. Sabine Müller, Charité - Universitätsmedizin Berlin
- Prof. Dr. rer. nat. Dietrich O. Müller, Berlin
- Dr. Eva Neumann, Diplom-Psychologin, Wissenschaftliche Mitarbeiterin, Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf, Medizinische Fakultät, Abteilung für Psychosomatische Medizin und Psychotherapie
- Prof. Dr. Ing. Dietrich Neumann, Architekturhistoriker, Brown University, Providence, RI USA
- Dr. med. Gregor Nietgen, Augenarzt, Ulm
- Eerke Pannenberg, LL.M., Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Strafrecht, Wirtschaftsstrafrecht und Strafprozessrecht der Universität Osnabrück
- Prof. Dr. med. Mechthild Papousek, im Ruhestand, ehemals Leiterin der Forschungs- und Beratungsstelle „Frühentwicklung und Kommunikation“ am Institut für Soziale Pädiatrie, LMU München
- Dipl. Phil. Helena Pipek, Kooperationspartnerin der Europäischen Kommission, Projektpartnerin für das Europäische Parlament, HUB Humboldt-Universität zu Berlin, Beidigte Urkundenübersetzerin für die polnische Sprache, Hamburg
- Dr. med. Christine Pirschel, Augenärztin, Salzwedel
- Dr. med. Dirk Pirschel, HNO-Arzt, Salzwedel

- Prof. Dr. med. Martin Pfohl, Chefarzt der Klinik für Allgemeine Innere Medizin, Diabetologie und Endokrinologie, Mitglied der Ethikkommission der Ärztekammer Nordrhein, Evangelisches Krankenhaus BETHESDA zu Duisburg GmbH, Akad. Lehrkrankenhaus der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf
- Tom Philipp, Mitglied des Vorstandes B'90/GRÜNE Kreisverband Minden-Lübbecke
- Diplom-Psychologe Winfried Pohl, Tübingen
- Dr. Peter J. Preusse, Zahnarzt, Marburg
- Prof. Dr. Holm Putzke, Universität Passau
- Dr. med. Dr. med. dent. Johannes Reichwein, Biebental
- Dr. med. Brigitte Reuther, FÄ Allgemeinmedizin, Bad Waldsee
- Jörg Richert, Geschäftsführung KARUNA Zukunft für Kinder und Jugendliche in Not e.V.
- Dr. Rainer Rosenzweig, Nürnberg
- Prof. Dr. iur. Dieter Rössner, Universitätsprofessor i. R., Institut für Kriminalwissenschaften der Philipps-Universität Marburg
- Dr. med. Elisabeth Rowe, Berlin
- Dr. Michel Royeck, Neurowissenschaftler, Uniklinik Bonn
- Dr. med. Heino Rutner, Chirurg, Chefarzt i.R., Schlüchtern
- Dr. med. Robert Sarhatlic-Voegtle, Freiburg
- Viktor Sarrazin
- Rechtsanwalt Georg Schepper, Bielefeld
- Prof. Dr. med. Wolfram Scheurlen, Leitender Chefarzt der Cnopf'schen Kinderklinik, Nürnberg
- Dipl.-Soz. Robert Schlack, Robert Koch-Institut, Berlin; Abteilung für Epidemiologie und Gesundheitsberichterstattung
- Dr. med. Armin M. Schmidt, Mülheim/Ruhr
- Dr. Christoph Schmid-Tannwald, Assistent des Instituts für klinische Radiologie an der LMU München
- Dr. phil. Michael Schmidt-Salomon, Philosoph, Vorstandssprecher der Giordano-Bruno-Stiftung
- Dr. Norbert M. Schmitz, Verlagslektor, Duisburg
- Dr. Ansgar Schneider, Max-Planck-Institut für Mathematik, Bonn
- Dipl.-Psych. Elisabeth Schneider-Reinsch, Psychologische Psychotherapeutin (Verhaltenstherapie), Wiesbaden
- Priv.-Doz. Dr. Eberhard Schröder, Universität Potsdam, Department Psychologie

- Prof. Dr. med. Ulrich Schultz-Venrath, Klinik für Psychiatrie, Psychotherapie und Psychosomatik EVK Bergisch Gladbach, Kooperationsklinik der Universität Witten/Herdecke
- Julia Schulz, M.A., Universität Leipzig
- Dr. med. Richard Schütte, Remagen
- Guy Sinden, www.beschneidung-von-jungen.de
- Dr. Robert Söll, Chefarzt Anästhesie, Krankenhaus Tirschenreuth
- Prof. Dr. Maximilian Stehr, Ludwig-Maximilians-Universität München
- Grit Stottok, Richterin am Landgericht Ansbach
- Prof. Dr. Peter Their, Department of Cognitive Neurology, Hertie Institute of Clinical Brain Research, Tübingen
- Rechtsanwalt Rainer Thesen, Nürnberg
- Dr. med. Andreas E. Urban, FECTS (Kinderchirurg, Kinderherzchirurg), ehem. Direktor des Deutschen Kinder-Herzzentrums Sankt August
- Karin Vogelpohl, Dipl.-Pädagogin, Hintergrund-Verlag Osnabrück
- Dr. Bernd Vowinkel
- Barbara Wagner und Dr. med. Horst Wagner, Kinderarzt im Ruhestand, Bremen
- Dr. phil. Thomas Wanninger, Oldenburg
- Ulrich Weiskopf, Richter am Amtsgericht Butzbach (Hessen)
- Dr. jur. Manfred Weitz, LL.M., Düsseldorf
- Rechtsanwalt J. Weitzmann, Hamburg
- Prof. Dr. med. Claus Werning, Frechen
- Prof. Dr. Matthias Wjst, Technische Universität München und Helmholtz Zentrum München
- Dr. Bernd Woitsch, Dr. von Haunersches Kinderspital, München
- Dr. iur. Uwe Zenske, Rechtsanwalt, Falkenfels
- Dr. Alexandra Zinck, Philosophie, The Hebrew University of Jerusalem
- Dipl. Psych. PP Thore Zuber, Furth im Wald

Der Erstunterzeichner des offenen Briefs, Professor Matthias Franz, lädt alle Mediziner, Juristen, Ärzte, Psychologen, Wissenschaftler und Verbände dazu ein, den Brief mitzuzeichnen. Dies ist möglich durch eine Mail an die Adresse: Matthias.Franz@uni-duesseldorf.de

Quelle: F.A.S.

Ärzte und Juristen plädieren gegen die Beschneidung

FAZ 21.07.2012 · In der Beschneidungsdebatte appellieren mehr als 140 Wissenschaftler an Bundesregierung und Bundestag, keine vorschnellen Beschlüsse zur Beschneidung von Jungen zu fassen. „Genitale Beschneidung fügt kleinen Jungen erhebliches Leid zu“, heißt es in einem offenen Brief auf FAZ.NET.



© www.bridgemanart.com Eine Kiste mit Beschneidungswerkzeugen aus dem Jahr 1663.

Namhafte Mediziner und Juristen haben an Bundesregierung und Bundestag appelliert, keine vorschnellen Beschlüsse zur Beschneidung von Jungen zu fassen. „Das Thema Beschneidung ist zu sensibel für politische Schnellschüsse“, schreiben sie [in einem offenen Brief, den sie am Samstag auf FAZ.NET veröffentlichten](#). Sie fordern Regierung und Abgeordnete auf, das Kindeswohl in den Mittelpunkt zu rücken. „Wir werben dafür, dass Sie sich in dieser Angelegenheit eindeutig auf der Seite des Kindes positionieren, die Debatte auf wissenschaftlicher und rechtlicher Grundlage führen und Erkenntnisse der Hirn- und Präventionsforschung berücksichtigen“, heißt es in dem Brief.

Das Schreiben wurde initiiert von Matthias Franz, Professor für Psychosomatische Medizin und Psychotherapie an der Universität Düsseldorf. Es ist unterzeichnet von mehr als 140 Personen, darunter viele Ärzte und Juristen. Zu den Mitunterzeichnern gehören der Jurist Holm Putzke von der Universität Passau und die Münchner Kinderchirurgen Maximilian Stehr und Hans-Georg Dietz. Sie hatten 2008 in einem gemeinsamen Beitrag für die Strafbarkeit der Beschneidung von Jungen plädiert.

„Genitale Beschneidung fügt kleinen Jungen erhebliches Leid zu“

„Es herrscht eine bemerkenswerte Verleugnungshaltung und Empathieverweigerung gegenüber den kleinen Jungen, denen durch die genitale Beschneidung erhebliches Leid zugefügt wird“, heißt es in dem offenen Brief weiter. Natürlich müssten auch die Anliegen religiöser Gruppen berücksichtigt werden.

„Der schwerwiegende Vorwurf jedoch - unter assoziativem Verweis auf den Holocaust - durch ein Verbot der rituellen Jungenbeschneidung würde ‚jüdisches Leben in Deutschland‘ unmöglich werden, ist für Vertreter des Kinderschutzgedankens nicht hinnehmbar“, schreiben die Unterzeichner. Es gehe vielmehr darum, auch jüdisches und islamisches Leben im Rahmen der deutschen Rechtsordnung zu schützen.

Quelle: F.A.Z.

Betriebsrente ist in Gefahr

FAS 21.07.2012 · Die Altersvorsorge von 17 Millionen Deutschen ist bedroht: Die Pensionskassen können nur noch Anleihen mit niedrigen Zinsen aufnehmen. Der darauf folgende Anlagenotstand lässt die Renten schrumpfen.

Von Dennis Kremer

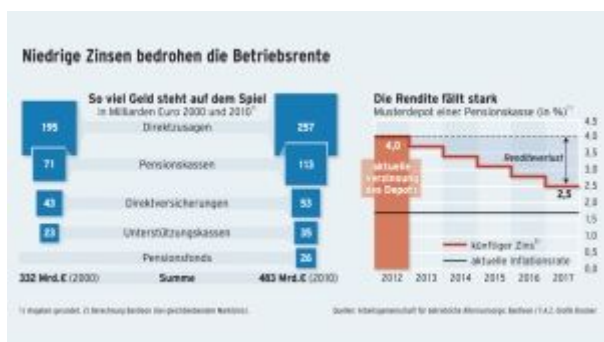


© dpa Künftige Rentengenerationen werden es nicht leicht haben: Der Anlagenotstand der Pensionskassen ist abzusehen

Sie diskutieren das Problem in ihren Anlageausschüssen, die Sitzungen dauern oft Stunden, doch am Ende gibt es wieder keine Lösung. Nur Ratlosigkeit und fast so etwas wie Furcht. Sie macht sich breit bei Pensionskassen und Pensionsfonds, Direktversicherern, Unterstützungskassen und Unternehmen. Also bei allen, die sich um die Gelder kümmern, mit denen die deutschen Beschäftigten fest für ihren Ruhestand planen - den Erträgen aus der betrieblichen Altersvorsorge.

Sie alle haben den Arbeitnehmern ein großes Versprechen gegeben: die Zusicherung, dass sich Vorsorgen fürs Alter lohnt. Nichts Geringeres als dieses Versprechen steht in diesen Tagen auf dem Spiel. Die betriebliche Altersvorsorge gerät in Not. Und die Zahl der Betroffenen ist gewaltig: Rund 17 Millionen Beschäftigte zahlen über ihren Arbeitgeber in eine betriebliche Altersvorsorge ein.

Das Problem, vor dem alle Versorgungswerke stehen, lässt sich an der Renditeentwicklung deutscher Bundesanleihen mit zehnjähriger Laufzeit ablesen: Warfen die Papiere im Jahr 2002 noch einen üppigen Ertrag von mehr als fünf Prozent ab, sind es heute gerade einmal 1,2 Prozent. Nach Abzug der Inflation machen Anleger mit Bundesanleihen derzeit sogar Verlust.



© F.A.Z.

Bis 2017 wird mit einem Renditeverlust von 1,5 Prozentpunkten gerechnet

Das trifft vor allem Pensionskassen, Direktversicherer und Pensionsfonds: Sie verwalten mehr als 190 Milliarden Euro und haben diese vorwiegend in hochwertige Titel investiert. Nach Schätzungen stecken bis zu 90 Prozent ihrer Anlagegelder in sicheren Staatsanleihen und Pfandbriefen mit langer Laufzeit. Üblicherweise halten sie die Papiere bis zur Fälligkeit.

Darum haben die Pensionskassen zwar noch immer viele Anleihen aus jenen Jahren im Portfolio, in denen die Renditen üppig waren: Eine Verzinsung von durchschnittlich rund vier Prozent erzielen sie zurzeit damit. Doch nach und nach müssen die Geldmanager die auslaufenden alten Anleihen durch neue Anleihen mit mickrigen Zinsen ersetzen - und geraten so immer tiefer hinein in den Anlagenotstand. Rentenexperte Bernd Raffelhüschen von der Universität Freiburg warnt: „Die niedrigen Zinsen stellen viele Einrichtungen der betrieblichen Altersvorsorge vor ernste Schwierigkeiten.“

Eine Modellrechnung des Anleihehauses Bantleon, das Versorgungswerke berät, zeigt die Brisanz. Sie geht von der Annahme aus, dass die Kassen überwiegend in Pfandbriefe mit besonders langer Laufzeit investieren. Setzt sich die Phase niedriger Zinsen nun fort, würde die jährliche Wertentwicklung eines typischen Portfolios einer Pensionskasse drastisch zurückgehen - innerhalb der nächsten fünf Jahre um insgesamt mehr als ein Drittel. Die Verzinsung würde dann jedes Jahr um etwa 0,3 Prozentpunkte abnehmen und von derzeit im Schnitt 4,0 Prozent bis 2017 auf nur 2,5 Prozent im Jahr sinken. Bleibt es bei dieser Zinsdifferenz auf Dauer, könnten dem Ruheständler später hohe Summen fehlen. Wer bisher 1.000 Euro erwartete, bekäme dann nur noch etwa 650 Euro.

Keine allzu großen Hoffnungen auf eine Wende

Trotzdem versuchen viele Geldmanager zu beruhigen: Die Phase niedriger Renditen sei nur eine Episode, bald würden die Zinsen auch wieder steigen. Völlig auszuschließen ist dies zwar nicht. Aber allzu große Hoffnungen auf die Wende sollten sich Sparer nicht machen. Schließlich notieren die Leitzinsen in den wichtigsten Währungsräumen der Welt derzeit alle unter der Schwelle von einem Prozent. Wegen der Schwere der Krise ist es vor allem in Europa sehr wahrscheinlich, dass dies noch längere Zeit so bleiben wird.

Aber warum nicht einfach auf Investments setzen, die bessere Erträge versprechen? Aktien zum Beispiel. Dax-Papiere erzielen derzeit allein durch ihre Dividenden im Schnitt schon eine Rendite von rund vier Prozent, Kursgewinne kämen noch obendrauf. Sichere Staatsanleihen können da nicht mehr mithalten.

Doch ausgerechnet dieser lukrative Ausweg ist Pensionskassen und Direktversicherern weitgehend untersagt: Nach den Vorgaben der Aufsichtsbehörde Bafin müssen sie vorwiegend in sichere Anlagen investieren. Und selbst der Anteil, den sie noch in Aktien halten dürfen, könnte in Zukunft weiter schrumpfen: Nach Überlegungen der EU-Kommission soll ein wichtiges neues Regelwerk demnächst ebenfalls für Pensionskassen und Pensionsfonds gelten.

Zentraler Bestandteil dieser sogenannten Solvency-II-Regeln: Aktien müssen mit zusätzlichem Eigenkapital hinterlegt werden, Staatsanleihen aber nicht - selbst wenn sie von einem europäischen Krisenstaat wie Spanien stammen. Was technisch klingt, bedeutet in der Praxis: Aus Bilanzgründen lohnt sich der Aktienkauf für Pensionskassen nicht.

Ein verlogenes Spiel, findet Rentenexperte Raffelhüschen: „Auf diese Weise zwingt der Staat Großanleger regelrecht dazu, weiter Staatsanleihen zu kaufen. So wird die Nachfrage nach den Papieren künstlich gesteigert, und in der Folge fallen die Renditen noch weiter.“ Im Klartext: Beschäftigte, die auf die betriebliche Altersvorsorge zählen, sind die Leidtragenden.

Dies gilt selbst für die Arbeitnehmer, die von ihrem Arbeitgeber eine sogenannte Direktzusage erhalten haben. Dabei müssten sie eigentlich deutlich weniger von den niedrigen Zinsen betroffen sein. Denn Direktzusage bedeutet: Das Unternehmen kann die Betriebsrente selbst verwalten - wie und wo es die Gelder seiner Mitarbeiter anlegt, darf es frei entscheiden. De facto ahmen die meisten Firmen nach Auskunft des Fachverbandes Aba jedoch weitgehend die Anlagestrategie der Versorgungswerke nach: Ein wesentlicher Teil der Gelder sei konservativ in sicheren Papieren angelegt.

Gefährliche Garantiezinsen

Wie groß das Problem noch werden kann, zeigt ein Blick auf die Garantiezinsen, die viele Firmen ihren Beschäftigten versprochen haben: Zwar sind sie vorsichtig geworden und machen dies seit einigen Jahren kaum

noch. Aber nach Daten des Beratungsunternehmens Towers Watson waren noch Ende der 90er Jahre Zinszusagen von fünf Prozent und mehr nicht ungewöhnlich. Kann der Arbeitgeber die nicht aus den angelegten Geldern aufbringen, muss er sie aus dem laufenden Geschäft heraus zahlen.

Hier lauert eine Gefahr: Sollte das eine Firma überfordern, gibt es in Deutschland zwar sehr gute Sicherheitsnetze wie den Pensionsversicherungsverein. Über ihn sind jedem Arbeitnehmer zumindest die eingezahlten Beiträge garantiert. Spätestens dann aber dürfte sich mancher Beschäftigte fragen, ob es nicht besser gewesen wäre, das Geld selbst anzulegen.

Quelle: F.A.S.

Friday Humor: Keynesianism For Kretins



Submitted by [Tyler Durden](#) on 07/20/2012 17:47 -0400

- [keynesianism](#)

Because a broken picture is worth a thousand Econ PhD essays

KEYNESIAN ECONOMICS



In case of nothing
to do, break glass and then
sweep up broken glass.

(h/t Simon Black at [Sovereign Man Blog](#))

Watch video on the broken window fallacy:

<http://www.youtube.com/watch?v=gG3AKoL0vEs>

Debating the tax burden

More on Obama's bad argument

The Economist Jul 20th 2012, 14:10 by W.W. | IOWA CITY

[MY COLLEAGUE'S post](#) on the distribution of the tax burden, taking all taxes into consideration, is helpfully clarifying. However, it seems to me that he addresses a set of issues orthogonal to those raised by Barack Obama's now infamous speech and discussed in [my initial post](#) about it.

So why not look at the burden of *all* taxes? I would emphasise that when Barack Obama proposes raising taxes on the rich, he's proposing specifically to raise the top *federal income-tax* rate. That's why the burden of the *federal income tax*, and not the burden of all taxes everywhere, is the relevant measure. Moreover, Mr Obama was not in his stump speech making an argument about the progressivity of the American fiscal system, comprehensively construed. Rather, his argument was that because successful businesses depend on certain background institutions and infrastructure, those who have done especially well in business owe *more* in federal income taxes than they now pay. One of Mr Obama's implicit premises, without which this argument makes no sense, is that the public goods he has in mind are paid for, at least in part, with federal income taxes. Otherwise, it makes no sense to get the rich to pay more for these goods by raising their federal income-tax rates. Another of Mr Obama's implicit premises, the really important one, is that the rich currently pay too small a share of the cost of the relevant public goods—that the rich are enjoying the benefits of the enabling background system without contributing adequately to its upkeep. He's making a proportionality argument, and a very poor one.

As I mentioned in my initial post, health care for the elderly is not plausibly among the background conditions for thriving business. Nor is a system of old-age pensions among the relevant public goods. Mr Obama specifically mentioned things like roads, dams and the internet, but did not mention any sort of social-insurance programme. It's easy to see why. His argument was that the rich contribute too little to things like roads, dams and the internet, not that the rich contribute too little to the social-insurance system. The distribution of the burden of Medicare and Social Security payroll taxes may be germane to an argument about the fairness of America's comprehensive scheme of taxes, but it's not germane to the argument Mr Obama actually made.

Admittedly, it's difficult to know how best to treat payroll taxes for the purpose of this kind of debate. As a matter of fact, payroll-tax revenue does mingle with income-tax revenue in the federal government's kitty. (Which is why the Social Security trust fund contains nothing more than a cache of IOUs from the state to the state.) Yet it remains extremely important to many liberals that voters continue to see payroll imposts less as taxes and more as insurance premiums guaranteeing future transfers. Proposals, such as my colleague's, to finance pensions and medical care for the elderly through a general scheme of progressive taxation are routinely condemned as existential threats to the post-New Deal social compact. The worry is that voters will cease to support the small amount of progressive redistribution afforded by the American social-insurance system if it becomes too clear to voters that what they pay into the system has little or nothing to do with what they will be paid in their dotage.

If Mr Obama is the type of liberal loath to tamper with the insurance illusion, because it is thought to guarantee economic security in old age against the encroachments of niggardly voters, I would be happy to go along with him and enforce an intellectual distinction between payroll- and income-tax revenue, the former financing social insurance, the latter financing government's other expenditures, including the maintenance of the sort of public goods required to keep America's businesses humming. In that case, if we insist on thinking of Social Security and Medicare as benefits we buy for ourselves by paying our payroll taxes, it is plain that the rich do pay for most of the critical infrastructure of commerce. Indeed, I was assuming such a distinction in my earlier post, and my colleague is right to draw it out.

However, even if we insist on being really hard-headed and saying that a tax is a tax and revenue is revenue, one must nevertheless acknowledge that payroll taxes are not *meant* to finance vital commercial infrastructure, that taxpayers generally do not believe that in paying payroll taxes that they are financing vital commercial infrastructure, and that, as a matter of fact, most taxpayers will (barring systemic fiscal meltdown) eventually receive transfers of a value roughly proportional to the amount withheld from their paychecks. If we're going to

be comprehensive, let's be truly comprehensive and take into account the benefit side of the fiscal ledger, too. If the value of our payroll "contributions" is typically repaid—and that *is* the idea—it's best to bracket those contributions when considering who pays how much for federally financed commercial infrastructure. Thus I remain unmoved by my colleague's rejoinder and continue to think that the merits of Mr Obama's argument for raising taxes on the rich are entirely rhetorical.

Actually, I'd like to thank my colleague for helping me see how to make my case stronger. Of the comprehensive American tax system, he writes:

The fact of the matter is that the American tax code as a whole is [almost perfectly flat](#). The bottom 20% of earners make 3% of the income and pay 2% of the taxes; the middle 20% make 11% and pay 10%; and the top 1% make 21% and pay 22%. [Steve Forbes](#) couldn't have drawn it up any better.

I happen to agree with Steve Forbes that a flat tax best reflects our intuitions about proportionality and fairness, so I'm tickled to see that our system is so fair! Now, if flatter *is* fairer (I won't argue for it here, but there is a credible argument available), and these numbers are right, then Mr Obama's defenders face a dilemma.

On the one hand, if we *don't* set aside as irrelevant federal taxes meant to finance the social-insurance system, and not vital commercial infrastructure, then the benefit the rich glean from our vital commercial infrastructure is proportional to their contribution to its upkeep. They're paying their fair share, but not more. On the other hand, if we *do* set aside as irrelevant federal taxes meant to finance the social-insurance system, then the rich clearly do pay an unduly heavy portion of the cost of our vital commercial infrastructure. In neither case do the rich pay *too little* for the background institutions and infrastructure of capitalism. Thus, *this* argument of Mr Obama's for raising top tax rates fails.

The euro crisis

Back to the brink

The Economist Blogs Jul 20th 2012, 17:09 by R.A. | WASHINGTON

IT WAS just a brutal day on European markets, and Spain and Italy found themselves squarely in the crosshairs. Italian and Spanish equities were down over 4% and nearly 6% respectively. Yields on 10-year Spanish debt touched a new crisis high and 2-year debt yields rose over 11%. Italy's long-term yield rose back above 6%. The euro continued its swoon. The awful day came despite the approval by European finance ministers of a bail-out plan for Spanish banks and was fueled by news of deepening fiscal troubles in Spain's [Valencia region](#), as well as word that the Spanish government now expects its economy to contract again in 2013. And also by panic. The *Financial Times*' [story](#) tellingly notes:

As the gap between yields on Italian and German bonds reached their highest levels for six months, Mario Monti, Italy's technocrat prime minister, expressed his "disappointment" that markets had not reacted positively to his economic reforms and fiscal consolidation.

Paul Krugman [cites Rudi Dornbusch](#):

The crisis takes a much longer time coming than you think, and then it happens much faster than you would have thought, and that's sort of exactly the Mexican story. It took forever and then it took a night.

Of course, markets don't doubt that Europe *can* save the situation, only that it will. Further deterioration will probably prompt new interventions: an official rescue programme for Spain, perhaps, and maybe European Central Bank QE. Euro-area leaders still believe they can pull the single currency back from the brink, and for now they're still correct. But while they resist the policies that could make a real difference in solving the problem—real sovereign risk-sharing, real euro-zone-wide bank guarantees backed by the ECB, and higher inflation in Germany—each new intervention will buy a bit less time. And the capital flight from the periphery will continue and peripheral recessions will deepen. And then, one day, it may all come apart in a flash.

Gun control

Too late

The Economist Blog Jul 21st 2012, 0:48 by M.S.

PEOPLE'S ideas often don't make any sense when you try to hold them together in your head simultaneously, as Richard Rorty, Daniel Kahneman or Desiderius Erasmus will be happy to tell you. One of the areas in which people tend to have ideas that don't make sense, when you hold them together in your head simultaneously, is that of rights. For example, many Americans believe that our rights derive from God or from the very nature of being human. As [Paul Ryan put it](#) in a discussion of Obamacare this month, folks of his political persuasion don't believe that the people have the power to make up new rights; rights come from God and nature. These same Americans also generally believe that our rights are those delineated in the Declaration of Independence and the constitution, including a non-infringeable individual right to bear arms. And yet, clearly, people in most law-governed democracies other than the United States, countries like Britain, Canada, France, Israel, the Netherlands and Japan, do not have an individual right to bear arms. How, then, can the right to bear arms as enshrined in the constitution derive from God, or from the very nature of being human? Is this a special sort of right, one that *can* be created by the people via government if they so choose? If so, then what stops the people, through their government, from creating other sorts of new rights, like a right to education, or a right to health insurance?

Take [this essay](#) by Cliff Stearns, the Republican congressman and (to be redundant) gun-rights advocate. "Not only is the right to be armed a Constitutional right, it is also a fundamental natural right," Mr Stearns writes. And then, in the very next paragraph: "Once again we can trace the right to be armed to legal and political events in 17th century English history, this time pertaining to hunting and gaming laws." How does a fundamental natural right lie sleeping throughout the first 6,000 years of recorded history, only to wake to full flower due to conflicts over gaming laws in Regency England? And what of the benighted 95% of humanity who still do not enjoy the fruits of this natural right, including, rather confusingly, the actual English who supposedly roused it from its primeval slumber?

Perhaps American supporters of gun rights would say that in fact people in every country do have a natural right to bear arms, but their enjoyment of that natural right is denied them by oppressive governments in countries like Britain, France, Canada, Israel, the Netherlands and Japan. Meanwhile, the so-called "right" to health insurance enjoyed by citizens of those countries is presumably only a fake right which they do not in fact possess. This just doesn't seem to be a satisfactory explanation. Is the problem that we use the word "right" in two ways, meaning in one sense an inalienable moral consideration which we believe all humans possess regardless of the context of government in which they live, and in another sense an enforceable claim within a country's legal system which commands government and other persons to guarantee certain kinds of treatment to every citizen? Which kind of right would the right to health insurance be? Which kind is the right to bear arms?

The right to bear arms isn't the only right that faces this paradox. They all do, really. In the mid-1980s, the idea that people have a right to have consensual sex with partners of any gender, in whatever position they like, was pronounced "facetious" by the Supreme Court; 25 years later it feels like an obvious, natural outgrowth of the Bill of Rights. If rights evolve this way through the dialectics of culture and history, just how "natural" can they be?

Such are the idle thoughts that occur in the aftermath of America's latest episode of horrifying, meaningless mass slaughter. At least, such are the idle thoughts that occur to me. A large segment of the American public these days apparently finds it offensive, not just misguided but actually offensive, to talk about gun control after these sorts of atrocities occur. As economist [Justin Wolfers tweeted](#) this morning: "Let's not talk about gun control. It's too early, right? It's always too early. Except when it's too late."

Mr Wolfers is right: the "too early" construction is ridiculous. He's also right that it's too late. It is too late for gun control in America. It's never going to happen. There are too many guns out there, and an individual right to bear arms is now entrenched in constitutional law. Gun control in America is as quaint a proposition, at this

point, as marijuana prohibition, with two important differences: first, that the government is still for some reason pursuing the absurd project of marijuana prohibition; and second, that guns are actually a significant threat to public health. In this sense, gun control is on a long list of things that could have saved many people's lives and made the world a better place, but for which it is now probably too late: a two-state solution to the Palestinian-Israeli conflict, EU action to avert economic catastrophe, stopping global warming. So this is just what one of America's many faces is going to be: a bitterly divided, hatefully cynical country where insane people have easy access to semi-automatic weapons, and occasionally use them to commit senseless atrocities. We will continue to see more and more of this sort of thing, and there's nothing we can realistically do about it.

Readers' comments

M.S., you could have also made a rather important a distinction- the "right" to bear arms is a negative liberty- the government is not allowed to stop you from owning arms.

The "right" to health care is a positive one- the government must pay for your medical care.

One requires government action, the other inaction. The United States is, on the federal level, a negative liberty country- our Constitution tells the government what it can not do rather than proscribing what it must do. This is probably why the American state remains rather smaller than most- our citizens don't have a right to housing or education or health. While the government provides all of those things, it is through the "Tax and Spend" clauses and the "General Welfare" clause, and no one can claim a right, at least on a federal level, to those things.

So, that should hopefully suitably answer your "What kind of right?" question above.

Also, you talk about Christians and God-given rights without ever mentioning the originator of that idea- John Locke. Now, I'm sure most TE readers are familiar with him, but to act like that Construction was just some crazy Christian thing and then link it with the 1700s is facetious. If you want to do that, admit that you believe it was always both- a thing a crazy Christian political philosopher made up in the 1700s. A fine view to take... but then let's explore your paradigm a bit more.

If the "right to healthcare" or the "right to free speech" or the "right to bear arms" are just a case of the government giveth, then can't the government taketh away? And if that is the case, then what is our remedy when the government takes away our right to freely move around, or speak our minds, or if you believe it to be fundamental, to provide healthcare? What, in short, is our remedy to the gulag and the concentration camp?

Remember, MS, because you refuse to allow a secular humanism version of natural rights (which I subscribe to- rights aren't granted from God, per se, but every human being has innate rights that should not be violated... like not being made a slave), you don't get a right to rebel, as per Locke, because all of your rights are constructs of the government, and they didn't let you have a right to rebel.

And, then MS... when you do rebel, how do you deal with a government's like Syria's? Or the former Soviet satellites, many of whom, like Hungary, learned that the Soviets had no moral compunctions about rolling in the tanks and killing any who opposed?

MS, your ideas that rights exist by the sole grant of the government, and that disarming the populace in the name of public safety is the best policy, are an authoritarian government's dream. And if you want to argue back, "Well, that is not a realistic possibility in the United States," fine, it isn't. But in so many places it wasn't a realistic possibility, until it was one, and by then it was often too late.

So, MS, I would seriously like to know: How should a people with no weapons respond to a tyrannical government willing to kill as many as is necessary to keep power? Should Syria currently have two armed groups trying to overthrow their government?

They're armed after all. They are certainly a threat to public safety- some of their bombs and bullets have killed civilians. The Syrian government never gave them the right to those arms, and they have no innate one of their own. So what they are doing is clearly immoral, correct? They should have no other way to disagree with the government but peaceful nonresistance, correct?

Frankreich Auf einem langen Weg

FAZ 20.07.2012 ·

Von [Günther Nonnenmacher](#)

Der Nachtragshaushalt, den die sozialistische Mehrheit der Nationalversammlung beschlossen hat, ist gewissermaßen der letzte Akt des Wahlkampfes von Francois Hollande. Er macht unter anderem eine Mehrwertsteuererhöhung rückgängig, die unter Präsident Sarkozy beschlossen wurde. Die dadurch entstehenden Lächer werden durch teilweise drastische Steuererhöhungen für „die Reichen“ ausgeglichen. Darunter fallen auch Maßnahmen wie die konfiskatorische Besteuerung von Einkommensmillionären oder die Senkung der Ministergehälter um 30 Prozent - das bringt zwar nicht viel Geld in die Kassen, aber es bedient das linke Gerechtigkeitsgefühl.

Fast wäre es dennoch zu einem Ausrutscher gekommen, weil die unter Sarkozy beschlossene Steuerfreiheit von Überstunden rückwirkend zum 1. Januar aufgehoben werden sollte. Aber abgesehen von der fraglichen Rechtmäßigkeit einer solchen Maßnahme wurde bald klar, dass davon kleine Leute - Arbeiter, Angestellte, Lehrer - hart getroffen worden wären. Also ist der Stichtag in den Sommer verschoben worden. Das ist ein Vorgeschmack darauf, dass mit Steuererhöhungen für Reiche allein das Haushaltsdefizit nicht auf das Maastricht-Kriterium von drei Prozent zu reduzieren ist; die Staatsverschuldung lässt sich auf diesem Weg ohnehin nicht abbauen.

Das dicke Ende wird nachkommen, was heißt: höhere Steuern für die Mittelschicht und Einschnitte beim öffentlichen Dienst sind nicht zu vermeiden. Die sozialistische Regierung wird die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie auch nicht dauerhaft steigern können, indem sie Unternehmer (wie die Familie Peugeot) beschimpft und Spektakel inszeniert, um Standortschließungen zu verhindern. Kurz gesagt: es wird nicht gehen, ohne dass Hollande Wahlkampfversprechen bricht.

Was das bedeutet, erfährt gerade der spanische Ministerpräsident Rajoy, der das Ausmaß der Wirtschaftskrise in seinem Land, bevor er regieren musste, unterschätzt hatte. Nun machen nicht nur ein paar tausend „Empörte“, sondern die großen Gewerkschaften mobil und bringen Hunderttausende auf die Straße. Das könnte Hollande, wenn es ernst wird, auch blühen. Für Staaten oder Volkswirtschaften, die jahrzehntelang über ihre Verhältnisse gelebt haben, führt keine Abkürzung aus der Krise heraus. Das wird ein bitterer Lernprozess.

Quelle: F.A.Z.

Gefährlicher mentaler Stoff

FAZ 20.07.2012 · Der Philosoph Jürgen Habermas disputiert in München mit dem Theologen Friedrich Wilhelm Graf über das göttliche Faible für Staatsbürgerkunde.

Von [Christian Geyer](#)



© Helmut Fricke

Wie ein guter Chirurg, der nicht mehr weh tun möchte als nötig: Jürgen Habermas

Es sind immer wieder Exotika wie Vorhaut, Kopftuch und Kruzifix, mit denen die Religion ins öffentliche Bewusstsein ragt. Ein rationalistischer Putzteufel scheint die Sicht auf den Glauben im säkularen Gemeinwesen vorzugeben: Was kann der weltanschaulich neutrale Staat noch dulden, wo muss er einschreiten? In dieser rein negativen Bestimmung, in dieser Aufreger-Perspektive ist Religion der „gefährlichste mentale Stoff“, den man sich denken kann, wie der Theologe Friedrich Wilhelm Graf bei einem Abend in der Siemens-Stiftung erklärte. Graf trat in München einerseits als Dynamithändler auf, andererseits als verantwortlicher Sprengmeister, der das religiöse Gelände absperrt, ringsum Warntäfelchen errichtet und im Übrigen darauf achtet, dass nach dem Glaubensakt die Trümmer der Vernunft fachgerecht entsorgt werden.

Dass ein Theologe sich zuvörderst die Rolle zudenkt, vor den „Frommen“ zu warnen (bei Graf wahlweise auch: die „ganz Frommen“), vor der „religiösen Tendenz zum Unbedingten“, der „Neigung zum Phantastischen“ - all dies zeigt seinen guten Willen, der Aufklärung treu bleiben, vor ihrem strahlenden Licht nicht die Augen verschließen zu wollen, ja es zeigt - wenn man so will - auch ein göttliches Faible für Staatsbürgerkunde. Gleichwohl ist die Frage, was man als Theologe damit für das Verständnis des Phänomens Religion geleistet hat. Nicht viel, steht zu befürchten. Graf nennt sich deshalb auch lieber einen „Religionsintellektuellen“, wobei dieser Begriff Probleme für die Religion wie für die Intellektualität aufwirft, Probleme, auf die dann wenig später mit einer erstaunlichen Kaltblütigkeit Jürgen Habermas zu sprechen kommen sollte.

Habermas redet kaltblütig

Offenkundig hegt jede Religion, unter welchem universalistischen Geltungsanspruch auch immer, bloß „partikulare Vorstellungen des guten Lebens“, wie Graf moniert. Aber kann es wirklich darum gehen, diese Partikularitäten so lange abzugleichen, bis sie den Ansprüchen einer profanen Vernunft genügen? Hat nicht auch die profane, prozedural ausgetüftelte Vernunft in diesem Sinne nur Partikularitäten zu bieten? Natürlich muss die religiöse Praxis mit der säkularen Verfassung vereinbar sein, zumal nicht jede religiöse Praxis sich zu Recht auf ein heiliges Buch beruft. Doch die Beschneidungsdebatte zeigt einmal mehr, dass vor Gericht eine solche Vereinbarkeitsprüfung nur im Modus einer weit ausholenden Güterabwägung gelingen kann und nicht nach Art einer kurz angebundenen, engen Subsumtionslogik, welche markig zwar, aber im Kern doch sehr unjuristisch argumentiert.

Habermas, wie gesagt, redet in München kaltblütig. Und doch voller Behutsamkeit. Wie ein guter Chirurg, der nicht mehr weh tun möchte als nötig. Nein, sagte er zunächst noch ohne Chirurgenkittel an Heinrich Meier, den Stiftungs-Philosophen, gewandt - nein, es sei nicht so, wie Meier denke, dass er, Habermas, sich mit der Religion aus purem soziologischem Interesse befasse. Er prüfe sie vielmehr als Ressource für die Philosophie,

für eine Philosophie, die nicht naturalistisch-szientistisch verengt sich selbst widerlege, sondern ihre semantischen Potentiale ausschöpfen möchte. Habermas signalisierte in diesem Zusammenhang mehr Sympathie für Dieter Henrich und Robert Spaemann als für den heideggerisierenden Giorgio Agamben, den er rundweg als Seher mit philosophischer Zipfelmütze betitelt. Tatsächlich scheint Habermas, zunächst paradox, aus Leidenschaft fürs Argument sich bei der Religion aufzuhalten.

Hätte er beispielsweise ein schöpfungstheologisches Argument wie die Gottesebenbildlichkeit des Menschen zur Verfügung, dann könne er bestimmte Intuitionen, die er habe, leichter verteidigen. Aber solche Argumente stünden ihm nun einmal nicht zu Gebote. In Bemerkungen wie dieser kommt freilich ein genuin theologisches Verständnis zum Ausdruck, ein Grad der Durchdringung religiöser Gehalte, die mit einer bloß funktionalen Sehweise von Religion, welche Habermas nicht nur von Meier vorgehalten wird, nichts zu tun hat. Es war diese meisterhaft durchgehaltene Performanz, in der Rolle des religiös Unmusikalischen die Sache der Theologie stark zu machen, die dem Abend in der Siemens-Stiftung seinen Zauber verlieh.

Wie steht es mit der rituellen Praxis?

Und den Schnitt vorbereitete, den Habermas schließlich an Graf vornahm, blitzschnell im Gewand einer Frage: „eine Frage an die Theologen, eine Frage an Sie“. Wenn es doch so sei, dass die Wahrheitsansprüche der Religion nicht nur für eine Doktrin gelten, sondern religiöse Erkenntnis sich als religiöse Sozialisation vollziehe, als Nachfolge auf einem Heilsweg - warum, so fragte Habermas, entkoppelten sich dann die Theologen zunehmend von der rituellen Praxis der Gemeinde? Genügt am Ende, so musste man diese Frage verstehen, das Berufsbild des Religionsintellektuellen weder dem gelebten Glauben noch seiner intellektuellen Durchdringung? Und Habermas setzte freundlich nach: Ob die Theologen mit einem solchen disziplinären Selbstmissverständnis womöglich nur ihren Platz unter dem Dach der Universität behaupten wollten? Spitzbübisch lächelnd bemerkte der Sprengmeister Graf die Lunte.

Quelle: F.A.Z.

The parable of the four-engined planes

The Economist Jul 18th 2012, 11:53 by I.C.



AN OLD friend in the aviation business, with years of experience with Greek clients, told me a story that serves as a parable for how the country got into its current state. It concerns the sale of four Airbus long-haul planes after the national flag carrier, Olympic Airways, went bust. In 2007 an American valuation consultancy, Avitas, put a value of \$45m on each of the A340-300 planes, which were then eight years old and still airworthy. Offers by outside firms to handle the sale were turned down. Instead a special state-owned firm with hundreds of employees was established, just to flog the four surplus planes.

In 2010 a small German airline called Cirrus offered \$23m each for them. But the Greeks rejected this because of a rule that state assets could not be sold for less than 75% of their declared value. They then called for another expert valuation on the planes, which by then had been grounded for a year: the valuers marked them down to just \$18m each.

By then, this tiny part of the secondhand airliner market was becoming flooded with this type of four-engined aircraft, which had been made uneconomic by high fuel prices. This, and the deteriorating state of the grounded planes, pushed their value steadily lower. By 2012, after three years sitting unused and un-serviced in the humid atmosphere of Athens, the only offer was from Apollo Aviation in Miami, which wanted the planes for scrap. The Greek trade unions kicked up a fuss about state assets being flogged cheaply abroad. But the deal was eventually sealed by the new government earlier this month, with the planes being sold [for just \\$10m each](#).

So, a sale of surplus state assets that might have strengthened Greece's coffers by \$180m in 2009 ends up raising just \$40m, three years and two international bail-outs later. In part the most recent slump in value is because the buyer will have to spend up to \$20m on repairs to make the planes fit enough to be ferried across the Atlantic with no passengers (which is cheaper than full restoration). At these prices it might have even been better to break them up for scrap in Athens: at least that would have provided a bit of work for jobless Greeks.

Studie

Eine euroskeptische Generation wächst heran

FAZ 12.07.2012 · Jugendliche in Deutschland wissen wenig über Wirtschaft und Finanzen. Und umso unübersichtlicher die Lage in der Krise wird, desto weniger interessieren sie sich dafür. Das hat eine Umfrage des deutschen Bankenverbandes ergeben.

Von [Lisa Becker](#)



© Wohlfahrt, Rainer

Von der Finanz- und Euro-Krise wissen viele Jugendliche, von ihr betroffen fühlen sich allerdings nur wenige.

Viele junge Leute in Deutschland stehen dem Euro skeptisch gegenüber. Gleichzeitig geht ihr schon geringes Interesse an politischen und wirtschaftlichen Themen weiter zurück. Das geht aus einer Studie hervor, die der Bundesverband Deutscher Banken kürzlich vorgestellt hat. Für die repräsentative Untersuchung, die alle drei Jahre durchgeführt wird, sind Menschen im Alter von 14 bis 24 Jahren befragt worden. Fast alle Befragten wissen von der Finanz- und Euro-Krise, von ihr betroffen fühlen sich allerdings nur wenige. Gut 70 Prozent geben an, dass sie kaum oder gar keinen Einfluss auf das eigene Leben hat.



Die Jugend ist vom Euro nicht besonders überzeugt

Es wächst eine euroskeptische Generation heran: Mehr als die Hälfte (56 Prozent) glaubt nicht, dass der Euro langfristig erfolgreich sein wird. Jeder Zweite kann sich eine Zukunft ohne die Gemeinschaftswährung vorstellen. Ebenso viele finden, der Euro habe sich bisher nicht bewährt. Diese Euroskepsis geht freilich einher mit einem nicht großen und weiter zurückgehenden Interesse für Politik und Wirtschaft. Für Europapolitik interessieren sich nur 23 Prozent der Befragten, als Europäer fühlen sich 43 Prozent, von der EU halten 52 Prozent viel. Ein deutliches Interesse an Politik allgemein hat nur noch knapp ein Fünftel, vor neun Jahren waren es noch knapp 30 Prozent gewesen.

Krisenthemen für Jugendliche nur schwer verständlich

Nach Auffassung des Bankenverbandes führt die schwere Verständlichkeit der Krisenthemen dazu, dass das Interesse der jungen Menschen an Wirtschaft weiter zurückgeht. Vor drei Jahren interessierte sich noch ein Drittel der Befragten für Wirtschaftsthemen, in diesem Jahr nur noch ein Fünftel. Dabei ist das Wissen über Wirtschaft und Finanzen weiterhin sehr lückenhaft: Jeder zweite junge Deutsche hat schlechte oder sehr schlechte Kenntnisse. So können vier von zehn Befragten mit dem Begriff Soziale Marktwirtschaft nichts

anfangen. Doch verbinden 51 Prozent derjenigen, die den Begriff kennen, etwas Positives damit. Gut die Hälfte kann nicht erklären, was die Inflationsrate ist, kaum jemand hat eine ungefähre Vorstellung von ihrer Höhe. Besonders wenig Bescheid wissen die Umfrageteilnehmer über die Rolle der Europäischen Zentralbank, die im derzeitigen Krisengeschehen eine herausragende Rolle spielt. Nur 27 Prozent wissen, dass die EZB für die Preisstabilität in den Euroländern zuständig ist.

Auch in Geld- und Finanzfragen kennen sich die meisten jungen Leute nicht aus. Zwar wissen drei Viertel, was eine Aktie ist, doch schon der Begriff Rendite ist sieben von zehn nicht geläufig. Sechs von zehn sagen, dass sie keine oder wenig Ahnung davon haben, was an der Börse geschieht. Weil nach Ansicht des Bankenverbandes grundlegende Wirtschaftskenntnisse nötig sind, um Finanzfragen zu verstehen oder Entscheidungen als Anleger oder Verbraucher zu treffen, fordert er seit Jahren ein Fach Wirtschaft in der Schule. Die junge Generation unterstützt dieses Anliegen: Zwei Drittel der Befragten, in deren Bundesland es das noch nicht gibt, wünschen sich ein Schulfach Wirtschaft.

Quelle: F.A.Z.

Wettbewerb ist der Schlüssel zur Energiewende

FAZ 20.07.2012 · Bleibt es beim geltenden Fördermodell für erneuerbare Energien, wird man die stromintensive Industrie vertreiben und den bestehenden Kraftwerkspark partiell in Investitionsruinen verwandeln. *Ein Gastbeitrag vom Präsidenten des Kartellamts, Andreas Mundt.*



© ZB Teure Idylle: Für erneuerbare Energien haben die Verbraucher 2011 rund 14 Milliarden Euro bezahlt

Vierzehn Jahre nach der Öffnung der Energiemärkte im Jahre 1998 steht die Energiewirtschaft abermals vor umwälzenden Veränderungen. Damit sind die Gemeinsamkeiten der beiden Wendepunkte dieses volkswirtschaftlich so eminent wichtigen Industriezweiges aber auch schon aufgezählt. Hinsichtlich ihrer ordnungspolitischen Grundausrichtung könnten die Unterschiede zwischen beiden Projekten größer nicht sein. Ziel der Ende der neunziger Jahre eingeleiteten Liberalisierung war die Entlassung der Energiewirtschaft aus einem Korsett von Gebietsmonopolen und staatlicher Preisaufsicht in den Wettbewerb.

Die Vokabeln, die heute die öffentliche Diskussion über die Energiewende beherrschen, lauten hingegen „Plan“, „Quote“ und „Förderung“, allesamt Begriffe, die man im Instrumentenkasten der Wettbewerbspolitik vergeblich sucht. Die wettbewerbliche Öffnung der Energiemärkte kann bei allen noch keineswegs abgeschlossenen Anpassungsprozessen als Erfolg verbucht werden. Auf diesem Erfolg sollte bei der Energiewende aufgebaut werden. Nicht ein Mehr an staatlicher Planung und Intervention, sondern eine stärkere Nutzung der Anpassungskräfte von Markt und Wettbewerb kann auch die Energiewende zu einer Erfolgsgeschichte werden lassen.

Die wettbewerbliche Öffnung der Energiemärkte konnte nur aufgrund gemeinsamer Anstrengungen aller Akteure zu einem Erfolg werden. Die betroffenen Unternehmen haben sich durch neue Strukturen auf das neue Umfeld eingestellt. Die Europäische Kommission, die Bundesnetzagentur, Gerichte und nicht zuletzt das Bundeskartellamt haben durch teilweise langwierige und komplexe Verfahren den Wettbewerb belebt. Auch nach knapp 15 Jahren gibt es sicherlich noch Bereiche, in denen der Wettbewerb nur zögerlich vorankommt.

Wettbewerb auf den Energiemärkten ist machbar

Dies darf aber nicht den Blick dafür verstellen, dass die gemeinsamen Anstrengungen inzwischen Früchte tragen. Im Strombereich hat sich beim Vertrieb und - eingeschränkt - bei der Produktion ein weitgehend wettbewerbliches Umfeld entwickelt. Vertikalen Verflechtungen von Stromproduzenten und Weiterverteilern wurde Einhalt geboten, verkrustete Lieferbeziehungen wurden aufgebrochen, Netze wurden geöffnet oder veräußert, der Preis für Strom bildet sich an der Börse und sogar die althergebrachte Gas-Ölpreis-Indexierung wird zunehmend durch eine wettbewerbliche Preisfindung abgelöst. Dies alles hat dazu beigetragen, dass der Strompreis, um Steuern und Abgaben bereinigt, von 1998 bis 2012 nahezu unverändert geblieben ist. Der Wettbewerb hat mithin die positiven Wirkungen entfaltet, die man sich erhofft hatte.

Der Verbraucher hat von dieser Entwicklung nur deshalb lediglich eingeschränkt profitiert, weil im selben Zeitraum die energiespezifischen Steuern und Abgaben stark gestiegen sind. Und eine weitere Feststellung kann nicht genug betont werden: Der zunehmende Wettbewerb hat die Versorgungssicherheit zu keinem

Zeitpunkt gefährdet. Die „Energiewende 1998“ hat damit eindrucksvoll unter Beweis gestellt, dass Wettbewerb auf den Energiemärkten machbar ist und dass sich auch ohne überbordende staatliche Regulierung ein harmonischer Dreiklang aus Wirtschaftlichkeit, Versorgungssicherheit und Nachhaltigkeit verwirklichen lässt.

Die Ziele der „[Energiewende](#) 2011“ sind klar vorgegeben. Die Stromerzeugung aus Kernkraft soll auslaufen und erneuerbare Energien sollen sich zu einem zunehmend stärkeren Pfeiler der Stromversorgung entwickeln. Hieraus ergeben sich zahlreiche technische und wirtschaftliche Anpassungserfordernisse. Die gegenwärtige Diskussion kreist zum einen um das Thema einer sachgerechten Förderung erneuerbarer Energien.



© dapd

Der Autor: Andreas Mundt, Präsident des Bundeskartellamts

Da ein großer Teil des Stroms aus erneuerbaren Energien jedoch nur zur Verfügung steht, wenn der Wind weht und die Sonne scheint, gewinnt zum anderen die Frage an Bedeutung, ob und inwieweit eine größere Volatilität der Stromproduktion sogenannte „Kapazitätsmärkte“ erforderlich macht, um die Versorgungssicherheit zu gewährleisten. Hierbei handelt es sich im Wesentlichen um Mechanismen, bei denen Kraftwerksbetreiber nicht erst für die Lieferung von Strom, sondern schon für das Bereithalten von Kraftwerkskapazitäten und gesicherter, schnell abrufbarer Leistung entlohnt werden.

Beide Problemkreise werden in der öffentlichen Debatte oft isoliert diskutiert, sind aber in Wahrheit eng miteinander verknüpft. Denn ob und inwieweit ein Kapazitätsmarkt tatsächlich benötigt wird, hängt stark davon ab, ob es gelingt, eine marktgerechte Lösung für die Förderung erneuerbarer Energien einzuführen. Im Kern geht es um folgende Frage: Beschreitet Deutschland bei der „Energiewende 2011“ den Weg einer durch immer neue Subventionen und Regulierungseingriffe gekennzeichneten staatlichen Interventionsspirale, oder nutzen wir so weit wie möglich die Kräfte des Wettbewerbs als Schlüssel für eine erfolgreiche Energiewende?

Die Förderung erneuerbarer Energien folgt nach wie vor dem Modell einer Anschubfinanzierung für eine im Entstehen begriffene Industrie. Eine Fortsetzung dieses Förderregimes droht die Haushaltskunden jedoch finanziell hoffnungslos zu überfordern, die stromintensive Industrie zu vertreiben und den bestehenden konventionellen Kraftwerkspark partiell in Investitionsruinen zu verwandeln. Der Einspeisevorrang und die technologiegebundene Festpreisvergütung bewirken, dass im Jahre 2011 schon rund 20 Prozent des Stroms in Deutschland außerhalb jeglicher Marktmechanismen produziert und vertrieben wurden.

Ein Quotenmodell würde die notwendigen Anreize setzen

Die Folgen sind, wie immer, wenn Markt und Wettbewerb ausgeschaltet werden, schwerwiegende Fehlallokationen und Marktverzerrungen etwa in der Form, dass der Strompreis an der Börse immer besser Auskunft über die aktuellen Wetterverhältnisse gibt und immer weniger die tatsächlichen Knappheitssignale des Marktes widerspiegelt. Zudem explodieren aufgrund der Fehlanreize die Kosten. Die Energieverbraucher haben allein 2011 rund 14 Milliarden Euro für die Förderung der erneuerbaren Energien gezahlt.

Ein zeitnahe Umsteuern ist daher geboten. Von den diskutierten Alternativkonzepten dürfte ein Quotenmodell, bei dem die Stromversorger verpflichtet werden, einen bestimmten Anteil des gelieferten Stroms aus erneuerbaren Energien zu beziehen, am ehesten geeignet sein, die Ausbauziele möglichst effizient und kostengünstig zu erreichen. Anders als eine technologiespezifische Festpreisvergütung setzt ein Quotenmodell

die notwendigen Anreize, in möglichst effiziente Anlagen zu investieren und diese entsprechend der Stromnachfrage einzusetzen.

Allein mit Erreichen der ersten Etappe in 2020 sollen 35 Prozent des Stroms aus erneuerbaren Energien kommen, die EEG-Umlage (nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz) soll allerdings nach dem Willen der Bundesregierung in einer Größenordnung von 3,5 Cent pro Kilowattstunde bleiben. Ohne einen grundlegenden Umbau des Systems in Richtung Markt und Wettbewerb ist dieses Ziel jedoch eine „mission impossible“.

Anpassung bei der Versorgungssicherheit

Doch selbst wenn ein stärker marktorientierter Umbau des Förderregimes für erneuerbarer Energien gelingt, erzeugen der Zubau und vermehrte Einsatz erneuerbare Energien grundlegende Anpassungserfordernisse. Diese betreffen insbesondere das Ziel der Versorgungssicherheit. Diese wurde schon im ersten Winter nach der beschlossenen Energiewende mehrfach auf die Probe gestellt. In fast zweihundert Fällen - nahezu fünfmal so oft wie im Vorjahreszeitraum - mussten die Stromnetzbetreiber in die Fahrweise von Erzeugungsanlagen eingreifen, um Stromausfälle abzuwenden.

Ohne diese sogenannten „Redispatch“-Maßnahmen der Netzbetreiber wäre eine sichere Stromversorgung im Winter 2011/2012 in etlichen Situationen nicht möglich gewesen. Für die kurzfristige und punktuelle Gefahrenabwehr sind solche Eingriffe gerechtfertigt. Auch für diese Eingriffe gilt allerdings, dass sie transparent und diskriminierungsfrei erfolgen müssen, damit tatsächlich der effizienteste Anbieter zum Zuge kommt. Auch die Notwendigkeit, durch einen Um- und Ausbau des Stromnetzes den Anforderungen eines gestiegenen Anteils erneuerbarer Energien Rechnung zu tragen, ist inzwischen allen Akteuren bewusst. Hier gilt es, das als notwendig Erachtete auch mit dem erforderlichen Nachdruck umzusetzen.

Um die Versorgungssicherheit zu gewährleisten, bedarf es aber zudem zunehmend flexibel steuerbarer Kraftwerke beziehungsweise gesicherter Leistung. In wirtschaftlicher Hinsicht muss aber festgestellt werden, dass gleichzeitig die Chancen auf einen lohnenden Betrieb für solche konventionellen - flexiblen - Kraftwerke sinken. Je mehr Strom aus erneuerbaren Energien erzeugt werden kann, umso weniger können konventionelle Kraftwerke eingesetzt werden und Erträge erwirtschaften.

Es droht eine Kapazitätslücke

Ein Marktumfeld, in dem allein die Einspeisung von Strom in das Netz, nicht jedoch die Vorhaltung von Leistung in Form eines Kraftwerkes vergütet wird (Energy-only-Markt), bietet unter Umständen keine hinreichenden Investitionsanreize für die benötigten Kraftwerke (Missing-Money-Problem). Jüngst haben sogar Betreiber von Gaskraftwerken angekündigt, [bestehende Erzeugungskapazitäten stillzulegen](#). Nach Auffassung zahlreicher Fachleute und Branchenvertreter droht daher Deutschland schon in wenigen Jahren eine Kapazitätslücke. Es wird erwartet, dass nicht ausreichend gesicherte Leistung zur Verfügung stehen wird, um die Stromnachfrage zu decken.

Uneinig sind sich die Fachleute über Zeitpunkt und Umfang einer drohenden Kapazitätslücke. Mit Engpässen bei der Stromerzeugung wird zwischen 2018 und den 2020er Jahren gerechnet. Bezüglich des Umfangs schwanken die Prognosen zwischen 8 und 55 Gigawatt. Zum Vergleich: Die Kapazität der im Sommer 2011 vom Netz gegangenen Kernkraftwerke beläuft sich auf rund 8 Gigawatt.

Die Lösung des Problems könnte in der Einführung sogenannter „Kapazitätsmärkte“ liegen. Aus ordnungspolitischer Perspektive ist allerdings auch in diesem Zusammenhang den positiven Kräften von Markt und Wettbewerb genügend Raum zu geben. Folgende Grundsätze sollten daher beachtet werden:

Marktanalyse und Marktintegration

Eine fundierte Analyse des tatsächlichen Bedarfs: Vor Beginn der Therapie muss eine realitätsbezogene und einigermaßen verlässliche Diagnose des tatsächlichen Bedarfs stehen, in die insbesondere die Marktteilnehmer einzubinden sind. Sie kennen ihren Markt am besten. Zudem sollte denjenigen Marktmechanismen ausreichend

Beachtung geschenkt werden, die dazu beitragen können, die Kapazitätslücke und damit auch das benötigte Volumen eines Kapazitätsmarkts zu begrenzen.

Chancen der europäischen Marktintegration nutzen: Bei der Prognose der drohenden Kapazitätslücke sollte insbesondere berücksichtigt werden, dass Deutschland auch in energiepolitischer Hinsicht keine Insel ist. Das Szenario der nationalen Energieautarkie erscheint wenig zukunftsweisend. Es sollte daher auch nicht die Grundlage für die Ausgestaltung eines deutschen Kapazitätsmarkts bilden. Der grenzüberschreitende, durch Preissignale gesteuerte Stromaustausch hat nicht zuletzt im zurückliegenden Winter die Stromversorgung in Deutschland deutlich stabilisiert. Je mehr - beispielsweise durch einen beschleunigten Ausbau der Grenzkuppelstellen - der europäische Elektrizitätsbinnenmarkt tatsächlich Realität wird, umso geringer ist die zu befürchtende Kapazitätslücke.

Flexibilisierung der Nachfrage fördern: In technischer Hinsicht ist ein zentrales Problem der Energiewende in der Tatsache zu sehen, dass ein zunehmend wechselhaftes Stromangebot auf eine nach wie vor weitgehend unflexible und kurzfristig sehr preisunelastische Nachfrage trifft. Der technische Fortschritt kann hier zu einer Flexibilisierung beitragen (intelligente Netze). Diese Entwicklungen sollten durch eine entsprechende Tarifgestaltung der Versorgungsunternehmen gefördert werden, die entsprechende Anreize setzt und eine zeitlich flexible Nachfrage belohnt. Auch einzelne Vorschläge für Kapazitätsmarktmechanismen sehen neben rein kraftwerks- und damit angebotsbezogenen Elementen daher zu Recht nachfrageseitige Maßnahmen wie zum Beispiel eine Lastverschiebung oder den Lastabwurf großer Abnehmer vor.

Vorrang für marktorientiertes Design des Kapazitätsmarkts: Für die Bewältigung des Problems der dennoch verbleibenden Kapazitätslücke sollte markt- und wettbewerbsorientierten Lösungsansätzen der Vorzug gegeben werden. Alle derzeit diskutierten Mechanismen sehen eine zentrale Institution vor, die Koordinationsaufgaben wahrnimmt. Hauptaufgabe der zentralen Institution wäre die Festlegung der zur Deckung der Nachfrage benötigten Erzeugungskapazitäten. Zu begrüßen ist jedoch, dass in den meisten Modellen die Erzeugungskapazitäten über Ausschreibungen beschafft werden sollen. Weitgehend Einigkeit besteht auch in Bezug auf die Finanzierung der benötigten Kapazitäten. „Kapazitätsentgelte“, die ähnlich wie Netzentgelte auf den Strompreis aufgeschlagen werden, sollen die Kosten der Vorhaltung der Leistung decken und für die entsprechenden Investitionsanreize sorgen.

„Strategische Reserve“

Wesentliche Unterschiede zwischen den vorgelegten Modellen bestehen jedoch hinsichtlich Umfang und Dauer der Eingriffe in die Stromerzeugungsmärkte. Kein Kapazitätsmarktmechanismus wird vermutlich ohne eine Planungsinstitution auskommen. Gleichwohl ist der Umfang zentraler Vorgaben auf das zwingend erforderliche Ausmaß zu begrenzen. Daher sollten nur diejenigen Ausgestaltungsvorschläge in Betracht gezogen werden, bei denen nicht die Gesamtkapazitäten, sondern ausschließlich die zur Schließung der Erzeugungslücke erforderlichen Kapazitäten von einer zentralen Institution ausgeschrieben und beschafft werden.

Solche Modelle können unter dem Begriff der „Strategischen Reserve“ zusammengefasst werden. Einige Modelle zur strategischen Reserve sehen vor, dass nur neue Kraftwerkskapazitäten berücksichtigt werden sollen. Aus wettbewerblicher Perspektive spricht jedoch nichts dagegen, die Ausschreibung auch für Bestandsanlagen zu öffnen. Wichtig ist, dass die kostengünstigsten Anlagen letztlich den Zuschlag erhalten.

Um sowohl die missbräuchliche Zurückhaltung von Reservekapazitäten als auch deren übermäßigen Einsatz - beides mit dem Ziel der Preisbeeinflussung - zu vermeiden, sollten entsprechende Mechanismen zum Abruf der Strategischen Reserve etabliert und institutionalisiert werden. Der Gefahr einer Fehleinschätzung der benötigten Kapazitäten könnte etwa durch gestufte Ausschreibungen begegnet werden, um bei einem veränderten Bedarf schnell und flexibel gegensteuern zu können.

Auf Rahmenbedingungen beschränken

Grundvoraussetzung für eine erfolgreiche Ausgestaltung der strategischen Reserve ist allerdings, dass alle Maßnahmen unterlassen werden, die aufgrund der mit ihnen verbundenen Fehlanreize ohne Not die Gefahr

einer immer größeren Kapazitätslücke verschärfen. Wird die Förderung für erneuerbare Energien in der aktuellen Form beibehalten - und darauf läuft es nach der jüngsten Verständigung von Bundestag und Bundesrat in dieser Sache weitgehend hinaus -, gerät der Wettbewerb immer weiter ins Hintertreffen und die Gefahr einer im Ergebnis für alle Beteiligten und insbesondere den Verbraucher nachteiligen Interventionsspirale steigt.

Zwar ist nachvollziehbar, dass die Politik das Heft bei der Energiewende angesichts der Konsequenzen bei einem möglichen Scheitern nicht aus der Hand geben möchte. Wenn es jedoch eine Erkenntnis gibt, die aus dem Erfolg des deutschen Wirtschaftsmodells zu ziehen ist, so ist es die Einsicht, dass sich der Staat im Wesentlichen auf das Setzen guter Rahmenbedingungen beschränken sollte. Das Ausfüllen dieser Rahmenbedingungen hingegen sollte er den privaten Akteuren überlassen.

Nach der Liberalisierung der Energiemärkte Ende des vergangenen Jahrhunderts haben die privaten Akteure selbst die gesetzlichen Rahmenbedingungen mit ein bisschen Nachhilfe der Wettbewerbs- und Regulierungsbehörden mit Leben gefüllt. Wieso sollte dies bei der Energiewende nicht funktionieren? Den Wettbewerb von der Agenda der Energiewende zu streichen wäre der falsche Ansatz. Er ist vielmehr der Schlüssel zu einer sicheren, nachhaltigen und effizienten Energieversorgung der Zukunft.

Der Autor

Andreas Mundt ist Präsident des Bundeskartellamts. Der 1960 in Bonn geborene Jurist hat seine Karriere 1991 im Bundeswirtschaftsministerium begonnen. Einige Jahre war er als Referent für Arbeits- und Sozialrecht an die FDP-Fraktion im Bundestag ausgeliehen. Aus dieser Zeit rühren exzellente Kenntnisse des deutschen Sozialsystems und gute Kontakte zur FDP. Zum Aufstieg verholfen hat ihm seine freundliche Gelassenheit, vor allem aber die Gabe, komplizierte Dinge so einfach auszudrücken, dass sie politikfähig werden.

Quelle: F.A.Z.

Closing statements



Defending the motion

Paul De Grauwe 

John Paulson Chair in European Political Economy, London School of Economics

Economists have been debating this issue for decades and it seems to me that the consensus is that a monetary union without some form of fiscal union will not last.



Against the motion

Ansgar Belke 

Professor of Macroeconomics, University of Duisburg-Essen

With a solid banking system in place, banking-sector losses would no longer threaten the solvency of solid sovereigns, and the bail-out of less reliable sovereigns would no longer be necessary.



The moderator's closing remarks

Jul 18th 2012 | Anton La Guardia 

Throughout the euro zone's debt crisis, many Europeans have looked across the Atlantic for lessons on how to run a successful monetary union. The European Commission boasts that, taken together, the euro zone's fiscal deficit and debt are lower than America's. Yet the euro faces an existential crisis while the dollar, despite the troubles of the American economy, remains a shelter.

So how much banking and fiscal integration does the euro zone need to restore stability? And how much political unity does it need to maintain checks and balances, and democratic legitimacy? Looking at America, our debaters more or less agree on the need for some kind of federalised system to recapitalise, restructure or wind down ailing banks. That is where Ansgar Belke thinks integration should stop. The key lesson from America is, in his view, to enhance market discipline on the states: as long as the banking system is stabilised at minimal cost to the taxpayer, over-indebted states can be allowed to go bust.

Paul De Grauwe thinks this deals with only half of the vicious circle between weak banks and weak sovereigns, so cannot work in the long run. In his view, what makes America and other monetary unions stable is a system of joint bonds and other forms of mutual insurance, and internal transfers to redress economic imbalances.

Drawing a parallel with America inevitably leads one to consider the obvious difference: America is a federal country; the euro zone is a collection of 17 separate states. Mr De Grauwe addresses this point directly in his final sentence: **"The choice is clear: either the euro zone becomes a country, or it disappears. There is nothing in between."** Mr Belke does not speak much about the desirability of political union in his latest submission, but his vision implies that the euro zone should remain a collection of sovereign countries, each guarding its taxpayers' interests by limiting their exposure to others.

Many in our active and engaged audience reflect on the loss of national sovereignty and discretion that may be necessary to make the single currency work. From the floor, mandinka1 writes: "The only way this could work is all the countries agree on a common retirement age, welfare, unemployment, etc." For his part, egslim notes: "Mutualisation of debt has to be tied to a real surrender of fiscal sovereignty. The reason is obvious: Only a complete fool would share his unlimited credit card with someone if he had no control over their spending." And ABetting puts it thus: "As long as there is no European army to force European countries to comply with directives (on budgets and spending) of a central authority, it will always be a game of bluff and brinkmanship."

So the debate about mutualisation of debt is not just about the future of monetary union, but also about the political future of the European Union. Leaders usually try to avoid such questions about the end point, known as the *finalité politique*. Now the crisis is forcing them to confront it.



The proposer's closing remarks

Jul 18th 2012 | [Paul De Grauwe](#) 1

The key issue is this: can a monetary union last without some form of fiscal union? Economists have been debating this issue for decades. It seems to me that the consensus among them is that a monetary union without some form of fiscal union will not last.

What kind of fiscal union is necessary to sustain a monetary union? Such a fiscal union must have two components. First, it must have some insurance component, ie, there must be some transfer mechanism from regions (countries) that experience good economic times to regions (countries) that experience bad times. America is often seen as a successful monetary union, partly because the federal government's budget performs this role of insurance. I know, and the opponents will not cease to stress it, such an insurance mechanism creates moral hazard issues. But that is the case with all insurance mechanisms. We generally do not conclude that people should not have fire insurance because such insurance creates moral hazard, ie, it will lead to more fires.

The second component of a fiscal union is some degree of debt pooling. I have argued that this is necessary because in becoming members of a monetary union countries have to issue debt in a "foreign" currency and therefore become more vulnerable to upsurges of distrust and fear in financial markets. These can in a self-fulfilling way push countries into a bad equilibrium that makes it more difficult for them to adjust to imbalances. Of course, debt pooling does not solve these fundamental problems (as Angsar Belke suggests that I believe), but it avoids pushing countries, like Spain today, into a deflationary spiral that makes their debt problems worse, not better.

Thus monetary union and fiscal union (including some degree of debt mutualisation) are the opposite sides of the same coin. Mr Belke likes to refer to history. Let me do this also: there are no successful monetary unions that are not embedded in a fiscal union that includes debt mutualisation.

The following conclusion then becomes inevitable. Those who today oppose debt mutualisation in the euro zone also wish the euro zone to disappear. The debate in which Mr Belke and I are involved today could also have been phrased as a debate about the desirability of continuing the euro-zone experiment. It is exactly the same debate.

Some economists (especially in northern Europe) continue to argue that one can have a monetary union without a fiscal union. All we need is discipline (a fiscal compact?), including a credible no-bail-out clause. If we allow governments to default, financial markets will do their work in disciplining these governments. This view can certainly not be taken seriously any more. Financial markets are utterly incapable of applying the right discipline on governments. When markets are euphoric, as they were during the ten years before the crisis, they intensify indiscipline by giving incentives to borrowers and lenders alike to create excessive debt and credit. Since the crisis erupted, financial markets have been in a continuous state of fear and panic, leading them to apply excessive discipline that has led nowhere except to increasing debt burdens.

When the dust in this debate settles it will be clear that the greatest obstacle to debt mutualisation and to the continuing existence of the euro zone is a lack of trust. Northern European countries distrust southern European countries and have propagated the myth that the north is morally superior compared with the corrupt regimes in the south. In northern mythology, southern European countries are seen as utterly incapable of setting their house in order. This is also the tone of Mr Belke's rebuttal. Lending money to these countries is pouring the hard-earned money of virtuous German savers into a bottomless pit.

Southern European countries distrust the north and have propagated the myth that northern European countries are out to dominate them and to impose a harsh and inhumane regime on helpless people.

Mutual distrust is growing and is left unchecked because in all these countries few people stand up to call these myths just myths.

A successful monetary union needs two essential ingredients. One is mutual support; the other is a mutual control system. Mutual support is essential to create a sense of belonging, without which no union can survive. In that sense a monetary union is like a marriage. It cannot survive if the partners tell each other that they should not count on help when they are in trouble. Mutual control is also essential in order to avoid opportunistic behaviour by those who receive help.

Mutual support and control can only be organised effectively in the context of a political union. That is the institutional environment in which support and control can acquire democratic legitimacy and become sustainable. Thus the choice is clear: either the euro zone becomes a country, or it disappears. There is nothing in between.



The opposition's closing remarks

Jul 18th 2012 | [Ansgar Belke](#) 

In my first posting, I set out the most important components of a competition-based fiscal federalism that would make Eurobonds unnecessary. This is not because banking union is equivalent to Eurobonds (as claimed by Paul De Grauwe) but because it would disentangle the banking and sovereign-debt crises. With a solid banking system in place, banking-sector losses would no longer threaten the solvency of solid sovereigns (such as Ireland and Spain), and the bail-out of less reliable sovereigns would no longer be necessary. That means there

would be a lower chance that fundamentally sound sovereigns would suffer from a confidence crisis and rocketing risk premiums.

I do not accept Mr De Grauwe's argument that a banking union does not protect the banks from sovereign failures. In a banking union, the capital market could exert its disciplining influence more effectively than it does now. Debt restructuring for insolvent states would become more probable. The debtor state would lose its strongest asset (the claim that default would cause huge damage to the entire financial system) and creditors could not rely on taxpayers to get their money back. This, in turn, would put governments with unsound finances under pressure to curb their deficits.

Econometric studies show a systematic relationship of sovereign bond yields and the anticipated sustainability of a country's public debt—at least in the medium term. Only recently, the spread on Spanish bonds moved up after Mariano Rajoy, the Spanish prime minister, announced that he intended to relax Spain's deficit-adjustment path; the same was true when Italy decelerated its pace of reforms. So I can sleep quite well with the idea that "capital markets will take care of the rest".

To get rid of the fragility of the banking system, we need to establish a temporary European Resolution Authority (ERA), whose task would be to sort out fragile banks across Europe, regardless of size. Weaker banks would receive a one-time injection of capital or be wound down, wholly or partly. This body should have the power to turn bank debt into equity capital. Creditors of ailing banks (not the taxpayers, as Mr De Grauwe assumes) should as far as possible be made liable for their risky investments. In contrast with Eurobonds, which tend to cover a lot of bad risks, a European deposit scheme based on funding from the banks themselves (in order to avoid the taxpayers bearing the risk) would in the end embrace only stronger banks.

Mr de Grauwe is right to argue that the lack of a budgetary union, akin to the American system, is a design failure of the euro zone. I also strongly support his view that a proper application of the American system would prevent a costly disintegration—but maybe for different reasons. Since the American system prevents central-bank loans from being more attractive than market loans, it avoids permanent balance-of-payment imbalances between member states. In America, neither the individual state nor the private sector has access to the printing press to finance itself. If the inhabitants of a state need to finance their current-account deficits, they have to offer attractive interest rates and provide sufficient collateral to private lenders from other American states.

Yet Mr De Grauwe argues, essentially, that the main problem of euro-zone countries is that they do not have direct access to the printing press. He is thus following the strange behaviour of rating agencies, which penalise members of the euro zone simply for being part of the single currency. For too long the agencies rated countries too generously, pricing in a potential bail-out rather than basing ratings purely on macroeconomic fundamentals. This pattern made possible riskless profits from riskless speculation against sometimes hopelessly non-competitive member states. Mr De Grauwe reinterprets this as a question of "panicked financial markets" in his mother of all arguments for debt pooling.

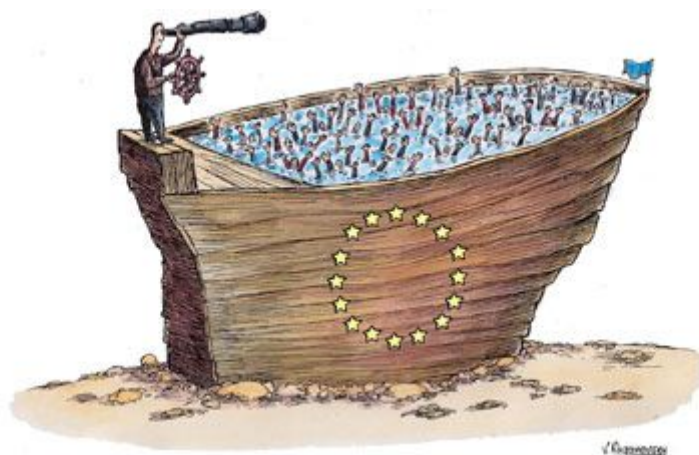
Members of the euro zone are intentionally kept away from the ECB to avoid them activating the inflation tax to finance themselves. The scope for an individual country to incur government debt is simply lower within a currency union than outside. It cannot be enlarged by debt pooling without risking the disintegration of the euro zone.

As a rule, the burden on bank balance sheets should be borne by the country of domicile and not—as in the case of Eurobonds—be passed on to other countries. However, it is not clear whether and to what extent over-indebted countries will be capable of doing this. Using the rescue funds would make sense as a fiscal backstop. Subject to negotiation, a temporary debt mutualisation to cover the cost of bank recapitalisation would make sense, to avoid a larger and permanent mutualisation of sovereign debt. This shows that it was correct to put us on different sides of the pro/contra motion movement but that the fence is surely not prohibitively high.

Why not let the people decide?

10 July 2012

[Die Presse](#) Vienna



[Kazanevski](#)

The ESM is one, and the fiscal pact another: should the major political decisions of a country be put to the people for a vote? In Vienna, which has been debating more transparency and direct democracy for some months, the politicians have been slamming the brakes on with both feet.

[Franz Schellhorn](#)

He would not be Heinz Fischer if he didn't have at least two opinions on the question of "more direct democracy?" In *Pressestunde am Sonntag* ("News Hour on Sunday)", yes, the President could well imagine the people getting more involved in important decisions in the future.

Just as he could well imagine being against such a thing, too. More emphasis on direct democracy, that is to say, must not lead to the elimination of the National Council. The President is also deeply concerned that in the wake of the increased use of referenda, issues might become sensationalised – "taken to the tabloids". Complex issues such as the Fiscal Pact and the setting up of the permanent European Security Mechanism bailout fund would therefore also not be suitable matters for referenda. Explaining them to the public, you see, could just get too folksy.

Interesting, that. Almost simultaneously, Fischer's counterpart in Germany, Joachim Gauck, has been urging Chancellor Angela Merkel to once again describe more precisely to the people the controversial measures to save the euro. It would also help the voters grasp what they'll have to deal with. Mr. Gauck, of course, is absolutely right in that: a decision of this gravity should not be made behind the voters' backs – at least not if one wants to keep the people from heading over in droves to the camp of those who bitterly oppose the EU.

Our neighbours in Switzerland

The Austrian people deserve such a declaration. And what exactly should be so hard about telling them in straightforward sentences that bringing in the ESM means that all the states become liable for all the debts of the other states? And what exactly could be "taking it to the tabloids" about explaining to the population that not only the debts of states will be pooled in the Community, but that money for public assistance will be used to bail out private banks – instead of letting the shareholders absorb the losses, which is what should happen.

It is precisely this "tabloidisation" of complex issues so dreaded by Heinz Fischer that might do this country some good – if only because a clear presentation of issues that are very difficult to get to the bottom of need not lead to a crude abbreviation and distortion, as was shown not least by the vote on joining the EU in June 1994.

Our neighbours in Switzerland show how far direct democracy can go and how maturely the people can make decisions. Earlier this year the Swiss voted against extending paid leave from four weeks to six. Not because they have something against more holidays, but because they take the view that the economy, already under great pressure, would be weakened further.

People need not vote on anything and everything

In 2005 an initiative to expand regional hospitals was rejected in St. Gallen by a large majority. The citizens have nothing against a greater density of hospitals, but they were told in simple terms that such a move would naturally lead to higher taxes. In Lower Austria, one doesn't bother the obviously overburdened people sitting down to their country music and beer; the big questions are decided for them by the political "experts" in the Landtag. The result: two brand-spanking new hospitals in the countryside are to be built within twelve kilometres of each other.

Now, the people need not vote on anything and everything. Much would be achieved if voters were permitted to be there at the major crossroads. For example, regarding the ESM, or the question of whether the state should permanently spend more than it brings in, or whether government spending should be braked by constitutional law. And whether the retirement age should "grow" with increasing life expectancy or stay as it is.

Answers to this kind of question shouldn't frighten anyone. The supposedly stupid people cannot make decisions any worse than the experts on the benches of the National Council. And that would be a quite passable starting point, would it not?

In Spain, a Symbol of Ruin at an Airport to Nowhere

By [RAPHAEL MINDER](#)

MADRID — A plane has finally reached the [ghost airport of Castellón](#), in southeastern Spain.

Rather than sitting on the runway, however, the aircraft, an aluminum model, was placed this week atop a giant statue along the entrance road to the airport — another twist in the tale of a \$183 million project that has become a symbol of the wasteful spending that has sunk Spain deep into a recession and a banking crisis.

The statue, 79 feet tall and budgeted at \$375,000, was supposed to honor Carlos Fabra, the longstanding head of Castellón's provincial government and the driving force behind the airport project.

Mr. Fabra was placed under judicial investigation this year in connection with several cases of corruption and tax evasion. He has not been charged, however, and he is not expected to appear in court before the end of the year.

On Saturday, Mr. Fabra formally stepped down as the head of the provincial branch of Spain's governing Popular Party, which he had run for 22 years. He still maintains the chairmanship of the public company that runs the airport.

Even though the airport has failed to attract a single scheduled flight, Mr. Fabra has staunchly defended his project. In March 2011, when the airport was formally inaugurated, he argued that it would provide a unique opportunity to turn an airport into a tourist attraction, giving visitors full access to the runway and other areas normally kept out of bounds because of safety concerns.

On Saturday, he again described the airport as “a necessary development tool” for his province. Castellón lies in the region of Valencia, which has a debt load of just under \$25 billion and a credit rating that was recently downgraded to junk status.

The statue was commissioned by Mr. Fabra and was built by a local sculptor, Juan Ripollés, who titled his work “The Plane Man.” Mr. Ripollés is now saying that he was forced to spend \$155,000 of his own money and “empty the pockets of my children” to complete a work that, he said, ended up costing about \$600,000.

As part of a decade-long construction and housing boom, Spain added airports, toll roads and railway lines, often under pressure from regional politicians seeking a greater presence within the national transport network. Many of the recently built highways are now deserted, and only one-fifth of Spain's airports made a profit last year.

Mr. Fabra's daughter, Andrea, a national lawmaker who also represents the Popular Party, sent a written apology this week to the speaker of Parliament after a defamatory outburst last Wednesday, when Prime Minister Mariano Rajoy presented an \$80 billion austerity package, including cuts in unemployment benefits. Ms. Fabra later insisted that her insult was aimed not at the jobless but at the Socialist lawmakers, who later asked for her resignation.

Constat d'échec pour la politique de la ville

Par [Chloé Woitier](#) Mis à jour le 17/07/2012 à 19:32 | publié le 17/07/2012 à 19:28 [Réactions](#) (116)



Un quartier de Créteil (Val-de-Marne) Crédits photo : JACQUES DEMARTHON/AFP

Un rapport de la Cour des comptes pointe du doigt la gestion chaotique de la rénovation urbaine ces dix dernières années. Cette dernière n'a pas permis de réduire les inégalités dans les quartiers sensibles.

[La Cour des comptes vient de rendre un rapport](#) établissant un constat sévère sur la politique de la ville de ces dix dernières années. Le Programme national de rénovation urbaine (PNRU) lancé en 2003 par Jean-Louis Borloo, alors ministre de la Cohésion sociale, n'a «pas atteint ses objectifs» selon l'institution. Les disparités socio-économiques entre les zones urbaines sensibles et le reste de l'habitat français sont ainsi restées stables, quand elles ne se sont pas renforcées.

Le constat: les inégalités demeurent

En dépit de dix années d'interventionnisme, et de 42 milliards d'euros débloqués par l'Agence nationale pour la rénovation urbaine pour réhabiliter ou reconstruire les quartiers, les inégalités sont persistantes entre les 751 zones urbaines sensibles (ZUS) et le reste du pays. Le taux de chômage des 15-59 ans est ainsi de 20,9% dans les ZUS, contre 10,3% au niveau national. Cet écart, du simple au double, «est le plus important enregistré depuis 2003».

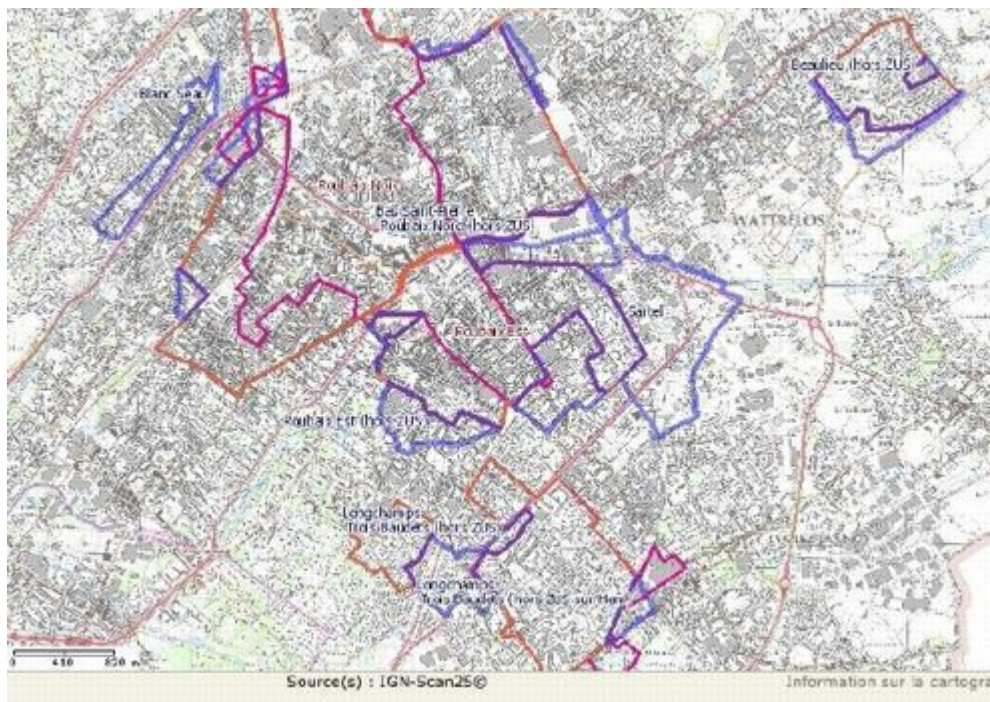
La proportion de personnes vivants sous le seuil de pauvreté dans ces quartiers est passée de 30,5% à 32,4% de 2006 à 2009, contre 12% en moyenne ailleurs. Et si le taux de réussite au brevet a progressé de près de 6 points en six ans (de 68,3% à 74,1%), il reste bien en deçà des résultats nationaux (85,1% en 2010).

Le rapport rappelle également que la poursuite du financement de ce programme est incertain, alors que seuls «53% des démolitions prévues ont été réalisées, 30% de l'offre de logements a été reconstituée et 39% des logements ont été réhabilités».

Les principales causes de cet échec

• Un trop grand nombre d'échelons

Une simple carte résume à elle seule le principal problème de la politique de la ville: une multiplicité de «zones» (urbaines sensibles/franches urbaines/de redynamisation urbaine), sans compter les «quartiers très prioritaires» de la «dynamique Espoir banlieues», qui s'enchevêtrent les unes sur les autres sans grande cohérence.

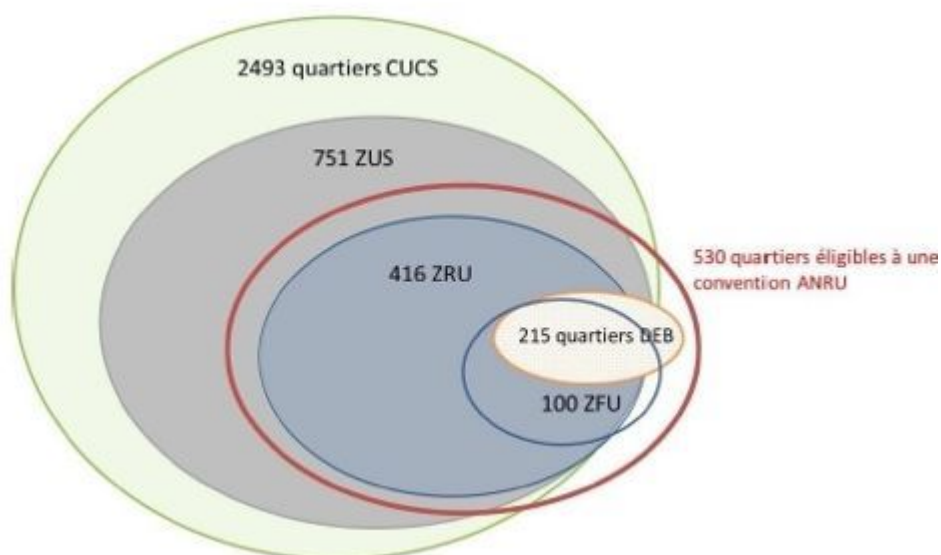


À Roubaix, zones urbaines sensibles (rose), zones franches urbaines (orange) et contrats urbains de cohésion sociale (bleu et violet) se mélangent sans cohérence.

Conséquence de cet éclatement: une multiplicité d'acteurs avec qui il n'est pas facile de travailler tant le périmètre d'action de chacun n'est pas clairement défini.

La Cour des comptes conseille de réduire drastiquement le nombre de quartiers ciblés afin de renforcer l'efficacité de l'aide. L'institution rappelle qu'en Allemagne, 392 quartiers participent au programme «ville sociale», tandis qu'en Espagne seuls 17 quartiers sont considérés comme «vulnérables» dans tout le pays. En France, une réforme de la définition des 751 ZUS était prévue pour 2012, mais le précédent gouvernement l'a renvoyée à 2014.

L'enchevêtrement des zones d'intervention de la politique de la ville



• Un suivi difficile des actions

Pour chiffrer et mesurer l'efficacité des efforts débloqués par l'État, mais aussi les régions, départements, intercommunalités, communes ou associations, mieux vaut utiliser des outils de mesures communs. Ce n'est pas le cas à l'heure actuelle. Pis encore, la Cour des comptes affirme qu'il n'existe aucun outil permettant de chiffrer, et donc de vérifier, les efforts des administrations envers les quartiers en difficulté!

Au niveau local, la Cour dénonce le manque de contrôle des associations aidées par des crédits publics, dont les crédits sont accordés «sans engagements sur les objectifs». Sans surprise, des crédits sont donc accordés à des petites structures ayant des projets identiques «pour des résultats souvent peu lisibles».

• **Des crédits mal répartis**

La Cour des comptes constate que les départements les plus touchés par les difficultés urbaines sont paradoxalement les moins bien dotés en aides publiques. En Ile-de-France, la Seine-Saint-Denis ne reçoit ainsi que 31€ par an par habitant, contre 66,1€ en Essonne ou 70,8€ dans les Yvelines. A contrario, «de nombreux départements ruraux ou semi-ruraux ont pour leur part des ratios très supérieurs au ratio moyen».

De plus, une partie de ces crédits sont utilisés pour financer des projets relevant de l'action de l'État. Le rapport pointe ainsi des doublons dans le domaine de l'éducation. L'Agence nationale pour la cohésion sociale et l'égalité des chances (Acsé) a ainsi consacré 94,8 millions d'euros à la réussite scolaire en 2010, alors qu'il s'agit d'un domaine déjà pris en charge par l'Education nationale.

• **L'emploi, le grand oublié**

Le rapport constate que les contrats aidés ne ciblent pas assez les ZUS. De même, si les «contrats d'autonomie» (dispositif où un jeune de moins de 26 ans résidant en ZUS se voit aidé pendant six mois pour trouver un travail ou monter une entreprise) ont la cote (41.000 signatures en 2011), «moins de 25% des contrats signés ont débouché sur un emploi ou une qualification».

La Cour déplore également l'absence d'agences Pôle Emploi dans la plupart des quartiers visés par un contrat urbain de cohésion sociale (CUCS). Dans ces derniers, le nombre de chômeurs suivis par les conseillers est bien plus élevé qu'ailleurs dans le pays. La qualité du suivi s'en ressent.

Grenzen in Gottesfragen

FAZ 17.07.2012 · Die Vehemenz, mit der das Kölner Urteil zur Beschneidung angegriffen wird, verwundert: Politiker, die sonst nur Häme für religiöse Bräuche übrig haben, streiten auf einmal wacker für blutige Riten.

Von [Reinhard Müller](#)



© dpa Vorbereitungen einer jüdischen Beschneidungszeremonie: Der Bundestag will Rechtssicherheit herstellen

In Deutschland gilt die Scharia. Das ist weder neu noch skandalös, auch wenn sich mit dem Spruch (vorerst) keine Wahlen gewinnen lassen. Jedenfalls wird islamisches Recht von deutschen Gerichten angewendet - nämlich dann, wenn die Scharia in einem anderen Staat gilt und dessen Recht in einem internationalen Streit Anwendung findet. Deshalb geriet eine Frankfurter Richterin in die Schlagzeilen, weil sie das im Koran enthaltene Züchtigungsrecht berücksichtigte.

Tatsächlich hat die körperliche Züchtigung in der öffentlichen Ordnung Deutschlands nichts zu suchen. Sie verstößt gegen den „ordre public“. Wenn die Anwendung fremder Gesetze gegen unser Fundament verstößt, erkennen wir sie nicht an.

Das hohe Gut Religionsfreiheit

Zu unserer Ordnung gehört, dass jeder Mensch frei ist und dass die Eltern für das Wohl ihrer Kinder verantwortlich sind, ja es auch weithin definieren. So gibt es weder eine Pflicht zur Impfung noch (bisher) zum Krippenbesuch. In anderen freiheitlichen Staaten besteht nicht einmal Schulpflicht: So haben deutsche Eltern, die ihre Kinder lieber selbst unterrichten und hier dafür bestraft werden, in Amerika Asyl erhalten. Und Amerikaner begegnen der deutschen Neigung mit Misstrauen, weltanschauliche Vereinigungen, die abseits der Weltreligionen und Staatskirchen stehen, als „Sekten“ unter Kuratel zu stellen.

Soll nicht jeder nach seiner Façon selig werden? Gerade in Fragen der Religion? Ja, aber nur, wenn er dadurch keinem anderen schadet. Die Religionsfreiheit ist allerdings nicht leicht einzuschränken, nur durch andere Werte von Verfassungsrang. Dazu zählen das Grundrecht auf körperliche Unversehrtheit und das Elternrecht. Die Erziehung der Eltern ist voll von Eingriffen in Grundrechte ihrer Kinder, ja von (tatbestandlichen) Straftaten wie Freiheitsberaubung und Nötigung. Die sind in der Regel gerechtfertigt. Erziehung funktioniert schon dem Wortsinn nach nicht ohne Lenkung.

Keine Bagatelle

Selbstverständlich müssen in eine Abwägung sowohl die Schwere eines Eingriffs (in die Rechte eines Kindes) als auch dessen Bedeutung für Religion und Erziehungsrecht der Eltern einbezogen werden. Dass das Beschneiden eines Säuglings eine Bagatelle wäre, wird niemand behaupten können - ganz unabhängig von den Folgen. Aber natürlich ist auch zu berücksichtigen, dass es sich um einen Eingriff handelt, der auch zur Förderung der Gesundheit vorgenommen wird.

Die schlimmen Folgen der Beschneidung, die in Köln zum Strafverfahren und zu Urteilen führten - das ist im internationalen Vergleich übrigens kein Einzelfall -, verdeutlichen die hier nicht nur potentiellen Gefahren und damit verbundenen Qualen. Allerdings ist von einem breiten Protest beschnittener Männer nichts bekannt. Kein Wunder, wenn es sich doch um zwingende Vorschriften ihrer Religion handelt.

Die Beschneidung wird als konstitutiv angesehen. Auch Politiker und Publizisten aus dem vermeintlich progressiven Lager, die ansonsten vor allem Häme für religiöse Bräuche übrig haben und die Religionsfreiheit schon generell einschränken wollten, streiten jetzt wacker für Tausende Jahre alte blutige Riten. Das wäre wohl nicht der Fall, wenn es hier nur um Muslime und um die Verletzung von Mädchen ginge. Und tatsächlich ist es legitim, die Bedeutung in Rechnung zu stellen, die ein Verbot, oder eine rechtliche Missbilligung der Beschneidung für das jüdische Leben in Deutschland hätte.

Schließlich hat das Bundesverfassungsgericht das Grundgesetz in seiner Entscheidung zur Holocaust-Leugnung als Gegenentwurf zur NS-Herrschaft bezeichnet. Die Politik ist deshalb weitgehend auf einer Linie, hat doch die Bundeskanzlerin das Existenzrecht Israels zur deutschen Staatsräson erhoben und jetzt davor gewarnt, dass sich Deutschland zur „Komikernation“ mache.

Dabei wirkt das Urteil des Kölner Landgerichts erst einmal nur im Einzelfall; ihm kommt keine andere Bedeutung zu als den Abertausenden von Entscheidungen, welche die 116 deutschen Landgerichte täglich fällen. Das Urteil - das zum Trend der Säkularisierung passt und doch eindrucksvoll die Unabhängigkeit der Richter unter Beweis stellt - sollte nicht und wird nicht dazu führen, dass in Deutschland Juden ihre zwingenden religiösen Bräuche nicht mehr pflegen können. Wenn es dem Rechtsfrieden dient, wird der Gesetzgeber eine lege artis vorgenommene Beschneidung ausdrücklich erlauben. Doch das ist kein Allheilmittel: So mag ein medizinisch schonender Eingriff orthodoxen Bräuchen widersprechen.

Es verwundert jedenfalls, mit welcher Vehemenz das Kölner Urteil und seine Verteidiger angegriffen werden. Nicht nur die Klage des Papstes gegen ein ordinäres Satire-Bild zeigt: Bei der Religion hört für viele jeder Spaß, ja jedes Nachdenken auf.

Dabei muss auch der Glaube, müssen auch kultische Handlungen ob ihres zwingenden Charakters überdacht werden, müssen sich dann einer Überprüfung stellen, wenn sie in die Gesellschaft hineinwirken. Wer über sich und seine Religion nicht lachen kann, der muss das nicht. Anderen sollte er sein Weltbild aber nicht aufdrücken. Das darf auch der Rechtsstaat nicht. Aber Religion kann sich nur in seinen Grenzen entfalten. Das bekommen Anhänger der Scharia zu spüren - und nicht nur sie.

Quelle: F.A.Z.

„Wirtschaftsweise“ Claudia Buch im Gespräch

„Eurobonds und eine politische Union sind nicht durchsetzbar“

FAZ 17.07.2012 · Die Bankenforscherin Claudia Buch sieht im Gespräch mit der F.A.Z. nur zwei Wege aus der Schuldenkrise: Entweder übernimmt die Europäische Zentralbank die Staatsschulden - oder sie werden in einen Tilgungsfonds ausgelagert.



Die Euro-Krisenländer müssen hart sparen, um ihre Defizite abzubauen. Griechenland fordert aber eine Lockerung der Bedingungen für die Hilfen. Sollte man weniger Sporbemühungen verlangen?

Mindestens genauso wichtig wie die Sparanstrengungen sind die Strukturreformen. Nur so können Griechenland und andere Länder wieder auf einen Wachstumspfad kommen. Es ist schon vieles passiert. Irland macht sehr gute Fortschritte, Portugal ebenso. Auch Griechenland hat einige Gesetze auf den Weg gebracht, aber die Umsetzung braucht Zeit.

Laut durchgesickerten Prüfergebnissen der Troika ist Griechenland weit im Rückstand. Wenn die Griechen systematisch hinter die Auflagen zurückfallen, müsste man dann die Hilfen nicht stoppen?

Das zu entscheiden ist die Aufgabe der Troika. Man kann sich von hier aus sicher viele Szenarien vorstellen. Aber letztlich ist es im Interesse der Griechen, die Reformen durchzuführen. Sie müssen Anpassungen leisten, nicht nur um die Hilfen weiter zu bekommen, sondern um ihre Wettbewerbsfähigkeit wiederzuerlangen.

Keynesianische Ökonomen warnen vor dem „Kaputtsparen“ und fordern stattdessen neue kreditfinanzierte Konjunkturprogramme. Würde das helfen?

Diese Diskussion geht in die falsche Richtung. Warum sind wir denn in der Krise? Weil sowohl öffentlich als auch privat zu viele Kredite aufgenommen wurden. Eine Verschuldungskrise kann nicht durch immer weitergehende öffentliche Verschuldung bekämpft werden. Neue kreditfinanzierte Programme könnten genau der Tropfen sein, der das Fass zum Überlaufen bringt und die Risikoprämien hochschießen lässt. Eine klug durchgeführte fiskalische Konsolidierung kann das Wachstum anregen, und sie muss nicht zwingend mit sozialen Härten einhergehen. Entscheidend für die Konjunktur sind die Investitionen. Derzeit halten sich aber die Investoren und die Unternehmen in den Krisenländern extrem zurück. Zum einen sind die Finanzierungsbedingungen schlecht, zum anderen ist die Unsicherheit hoch.

Wenn die Schwergewichte Italien und Spanien immer schwerer an Geld kommen, wird dann am Schluss die EZB als große Feuerwehr einspringen?

Wenn die Risikoprämien weiter steigen, dann gibt es wohl nur zwei Wege. Entweder kann die EZB versuchen, durch Anleihekäufe oder durch die Refinanzierung der Banken die Lage zu stabilisieren. Die EZB-Option ist problematisch, weil sie für ihre Hilfen keine Bedingungen stellen kann. Eine andere Option ist, Schulden der Nicht-Programm-Länder teilweise und zeitlich begrenzt in einen Schuldentilgungsfonds auszulagern, für den alle Länder gemeinschaftlich haften. Ziel ist der Übergang zu soliden Staatsfinanzen, daher enthält der Schuldentilgungspakt eine Reihe von Sicherungen und Disziplinierungsmechanismen. Dieses Modell hat der Sachverständigenrat vorgeschlagen.

Die Idee des Schuldentilgungspakts hat viel Kritik auf sich gezogen, weil sie auch eine Vergemeinschaftung von Schulden bedeutet. Kritiker sagen, dass der Fonds „Eurobonds durch die Hintertür“ bedeute. Die Kanzlerin hat die Idee schon bei der Übergabe des Gutachtens abgelehnt.

Die Diskussion geht weiter. Derzeit wird intensiv juristisch debattiert, ob ein solcher Schuldentilgungspakt mit unserer Verfassung vereinbar wäre. Als Ökonom muss ich doch auch fragen: Was sind die Alternativen und wie teuer sind diese? Wir haben eine extreme Anspannung auf den Finanzmärkten. Die Verschuldung der Vergangenheit versperrt den Weg in die Zukunft. Entweder kann die EZB die Schulden monetarisieren, oder wir machen eine begrenzte Vergemeinschaftung der Schulden, aber mit strikten Konditionen und Auflagen zur Tilgung.

Es entfielen aber die Disziplinierung durch die Märkte.

Nur die Altschulden oberhalb der 60-Prozent-Grenze würden in den Fonds überführt, darunter müssen sich die Länder weiter am Markt finanzieren. Also bliebe der Marktdruck bestehen.

Was halten Sie von richtigen Eurobonds? Die Südeuropäer und die deutschen Oppositionsparteien sind dafür.

Es ist eine schlechte Idee, langfristig eine gemeinsame Haftung ohne entsprechende gegenseitige Kontrolle zu haben. Der Schuldentilgungspakt bedeutet dagegen nur eine temporäre, zeitlich begrenzte Vergemeinschaftung, um eine Brücke zu bauen, die aus der Krise hinausführt.

In der Ablehnungsfront der Bundesregierung gegen Eurobonds zeigen sich schon Risse. Bundesfinanzminister Schäuble und Arbeitsministerin von der Leyen können sich langfristig Eurobonds vorstellen, wenn es eine „politische Union“ gibt. Ist das realistisch?

Eurobonds im Rahmen einer politischen Union, also mit gemeinsamer Kontrolle und einer Abtretung fiskalischer Kompetenzen, wären langfristig theoretisch eine Alternative. Dieser Weg erscheint mir aber politisch nicht durchsetzbar. Denn Bedingung wäre, dass alle Staaten ihre Souveränität in elementaren Fragen wie dem Budgetrecht abgeben müssten. Bestimmte Steuern und Ausgaben würden dann von Brüssel bestimmt.

Was ist Ihre Alternative?

Die Alternative ist eine Rückkehr zur Nicht-Beistandsklausel (No Bailout) und der Beibehaltung der nationalen Souveränität in Finanzfragen - das halte ich für die realistischere Lösung.

Aber die Fiskalregeln müssen verschärft werden. Die No-Bailout-Klausel ist ja auf breiter Front durchbrochen worden. Der Stabilitätspakt wurde Dutzende Male verletzt, ohne dass es Sanktionen gab.

Es wird künftig ein sehr komplexes Regelsystem geben mit dem Fiskalpakt und Schuldenbremsen in allen nationalen Verfassungen. Wenn das gelebt wird, dann gibt es eine extreme Verschärfung der Überwachungs- und Sanktionsmöglichkeiten. Auch jetzt schon ist vieles in Bewegung. Die Krisenländer unternehmen harte Anpassungsanstrengungen. Niemand wird gerne öffentlich gebrandmarkt als derjenige, der einen Vertrag nicht einhält.

Auf dem Brüsseler Gipfel Ende Juni wurden Schritte hin zu einer Bankenunion in Europa beschlossen. Können diese in der akuten Schuldenkrise helfen?

Die aktuellen Probleme löst man damit nicht. Der richtige institutionelle Rahmen für eine Bankenunion muss zügig geschaffen werden. Aber die Umsetzung wird Zeit in Anspruch nehmen. Insgesamt werden derzeit sinnvolle Ansätze diskutiert. Hierzu zähle ich die Überlegungen zu einer gemeinsamen europäischen Bankenaufsicht und zu einem gemeinsamen Restrukturierungs- und Abwicklungsregime für angeschlagene Banken.

Wie lange wird das dauern? Ein halbes Jahr, ein Jahr?

Sicherlich länger. Es hat Jahre gedauert, bis etwa die Regelungen von Basel II in europäisches Recht überführt waren. Eine Bankenunion wäre ein noch viel weiter gehenderes Projekt. Die Kommission selbst sagt, dass sie die Umsetzung einer Richtlinie zur Vereinheitlichung von Aufsicht und Abwicklung von Banken nicht vor 2015 erwartet.

Also ist das eine Phantomdiskussion, von der Bankenunion eine Lösung der aktuellen Probleme zu erwarten?

Es ist wichtig, diese Reformen jetzt auf den Weg zu bringen. Es war ein großes Versäumnis, dass es bislang in der Währungsunion keine ausreichenden Regeln für eine europaweite Bankenaufsicht und mögliche Insolvenz von Banken gab. Das behindert derzeit den Umgang mit Banken in Schieflage. Jetzt eine gemeinsame Einlagensicherung zu schaffen, ist allerdings nicht sinnvoll. Denn der Versicherungsfall ist ja schon eingetreten, die Verluste sind schon da.

Deutsche Banken wehren sich dagegen, dass die deutsche Einlagensicherung auch für andere Banken genutzt werden sollte. Die Volksbanken sprechen von einer „Enteignung der Sparer“.

Viel hängt davon ab, wie eine Einlagenversicherung ausgestaltet ist. Wenn sich Risiken nicht richtig in den Versicherungsprämien niederschlagen, dann führt eine Einlagensicherung dazu, dass die Risiken sogar noch steigen. Dann gibt es eine Umverteilung von Risiken in Europa. Das können wir nicht wollen.

Wenn die Rekapitalisierung von Pleitebanken aus dem permanenten Rettungsfonds ESM geschieht, dann zahlen europäische Steuerzahler für die Fehler fremder Banken, etwa für die Verluste der spanischen Cajas. Ist das gerecht?

Gerechtigkeit ist ein weiter Begriff. Aber wenn wir durch eine klug durchgeführte Rekapitalisierung der Banken verhindern, dass es zu einer großen Systemkrise kommt, dann profitieren wir auch davon - das ist das eigentliche Ziel. Eine solche Bankenrekapitalisierung aus einem europäischen Topf muss aber mit harten Auflagen und Bedingungen verbunden sein.

Wie weit ist die Regulierung der „systemrelevanten“ Banken gediehen? Sind die Staaten immer noch erpressbar?

Wir haben immer noch nicht den rechtlichen Rahmen, um grenzüberschreitend tätige systemrelevante Banken umzustrukturieren und, wenn nötig, abzuwickeln. Es sind aber wichtige Veränderungen auf den Weg gebracht worden. Für systemrelevante Banken werden künftig nach Basel-III-Regulierung bis zu 2,5 Prozentpunkte Aufschlag bei den Eigenkapitalquoten verlangt. Das wird erst 2018 kommen, denn die Regulierung sollte nicht in einer akuten Krise verschärft werden. Langfristig könnte man aber noch weiter gehen.

Claudia Buch

Seit März ist [Claudia Buch](#) Mitglied der „Wirtschaftsweisen“, wie der Sachverständigenrat zur Begutachtung der Wirtschaft oft genannt wird. Die 46 Jahre alte Ökonomin, geboren in Paderborn, hält sich von lauten öffentlichen Debatten fern. Lieber wirkt sie im Hintergrund.

Vier Jahre lang war sie Vorsitzende des Wissenschaftlerbeirats beim Bundeswirtschaftsministerium. Schwerpunkte ihrer Forschung sind Banken und deren Regulierung. Jüngst hat sie in einer Studie herausgearbeitet, dass höhere Eigenkapitalvorgaben keine Verknappung der Kredite bewirken.

Studiert hat sie in Bonn und Wisconsin, es folgten Promotion und Habilitation am Institut für Weltwirtschaft in Kiel. Seit 2004 hat sie einen Lehrstuhl an der Universität Tübingen. Nun ist sie im Gespräch als neue Präsidentin des Instituts für Wirtschaftsforschung Halle.

Das Gespräch führte **Philip Plickert**.

Quelle: F.A.Z.

07/17/2012 01:32 PM

Professor Propaganda

Is German Economist Exacerbating Euro Crisis?

By [Sven Böll](#)

Germany's Hans-Werner Sinn is fighting desperately against the euro rescue. His controversial theories fill the pages of newspapers for days at a time, but his answers are often simplistic. A growing number of his colleagues are distancing themselves from the influential Munich economist.

Shortly after 5 p.m. last Tuesday, fatigue began to take hold in the courtroom at the Federal Constitutional Court in the southwestern German city of Karlsruhe. The judges sank back into their cream-colored armchairs, and the audience began to thin out.

The lawyers and judges had already spent about seven hours addressing the question of whether the European Stability Mechanism (ESM), the permanent euro bailout fund, is compatible with Germany's constitution. Constitutional law expert Karl Schachtschneider, one of the plaintiffs, made an impassioned plea for a national referendum on the issue, while German Finance Minister Wolfgang Schäuble warned against the "immeasurable consequences" of a Karlsruhe veto.

It seemed as if everything had already been said by the time Munich economist Hans-Werner Sinn stepped up to the microphone. The professor gave a technical lecture on the economy, but what made his listeners perk up were his bold assessments.

Sinn was sharply critical of what he called a "bottomless pit," and he spoke of "false therapy" and a "machinery of asset destruction" and accused the European community of nations of employing instruments that are doing precisely the opposite of what they are intended to achieve. "They are getting in the way of a cure," Sinn said. When he was finished, the judges no longer had any questions.

It was a performance entirely to Sinn's liking. Before the gates of Germany's highest court, the 64-year-old professor with a Captain Ahab beard was given an opportunity to present himself, once again, in what is currently his favorite role: as a vehement opponent of the prevailing euro policy.

With his tirades against what he characterizes as Europe's bailout monstrosities, from the European Financial Stability Facility (EFSF) to the ESM, Sinn isn't just trying to show that it is possible, contrary to the prevailing view, to express the complicated issues facing the European monetary union in simple terms. He is also demonstrating to the nation that he has added a new type of individual to the German academic community, the economist campaigner.

A History of Bold Theories

Like no other professor, Sinn has long shaped the economic debate in Germany with his bold theories. Around the turn of the millennium, when the German economy was in the doldrums and the country was often referred to as the "Sick Man of Europe," he alarmed Germans with his assessment that labor market reforms would have to be much more severe to bring the country's job slump to an end.

A few years later, he warned that Germany, the world's top exporting economy at the time, had deteriorated into a "bazaar economy," because it had so many foreign suppliers. Now he even promotes the theory that the rescue policies coming from Brussels are not solving problems but are in fact making them worse. "Our children will be forced to go to southern Europe and get our money back," he warns.

Sinn is clearly a successful man. With his varying predictions of doom, the professor has managed to become Germany's most popular and strident economic expert. Some admire him, praising him as what the tabloid *Bild* called the country's "cleverest economics professor." Others fear him, deriding him as a stubborn nuisance. Finance Minister Schäuble acerbically characterized Sinn as an academic "who takes the task of making his opinion known very seriously indeed."

The Sinn spectacle reached a new high last week. After Chancellor Angela Merkel had agreed to a European banking union at the [most recent European Union summit](#), the professor, in a joint letter signed by more than 200 economists, cautioned against the incalculable risks of such a move. An only slightly smaller group of German economists signed a petition opposing the Sinn letter. The [dispute](#) dominated the headlines for days.

Sinn must have been pleased, given that he was the focus of attention once again, because that's his main goal in all of his campaigns. And yet he hasn't always been the agitator he portrays himself as today.

At the beginning of his career, Sinn was more of a silent representative of a group of economists who were making a name for themselves, in Germany and abroad, with their scholarly essays. Even in the United States, economists spoke admiringly of the man they called "Häns-Wörnör."

Banking on Sensation

But at some point every reasonably prestigious German economist faces the question of whether he would rather spend the rest of his career impressing doctoral students in Boston or politicians in Berlin. Sinn chose the latter and, in 1999, took over as president of the Munich-based Ifo Institute for Economic Research, one of Germany's most influential think tanks.

Everything looked as if Sinn were embarking on a typical path in German political consulting, which included his membership on ministerial advisory councils and his candidacy for a spot on the venerable, five-member German Council of Economic Experts, which advises the government in Berlin. In the ensuing years, however, Sinn has discovered a much more direct way of influencing the economic debate.

In 2003, he wrote a book called "Can Germany be Saved?" which combined an analysis of Germany's weaknesses as an industrial center with a call for brutal reforms. His collection of radical theses became a bestseller.

By banking on sensation instead of ivory towers, Sinn has since become Germany's leading economic propagandist, a man whose impact is partly based on the fact that he pursues his theories more doggedly and sells them more stridently than any other professor in the country.

The head of the Ifo Institute spends more time than any other economist giving interviews, writing columns and appearing on talk shows, and he has a unique knack for applying the tools of agitprop.

When he wants to make it clear to the Germans how many risks they have already taken to rescue the euro, he develops an "exposure level" flood watch, which is regularly updated on the Ifo Institute's [website](#). Just to make sure that everyone understands what the gauge means, it also depicts an eagle, the German national symbol, drowning in the rising floodwaters.

'Intellectual Despotism'

Sinn doesn't consider the notion that speed often trumps thoroughness in public relations to be a problem, but rather an incentive. When the euro countries hastily agreed to a bailout fund in May 2010, one that the German parliament, the Bundestag, was expected to ratify only a few days later, Sinn wrote a harsh critique of the plan overnight. Even before the vote, the members already had his damning review in their mailboxes.

Sinn used to say that he had once wanted to be a missionary, to which his wife reportedly responded: "But Hans-Werner, that's what you are."

The desire to convince others of one's insights is part of an economist's job description. With Sinn, the problem is that he shares with missionaries the belief in eternal truths and infallibility, especially his own. But economics just happens to be a social science, not a natural science.

In early June, a few Ifo employees were discussing the next economic forecast with their boss. After prolonged analysis, the experts concluded that Germany would continue to do rather well, as long as the euro crisis didn't escalate. Sinn was skeptical and interjected: "I simply don't believe that."

The discussion continued in this vein for a while, until the head of the economics department reminded Sinn of a similar discussion they had had a few years ago: "We wanted to predict that things would soon be going uphill in Germany again, but you didn't. In retrospect, we were right." Sinn acted surprised. Then he told his employees that they had also wanted to predict an upturn for other countries, while he hadn't. "I was right," he said.

An institute employee who is on good terms with the president calls this behavior Sinn's "intellectual despotism," and says that he is simply determined to convince others. "The boss isn't truly satisfied until everyone has agreed with him."

It is mainly this claim to absoluteness that makes Sinn's euro campaign so questionable. At a time when economists are running up against the limits of their science more than ever before, Sinn insists on being in the possession of unassailable certainties. Economists all over the world are indulging in a new modesty, while the head of the Ifo embodies the hubris of economics. "Sinn is like a motorist who always leaves the highway three exits too late," says one economist, who otherwise views him as a brilliant colleague.

A look at the recent past shows that Sinn's theories, like those of others, have often been wrong. The Hartz series reforms to the social welfare system and long-term unemployment benefits undertaken by former Chancellor Gerhard Schröder of the center-left Social Democrats, which Sinn viewed as insufficient, are now considered to be a key building block of the labor market miracle of recent years.

And the growing integration between German industrial companies and low-wage foreign producers, which Sinn so effectively ridiculed as a "bazaar economy," hasn't weakened but has actually strengthened Germany's export industry.

In the current euro debate, Sinn prefers to focus on pithy statements. When it comes to the scope of euro liability, for example, he adds everything to his list that he can drum up: the [bailout package](#) for Greece, the euro bailout funds, the European Central Bank's [purchases of government bonds](#) and the German Bundesbank's [claims](#) against the European Central Bank system. Using this approach, he comes up with almost €800 billion (\$983 billion) in liability for Germany alone. "The euro system is in the midst of an explosion," he then proclaims, with his arms held high.

Comparing Apples with Oranges

As gigantic as all of this sounds, it has little actual meaning. His calculations include money that has already been spent -- like funds for Greece. But this money also includes amounts that are primarily intended as a deterrent -- like the money in the permanent bailout fund, the ESM. Finally, it includes items for which collateral has been furnished or interest is being paid.

Sinn is comparing apples and oranges. And what makes his apocalyptic calculations even more questionable is the fact that he withholds the costs of the alternatives. In a worst-case scenario, the euro zone would collapse if politicians heeded his advice. The fiasco could cost the Germans €3.3 trillion, according to a recent report by the German Council of Economic Experts.

At the same time, the Ifo president has also made many positive contributions to the euro debate. He was the first to draw attention to the dangerous imbalances in the central bank balance sheets of the euro system, the so-called target balances. And, more than anyone else, he recognized early on that there is ultimately [no way around bankrupt Greece's withdrawal from the monetary union](#).

Playing with Fire

But when it comes to the fundamental questions of whether the euro should be preserved or abandoned, Sinn is playing with fire. There are no easy answers in the euro debate, even if the Munich professor believes he has them. It's no surprise that the number of Sinn's opponents is growing in the dispute among economists over the banking union.

Michael Hüther, the head of the Cologne Institute for Economic Research, said caustically: "If this is the contribution of German economics to the euro crisis, I'm seriously concerned about our profession." Bert Rürup, a former member of the German Council of Economic Experts, is also critical of Sinn's anti-rescue rhetoric. "It isn't enough to sharply criticize current policy and emphasize its risks," he says. "You also have to point to the alternatives, complete with their costs and consequences."

Paul Welfens, an economist at the University of Wuppertal, goes even further, characterizing Sinn as "part of the euro crisis." Welfens argues that Sinn, with his alarmist approach that pays too little attention to the facts, is only serving to make people nervous.

Sometimes it seems as if the controversial economist recognized himself that his recommendations are hardly sufficient to overcome the euro crisis.

Sinn is sitting in his favorite restaurant in Munich's English Garden, eating a plate of schnitzel and fried potatoes. He is talking about what he would do differently if he were chancellor. He is asked what concrete mistakes Chancellor Angela Merkel has made.

Sinn reflects for a moment, and then he says: "Is Merkel doing something wrong? If she is, I don't think it's serious." Then, after a pause, he adds: "I wouldn't want to be in her shoes."

Translated from the German by Christopher Sultan

Verfassungsnot!

12.07.2012 · Die EU steckt in der Krise, weil Recht missachtet wurde. Und wir spielen weiter mit dem Feuer: Eine Instabilität des Rechts wiegt schwerer als eine Instabilität der Finanzen. Wer das nicht begreift, dem hilft auch keine Zentralgewalt mehr.

Von Paul Kirchhof



© Klaas Neumann/Financial Times Deutschland/Picture Press Justitia und Paul Kirchhof mahnen: Ohne Recht gäbe es keine Europäische Union und keinen modernen Verfassungsstaat

Die Europäische Union ist eine Gemeinschaft des Rechts. Sie stützt sich auf den verfassungsrechtlichen Auftrag ihrer Mitgliedstaaten zur europäischen Integration, ist durch einen rechtsverbindlichen Vertrag gegründet worden, empfängt aus diesem Vertrag ihre Handlungsaufträge und Hoheitsbefugnisse und wird von den Mitgliedstaaten in parlamentarischen Gesetzgebungsverfahren fortentwickelt. Ohne Recht gäbe es keine Europäische Union, keinen modernen Verfassungsstaat.

Das Recht gewinnt bei der Gründung der europäischen Wirtschafts- und Währungsunion eine zusätzliche Bedeutung. Damals war die Frage zu entscheiden, ob eine Währungsunion ohne gleichzeitige Gründung einer „Politischen Union“ möglich sei. Die beteiligten Staaten waren nicht bereit, auf eine eigene Haushalts-, Steuer- und Sozialpolitik zu verzichten. Diese Grundeinstellung ist auch heute zu beobachten, wenn hilfsbedürftige Schuldnerstaaten sich weigern, bei der Entgegennahme von Hilfszahlungen Auflagen zu erfüllen, die sie in ihrer Haushalts-, Steuer- und Sozialpolitik wesentlich beengen.

Die Staaten haben dennoch die Währungsunion geschaffen, weil sie durch verbindliche Rechtsregeln die Stabilität der Währung und der Finanzen in den Mitgliedstaaten gesichert haben. Der Unionsvertrag begrenzt die Staatsschulden jedes Staates auf drei Prozent des Bruttoinlandsprodukts für die Neuverschuldung und auf sechzig Prozent für die Gesamtverschuldung. Er garantiert, nach dem Vorbild der Deutschen Bundesbank, die Unabhängigkeit der Europäischen Zentralbank und verpflichtet sie vorrangig, die Preisstabilität zu sichern. Der EZB ist es ausdrücklich untersagt, die Staatshaushalte zu finanzieren und dafür Staatsanleihen zu kaufen. Die Staaten werden verpflichtet, ihre Kredite unmittelbar am Finanzmarkt nachzufragen, um selbst zu erfahren, dass sie bei guter Bonität niedrige Zinsen, bei schlechter Bonität hohe Zinsen zu zahlen haben.

Staatsverschuldung jenseits des rechtlichen Rahmens

Der Unionsvertrag betont besonders die finanzielle Eigenverantwortlichkeit jedes Mitgliedstaates. Dadurch werden Anreize zu weiterer Verschuldung unterbunden und die Hoffnung aus der Welt geschafft, Staaten könnten neue Kredite aufnehmen, deren Zahllasten aber auf andere Länder überwälzen. Die Euro-Gemeinschaft verspricht und hat Erfolg, weil sie eine rechtlich gebundene Währungsunion ist. Die Bundesrepublik Deutschland hätte dem Vertrag über die Währungsunion nicht zugestimmt, wenn diese rechtlichen Sicherungen nicht vorher verbindlich vereinbart worden wären. Die Unabhängigkeit der EZB ist ein besonderes Anliegen, weil die Stabilitätsbereitschaft, auch Verflechtungen und Abhängigkeiten zwischen Staaten und Finanzinstitutionen sehr unterschiedlich sind.

Die Finanzautonomie jedes Staates ist Voraussetzung für eine Demokratie, in der die Steuerzahler die staatlichen Rahmenbedingungen ihres Lebens und ihres Wirtschaftens finanzieren und in der sie selbst, repräsentiert durch ihre Abgeordneten, über die Staatsaufgaben, die Staatsausgaben, die Steuern und die Schulden entscheiden. Die Staatsschulden müssen beschränkt werden, weil ihre Lasten die heute noch wehrlose nachfolgende Generation betreffen und der Staat in Abhängigkeit von seinem Kreditgeber gerät. Staatsschulden sind unsozial, weil sie letztlich eher die Armen und weniger die Reichen treffen.

Dieses Recht wurde grob missachtet. Die Mehrzahl der Mitgliedsländer hat die Obergrenze der Gesamtverschuldung von sechzig Prozent des Bruttoinlandsprodukts überschritten. Die Gesamtverschuldung Deutschlands liegt höher als achtzig Prozent. Hätten die Staaten das Recht zur Begrenzung der Staatsschulden beachtet, gäbe es diese Schuldenkrise nicht. Der Ursprung der Finanzprobleme liegt also im rechtswidrigen Handeln der Staaten, auch in der Verantwortung der Kreditgeber, die den Staaten Kredite bis an die Grenze ihrer Handlungsfähigkeit gewähren.

Schritt für Schritt zurück zum Recht

Das Recht setzt dem Staat klare Verschuldungsgrenzen gegen den Bürger, der von seinem Staat höhere Leistungen und weniger Steuern fordert und den Staat deswegen in den bequemen Weg der Verschuldung drängt. Das Recht fordert den ausgeglichenen Haushalt ohne Schulden; es sagt dem Staat also, dass er den Bürgern nicht mehr geben kann, als er ihnen vorher steuerlich genommen hat. Dem Bürger mehr Wohltaten zu gewähren, als ihm steuerlich zustehen, ist verfassungswidrig.

Deshalb ist die Rückkehr zum Recht das Gebot der Stunde. Doch der Staat könnte nicht mit einem kühnen Sprung die Legalität zurückgewinnen, weil die überhöhte, rechtswidrige Verschuldung oft größer ist als das gesamte Steueraufkommen eines Jahres. Es bleibt dann nur der Weg der schrittweisen Annäherung. Doch auch dieser scheint derzeit zunächst mit einer weiteren Entfernung vom Recht verbunden. Die überhöhte Verschuldung steigt weiter. Die EZB hilft bei der Staatenfinanzierung. Die Euro-Union nähert sich einer Einstands- und Haftungsgemeinschaft.

Mancher Interpret des Unionsvertrages begleitet diese Entwicklung mit einer überdehnenden Interpretation der Vertragsinhalte. Das, was um der Stabilität des Euro willen ausgeschlossen werden sollte, sei durchaus erlaubt. Andere bemühen das Stichwort von der Not, die kein Gebot kenne, empfehlen für eine Übergangszeit, sich um Rechtlichkeit und Vertrauenswürdigkeit nicht sonderlich zu bemühen.

Gefährdung des Gewaltmonopols

Das ist ein riskantes Unterfangen. Ohne Recht gibt es keinen Frieden. Wir würden zum Faustrecht, zum Kampf aller gegen alle zurückkehren. Ohne Recht als Voraussetzung für jede Hoheitsausübung gibt es keinen modernen Verfassungsstaat, keine Europäische Union. Ohne Recht fehlt dem politischen Mandat seine Grundlage. Rat, Kommission und ihr Präsident, Parlament und Europäischer Gerichtshof wären ohne Legitimation und rechtlich definierte Aufträge. Regierungschefs, Minister, Abgeordnete dürften öffentlich debattieren, aber nicht für die Bürger entscheiden.

Ohne Recht wären wir in der Finanzkrise aller unserer Schulden ledig. Der Darlehensvertrag gälte nicht mehr, seine Verbindlichkeit wäre erloschen. Doch der Preis für diese Schuldenvernichtung wäre zu groß. Der Staat verlöre sein Gewaltmonopol, der Bürger könnte beliebig Waffen tragen und einsetzen. Die Staatsgewalt wäre nicht rechtlich geformt und gemäßigt, die Freiheit nicht garantiert. Der Markt hätte keinen rechtlichen Rahmen, Staat und Institutionen keine verbindliche Grundlage. Das soziale und kulturelle Existenzminimum für jedermann wäre nicht gesichert. Diese zentralen Errungenschaften der Moderne gingen verloren.

Mit einem unwiderruflichen Existenzrecht

Nun wird niemand diesen elementaren Rechtsverlust wollen. Wohl aber sind viele bereit, im Heute ein Stück des Weges in die weitere Illegalität voranzuschreiten, weil dieser Weg beachtliche Gewinne verheißt oder auch nur die Chance bietet, drohende Verluste auf andere zu verschieben. Wir spielen mit dem Feuer, wollen

selbstverständlich niemals den großen Brand. Doch dieser droht ernstlich. Manche Euro-Mitgliedstaaten stehen kurz vor der Zahlungsunfähigkeit, weil das Recht missachtet worden ist.

Im Wirtschaftsleben scheidet ein insolventes Unternehmen aus dem Markt aus, die Konkurrenten übernehmen seine Aufgaben und Kunden. Dieses Prinzip der „schöpferischen Zerstörung“ gilt für Staaten nicht. Jedem Staat ist durch die Vereinten Nationen seine Existenz garantiert. Er bleibt gleichwertiges Mitglied der Völkerrechtsgemeinschaft. Das Staatsvolk hat einen Anspruch darauf, sich selbst Organe zu geben, die für dieses Volk Recht setzen und durchsetzen, sich in einem eigenen Staat die Rahmenbedingungen seines selbstbestimmten Gemeinschaftslebens zu schaffen. Doch die weiterhin zahlungsfähigen, aber hochverschuldeten Staaten geraten in Abhängigkeit vom Finanzmarkt, verlieren Souveränität, büßen in der Abhängigkeit vom Kapitalgeber einen Teil ihrer demokratischen Legitimation, ihrer Kraft zum ausschließlichen Handeln nach Gesetz und Recht, damit ihrer Vertrauenswürdigkeit ein.

Staaten als Garanten für das gesamtwirtschaftliche Gleichgewicht

Verfassungsnot fordert Deutlichkeit: Eine Instabilität des Rechts wiegt schwerer als eine Instabilität der Finanzen. Niemand wird leichtfertig über Wirtschaft, Markt und Finanzen sprechen, schon gar nicht leichtsinnig wirtschaftspolitische Entscheidungen treffen. Aber wenn die Autorität des Rechts nur durch einen vorübergehenden Verzicht auf Wachstum, durch eine zeitweilige Prosperitätseinbuße zurückgewonnen werden könnte, müssten wir diesen Weg gehen. Der umgekehrte Weg, Finanzstabilität durch immer weniger Rechtsstabilität zu erreichen, ist nicht gangbar. Ohne das Recht wäre das Stabilisierungsziel nicht verbindlich, müsste der Staatshaushalt nicht ohne Schulden ausgeglichen werden, wären Steuer- und Darlehensverpflichtungen nicht zu erfüllen, verirrt sich die Sozialpolitik in das Ungefähr von Begehrlichkeiten, Umverteilungsansprüchen, Dreistigkeiten.

Die Bereitschaft der Staaten, in die Sicherheit und Vertrauenswürdigkeit des Rechts zurückzukehren, ist in dreifacher Weise erschwert. Die Staaten haben sich die Aufgabe aufbürden lassen, mit ihrer Finanzkraft das gesamtwirtschaftliche Gleichgewicht zu sichern. In Deutschland ist 1967/69 ausdrücklich das Grundgesetz geändert worden, um Bund und Länder bei ihrer Haushaltswirtschaft auf dieses Ziel zu verpflichten. Dieses allerdings überfordert den Staat. Die Verpflichtung auf das „magische Viereck“ ist zu vage, als dass sie eine rationale Handlungsanweisung für Politik wäre. Der Staat ist auch nicht in der Lage, die Zukunft vorzusehen. Viele Bedingungen, von denen Geldwertstabilität, Beschäftigungsstand, Außenhandelsbilanz und Wachstum abhängen, lassen sich nicht zählen.

Fleiß und Erwerbsstreben, Konsumverhalten und Sparwillen, Ausbildung und Einsatzbereitschaft, Geldmentalität und Rechtstreue bestimmen das Marktgeschehen, ohne in verlässlichen Daten erfasst werden zu können. Vor allem aber hat der Staat nicht die Kraft, bei guter Konjunktur, wie es Keynes vorausgesetzt hatte, die Schulden zurückzuführen, also sicherzustellen, dass durch eine Budgetsteuerung der Konjunktur keine Staatsschulden aufgebaut werden. In der politischen Wirklichkeit diente der Auftrag zur Konjunktursteuerung vielfach als Vorwand, um neue Schulden entgegen dem Recht einzugehen.

Das Verschuldensproblem wird im Euro-Raum weiter gesteigert und strukturell verändert, wenn die als finanzstark geltenden Schuldenstaaten zu Finanzhilfen an die finanzschwachen Staaten gedrängt werden, ohne die Verwendung dieses Geldes verlässlich rechtlich durch Bedingungen und Auflagen begleiten zu können. Die Verwendung von Steueraufkommen oder eine Zusatzverschuldung wird nicht mehr im eigenen Parlament vor den Steuerzahlern verantwortet, sondern den Entscheidungen anderer Staaten anheimgegeben. Eine solche Entscheidung dürfte das Parlament nicht treffen, wäre für die Regierung unzumutbar und würde den Steuerzahler empören. Solidarität, die Hilfe für einen anderen in Not, setzt stets voraus, dass der Helfende seine Hilfsmaßnahmen im Erfolg beobachten und verantworten kann. Würde Hilfe ohne Erfolgsverantwortlichkeit verlangt, wäre dieses unsolidarisch. Auch hier zeigt sich, dass Gemeinschaftsdenken im politischen Leben nicht ohne Recht auskommen kann.

Machtverschiebung hin zur Exekutive

Die dritte Erschwerung, Recht und Finanzen zu stabilisieren, liegt in der dynamischen Konzeption der Europäischen Union, die immer weiter auf Kompetenzzuwachs und Vergemeinschaftung drängt, damit nie zum Ruhen im geltenden Recht findet. Der Zug zu mehr Integration ist stetig unterwegs, ohne dass sein Ziel schon bestimmt und die Haltepunkte, in denen der Mensch ein- und aussteigen kann, schon definiert wären. Europa-Recht ist ein Recht auf Rädern, das Kontinuität und Nachhaltigkeit im Elementaren kennt, im Kampf um Macht und Aktionen aber verweigert, soweit dem Bürger das Vertrauen in dieses nicht vertraute Recht versagt.

Es scheint nicht sicher, dass der Abgeordnete bei der Entscheidung über die neuen Verträge verschrobene Begriffe wie „Finanzstabilitätsfazilität“, „Stabilitätsmechanismus“ oder einen Fachbegriff wie „société anonym“ versteht, die Bedeutung der Verträge überschaut, ihre Folgewirkungen einschätzen kann. Für die Demokratie stellt sich damit die Frage, ob ein Volksvertreter, der das Volk im Wissen nicht zu vertreten mag, für das Volk entscheiden darf. Die Entscheidungsmacht verschiebt sich vom Parlament zur Exekutive.

Aus der rationalen Gestaltung wird ein pragmatisches Funktionieren. Statt geregelt wird verhandelt, statt zum Wort gestanden laviert, statt schonend ausgeglichen pragmatisch balanciert. Die Parlamente wechseln von der Rolle des Entscheiders zum Beobachter. Das gesamtwirtschaftliche Gleichgewicht verselbständigt sich zu einem Handlungsziel, das nicht nach der Werthaltigkeit von Arbeit und Werk fragt, das Wirtschaftswachstum nicht nach seinem Preis beurteilt, die Geldwertstabilität im Streit der Interessenten preiszugeben droht. Gesucht wird die „pragmatische Lösung“. Die Rechtsmaßstäbe weichen dem alltäglichen Kompromiss, der zum Kerngedanken der Demokratie erklärt wird. Die Relativität des Entscheidens droht über die Verfasstheit der Demokratie zu triumphieren.

Hoffnung auf eine europäische Zentralgewalt

All dieses ist nicht Unglück, nicht Krise, sondern Ausdruck eines Übergangs, in dem die EU nach der Sicherheit des Rechts und der Vertrauenswirklichkeit eines gefestigten institutionellen Rahmens sucht. Die Europäische Union steht und fällt mit ihrer Rechtlichkeit. Sie braucht ein festes Verfassungs- und Vertragsrecht, das die Institutionen - der Erstinterpret Parlament und Regierung, der Zweitinterpret Bundesverfassungsgericht - unbeirrt ins Werk setzen.

Nun sind manche politischen Akteure in ihrem bewundernswerten Kampf um Stabilität des Verhandeln und Annäherns, des Überwindens von Vetopositionen und Eigensinnigkeiten, der Dreistigkeiten des Finanzmarktes und vielleicht auch mancher parlamentarischer Gepflogenheiten müde. Sie hoffen auf eine europäische Zentralgewalt, die mit den Instrumentarien des Rechts freiheitliche Ordnung und wirtschaftliche Stabilität im gesamten Euro-Raum sicherstellt, dabei durch keine finanzwirtschaftliche Eigenständigkeit der Mitgliedstaaten behindert wird.

Dieses Unterfangen muss sich aber vergewissern, von wem die Bedrohung des Finanzwesens ausgeht. Ein Problem liegt bei den Staaten und ihrer Haushalts-, Steuer- und Sozialpolitik. Doch ein größeres Problem liegt bei dem Finanzmarkt, den Banken, Versicherungen, Anlegern, Spekulanten, die Geld eingesetzt haben, um Gewinne zu machen, nun aber dieses Geld nicht verlieren wollen. Das Freiheitsprinzip setzt voraus, dass jeder bei Gewinn und Verlust auf eigene Rechnung handelt, ihm also der Erfolg seiner Anlage gutgeschrieben wird, er aber auch den Misserfolg persönlich trägt. Nun beginnt der Gedanke zu dominieren, dass privatwirtschaftliche Verluste aus dem Staatshaushalt finanziert werden könnten.

Zentralisierung abwägen

Diese Vorstellung bedroht Privateigentum und Wirtschaftsfreiheit in ihren Grundsätzen: Freiheit heißt, sein Leben eigenverantwortlich gestalten zu dürfen, vom Staat in der Suche nach dem Glück nicht beeinträchtigt zu werden. Freiheit bedeutet nicht, ein risikofreudiger Anleger dürfe den Schaden seiner Fehleinschätzung auf die Allgemeinheit abwälzen. Wer sein Geld angelegt hat und nun Verluste erwartet, trägt selbst diese Einbuße, weil er sie vertraglich in Kauf genommen hat, weil er auch über das Geld verfügt, das er risikoreich eingesetzt hat. Der Steuerzahler hat das Risiko gemieden, besitzt kein haftungsg geeignetes Vermögen, wird im Übrigen nach dem Versprechen des Verfassungsstaates nach individueller Leistungsfähigkeit besteuert, um die ihn begünstigenden Gemeinschaftsaufgaben zu finanzieren. Der Steuerzahler ist nicht der Finanzier

privatwirtschaftlicher Fehlentscheidungen, steht allenfalls in äußersten Notfällen für vorläufige Zwischenfinanzierungen zur Verfügung.

Bei dieser Ausgangslage muss sorgfältig erwogen werden, ob eine Zentralisierung des Haushalts- und Verschuldenswesens in Europa wünschenswert ist. Gegenwärtig hat die Finanzautonomie aller Mitgliedstaaten der Euro-Gemeinschaft zur Folge, dass ein einheitlicher Zugriff auf die öffentlichen Finanzen nicht möglich ist, vielmehr jeder Mitgliedstaat mit seiner Finanzkraft und seinen politischen Eigenheiten für den Zugriff des Finanzmarktes gewonnen werden muss. Was sich für den Politiker als Not darstellt, erweist sich für das Rechtsverhältnis zwischen Staaten und Finanzmarkt als Tugend. Und für eine Rechtsgemeinschaft beginnt jede weitere Vergemeinschaftung mit einem gemeinsamen Verständnis des Rechts, gegenwärtig insbesondere des Haushalts-, Steuer- und Leistungsrechts. Integration heißt Werben für das Recht.



© dpa

Warnt vor einer Erosion des Rechts in der Krise der EU: Paul Kirchhof, Bundesverfassungsrichter a. D., lehrt Öffentliches Recht, Verfassungsrecht, Finanz- und Steuerrecht an der Universität Heidelberg

Quelle: F.A.Z.

Geburtsfehler Maastricht

17.07.2012 · Europa funktioniert nicht als Währungsunion. Deshalb sollte Deutschland aus dem Maastrichter Vertrag die Konsequenzen ziehen. Entweder wir schaffen den Euro wieder ab, oder wir leisten Finanztransfers nur noch in einem europäischen Bundesstaat.

Von Thilo Sarrazin



© Daniel Pilar Für einen Bundesstaat: Thilo Sarrazin

Verbreitet ist die Auffassung, in der Euro-Krise stehe Europa als Integrationsmodell an einem Scheideweg und müsse jetzt quasi wählen zwischen gefährlichem Rückschritt einerseits und beherrzter Abgabe von Souveränität an die europäische Ebene andererseits. Die Hoffnungen konzentrieren sich auf eine „politische Union“, auch wenn deren Inhalt immer noch unscharf und kontrovers ist. [Zuletzt brachte Ulrich Wilhelm in der F.A.Z. diese Hoffnung auf den Punkt.](#)

Es gab aber im Verlauf der jetzt sechzig Jahre währenden europäischen Integrationsgeschichte niemals ein bestimmtes „Integrationsmodell“, sondern stets viele widerstreitende Konzepte. Einigungsfähig war lediglich der mit der Montanunion begonnene und mit der EWG fortgesetzte Weg zu einem gemeinsamen Wirtschaftsraum ohne Zollgrenzen mit Niederlassungsfreiheit und gemeinsamen Wettbewerbsregeln, ergänzt durch ein gemeinsames Sicherheitssystem und die demokratische Ordnung aller Mitgliedstaaten. In wirtschaftlicher Hinsicht war dies ein großartiger Erfolg, und auch Frieden und Freiheit sind in Europa so sicher wie niemals zuvor.

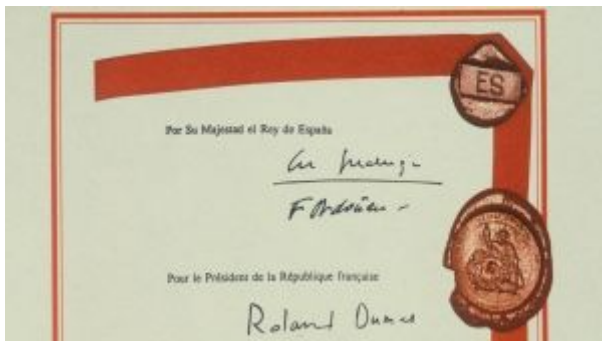
Scheitert der Euro, scheitert lediglich ein waghalsiges Experiment

Für die stabilisierende Wirkung und den wirtschaftlichen Erfolg dieses Modells braucht man keine gemeinsame Währung. Das 1999 abgelöste Europäische Währungssystem, das Wechselkursanpassungen als letztes Mittel zuließ, war viel besser geeignet für die stabile Entwicklung aller beteiligten Staaten. Der Übergang zu einer gemeinsamen europäischen Währung war im Wesentlichen der Eitelkeit Frankreichs geschuldet. Frankreich war die starke D-Mark ein Dorn im Auge. Aber es scheute zurück vor einer Politik, die den Franc ebenso stark gemacht hätte wie die D-Mark. Das allein und das unerklärliche Agieren Helmut Kohls 1990 bis 1992, der die Wirkungen einer gemeinsamen Währung überhaupt nicht überblickte, haben uns den Euro beschert.

Sollte der Euro scheitern, dann würde nicht Europa scheitern, sondern lediglich ein waghalsiges Experiment, das mit dem Maastricht-Vertrag 1992 ins Werk gesetzt wurde. Die europäischen Staatsmänner, die dies damals entschieden, und ihre heutigen Nachfolger haben die Implikationen dieses Experiments entweder nicht durchschaut oder nicht ernst genommen. Sie haben sich benommen wie Goethes Zauberlehrling, indem sie etwas in Gang setzten, dessen Ablauf sie nicht beherrschten. Nun finden sie nicht das Zauberwort, um den von ihnen in Gang gesetzten Besen, der Problem nach Problem ins europäische Haus trägt, wieder zu stoppen. Sie kompensieren dies Unvermögen gern durch Kritik an den Finanzmärkten.

Krieg und Frieden haben nichts mit der Währung zu tun

Europa ist historisch, politisch und kulturell mehr als die Europäische Union. Es berührt in jeder Hinsicht ganz andere Tiefenschichten, und es ist allemal weitaus mehr als die gemeinsame Währung im Euroraum. Deshalb ist es unhistorisch und schief, einen „Erfolg“ oder ein „Scheitern“ Europas (was immer dabei die Maßstäbe sein mögen) mit dem Erfolg oder Scheitern der Währungsunion gleichzusetzen. In enger ökonomischer Betrachtung gilt zudem: Sechzig Prozent der Bürger Europas zahlen nicht mit dem Euro, und jene EU-Länder, die am Euro nicht teilnehmen, haben sich, gemessen an Wirtschaftswachstum und Beschäftigung, seit Beginn der gemeinsamen Währung durchschnittlich besser entwickelt als der Euroraum.



© akg-images

Der Vertrag von Maastricht von 1992: Unterschrieben durch die Außen- und Finanzminister der EG-Staaten

Unhistorisch ist auch die immer wieder angedeutete Verknüpfung der gemeinsamen Währung mit der Frage von Krieg und Frieden in Europa. Europa war im August 1914, als mit Beginn des Ersten Weltkrieges die Lichter ausgingen, *de facto* ein gemeinsamer Währungsraum, verbunden durch den Goldstandard, der die Währungen Europas verlässlich verknüpfte. Wechselkursprobleme gab es nicht, unterschiedliche Inflationstrends auch nicht, und kein Land war illiquide. Wenn eine stabile spannungsfreie Währungsordnung eine notwendige oder gar hinreichende Bedingung für Frieden wäre, dann hätte der Erste Weltkrieg nie ausbrechen dürfen.

Kein Klebstoff für eine staatliche Einheit

Umgekehrt hat die gemeinsame Währung nicht den amerikanischen und spanischen Bürgerkrieg verhindert. Nach dem Zweiten Weltkrieg fanden die einzigen Kriege in Europa in Räumen gemeinsamer Währung statt, nämlich im ehemaligen Jugoslawien und in der ehemaligen Sowjetunion. In beiden Fällen konnten viele Jahrzehnte gemeinsamer Staatlichkeit mit gemeinsamer Währung ein Auseinanderbrechen dieser Völkergefängnisse, verbunden mit kriegerischen Auseinandersetzungen, nicht verhindern.

Als Klebstoff mit Adhäsionskraft für eine staatliche Einheit ist eine Währung grundsätzlich ungeeignet. Sie war historisch gesehen noch nie die Ursache, sondern immer die Folge von Staatenbildung. Die Chancen einer gemeinsamen Währung für mehr Frieden und Wohlstand in Europa werden völlig überschätzt, die in ihrem Zwangscharakter liegenden Risiken für ebendiese Ziele dagegen unterschätzt.

Immer mehr Garantien und Hilfspakete

Die Lösung wird jetzt erneut in „mehr Integration“ gesucht. Ein gemeinsamer Begriff zwischen den beteiligten Ländern, insbesondere Frankreich und Deutschland, was dies konkret bedeuten soll, ist aber bis heute nicht gefunden. Vereinfacht ausgedrückt, verstehen die mediterranen Mitgliedsländer einschließlich Frankreich darunter erstens Instrumente zur Beschränkung der Wettbewerbsfähigkeit der nördlichen Mitgliedsländer - dafür wurde der Begriff der „gemeinsamen Wirtschaftsregierung“ gefunden - und zweitens die Vergemeinschaftung von Schulden bis hin zu einer Bankenunion - das läuft unter dem Begriff der Solidarität.

Deutschland dagegen versteht unter „mehr Integration“ verbindliche Fiskalvorgaben für die Staatshaushalte, die eine Hilfsbedürftigkeit einzelner Länder unter dem Dach der gemeinsamen Währung verhindern sollen. Seit dem ersten Griechenland-Paket vom Mai 2010 beobachten wir einen Prozess, in dem Deutschland in immer mehr Garantien und Hilfspakete hineingezogen wird. Statt einer „Wirtschaftsregierung“ fordert Deutschland mehr Strukturreformen in den Südländern, um die seit Beginn der Währungsreform dort aufgelaufenen Wettbewerbslücken bei Kosten und Preisen zu schließen. Diese Lücke kann ja nicht mehr durch Wechselkursanpassungen geschlossen werden. Sie beträgt zwanzig bis 25 Prozent in Frankreich und vierzig bis fünfzig in Griechenland. Die anderen Südländer liegen dazwischen.

Ein gemeinsamer Markt mit einheitlichen Wettbewerbsregeln

Umsetzungsfähige Ideen zur Schließung dieser Lücke gibt es nicht: Kaum vorstellbar und auch nicht wünschenswert erscheint ein Prozess jahrelanger Deflation in den Südländern. Unzumutbar für die Nordländer und auch gar nicht umsetzbar wäre es aber auch, dort die Inflation für etwa zehn Jahre auf rund fünf Prozent ansteigen zu lassen, um so den Südländern bei der Bewältigung ihrer Wettbewerbsprobleme zu „helfen“. Die deutschen Sparer hätten dann mit einer entsprechenden Entwertung ihrer Geldvermögen für den Konsum in den Südländern aufzukommen. Ulrich Wilhelm fordert als Ausweg aus dem Bündel ungelöster Probleme „eine wirkliche Gemeinschaft“. Dies ist aber nur ein anderes Wort für das ungelöste Kernproblem, dass eben keine Einigkeit darüber besteht, worin diese „wirkliche Gemeinschaft“ denn bestehen soll.



© dpa

Für Deutschland haben Hans-Dietrich Genscher und Theo Waigel am 7. Februar 1992 den Maastrichter Vertrag unterschrieben

Mehr Transfers sind es sicherlich nicht. Die ursprüngliche EWG hatte von Anfang an auf einem historischen Kompromiss zwischen den unterschiedlichen ordnungspolitischen Vorstellungen von Deutschland und Frankreich aufgebaut: Für die Landwirtschaft gab es gemäß den französischen Vorstellungen zum Schutz der bäuerlichen einheimischen Produzenten einen regulierten Markt mit einheitlichen Preisen, die aus einem gemeinsamen Subventionstopf gestützt wurden. Für den Rest der Wirtschaft wurde gemäß den deutschen Vorstellungen ein gemeinsamer Markt mit einheitlichen Wettbewerbsregeln und einer gemeinsamen Zollgrenze angestrebt und stufenweise verwirklicht.

Der Kern der Fehlentwicklungen

Bis auf die Kosten der Agrarmarkt-Interventionen und sehr begrenzte Mittel aus den europäischen Strukturfonds verzichtete der gemeinsame Markt auf Transfers zwischen den beteiligten Staaten und Volkswirtschaften. Ihre Vorteile zogen die Volkswirtschaften der Mitglieder vielmehr aus dem ungehinderten Wettbewerb im gemeinsamen Wirtschaftsraum. Der gewaltige Wohlstandszuwachs der Nachkriegszeit und die damit verbundene Angleichung der Lebensverhältnisse vollzogen sich praktisch ohne zwischenstaatliche

Transfers. Das war das generelle Organisationsprinzip der EU bis zur Einführung des Euro. Es gilt heute noch für die EU insgesamt, soweit sie nicht gleichzeitig Eurozone ist.

Der plötzlich wegen der Not der Euro-Krise wachsende politische Bedarf für eine Transfer- oder Schuldenunion hat mit der Logik des ursprünglichen Konzepts der gemeinsamen Währung überhaupt nicht zu tun, sondern ergibt sich ausschließlich aus den in der Währungsunion eingetretenen Fehlentwicklungen. Länder wie Frankreich, Spanien, Italien oder auch Griechenland verfügen zwar im Rahmen ihrer nationalen Souveränität über alle Instrumente, um die Qualität ihrer Verwaltung, die Leistungen ihres Bildungssystems, die Strukturen des Sozialrechts, des Steuerrechts oder des Arbeitsrechts auf das Niveau der relativen Leistungsfähigkeit der nördlichen Länder zu bringen. Sie können oder wollen das aber aus internen politischen oder gesellschaftlichen Gründen nicht. Abstrakt gesprochen, sind Abweichungen in der internen gesellschaftlichen und politischen Governance der Euroländer das Problem. Sie bilden den Kern der Fehlentwicklungen im Euroraum.

Wie soll Verbindlichkeit durchgesetzt werden?

Als Folge unterschiedlicher Governance gab es immer wieder divergierende Entwicklungen, die vor der Währungsunion durch den Wechselkursmechanismus aufgefangen wurden und sich jetzt in einer Auseinanderentwicklung von Leistungsbilanz- und Staatsdefiziten niederschlagen. Bei unveränderlichen Wechselkursen werden nämlich negative Abweichungen sofort durch steigende Leistungsbilanzdefizite, schwächeres Wirtschaftswachstum, höhere Arbeitslosigkeit und höhere Staatsverschuldung bestraft. Als Folge verlangen Investoren höhere Zinsen für Staatspapiere dieser Staaten oder ziehen sich ganz aus der Finanzierung der Staatsverschuldung zurück. Das ist völlig normal, in sich auch gar nicht katastrophal und zudem unvermeidlich, da das Ventil der Wechselkurse ja nicht mehr besteht. Die betroffenen Länder verfügen zudem intern über alle Instrumente, um durch eine entsprechende Reformpolitik gegenzusteuern. Tun sie das nicht, ist das Ausfluss ihrer gesellschaftlichen Prioritäten und politischen Entscheidungen. Die „Notwendigkeit“ einer Schulden- oder Transferunion entsteht aus dem Bestreben, die Nordländer für die durch freie politische Entscheidungen der Südländer entstehenden Finanz- und Vertrauenslücken zahlen zu lassen. Anormal war die Vermutung der Märkte von 1999 bis 2007, der Fortfall des Wechselkursrisikos bedeute eine Egalisierung der Bonität aller Staatsschulden im Euroraum. Diese Illusion ist nicht mehr gegeben, und das ist bei aller Krisenhaftigkeit auch als ein Fortschritt zu betrachten.



„Seit dem ersten Griechenland-Paket vom Mai 2012 beobachten wir einen Prozess, in dem Deutschland in immer mehr Garantien und Hilfspakete hineingezogen wird“: Hier sind Angela Merkel und Wolfgang Schäuble während einer Bundestagsdebatte zum ersten Rettungspaket 2010

Seit Ausbruch der Euro-Krise besteht die Politik der Bundesregierung darin, dem Drängen in Richtung Schulden- und Transferunion Stück für Stück, wenn auch mit Widerstreben, immer weiter nachzugeben, gleichzeitig aber als Gegenleistung mehr Verbindlichkeit in der Haushalts- und Finanzpolitik durchzusetzen. Dieses sehr verständliche Bestreben krankt an drei Mängeln. Erstens: Selbst wenn auf diese Weise mit Erfolg die Haushaltsdefizite zurückgeführt werden könnten, so würde dies nichts ändern an den aufgelaufenen und weiter auflaufenden Wettbewerbsunterschieden mit ihren Folgen für Leistungsbilanzen, Wachstum und Beschäftigung. Zweitens: Die EZB-Politik hat sich mittlerweile weitgehend vom Bundesbankmodell verabschiedet. Durch die Target-Salden werden die Leistungsbilanzdefizite der Südländer finanziert, und durch praktisch unbegrenzte billige Notenbankkredite an die Banken gegen abgesenkte Sicherheiten werden diese in

die Lange versetzt, weiterhin Anleihen der Südländer zu kaufen. Beides wäre nach dem in Deutschland üblichen Notenbankregime niemals möglich gewesen. Auch an diesem Problem würde eine bessere Bekämpfung der Haushaltsdefizite in den Südländern wenig ändern. Drittens: Mehr Verbindlichkeit in der Haushalts- und Finanzpolitik der Mitgliedsländer kann zwar immer wieder versprochen und in immer neue Abmachungen gegossen werden, die mal „Stabilitätspakt“ (1996) und mal „Fiskalpakt“ (2012) heißen. Aber wie soll diese Verbindlichkeit durchgesetzt werden? Hier bestehen ein objektives und ein subjektives Problem.

Unscharfe Rechtsbegriffe und politisch kontroverse Fragen

Zunächst das objektive Problem: Fragen der gesamtwirtschaftlichen, der gesellschaftlichen oder finanziellen Optimierung richten sich nach komplexen, häufig widersprüchlichen, in jedem Falle unscharfen und sich im Zeitablauf ändernden Entscheidungsregeln. Darum sind sie das klassische Feld der Politik. Formalisierte Regeln auf diesem Feld, die sich in Gesetzesform gießen lassen, sind zumeist wegen ihrer Unschärfe nicht praktikabel. Das gilt zum Beispiel für den Begriff des „gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts“ aus dem deutschen Stabilitäts- und Wachstumsgesetz. Oder die Regeln sind im rechtlich-formalen Sinne zwar ausreichend präzise und damit operativ handhabbar, dann wird ihre Anwendung häufig ausgesetzt, weil sie zur Situation nicht passt. So ging es den Entscheidungsregeln des ursprünglichen Stabilitätspakts: maximal drei Prozent Defizitquote und sechzig Prozent Schuldenstand. Jeder Ökonom wusste schon 1996, dass diese Quoten allenfalls eine unscharfe heuristische Funktion haben konnten und ein juristisch-pedantisches Vorgehen auf dieser Grundlage in vielen Fällen gesamtwirtschaftlich unsinnig wäre. Es ist praktisch unmöglich, für juristisch einklagbare Zwecke solche Regeln zu verwenden. Das war von Anfang an die elementare Schwäche des ursprünglichen Stabilitätspakts, und das gilt für alle seine Nachfolger bis hin zum Fiskalpakt.

Noch schwerer wiegt das subjektive Problem der Praxis der Rechtsanwendung in der Europapolitik: Gerade weil es um unscharfe Rechtsbegriffe und politisch kontroverse Fragen geht, wird es den Mitgliedsländern, dem Europäischen Rat und der Kommission leichtgemacht, sich in allen „großen Fragen“, die die Währungsunion, insbesondere aber die Fragen der gemeinsamen Haftung, betreffen, über rechtliche Vorgaben frei hinwegzusetzen und jeweils neu nach Opportunität zu entscheiden.

Heroische Bemühungen der Bundesregierung

Der wohl klarste Rechtsbruch war der ursprüngliche Bail-out Griechenlands durch die anderen Euroländer und der Beginn des Ankaufsprogramms von Staatsanleihen durch die EZB im Mai 2010. Nachdem sich entgegen dem gesunden Menschenverstand die Interpretation durchgesetzt hat, dies sei kein Rechtsbruch, und nicht einmal das Bundesverfassungsgericht eindeutige Grenzen setzte, sind einer künftigen subjektiven und politischen Rechtsanwendung in Bezug auf Finanzierungs- und Haftungsregeln keine praktischen Grenzen mehr gesetzt. Wenn die Mehrheit in der Eurogruppe dies so will, wird zu jeder Zeit alles möglich sein. Verlauf und Ergebnis des letzten europäischen Gipfels am 28. Mai 2012 gaben davon einen Vorgeschmack.

Die Verzweiflung Paul Kirchhofs angesichts der Missachtung des Rechts rund um die Europäische Währungsunion kann ich nachvollziehen. Diese Missachtung ist aber nicht zufällig und auch kaum böswillig, sie ist systemisch und im Kern zutiefst politisch. Die Bemühungen der Bundesregierung werden daran nichts ändern. Ich kann sie nur heroisch nennen, und das ist kein Lob. Sie sind nämlich so ehrenwert und so chancenreich wie der Widerstand der Griechen an den Thermopylen oder der Russen in der Seeschlacht bei Tsushima. Der Filmfreund wird sich an „Alamo“ erinnert fühlen.

Verfassungsentwurf für einen europäischen Bundesstaat?

Ändern können wird man nur etwas, wenn man die Auseinandersetzung um die Schulden- und Transferunion als jenen elementaren Machtkampf begreift, der er tatsächlich ist. Das geht nicht ohne die politische Bereitschaft, an einem bestimmten Punkt nein zu sagen, auch wenn dies das Ende der Währungsunion in ihrer heutigen Zusammensetzung bedeuten könnte.

Alternativ könnte die Bundesregierung in Brüssel den Verfassungsentwurf für einen europäischen Bundesstaat auf den Tisch legen und diesen zur Voraussetzung für alle weiteren finanziellen Bindungen im Rahmen der

Währungsunion machen. Damit würde die Debatte wieder vom Kopf auf die Füße gestellt und die Konsequenz aus dem Geburtsfehler des Maastricht-Vertrages gezogen.

Auch dies würde allerdings das Ende der Währungsunion in ihrer heutigen Form bedeuten. Vor die Wahl gestellt, entweder die nationale Souveränität oder den Euro aufzugeben, würde Frankreich sich ohne Zögern für das Letztere entscheiden. Das große Versagen der deutschen Politik besteht darin, diese Alternative nicht auf den Punkt zu bringen. Frankreich und die anderen Südländer haben nach wie vor die begründete Hoffnung, den Kuchen essen und behalten zu können, und so verhalten sie sich auch.

Ein europäischer Bundesstaat könnte eine stabile Zukunft haben, eine Europäische Union ohne gemeinsame Währung hätte sie ganz sicherlich. Eine Schulden- und Haftungsgemeinschaft souveräner Staaten auf deutsche Kosten hat sie dagegen ganz sicher nicht.

Von **Thilo Sarrazin** erschien zuletzt das Buch „Europa braucht den Euro nicht: Wie uns politisches Wunschdenken in die Krise geführt hat“ (2012).

Quelle: F.A.Z.



The moderator's rebuttal remarks

Jul 16th 2012 | [Anton La Guardia](#) ■

For Ansgar Belke, the mutualisation of debt is just another form of subsidy and bail-out that markets clamour for, be it the overt help given to Greece, or the more discreet liquidity provided by European Central Bank

The fact that there is a loud chorus demanding subsidies does not, in Mr Belke's view, make it right. He argues that assistance does not help countries make the necessary macroeconomic adjustment in either public or private borrowing. Safeguards and conditions will not work. Anything that puts off the rebalancing of the current-account deficit only builds up the forces for the disintegration of the euro zone.

He is supported from the floor by Paul-NJ, who expresses his outrage: "Watching the PIIGS borrow & spend themselves into bankruptcy & then bailing them out is both immoral and irresponsible." For his part, guest-iienlem is more mocking: "For all those who want to mutualize debt, please include my personal debt as well."

In his rebuttal, Paul De Grauwe targets what he regards as the contradiction in Mr Belke's position, rejecting debt mutualisation while supporting a joint euro-zone backstop for the banking sector. Are banks any more trustworthy than sovereigns?

Mr De Grauwe argues, moreover, that mutualisation of banking liabilities will inevitably be followed by the pooling of debt. Banking union on its own, he notes, would protect the sovereigns from banking crises. But it would not protect banks from sovereign-debt crises. If banking union must be followed by the fiscal sort, it would be best to do it at the same time.

From the floor, Explorer71 argues: "To be against debt mutualisation is like being against the euro—which is a legitimate position as long as one has a liking for how Europe was in the century leading to WWII." BillBradbrooke says he has changed his mind and now supports mutualisation. It seems he was not swayed by the arguments in this debate, but rather by his assessment of the (beneficial) effect of having weaker countries yoked to richer ones, thereby lowering the exchange rate and boosting exports.

Many questions remain unresolved. Mr Belke identifies the tendency of the single currency to push the economies of its members apart. If each country is to fend for itself, as he says, would they not be better off restoring their own national currencies so that macroeconomic adjustment can take place more painlessly? As turbatothomas puts it, "The south will end up having to leave the euro to save what's left of its economy."

For his part, Mr De Grauwe indicates that more steps will have to be taken beyond the mutualisation of debt and banking liabilities, including the transfer of sovereignty to Brussels. But what is the limit of all this? rVGvR6EjpR argues: "This is not an economic problem. It is a cultural problem. We are experiencing mutinies by various groups among the passengers and deck and engine room crews." If Milan Marinkovic is right in saying that "the banking union should be the first step towards the eventual creation of the united states of Europe", **when will the citizens be asked to give their opinion of the whole project?**



The proposer's rebuttal remarks

Jul 16th 2012 | [Paul De Grauwe](#) 

It is quite surprising to find Ansgar Belke on the "against the motion" side in this debate. In fact he develops an eloquent plea for mutualising the debt in the context of a banking union. As he recognises, the banking union that he defends (and that I also defend) requires "a backstop provided by the euro-zone governments". This is nothing but an implicit joint liability of the euro-zone governments to commit future taxpayers' money in a systemic banking crisis. Thus, **surprisingly, we both defend the principle of debt mutualisation although we have been put on opposite sides of the fence. Our differences are only about the specifics of such a mutualisation.** I am tempted to add up the percentages of those who voted in favour and those who voted against the motion and to conclude that 100% have voted for some form of debt mutualisation—which is massive support for the principle.

My second surprise is that Mr Belke is not willing to apply all the objections he has levied against the issue of Eurobonds to his proposal for an implicit Eurobond issue to defend the banks.

There is the moral hazard problem that he rightly stresses. Surely, promising future support to banks creates similar moral hazard risks as promising future support to sovereigns. There is no reason to assume that the latter are more serious than the former. **It is strange that Mr Belke does not apply his stern moral hazard analysis to banks in the same way as he does to the sovereigns. He seems to believe that bankers are more trustworthy than sovereigns.**

There is a serious problem of democratic legitimacy in any scheme that ties the hands of future European taxpayers. But the same problem arises if such taxpayers are called upon to save banks or sovereigns. Mr Belke tries to extricate himself from this difficult problem by stating that the debt mutualisation he proposes will have only small consequences for future taxpayers. But the total bank debt in the euro zone is three times the government debt. Potential future liabilities are certainly not small in his scheme.

Finally, there is the "putting the cart before the horse" argument often heard in Germany: that we have to wait for a political union before we can start issuing Eurobonds. But why doesn't that argument count when Mr Belke proposes to start a banking union in the absence of a political union? A banking union is not just a technical matter, as he states. It requires the same political infrastructure to enforce decisions taken at the European level and to give taxing powers to the European institutions that will be called upon to sustain the banking sector.

Please don't misunderstand me. The problems that Mr Belke evokes are real ones. My criticism is that he emphasises these when discussing one form of debt mutualisation—the issue of Eurobonds—and ignores them when proposing his own form of debt mutualisation.

Problems are there to be solved. **The moral hazard problem is a difficult one but its impact can be minimised.** In my opening statement, I formulated some principles to reduce this moral hazard risk. One was that the mutualisation should be partial; the other was that it should be linked to transfers of sovereignty. These are the conditions Mr Belke seems to stress while despairing that they can be met today.

A fundamental problem is that we have to wait for a political union before we can think of mutualising the debt. But how do we start a political union? Just waiting will not make it happen. In the past, political union was usually achieved by military force. We do not want to use that approach in Europe any more. **There is only one other approach: taking small steps towards political union.**

We can disagree on what these steps should be. Mr Belke tells us that the first and only step should be a limited mutualisation of the debt so as to sustain a banking union. I am in favour of his banking union. I disagree when he claims that this is all that is needed and that the capital markets will take care of the rest by "exerting stronger discipline on borrowers" (why not on lenders?)—**the efficient market theory as a *deus ex machina* to save the euro.**

Once we take Mr Belke's first step we will be confronted with the need to take other steps. **The banking union he favours protects the sovereigns from bank failures, which is a good thing. It does not protect the banks from sovereign failures.** These will continue to occur in the euro zone with or without efficient markets. Thus by hitting the banks, a sovereign debt crisis will force other euro-zone governments to support the banks, and thus the sovereigns. We have come full circle. In order to support the banks, sovereigns will be forced to support each other. One step necessarily leads to a second step. We may as well take that second step now.



The opposition's rebuttal remarks

Jul 16th 2012 | [Ansgar Belke](#) 

As Paul De Grauwe points out, euro-zone countries do not have the control over the European Central Bank that countries such as Britain and America have over their central banks. But that is not a flaw in the system. It was designed that way so that governments would not be able to inflate their way out of trouble. In Britain and America there is a tango between the central bank (which cannot become illiquid because of the possibility of inflating) and the government (which cannot become insolvent, given the possibility of imposing and increasing taxes). Mr De Grauwe implicitly unveils his view of the role monetary policy should play in accompanying debt pooling when he says that the main task of a central bank is to "give a guarantee to bondholders that cash is always available to pay them out". **He thus directly complies with the wishes of the rating agencies and American portfolio managers to orchestrate sovereign bond purchases and bazookas in the form of long-term refinancing operations by the ECB.**

Macroeconomic evidence is clearly not compatible with Mr De Grauwe's view that those "who are strong today may become weak tomorrow and vice versa". In practice, the opposite has happened. This is because of diverging long-term trends between southern and northern euro-zone countries in the quality of governance, the rule of law, labour-market performance, growth and current-account imbalances. These differences have become structural and long-lasting in the case of several euro-zone countries. Spain, for instance, has been suffering from high structural unemployment for decades and will additionally be hampered in future decades by its excessive investment in construction.

The main problem debt pooling is supposed to solve is the following. Given the "sudden stop" in cross-border capital flows, some southern member states must reduce their current-account deficits. So, in the short run, they need to reduce consumption, and in long run, they need a shift of resources to exports via lower wages and structural reform. **But debt pooling will not help them make these adjustments.**

Note that the relatively good performance of the Spanish economy in 2010-11 was due to the slowdown during these years of the adjustment in both the government accounts and the housing sector. This was the result of a clear lack of leadership, and is not an argument for debt pooling. Its long-term costs are now becoming apparent. The huge construction overhang exemplifies the losses that the banking sector may be facing once adjustment is complete. It corresponds with the amount of real resources wasted by expenditure that was

financed mostly by loans. It exceeds by far the provisions and the write-downs accumulated by the Spanish banking system up to now. If debt pooling were in place, Spain's banks might still be making those loans.

Mr De Grauwe outlines hard budget constraints to accompany debt pooling. He proposes binding mechanisms for compensating the more creditworthy countries and controlling the behaviour of those that are less so. But historical experience gives reason to doubt that this will work, for several reasons.

One is that Spanish foreign debt is currently the greatest risk for the euro zone, and it is essentially private. As long as the private sector has access to the ECB system at interest rates that are below the market rate, the correction of external imbalances through real internal devaluations will not take place or, if it does, not in sufficient quantities. Mr De Grauwe's approach would require not only public debt limits but also private debt barriers to bring about such a correction, but that would be absurd.

Mr De Grauwe should draw some lessons from the current conduct of monetary policy. Debt pooling of a sort is already being used. The quality of the collateral that the ECB accepts varies considerably from country to country. In the case of the ECB's lending to Greek banks, it consists of doubtful private Greek assets and Greek government debt, the value of which depends on election results, as has been recently observed. Thus the ECB acts as a central counterparty for cross-border lending which incurs risks along national lines. Risk mutualisation could well, if things go wrong, turn into full debt mutualisation, and lead to conflicts between member states. It provides an advance warning of how debt pooling could lead to the disintegration of the euro zone.

Les juges allemands retardent le plan de sauvetage de l'euro

Par [Patrick Saint-Paul](#) Mis à jour le 16/07/2012 à 18:27 | publié le 16/07/2012 à 17:51 [Réactions](#) (69)



Les juges de la Cour constitutionnelle de Karlsruhe. Crédits photo : ALEX DOMANSKI/REUTERS

Les juges de Karlsruhe ne valideront pas le fonds de secours européen avant le 12 septembre. Le sauvetage des banques espagnoles n'est pas menacé. Mais l'Italie devra patienter si elle veut l'aide européenne.

Correspondant à Berlin

La [Cour constitutionnelle de Karlsruhe](#) inflige un nouveau revers à Berlin en retardant une fois encore la mise en œuvre du [MES](#), le Mécanisme européen de stabilité, appelé venir en aide à l'Espagne, l'Italie et la Grèce. La Cour annoncera son jugement sur la légalité constitutionnelle du Mécanisme européen de stabilité, initialement attendu fin juillet, le 12 septembre.

Ce report n'empêchera pas la recapitalisation des banques espagnoles, au menu de l'Eurogroupe ce vendredi. L'aide aux banques espagnole pourra transiter par le Fonds européen de stabilité financière ([FESF](#)) toujours doté de 240 milliards d'euros de capacité de prêts. La [zone euro](#) est disposée à prêter 100 milliards d'euros pour les banques espagnoles.

En revanche, le report des juges de Karlsruhe rend difficile un rachat rapide de dettes italiennes sur le marché secondaire, car le FESF n'est pas assez doté financièrement. Les juges de Karlsruhe n'ont pas tenu compte des mises en garde du gouvernement allemand et de Bruxelles les pressant de ne pas paralyser les mécanismes de sauvetage de l'euro.

Le ministre allemand des Finances, [Wolfgang Schäuble](#), et plusieurs ténors de la coalition au pouvoir à Berlin ont insisté sur l'urgence de la ratification du MES, qui aurait dû être opérationnel le 1er juillet. Lorsqu'il entrera en vigueur, le MES - qui emprunte de l'argent sur les marchés pour les prêter aux États en difficulté - sera appelé à recapitaliser les banques espagnoles et, éventuellement, à racheter de la dette italienne sur les marchés.

Fin juin, le président allemand, [Joachim Gauck](#), avait accepté de retenir sa signature sur le traité, jusqu'à ce que la Cour de Karlsruhe examine, en urgence, les plaintes déposées par plusieurs parlementaires contre le MES et le Pacte budgétaire, déjà voté par les deux Chambres du Parlement. Le 12 septembre, les juges donneront un avis provisoire, en attendant un jugement sur le fond quelques mois plus tard. Cependant, le texte aura valeur de traité dès sa signature par Gauck en septembre et il sera alors impossible de faire marche arrière.

Mise en garde du ministre allemand des Finances

«Un report important du MES pourrait ouvrir une nouvelle période d'incertitudes sur les marchés et entraîner une considérable perte de confiance dans la capacité de la zone euro à prendre les décisions nécessaires dans un délai approprié», avait prévenu Wolfgang Schäuble devant les juges mardi dernier. «Les doutes pesant sur la possibilité constitutionnelle ou sur la capacité de l'Allemagne à contenir les risques pesant sur la stabilité de la zone euro pourraient exacerber les symptômes de la crise préexistants», avait-il ajouté.

Schäuble avait mis en garde contre les difficultés de financement de pays de l'eurozone en difficulté. Le chef de l'Eurogroupe, [Jean-Claude Juncker](#), a prévenu ce week-end que «cela n'aiderait pas» si les juges s'accordaient un nouveau délai jusqu'en septembre. «Je pense qu'ils ont conscience des délais auxquels nous sommes confrontés», avait-il affirmé en faisant allusion aux difficultés de la Grèce, dont l'avenir au sein de la zone euro pourrait être tranché en septembre.

De leur côté, les juges ont estimé devoir élargir leurs consultations d'experts, afin d'examiner toutes les ramifications de la mise en œuvre du MES pour les contribuables allemands et le contrôle parlementaire des deniers publics.

[Feed Blog](#)

Unwilling European unionists

Political union: time to take sides

Presseurope 15 July 2012

Europe continues to lurch toward ever-greater union, but few ever make a positive case for it, says *Jason Walsh*.

Eurogroup head and prime minister of Luxembourg, Jean-Claude Juncker has come out in favour of an EU president – a real, elected-by-the-people president.

Speaking to [Der Spiegel](#), Mr Juncker said: "I would be in favour of creating the position of a European president at the end of the process who would be directly elected by the citizens of the EU."

Mr Juncker is not alone. Declan Ganley, long regarded as Europe's *bête noire*, has welcomed the idea of a European presidency – once again, a real, elected-by-the-people head of state.

"Juncker's call for the merging & then citizens election of Presidency of EU Council & Commission is to be greatly welcomed. Let's have at it [...] The battle for European Presidency could strain Europe's current political sclerosis to breaking point. That's good, real reform will follow," he said in series of messages on social networking web site Twitter.

Having interviewed Mr Ganley for reports in the [Christian Science Monitor](#) on several occasions, it is perfectly clear to me that his position is not that of a eurosceptic. In fact, he is pro-European and supports closer political integration – much closer than many EU establishment figures would be comfortable with.

Don't believe me? In [May he wrote](#) in the [Wall Street Journal](#): "Europe needs a parliament that can legislate and a president that can lead [...] To the population-based EU Parliament, a nation-based EU senate should be added. By the end of next year, the EU should have elected somebody with the moral and democratic authority to lead it in a clear, consistent direction, and given itself an infusion of democratic legitimacy and political vision."

Whether he is setting the bar so high that it is unachievable, as his critics intone when briefing against him, remains an open question, but that is a matter for another day. His arguments, whether one likes them or not, are coherent.

Perhaps you think Mr Ganley is a fringe character. Perhaps he is. Perhaps. But he is not the only person speaking on this issue.

Germany and Britain swap places

German economist Hans-Werner Sinn has published an open letter in the [Frankfurter Allgemeine](#), signed by over 170 economists, that amounts to the [opening salvo](#) in the case for breaking-up the euro.

Dr Sinn's objection is pure euroscepticism: he is objecting to German chancellor Angela Merkel's moves toward an EU banking union that would, he says, create "collective liability for the debts of the banks in the euro-system".

The underlying argument is simple: why should there be a banking union if there is not also a political union?

On what we might call the pro-EU establishment side, what we hear is... deafening silence.

Wolfgang Münchau of London's *Financial Times*, a noted europhile, [complains, quite accurately](#), that "today's pro-Europeans are incapable of defending" the idea that the EU we already have requires an, at least minimal, fiscal and political union.

It's a theme not unfamiliar here, if looked at from a rather different perspective. At heart [the EU is an anti-political institution](#). That is not to say it is unpolitical – far from it, though some of its biggest boosters seem to wish to project the idea that it is. What Europe seems to fear most is the public, as a result of which a [truly European public has never developed](#). The rich irony here is that a real European populus is precisely what would be needed to save the EU.

Pro-Europeans have long dismissed criticism of the creation of an EU 'superstate' as paranoid nonsense. That argument can barely be sustained anymore, not because we're necessarily on the way toward a single European state – in fact, it seems more fanciful than ever – but simply because the inexorable logic of the euro is, as we all always knew, political union of some form.

British newspapers regularly thunder about German domination of Europe. How again ironic, then, that the brake on political integration has been applied not by semi-detached Britain, but by Germany, more usually accused of harbouring crypto-imperial ambitions than acting like a one-eyed, small town bank manager. After all, Ms Merkel's push for a banking union has come very late into the euro crisis and feels like a move driven by desperation rather than vision.

For now Germany's politicians are resisting the push for political integration because they know full well they will be expected to foot the bill for fixing the problem that is the euro. There is some justification for expecting Germany to dig deep – the country's exports benefited enormously from a dual-prong policy of domestic wage restraint and offering cheap money to its neighbours – but it is also an understandably tough sell to an electorate that feels, also with some justification, it is being asked to pick-up the tab for other people's parties.

Whatever side one takes on the question of whether the EU should become something like a state, it should be a source of embarrassment for those of a pro-EU bent that they continue to, at best, obfuscate and, at worst, dissemble on the issue.

It's tempting to say it's now make-or-break time for the Europe, but such a thought is, sadly, the stuff of hyperbole. It's always make-or-break time for Europe, but here we are and Europe is neither remade nor broken. I suspect the stalemate will continue for as long as it is possible to dampen the centrifugal forces that, if we were to actually be honest about things, would either break-up the euro and loosen the EU or else tie the continent together into some kind of federal non-nation state.

It is time for something, though. It is time to stop pretending. Pick a side. Be on it.

Image of Jean-Claude Juncker by the office of Lucas Papademos, former prime minister of Greece. CC licenced.

07/16/2012 06:01 PM

Chancellor Schröder's Legacy**Germany's Leading Role in Weakening the Euro**

By Christian Reiermann and Klaus Wiegrefe

In the early 2000s, Germany was struggling to adhere to euro-zone criteria aimed at ensuring common currency stability. Instead of introducing austerity, however, Chancellor Gerhard Schröder simply launched an effort to change the rules. New documents show just how key his role was in weakening the Stability Pact.

In moments of triumph, modesty is the largest casualty. It was March 21, 2005, a day that German Chancellor Gerhard Schröder, a member of the center-left Social Democrats (SPD), felt was "a good day for Germany, a good day for Europe and a good day for economic development."

After a more than two-year struggle with an intransigent European Commission, reluctant partner countries and a rebellious finance minister, Schröder finally got what he wanted: the Stability and Growth Pact, intended as the guarantor of a stable euro, had been weakened. Finance Minister Hans Eichel (SPD), ultimately deciding not to take a back seat to Schröder in his moment of hyperbole, interjected that the pact had become "more credible and reasonable."

Seven years later, that which triggered the celebratory mood at the time is now seen as a lapse that made possible the current crisis faced by the European common currency. It permanently undermined confidence in a set of regulations that was intended to force countries to pursue responsible fiscal policy. Afterwards, several countries felt sufficiently emboldened to abandon their efforts to limit spending.

The pact originally obliged member states to maintain budget deficits at or below 3 percent of gross domestic product and a total sovereign load worth no more than 60 percent of GDP. Violators received a preliminary warning from the European Commission. If new borrowing remained excessive, financial penalties could result.

It is widely accepted that this corset was loosened at the insistence of Germany and France. In truth, however, the weakening of the Stability and Growth Pact was primarily the work of one man: Gerhard Schröder. He received support from his chief of staff, Frank-Walter Steinmeier, and from Reinhard Silberberg, head of the European division in the Foreign Ministry. Documents from the Chancellery, released in response to a SPIEGEL request, show that Schröder and his government were the driving force behind the effort. They also show that attempts by Eichel and his ministry to resist were ultimately in vain as he was forced to give in to pressure from Schröder. What's more, Schröder picked Eichel to convince the remaining holdouts among Germany's euro-zone allies.

Secret Undertaking

The undertaking began in secret in the summer of 2003. The German economy had been stuck in a chronic slump since the beginning of the new century with growth stagnating near zero. Unemployment was on the rise and the budget deficit was consistently growing.

The previous year, Eichel had only narrowly managed to avoid a deficit warning from the European Commission. But it soon became apparent that the situation was not going to improve in the near future. Because Schröder and Eichel shied away from cleaning up the budget by way of austerity, further warnings from Brussels, or even monetary penalties, seemed merely a matter of time.

Schröder, though, found a solution. If it wasn't possible to adjust the government's finances to the Stability Pact, then the Stability Pact would simply have to be adjusted to the state of German finances.

Schröder tried to secure the support of French President Jacques Chirac and British Prime Minister Tony Blair. "The initiative will gain clout if the United Kingdom is also on board," reads an internal Chancellery memo. "Therefore, please maintain absolute confidentiality until a final agreement is reached."

The memo describes what Schröder had in mind: "Germany and France must be able to create necessary growth incentives, even when the 3 percent deficit threshold is exceeded." For the sake of the economy, in other words, no country should be forced to save unless it absolutely wanted to.

In the ensuing months, the subject moved to the top of the European agenda. But not in the form that Schröder wished. Instead of weakening the pact, the European Commission was interested in strengthening it. In a June 23, 2004 memo to Chancellery Chief of Staff Steinmeier, an official warned that Commission proposals amounted to a "more restrictive application" of the rules. The changes envisioned more frequent warnings in addition to a requirement that countries with a sovereign debt level exceeding 60 percent of GDP be required to achieve budget surpluses.

Efforts to Water Down the Pact

"This would immensely increase the consolidation pressure on Germany," the official warned. "We can only emerge from the defensive position if we submit our own concept by the end of the summer recess."

But one person wasn't playing along: the finance minister. Another memo from the end of August 2004 found fault with Eichel for being "critical of increasing the flexibility" of the pact. Eichel, the memo indicated, wanted to preserve the pact "as a disciplinary tool against individual ministries" -- the idea being that he could force budgetary responsibility by claiming that his hands were tied by Brussels. Still, despite opposition from the Finance Ministry, the Chancellery decided "that we must actively expedite the debate over the reform."

The timing of the debate seemed particularly promising because the Dutch -- who were opposed to any efforts to water down the pact -- held the rotating European Council presidency at the time. As such, Schröder administration officials noted with satisfaction, they were "neutralized by their role as a broker."

On Oct. 25, Schröder took his stubborn finance minister to task. Eichel was behaving "even more restrictively than the Commission," European division director Silberberg complained in a preparatory memo for Schröder and Steinmeier, and noted that Eichel was "not prepared to take any further steps at the moment." In the memo, Silberberg urged the chancellor to "come to an understanding with Minister Eichel, that Germany backs a Stability Pact reform that truly benefits us."

Real relief was "only possible by removing certain types of spending from the equation," Silberberg wrote, suggesting that the German deficit could be artificially understated. He foresaw Berlin's contribution to the EU budget being withheld from the books as well as economic stimulus expenditures. To prevent the Finance Ministry from thwarting the administration's efforts in the future, Silberberg recommended that the Chancellery and the Finance Ministry collaborate more closely in the future.

Comprehensive Reform

The new spirit of collaboration became apparent only two days later. Silberberg instructed Eichel's state secretary, Caio Koch-Weser, to have the Finance Ministry examine how the ideas could be "safeguarded politically, implemented legally and justified economically." Silberberg applied a time constraint by stating: "I have to discuss the results of your review with the chancellor by no later than Nov. 10."

On Nov. 11, Schröder brought Eichel into line once again. According to Schröder's notes, the chancellor made a point of reminding his finance minister who was in charge. The reform of the Stability Pact, he said, was "ultimately to be endorsed by the heads of state and government."

Schröder, his notes indicate, made it clear to Eichel that the opportunity had now arisen for a comprehensive reform of the Stability Pact, and that a similar opportunity would not resurface soon. Eichel's "small solution," Schröder said, would "permanently cement the Stability Pact, which is not favorable for Germany."

But Eichel and others, including [Luxembourg Prime Minister Jean-Claude Juncker](#), who was also head of the Euro Group, remained committed to fiscal conservatism. "Most of them favor a more restrictive reform in keeping with the ideas of the Commission," the experts at government headquarters wrote in a presentation to Steinmeier prior to a meeting of euro-zone finance ministers on January 17-18, 2005. "There is a risk that the finance ministers will commit themselves to this course." It would be unacceptable, the experts argued, if "the heads of state and government merely rubber-stamped the outcome."

Schröder and Steinmeier wanted to prevent this at all costs. They wanted all reform options to remain on the table until the European Council, the meeting of European Union heads of state and government scheduled for March 22-23, 2005. To that end, officials proposed that Schröder ask French President Chirac, British Prime Minister Blair and Spanish Prime Minister José Luis Rodríguez Zapatero to "exert influence on their finance ministers and on Prime Minister Juncker."

Not all finance ministers allowed themselves to be intimidated, but Eichel apparently did. He began obediently promoting Berlin's plans to his European counterparts. And he wasn't fussy when it came to choosing his allies. "A minority position is emerging for Germany, whose positions were energetically championed by Minister Eichel," another memo reads, noting that Germany, [together with France, Italy and Greece](#), was facing off against the remaining countries. The Netherlands and Austria, normally such loyal allies, were particularly resistant.

Voting with the Majority

The conflict came to a head at a meeting of finance ministers in early March. Eichel launched into his demands and, with the backing of Germany's allies, soon switched to threats. Supported by France and Italy, he made it clear "that he could not agree to the meetings conclusions because German demands on reforming the deficit proceedings almost not being taken into account at all," as a memo for the German cabinet reads.

With the EU summit scheduled for March 22, time was running out. Two days before the meeting, EU finance ministers gathered once again for a special meeting. Led by Germany, the three largest euro-zone member states ganged up on the rest -- who ultimately capitulated. Finally, Schröder had gotten his way.

The agreement is "generally viewed as a German success, because Minister Eichel was able to enforce the majority of our demands," Chancellery employees wrote in a memo written for Schröder on the eve of the EU summit.

"We have strengthened the stability anchor of the pact," Schröder's officials boasted. "More will be saved in good times, and the focus will shift more heavily toward the sustainability and quality of public finances."

A fallacy, as it would turn out. Greece ran into problems five years later, and the euro crisis began. Two years after that, euro-zone member states agreed to the fiscal pact, which not only reverses the 2005 measures weakening the Stability Pact, but makes the pact stricter than ever before.

Germany's parliament recently approved the new pact with a two-thirds majority. Parliamentarian Frank-Walter Steinmeier, now the SPD floor leader, voted with the majority.

Translated from the German by Christopher Sultan

Opening statements



Defending the motion

Paul De Grauwe 

John Paulson Chair in European Political Economy, London School of Economics

By pooling government debt, the weakest in the union are shielded from the destructive upsurges of fear and panic that regularly arise in the financial markets of a monetary union and that can hit any country.



Against the motion

Ansgar Belke 

Professor of Macroeconomics, University of Duisburg-Essen

The mutualisation of the euro zone's debt to bring about the convergence of interest rates will not, in the long run, tackle the roots of the problem. Instead it will sow the seeds of an even larger crisis.



The moderator's opening remarks

Jul 11th 2012 | Anton La Guardia 

The last European summit that ended on June 29th declared that it was "imperative to break the vicious circle between banks and sovereigns". Markets revived on the hope that the leaders were finally ready to act to deal with the threat to the euro, and then soon lost heart amid the cacophony of rival interpretations about what had been agreed. Still, the leaders had identified the right issue: weak banks and weak sovereigns are like two bad swimmers that are pulling each other under water.

But which one should be saved with first? Paul De Grauwe says start with the sovereigns, by throwing them the lifejacket of joint-issued debt. In effect, richer countries would guarantee at least part of the debt of weaker ones.

Ansgar Belke reckons instead that it is better to start by saving the banks. This would be done through stronger central supervision and the mutualisation of some liabilities in the banking sector, for instance through a joint fund to wind up failing banks and provide a Europe-wide guarantee of bank deposits. In effect depositors in solid banks would be guaranteeing the savings of those in more fragile ones.

Both debaters agree on many things, such as the threat to the survival of the euro. They both recognise the danger that debt mutualisation could bring moral hazard and higher costs for creditor countries. For Mr Belke there is no getting around these problems. For Mr De Grauwe, though, these risks can be removed, or at least mitigated through careful design of the system. For instance, the euro zone could impose conditions on countries seeking the benefit of jointly issued debt.

The proponent sees the main threat to the euro zone as coming from the fear and panic that can suddenly raise borrowing costs and push countries into insolvency. His opponent reckons the principal menace stems from removing this market pressure too quickly, lest it dampen the need to reform.

Both speak of the political backlash that the crisis creates. For Mr De Grauwe it is excessive austerity in debtor nations that will be resisted; for Mr Belke it is excessive liabilities in creditor states that can cause resentment.

In some ways, through, they are not so far apart. Mr Belke concedes that it is necessary to have some mutualisation of debt, if only to recapitalise banks. Mr De Grauwe accepts that debt mutualisation must be limited to avoid moral hazard.

Reading through the openings, I have two questions that I hope will be answered in the next round. If the banking sector is really to be stabilised, a solution will surely have to deal with the devalued sovereign debt that some are holding. Would they not be better off holding at least some Eurobonds instead of, say, Greek or Spanish bonds? That said, economists who advocate Eurobonds need to find a way of making them politically acceptable. How much political union is feasible, or even desirable, just for the sake of a single currency that many never loved?

I am looking forward to the replies to these and other points, and to the contributions from the audience.



The proposer's opening remarks

Jul 11th 2012 | [Paul De Grauwe](#) 

Since the 1970s economists have warned that a budgetary union would be a necessity for a sustainable monetary union. The founders of the euro zone had no ears for this warning. It is now patently clear that they were mistaken and that we face the following hard choice today: either we fix this design failure and move to a budgetary union; or we do not fix it, which means we will have to abandon the euro. Although I was a sceptic about the desirability of a monetary union during the 1990s, I now take the view that we cannot properly manage a deconstruction of the euro zone. A disintegration of the euro zone would produce huge economic, social and political upheavals in Europe. If we want to avoid these, we have to look for strategies that move us closer towards a budgetary union.

A budgetary union, like the one that exists in America, is so far off that there is no reasonable prospect of achieving this in the euro zone during our lifetimes. Does that mean that the idea of establishing a budgetary union is a chimera? Not at all. I will argue that there is a strategy of taking small steps that can lead us in the right direction.

Before outlining this strategy it **is important to understand one of the main design failures of the euro zone.** This can tell us what exactly has to be fixed.

Euro-zone governments issue debt in euros, a currency they cannot control. As a result, and in contrast to "stand-alone" countries like Britain, they cannot give a guarantee to bondholders that the cash to pay them out at maturity will always be available.

The fact that governments of the euro zone cannot give such a guarantee to bondholders makes them vulnerable to upsurges of distrust and fear in the bond markets. These can trigger liquidity crises that in a self-fulfilling way can drive countries towards default, forcing them to apply austerity programmes that lead to deep recessions and ultimately also to banking crises. **This is not to say that countries that have overspent in the past do not have to apply austerity. They will have to.** It is rather that financial markets, when they are driven by panic, force austerity on these countries with an intensity that can trigger major social and political backlashes that we may not be able to control. The effects are there for us to see in a number of southern European countries.

The previous **diagnosis of a design failure of the euro zone** leads us to the idea that some form of pooling of government debt is necessary to overcome this failure. By pooling government debt, the weakest in the union are shielded from the destructive upsurges of fear and panic that regularly arise in the financial markets of a monetary union and that can hit any country. **Those that are strong today may become weak tomorrow, and vice versa. ????**


Of course, not any type of pooling of national debts is acceptable. The major concern of the strong countries that are asked to join in such an arrangement is **moral hazard**—that is, the risk that those that profit from the creditworthiness of the strong countries exploit this and lessen their efforts to reduce debts and deficits. **This moral hazard risk is the main obstacle to pooling debt in the euro zone.** The **second obstacle is that inevitably the strongest countries will pay a higher interest rate on their debts as they become jointly liable for the debts of governments with lower creditworthiness.** Thus debt pooling must be designed in such a way as to overcome these obstacles.

There are three principles that should be followed in designing the right type of debt pooling. First, it should be partial—that is, **a significant part of the debt must remain the responsibility of the national governments, so as to give them a continuing incentive to reduce debts and deficits.** Several proposals have been made to achieve this (for example, Bruegel and the German debt redemption plan). Second, an internal transfer mechanism between the members of the pool must ensure that the less creditworthy countries compensate (at least partially) the more creditworthy ones. Third, a tight control mechanism on the progress of national governments in achieving sustainable debt levels must be an essential part of debt pooling. The Padoa-Schioppa group has recently proposed **a gradual loss of control over their national budgetary process for the breakers of budgetary rules.**

The euro zone is in the midst of an existential crisis that is slowly but inexorably destroying its foundations. The only way to stop this is to convince the financial markets that the euro zone is here to stay. A debt pooling that satisfies the principles outlined above would give a signal to the markets that the members of the euro zone are serious in their intention to stick together. Without this signal the markets will not calm down and an end of the euro is inevitable.



The opposition's opening remarks

Jul 11th 2012 | [Ansgar Belke](#) 

The mutualisation of the euro zone's debt to bring about the convergence of interest rates will not, in the long run, tackle the roots of the problem. Instead it will sow the seeds of an even larger crisis in the future.

We have seen what happened in the early years of the euro, when interest rates largely converged. Paradoxically, perhaps, this paved the way for a greater divergence of national fiscal policies. A reckless lack of discipline in countries such as Greece and Portugal—be they more (Greece) or less (Portugal) insolvent—was matched by the build-up of asset bubbles in other member countries, such as Spain and Ireland, deemed merely illiquid. Structural reforms were delayed, while wages outstripped productivity growth. The consequence was a huge loss of competitiveness in the periphery, which will not be resolved by the mutualisation of debt.

Debt mutualisation can take different forms. One is to mutualise new sovereign debt through Eurobonds. **Another is to merge part of the old debt, as advocated by the German Council of Economic Experts with its proposal for a European Redemption Fund.** A third is to activate the euro zone's "firewall" by using the rescue funds—either the temporary European Financial Stability Facility (EFSF) or the soon-to-be permanent European Stability Mechanism (ESM)—to buy bonds on the secondary market, or to inject capital directly into distressed banks. **Indeed, the ECB is already engaged in a hidden form of mutualisation—of risk if not (yet) of actual debt—through its programme of bond purchases and its long-term refinancing operations for banks.**

Almost all these are bound to fail for economic or political reasons, or both. The governments of even financially strong countries cannot agree to open-ended commitments that could endanger their own financial stability or, given that they are the main guarantors, that of the bail-out funds. And the danger of moral hazard is ever-present.

Any form of mutualisation involves an element of subsidy, which severely weakens fiscal discipline: the interest-rate premium on bonds of fiscally weaker countries declines and the premium for stronger countries increases. Fiscally solid countries are punished and less solid ones, in turn, are rewarded for their lack of fiscal discipline and excess private and public consumption.

If yields are too low, there is no incentive for private investors to buy sovereign bonds. The countries become decoupled from the capital markets permanently and the debt problems become increasingly structural.

This is true of the ECB's bond-buying. The credit risk is thus just rolled over from the bonds of the weaker countries to those of the stronger ones, and the ECB is made responsible for its liability. Over time, the ECB's measures might be inflationary. Allowing the rescue funds to buy bonds is little different, except that they lack the lending capacity to be credible. If they are given a banking licence, as some argue, it would be no different from the ECB buying bonds directly.

What of the European Redemption Fund (ERP)? This could be of particular help to Italy, which could unload half of its debt. But its partners could not force it to tax its citizens to ensure it pays back the dormant debt. And with the assumption of debt, Germany's credit rating might drop, due to the increase in the German interest burden. The pressure on Italy and Spain to consolidate their budgets sustainably would be reduced. The

problems of Greece, Ireland and Portugal would not be resolved, since these countries are unlikely to qualify for the ERP.

On top of moral hazard, there are the political obstacles, which would be most acute in the case of Eurobonds. Germany demands political union before Eurobonds can be considered. But this is to put the cart before the horse: a political union would be created simply to justify Eurobonds. Advocates say treaty changes and high-level political agreements would be sufficient to make sure that euro-zone member countries comply with all decisions taken at the euro-zone level. But the experience of Greece's adjustment casts severe doubt on such optimism.

A quick glance at the World Bank's databank of "governance indicators" shows that differences between euro-zone members, on everything from respect for the rule of law to administrative capacity, are so great that political union is unlikely to work, at least in the next couple of years. It follows that the basis for Eurobonds is extremely thin.

The introduction of Eurobonds would have to be backed by tight oversight of national fiscal and economic policies. **But there is no true enforcement as long as the euro-zone members remain sovereign. Intervening directly in the fiscal sovereignty of member states would require a functioning pan-European democratic legitimacy, but we are far away from that. Voters in southern countries can at any time reject the strong conditionality demanded by Brussels, while those of northern countries can refuse to keep paying for the south. And either can choose to exit the euro zone.**

The emphasis on debt mutualisation means the debate, at least in Germany, has become a question of "all or nothing": either deeper political union or deep chaos. **But there is an alternative to the notion of co-operative fiscal federalism involving bail-outs and debt mutualisation: competition-based fiscal federalism, of the sort successfully operating in America, Canada and Switzerland, among others.** These countries have largely avoided serious and sustained public debt in their component states. The sub-federal entities, faced with insolvency, have a great incentive to take early corrective action—without having to be forced into a corset of centralised fiscal policy co-ordination.

To achieve this sort of federalism, it is necessary to separate the fate of the banks from that of the sovereigns. **What is needed is not a fiscal union, but a banking union.** It should be based on four elements: reformed banking regulation with significantly higher equity capital standards; European banking oversight with far-reaching powers to intervene; a banking resolution fund; and a European deposit insurance scheme.

Banking union—a less comprehensive, more clearly delineated and rather technical task—should be much more acceptable than the Europeanisation of fiscal policy as a whole. Only a small fraction of fiscal policy areas would have to be subordinated to central control in a fiscal union.

Obviously, a central resolution authority has to be given the resources to wind up large cross-border banks. Where does the money for this come from? In the long run, a resolution authority would exist alongside a deposit insurance scheme for cross-border banks. This should be funded partly by the banking industry. But there should also be a backstop provided by the euro-zone governments through the EFSF or ESM to cope with systemic bank failure.

As a temporary transition measure, limited debt mutualisation may be necessary—but only to recapitalise banks that cannot be sustained by their sovereigns. However, the amounts required are much smaller than for, say, Eurobonds.

With the banking system and the debt crisis thus disentangled, banking-sector losses will no longer threaten to destroy the solvency of solid sovereigns such as Ireland and Spain. Eurobonds will not be needed, and neither will the bail-out of sovereigns. The debt of over-indebted states could be restructured, which means that the capital market could exert stronger discipline on borrowers.

The “East” is dead

Time to scrap “Eastern Europe”

The Economist Jul 13th 2012, 17:22 by P.T.W AND E.L. | LONDON

Europe’s divisions are indeed grave. But counting the ex-communist countries as a single category is outdated and damaging

Video:

<http://www.economist.com/blogs/easternapproaches/2012/07/%E2%80%9Ceast%E2%80%9D-dead>

In Germany, Ruling Over Circumcision Sows Anxiety and Confusion

By MELISSA EDDY

BERLIN — When the time came to have their son circumcised at age 4, Muhsin Sapci and his wife, Gonca, both first generation immigrants from Turkey, assumed they would simply take the boy to the nearby Jewish Hospital, used by many Muslim families who also prefer to have the procedure done by a surgeon.

But since a [German court's ruling](#) that equated [circumcision](#) with bodily harm — and a criminal act — many hospitals across the nation have stopped performing the procedure. The Sapcis are determined to have their son, Asil, who turns 4 this month, circumcised, but they do not know where to go.

“Right now everything is controlled, most people go to a doctor and the child is covered by insurance,” Mr. Sapci said. “If they try to outlaw it, it will still be done, but differently, and that could have consequences.”

Their quandary is indicative of the confusion that has been sown by the ruling on June 26 by a court in Cologne that, while not enforceable outside that region, has sent ripples of anger and anxiety throughout the country and beyond. It has raised vexing questions about the boundaries of religious practice and freedom in an increasingly secular [Germany](#).

“The often very aggressive prejudice against religion as backward, irrational and opposed to science is increasingly defining popular opinion,” said Michael Bongardt, a professor of ethics from Berlin’s Free University who added that the ruling reflected a profound lack of understanding in modern Germany for religious belief.

Jewish and Muslim organizations convened this week in Berlin and Brussels to protest the ruling vigorously, and they said they had been inundated with calls from confused parents. The German Medical Association condemned the ruling for potentially putting children at risk by taking the procedure out of the hands of doctors, but it also warned surgeons not to perform circumcisions for religious reasons until legal clarity was established.

On Friday, as the outcry intensified, the issue reached the highest levels of the German government. Chancellor Angela Merkel’s spokesman said that discussions were under way between the chancellor’s aides and the justice and other ministries to find a legal solution that would protect the right to perform ritual circumcisions.

“It is urgently necessary that we establish legal certainty,” said the spokesman, Steffen Seibert. “It is clear this cannot be put on the back burner. Freedom to practice religion is a cherished legal principle.”

Germany’s Justice Ministry is “carefully examining” the ruling and will decide what, if any, consequences are necessary, including the possibility of proposing legislation, said Mareke Aden, a ministry spokeswoman. But she warned that because the ruling involves opposing constitutional rights, a review would take time.

The condemnation has also come from abroad, including [from the American Jewish Committee](#) and the [Simon Wiesenthal Center](#). Germany’s ambassador to Israel was called before a parliamentary committee to explain the ruling. Guido Westerwelle, Germany’s foreign minister, said Friday that he had been showered with questions and criticism surrounding the ruling.

“They are all greatly concerned about the ramifications of the ruling, but mostly for Jewish and Muslim life in Germany,” Mr. Westerwelle said. There are 100,000 Jews and four million Muslims living here.

Early on, Mr. Westerwelle tried to calm the storm, by insisting that “Germany is an open, tolerant country, where religious freedom is firmly anchored and where religious traditions, such as circumcision, are protected as an expression of religious pluralism.”

The reality has been less clear-cut. Bans on circumcision have existed throughout history, from ancient Roman and Greek times to the Soviet era last century. And while the Cologne court did not ban the practice and acquitted the doctor who performed a procedure that resulted in complications, it found that “the right of parents to raise their children in a religion does not override the right of a child to bodily integrity.”

That such a ruling would come from a court in modern, post-[World War II](#) Germany has caused many to wonder whether the judges were fully aware of the implications and would have ruled differently had the case involved a Jewish boy, instead of a young Muslim. The boy in question was 4 years old.

“I can’t imagine Berlin prosecutors ordering the police to enter a synagogue and arrest a Jew with a beard and yarmulke for carrying out a circumcision,” said Josh Spinner, an American rabbi who moved to Berlin 12 years ago and who now runs the Ronald S. Lauder Foundation. “Those are pictures that I don’t believe anyone here is ready for.”

After their meeting in Brussels this week, Muslim and Jewish leaders [issued a joint statement](#) calling on the German government to take action to defend the practice. “Circumcision is an ancient ritual that is fundamental to our individual faiths, and we protest in the strongest possible terms this court ruling,” it said.

Since the ruling, at least three ritual circumcisions have been performed in Berlin’s Jewish community, Mr. Spinner said. One was on the infant son of a 33-year-old man who moved to Germany from the former Soviet Union in the 1990s, during an [immigration](#) wave of mostly Eastern European Jews who have helped the Jewish community here swell to more than 100,000.

“The circumcision was planned because it was eight days after his birth, the time was right,” said the boy’s father, who did not want to give his name for fear that he could face legal charges. “We did it because we had to do it.”

For the Sapcis, circumcising Asil is seen as both a practical step and a rite of passage. Mr. Sapci said he, too, was circumcised at age 4 in Turkey in a traditional celebration that is viewed among Turks as a boy’s first step toward becoming a man.

“To call circumcision into question is idiotic,” Ms. Sapci said. “Just as washing your face, your hands and behind your ears is a ritual in Islam, so is circumcision.”

For Illegal Immigrants, Greek Border Offers a Back Door to Europe

By J. MICHAEL KENNEDY

ALEXANDROUPOLIS, Greece — At the train station here, an unshaven man with a weary look leaned against the brick wall of a building, taking in the morning sun.

He said that his name was Zulifoar Baht; that he was 38, from Pakistan; and that his train for Athens would not arrive until midafternoon. So there was nothing to do but wait, along with a dozen or so other illegal immigrants who had finally made it into Greece from [Turkey](#), crossing one of the most porous borders in Europe.

The 126-mile border between Turkey, which is not in the [European Union](#), and Greece, which is, has become the back door to the European Union, making member countries ever more resentful as a tide of immigrants from the Middle East, South Asia and Africa continues to grow. [Frontex](#), the European Union's border policing agency, estimated that a vast majority of the crossings in 2011 occurred at the Greece-Turkey border. Last year, Frontex said, more than 55,000 people crossed the border, a 17 percent rise from the year before.

The flow has raised tensions throughout Europe, to the point where the top French official responsible for [immigration](#) seriously suggested that a wall be built along the entire border. In Greece, one person in 20 is estimated to be here illegally, at a time when the country is sinking in debt, the far right is making political gains and instances of knife-wielding [vigilantes](#) taking out their frustrations on immigrants are becoming increasingly common.

Zarif Bakhtyri, 28, a wiry, streetwise playwright and aspiring film director, said he fled Afghanistan in 2006 after rankling the authorities by writing and directing a play that criticized [polygamy](#). Mr. Bakhtyri's story is a familiar one — making it to Greece, where he was jailed and then released, then moving along a route that led him to Italy, Norway, Sweden, and back to Greece in 2010 because it was his point of entry.

He, like many others, has been trapped in Greece's backlogged refugee system, the result, in part, of a longtime European Union rule that stipulated an asylum petition must originate in the first country the immigrant entered. That changed in January 2011, when the European Court of Human Rights ruled that sending asylum seekers back to Greece could infringe on their fundamental rights because the Greek system had become so saturated and living conditions were so poor.

The increase in illegal immigrants in Greece has created support for the extreme-right [Golden Dawn party](#), which has vowed to rid Greece of foreigners who enter the country illegally. Even the country's mainstream parties have taken a harder line, though the Greek government is widely derided as inept in its efforts to police the border.

Athens is building a \$7.3 million fence on the Turkish border to close off the short land crossing between the two countries, but few expect it to stem the flow. In rejecting a request from Greece to help pay for the fence, the European Commission described it as "pointless."

The last hurdle to Greece is the Evros River Valley, beginning in the north at the Turkish city of Edirne, once the capital of the [Ottoman Empire](#). To the south, on the Greek side, farms sometimes abut barbed-wire fencing, with signs warning of minefields along the dirt roads adjacent to cornfields. Villagers along the border talk of immigrants emerging from the river, wet and cold, as they begin their trek toward Athens.

But the last staging area for most immigrants is really Istanbul, the teeming Turkish city that is a magnet for those who have often walked for months through the wilds of Afghanistan, Pakistan and Iran.

Turkey has come under criticism because of its liberal visa requirements, which make it easy for immigrants to legally enter the country and then move on. Citizens of Kazakhstan, Kyrgyzstan, Syria and Iran, among many other nations, do not need a visa to enter the country.

Once in Turkey, they share crowded apartments and try to find work and save enough to pay smugglers for false papers and passage across the border.

In the cluttered cellar of a dingy Istanbul garment factory, Mustafa Mirzaie, 18, worked with his friend Hussein Rezaie to repair a sink. Both are from Afghanistan, a major source of refugees trying to make their way to Europe. Last winter, they walked for 24 hours over the frigid mountains of Iran into eastern Turkey. Now they do odd jobs to sustain themselves until moving on.

“It’s a difficult way, but it’s the only choice we have,” Mr. Mirzaie said. “I’ll work here and find a smuggler. We have no choice.”

Immigrants in Istanbul often find themselves stuck on a financial treadmill, barely able to meet their basic living expenses. One 17-year-old Afghan named Shamsollah lives and works in a basement sweatshop. He says he will need about \$5,000 for the next stage of the journey, though he makes only about \$250 a month — just enough to cover expenses.

“Istanbul is very big and very expensive,” Shamsollah said. “I have \$1,500 now. But that is not enough for me. I don’t want to stay in Greece without money. There is no work in Greece.”

Sitting at an outdoor cafe recently in one of Istanbul’s poor neighborhoods, a smuggler named Mustafa talked about how he operated his business.

He takes 16 people at a time by van from Istanbul to the border, where his customers walk for an hour to the Evros River and then float across on rubber rafts. He charges \$1,000 a person for the three-hour journey. He said he tells his clients not to fear being caught on the Greek side of the border.

“I say to my passengers don’t worry because they don’t want to deport them,” he said. “They just want to register you and take money from the United Nations.”

Sometimes, though, the journey is just too hard. There is a small but growing number of people who have made it to Greece, but returned to Turkey.

Earlier this year, on a windy day in Istanbul, Mustafa and Ali, two 17-year-old Afghan refugees, stood shivering in a park on the Marmara Sea. They had made it to Alexandroupolis but had run out of money. So they returned to Istanbul.

Their only possessions were the shoes, pants and T-shirts they wore. They had waited for hours for an Istanbul contact, but he had not shown up. Without papers, they were afraid even to leave the park and look for help.

And so they sat there, looking out on the sea, wondering what they would do next.

Rachel Donadio contributed reporting from Athens.

Peugeot-Citroen: “Made in France” under strain

13 July 2012

Presseurop

Le Figaro, Libération



[Le Figaro](#), 13 July 2012

The restructuring plan of PSA (Peugeot-Citroen), France’s foremost car manufacturer, is “no coincidence”, [leads the editorial in *Le Figaro*](#). Yesterday PSA announced the cutting of 8,000 jobs in France and the closure of its factory in Aulnay-sous-Bois, near Paris.

The conservative daily takes this to be a “formidable trial of initiation” for the socialist government and analyses the causes of this “social catastrophe” –

What's wrong with the car manufacturer? First and foremost, it suffers from being too European and, above all, from being too French. Here is the paradox: held up as an example for having kept nearly half its production in France, unlike Renault, which survives thanks to its low-cost models built in Romania and Morocco, PSA is suffering from the evils that are methodically destroying our industry.

The leftist daily [Libération in turn raises](#) the role that Europe has played in this “fiasco” –

Europe bears some of the responsibility for flagging French fortunes. By pushing free trade, it opened the market to the Koreans; the latter have profited from it immensely, while European sales in Korea are a secret (...). Europe has also had a hand in financing new plants built in Eastern Europe, which have left the French factories in a hard place. But awareness is dawning. The [European Cars 21 report](#) published in June recommends that open markets become strictly reciprocal to ‘maintain a strong industrial base.’

MMT AND THE EURO: Are Current Account Imbalances to Blame for the Euro Disaster? Part 1

EconoMonitor Author: [L. Randall Wray](#) · July 12th, 2012 · [Comments \(4\)](#) Share This Print 32 28

Two weeks ago I cited Paul McCulley's claim that MMT got it right. I followed that up last week with Brad DeLong's claim that we're all Minskians now. Well, most of us, anyway. Is MMT on a roll? Well, maybe not, if you listen to the critics.

In particular, an Italian economist, Sergio Cesaratto called the MMT victory "spurious". (<http://nakedkeynesianism.blogspot.com/2012/07/spurious-victory-of-mmt.html>) I'll try to focus in on the main complaint, which seems to be that MMT missed the true cause of the Euro mess: current account deficits run up by some profligate EMU members.

Over at NEP, I have just offered up a number of early examples of MMT analyses that in my view "got it right": <http://neweconomicperspectives.org/2012/07/mmt-the-euro-and-the-greatest-prediction-of-the-last-20-years.html>. I won't repeat all of them here as I am going to focus directly on what I see to be the causes of the crisis and link that back to the argument that it is all due to current account imbalances.

Sorry, this is going to be a long and wonky piece, as befits a complex and still unfolding disaster. And it will come in two parts.

First, is it true that MMT has ignored current account problems within the EU and EMU?

Here's one of the quotes I used, from Jan Kregel:

"Germany appears to have adopted a policy of controlling the growth of nominal wages at a rate that is below its domestic productivity growth. German unit labor costs have been falling If Germany does in fact manage, as it seems to have been doing for about two years, to continue to decrease its unit labor costs at 5 percent — that is, at rates that are substantially below those in the other European countries, with no longer a possibility, as has been the case in the past, for the deutschemark to revalue relative to the other currencies — this means that if I am a manufacturer or a government in a non-German European country, I am going to experience declining profit margins until I also manage to compress my unit labor costs." (This is from a presentation Jan made at an early MMT conference organized in London by Warren Mosler, and published in *The Launching of the Euro*, Proceedings of "A Conference on the European Economic and Monetary Union," Annandale-on-Hudson, N.Y.: The Bard Center, 1999)

Well, that is precisely what Germany did for the next half dozen years—helping to fuel current account deficits on the periphery; and Jan also predicted the deflationary impact Germany would impose on Euroland. In 1998. Here is another quote from Jan, this time from an article published in the *Eastern Economic Journal*, Winter 1999; this was presented at a panel on the Euro organized by Mat Forstater. Jan's main point was that the construction of the EMU would create deflationary forces that would result in chronic high unemployment; he thus proposed to use the "modern money" approach to formulate a policy response—an employer of last resort program for the EMU. Here I will remain focused on the current account imbalances and the problems these would create (you can read his paper for the ELR proposal for the EMU):

"If France or Italy decided to expand domestic demand, it would be quickly drained out of the country—it would no longer show up in the German balance of payments surplus and an Italian deficit as before EMU, but now appear as increased expenditure flows from Italy to Germany, with the Italian fiscal deficit deteriorating, and credit risks on Italian securities increasing. While both labor and capital costs will be rising in Italy relative to Germany, this will only exacerbate the divergences and make a policy of downward wage convergence more pressing. The single currency will bring the positive benefit of releasing European economies from having to contract their domestic expenditure policies to defend their exchange rates relative to the DM, but it brings with it the cost of requiring that they contract their nominal wages to defend the competitiveness of their domestic production against cheapening German imported goods."

If that is not prescient, I do not know what is. But wait, there's more. Kregel examines the possibility that the EMU can resolve internal current account imbalances by exporting outside the union (ie: exporting unemployment abroad):

“The question is whether the increase in demand from outside the European Union resulting from real depreciation of the EURO will be sufficient to offset the decline in internal demand. Whereas external trade was a very large proportion of each member country's GDP before unification, it will become a very small proportion after unification. The order of magnitude is not likely to be sufficient to offset the reduction in EU demand. Further since the Euro will float against the dollar and the yen, and given the German obsession with a ‘strong’ euro as evidenced in recent Bundesbank policy, if the Euro were to appreciate relative to these currencies this would eliminate any benefits that might have accrued from the reduction in unit labor costs. If the Euro behaves as the German mark has done over the last twenty years, this means that in the medium term it will appreciate so as to maintain a roughly constant real effective exchange rate, with nominal appreciations offsetting any changes in relative unit labor costs.”

So we were indeed looking at the potential for current account imbalances once the Euro was launched.

More specifically, the way we have usually introduced the current account balance is through Wynne Godley's sectoral balance approach (which I have explained previously on the GLF and there are many other explications over at NEP and at www.levy.org). For a particularly instructive piece, here is Rob Parenteau's 2009 take on the macroeconomic identity which states that the domestic private sector balance plus the government balance plus the foreign balance must sum to zero:

“...a trade surplus is the only way both the GFB [government balance] and the PSFB [domestic private balance] can maintain a net saving position at the same time (assuming for whatever reason that was a worthy goal), but at least it is a promising start at representing how sectoral financial balances are related, and it reveals many of the misconceptions that unnecessarily cloud the debate.”

<http://neweconomicperspectives.org/2009/07/employing-krugmans-cross-farewell-mr.html>

The reason I am pointing readers to Rob's work is because he went on to extend a simple model created by Paul Krugman specifically to examine the problems in Euroland. Since 2009 Rob has been examining these current account imbalances within the MMT framework. For a very good exposition of this model and charts on the EMU members' sectoral balances, see Mitch Green's powerpoint here:

<http://www.slideshare.net/MitchGreen/adding-the-domestic-private-sector-financial-balance>

I will present some of the data next week.

I find it perplexing that Sergio thinks MMT has overlooked current accounts and the link to financial crises that first hit the US and then moved on to Euroland. Wynne and I wrote a couple of pieces together back during the Clinton years warning that the combination of a current account deficit plus a budget surplus meant that Goldilocks was going to get murdered by the necessary balancing item—an unprecedented sustained private sector deficit. (You can find them at www.levy.org.) As Rob points out in the quote above, Clinton could have a budget surplus without burdening the private sector with debt only if the US could run a current account surplus. But that was not going to happen, due to the external demand for dollars.

And we rejected the claim that problems could be resolved by exchange rate adjustments—Wynne was always skeptical that dollar depreciation would do much to turn around the US current account deficit. (Now, full disclosure: Wynne and I had a different view about the desirability of reducing the US current account deficit. He would have preferred to reduce it; I wanted to ramp up fiscal policy to allow the domestic private sector to reduce its deficits.) From the MMT point of view (with which Wynne was otherwise quite sympathetic) the main problem with current account deficits in monetarily sovereign nations is the balance sheet situation of the domestic private sector (given a government budgetary outcome). In other words, the problem with the US current account deficits was the flip side of the coin: a private sector that was spending far more than its income for nearly a decade.

Now, some EMU nations also ran chronic current account deficits. And if these had been monetarily sovereign nations (in the sense that they each issued their own floating rate currency), then the worry would have been over the private sector balance. But here the EMU nations diverged significantly from one another—some with current account deficits did not run up huge private sector debts, others did. The balancing item, of course, was the government balance. And, more importantly, these were not monetarily sovereign. Each dropped its own currency in favor of a “foreign” currency—the Euro. So there are two issues: a current account deficit mostly offset by a private sector deficit, versus a current account deficit offset mostly by a government sector deficit. My argument is that for a monetarily sovereign nation only the first of these is a problem; but for Euro nations, either of these can cause trouble.

Now why am I making this distinction—between sovereign and nonsovereign nations (in the monetary sense)? Look at it this way. What is the current account balance between, say, Alabama and Idaho? Does anyone know? Does anyone care? They both use the Dollar. Yet, both Germany and Greece use the Euro and I doubt there is a single reader out there who does not know that Germany runs a positive current account against Greece. And most of them care. A lot.

To be sure, the imbalance among US states is important for *some* considerations—and regional economists study such things as regional multipliers (if you spend a dollar of fiscal stimulus in Kansas City, how much of the multiplier effect leaks out?). It is important for regional development and poverty alleviation. But the reason why the balance of payments numbers are not the subject of careful focus for others is because we use fiscal policy to try to overcome the negative effects on standards of living across states due to different multipliers and other factors related to these current account flows. Obviously, we do less than an ideal job—poverty rates, average wages, access to good jobs, and per capita incomes vary considerably across states. But Washington’s fiscal transfers are large both in terms of its spending on goods and services, its direct employment, and its spending on “transfer” payments (things like Social Security). And we are not going to kick, say, Alabama out of the Dollar Union because of its chronic balance of payments deficit.

US Federal government purchases amount to 20% of GDP; total spending is almost a third of GDP. It is big enough to do some redistribution to offset some of the current account deficits. The Euroland’s Parliament spends less than 1% of the GDP of Euroland; some of that does redistribute (check out the highways in Sicily, thanks to EU spending) but it is far too small to do the job of offsetting current account deficits. So most of the offset is up to the individual EU nations.

OK so that is part of the EMU’s problem—and note it is not a simple current account story. It is an MMT story about the constraints imposed due to the setup of the EMU, which separated fiscal policy from the currency. MMT has written about this problem since the beginning. Again, there are many quotes in my new piece at NEP; let me just repeat three examples, all from the earliest years of the Euro experiment.

The following is from my 1998 book, “Understanding Modern Money”: “Under the EMU, monetary policy is supposed to be divorced from fiscal policy, with a great degree of monetary policy independence in order to focus on the primary objective of price stability. Fiscal policy, in turn will be tightly constrained by criteria which dictate maximum deficit to GDP and debt to deficit ratios. Most importantly, as Goodhart recognizes, this will be the world’s first modern experiment on a wide scale that would attempt to break the link between a government and its currency. ...As currently designed, the EMU will have a central bank (the ECB) but it will not have any fiscal branch. This would be much like a US which operated with a Fed, but with only individual state treasuries. It will be as if each EMU member country were to attempt to operate fiscal policy in a foreign currency; deficit spending will require borrowing in that foreign currency according to the dictates of private markets.”

This quote is from a 2002 article by Stephanie Kelton (then Stephanie Bell): “Countries that wish to compete for benchmark status, or to improve the terms on which they borrow, will have an incentive to reduce fiscal deficits or strive for budget surpluses. In countries where this becomes the overriding policy objective, we should not be surprised to find relatively little attention paid to the stabilization of output and employment. In contrast, countries that attempt to eschew the principles of “sound” finance may find that they are unable to run large, counter-cyclical deficits, as lenders refuse to provide sufficient credit on desirable terms. Until something is done to enable member states to avert these financial constraints (e.g. political union and the

establishment of a federal (EU) budget or the establishment of a new lending institution, designed to aid member states in pursuing a broad set of policy objectives), the prospects for stabilization in the Eurozone appear grim.” <http://www.cfeps.org/pubs/wp/wp24.htm>

The final quote is from Mat Forstater, written in 1998 and published a year later: “Under the EMU, if investors are at all hesitant about any one member’s debt, they can buy another member’s debt without incurring currency risk, since there is no exchange rate variability among the currencies of member countries. Because member nations are now dependent on investors for funding their expenditure, failure to attract investors results in an inability to spend. Furthermore, should a member’s revenues fail to keep pace with expenditures due to an economic slowdown, investors will likely demand a budget that is balanced, most likely through spending cuts. In other words, market forces can demand pro-cyclical fiscal policy during a recession, compounding recessionary influences.... Even if there were no imposed limits on countries’ deficits and national debts, the structure of the EMU makes it nearly impossible for a country to enact a counter-cyclical fiscal policy even if there were the political will. This is because, by giving up their national monetary sovereignty, countries are no longer able to conduct coordinated fiscal and monetary policy, essential for a comprehensive and effective remedy to periodic demand crises. Why would countries voluntarily sacrifice the ability to conduct a coordinated macroeconomic policy, especially at a time when official unemployment rates are in double digits and there are clear deflationary pressures?”

<http://cas.umkc.edu/econ/economics/faculty/Forstater/papers/Forstater1999/IntroEuropeanEconomicMonetaryUnion>

These all establish the main MMT position on the fundamental flaw with the set-up of the EMU. Clearly, the problem cannot simply be a problem of current account imbalances—we’ve got them all across the US states. And the US, itself, runs a chronic current account deficit. But the US federal government is sovereign, it issues its own currency. It helps to offset current account deficits among states through fiscal transfers; and it can never run out of its own currency no matter how big its budget deficit. It can set its overnight interest rate target wherever it wants—at zero if desired—and hold it there forever, if it wants. That lowers short term treasury rates, and Uncle Sam can—if he wants—issue only short term treasuries. All of these options are fully within the federal government’s sovereign power, although it can choose to do something else.

Individual EMU nations are in a wholly different pickle. They have no equivalent to Uncle Sam to provide significant funding; all they’ve got is an ECB whose stated and legislated mission is to AVOID providing the kind of support Uncle Sam provides to US states. (As we now know, when push comes to shove, the ECB uses “work arounds”, albeit while kicking and screaming.)

Now we come to the actual crisis that hit the EMU. All of the above is preliminary—necessary to understand that the system was vulnerable to crisis. And when Paul McCulley said we should declare victory, I think these analyses were what he was talking about. But where would the tsunami of a crisis come from? Well, we know the bad winds blew in from the west, in the form of trashy US mortgages. But for a while it looked like Euroland might get by with a few scrapes and bruises. Then it was hit with hell and fury—the crisis became a Euro crisis. So while we’ll accept some finger pointing at the US crisis, we want to get more specific about what went wrong in the EMU.

Let me borrow, again from my NEP piece. In order to judge how correct MMT was in its predictions, of course, we have to understand what went wrong in Euroland. Our argument was that separating fiscal policy from currency sovereignty would raise questions of solvency that would constrain the ability of fiscal policy to expand when necessary. That was the basis of all these early MMT arguments. But there was an additional angle: how would the crisis begin? Would it be a recession that no individual government could resolve by fiscal stimulus? Would it be chronic current account deficits of some member states (to the benefit of Mercantilists like Germany or the Netherlands)? Or would it be a financial crisis? Well, how about a Trifecta: all three at once?

I think all readers here now understand the problems raised by recession—so there is no need to go into that one in detail. As individual nations faced a downturn, their budgets would move sharply to deficits (as tax revenue fell and social spending rose) that would rise further above Maastricht criteria; markets would react with higher interest rates that would in turn raise deficits further in a vicious cycle. OK, that happened. And then, of course,

we also found out that (Surprise! Surprise!) governments had already been manipulating accounting (thank you Goldman Sachs!) so their deficits had always been higher than supposed.

And we already addressed the current account story—easily understood through the lens of Godley’s sectoral balance approach: a current account deficit must be offset by a combination of a domestic private sector deficit and/or a government deficit. Since these are not sovereign currency issuing governments, private and government deficits can both lead to problems.

However, it is much more than a current account problem, as Rob Parenteau has shown. Any EMU nation can be blown up by its banks even while running a current account surplus. This is the “financialization” or “Money Manager Capitalism” story that comes from Hyman Minsky—probably well over 90% of cross-border finance has nothing to do with the current account, and it was that part of finance that blew up countries like Ireland and Spain. (We’ll turn to that because it is related to the issue.)

So, finally there was the financial crisis angle. So far as I know, Warren Mosler was the first to fully understand this. He was harping on it for as long as I can remember—I’ll present his argument in some detail next week as we turn to a close examination of the data and analysis that will help to disprove the thesis that it all comes down to current account imbalances.

The euro crisis

Bad medicine

The Economist Jul 11th 2012, 15:24 by R.A. | WASHINGTON

HERE'S [some news](#):

Recession-plagued Spain unveiled new austerity measures on Wednesday designed to slash 65 billion euros from the public deficit by 2014 as Prime Minister Mariano Rajoy yielded to EU pressure to try to avoid a full state bailout.

The conservative leader announced a 3-point hike in the main rate of Value Added Tax on goods and services to 21 percent and cuts in unemployment benefits and civil service pay and perks in a speech interrupted by jeers and boos from the opposition...

"This is a clear demonstration of the macroeconomic conditionality that we had to accept in exchange for the banking aid and in exchange for more time to cut the deficit to 3 percent," said Santiago Sanchez Guiu, economist at the Carlos III university in Madrid.

Spain has been given a little more deficit leeway this year and until 2014 to cut its budget gap to 3% of GDP. There has also been an agreement to provide aid to Spanish banks from the euro-zone's emergency rescue fund (which also looks a [bit of a raw deal](#) for Spain).

No one will accuse Spain of having a model government budget, but its crisis is not fundamentally about lax budgeting. In 2007, Spain was running a bigger overall budget surplus and a smaller structural deficit than Germany. Its gross debt was just 36% of GDP to 65% in Germany. And as of last year, it still had a lower public debt level than the Germans. One can certainly argue that Spain's boom-time surplus should have been even larger to lean against the capital inflows it was enjoying, but ultimately that wouldn't have made much difference.

More important, this is incredibly counterproductive. The Spanish economy is imploding. Without the ability to offset these cuts with a very aggressive monetary policy, the multiplier on this austerity will be substantial. There can't be much confidence that this austerity plan will generate *any* fiscal improvement given the likely cyclical hit to revenues and the resulting impact on banks, which could well feed back into greater sovereign obligations. It's more economic pain for no fiscal gain.

But that doesn't matter, because this is best understood as another bank shot move toward a crisis solution. The aim is to demonstrate a willingness to suffer great enough to convince Germany you're worth sharing risks with. So far the Spanish are game. But a quarter of Spanish workers are unemployed, a number that has risen 4 percentage points over the past year. One wonders how much more they'll stand.

Peugeot to Cut 8,000 Jobs and Close Plant in France

By [ERIC PFANNER](#)

PARIS — The carmaker PSA Peugeot Citroën, struggling with a deep slump in sales in crisis-torn Southern Europe, said on Thursday that it would cut 8,000 jobs in [France](#) and shut down a plant near Paris.

The news was met with an outcry of protest from French unions, increasing the pressure on President François Hollande, who is trying to stimulate an economy in near recession as he cuts public borrowing.

Mr. Hollande, who on his inauguration day in May rode in a Citroën DS5, vowed during his campaign against then-President Nicolas Sarkozy that, if elected, he would take a tough line with companies that announced layoffs.

The factory, in the Paris suburb of Aulnay-sous-Bois, would be the first major automotive plant to be shut down in France in two decades. Peugeot said it needed to close the site because of a 10 percent drop in sales in the first half of 2012, a period during which the company said it would post a financial loss.

“The depth and persistence of the crisis impacting our business in Europe have now made this reorganization project indispensable in order to align our production capacity with foreseeable market trends,” said Philippe Varin, the chief executive of Peugeot.

The company said it was suffering more than the European auto industry over all, which is expected to show an 8 percent decline in sales during the first half, because it is heavily exposed to economies like Spain, which was ravaged by the collapse of a property bubble and by subsequent cuts in public spending. The company said its European plants had operated at only 76 percent capacity in the first half of the year, down from 86 percent in 2011.

Analysts said, however, that some of the problems were of the company’s own making. Its brands, Peugeot and Citroën, have struggled to compete with the German BMW, Mercedes-Benz and Volkswagen’s Audi in the luxury segment, as well as with a domestic rival, Renault, at the budget end of the market. Renault sells low-cost cars under the Dacia brand, made in Romania.

Peugeot has also struggled to expand outside Europe, which accounts for about 60 percent of sales. That dependence has limited its gains in faster-growing markets like China and South America, and has proved to be especially problematic during the extended European economic crisis.

“The big issue with PSA is that they are too Eurocentric,” said Carlos Da Silva, an analyst at the research firm IHS Automotive in Paris.

Peugeot was also late to establish alliances to reduce the cost of buying parts and developing new models. Finally, in February, it struck such a deal, with General Motors, whose European car brand, Opel, has also been struggling. Under that agreement, G.M. agreed to acquire a 7 percent stake in Peugeot.

In an unrelated move to address its own troubles, G.M. announced on Thursday that the president of General Motors Europe, Karl-Friedrich Stracke, was stepping down. Steve Girsky, vice chairman of G.M. and chairman of the Opel supervisory board, will serve as acting head of G.M.’s European operations as the company searches for a replacement.

Word of the threat to the Aulnay-sous-Bois plant, which employs 3,000 workers, had already leaked out to union leaders last year. Workers have been demonstrating against the cuts, and they stopped work Thursday after confirmation of the planned closure, which was set to take place in 2014.

“We cannot accept this announcement as a done deal, without questioning a decision that has been presented to us, as usual, as unavoidable,” said Bernard Thibault, leader of the C.G.T. union, which represents some of the workers at Aulnay-sous-Bois.

The 8,000 job cuts announced Thursday come on top of 6,000 layoffs announced last year, out of a total work force of about 209,000 people.

The government is expected to announce a rescue plan for the auto industry this month, though analysts say its room to maneuver will be limited by the fiscal discipline needed to keep France from being punished by the bond markets like its neighbors to the south.

Some Family Drama Undoes Hollande's Goal of 'Normal'

By [STEVEN ERLANGER](#) and *MAÏA de la BAUME*

PARIS — If you believe the French weekly *Le Point*, Thomas Hollande, the 27-year-old lawyer and son of President [François Hollande](#) and his former partner, [Ségolène Royal](#), blasted his father's current partner in an interview for "putting private life in the public domain" by backing a political opponent of his mother.

If you believe Thomas Hollande, on the other hand, there was no such interview, just a conversation with a young woman who twisted his words. "I deny giving an interview to *Le Point*," he told Agence France-Presse on Wednesday evening. "The comments reported, some of which are distorted or out of context, were made during a casual conversation" with a journalist, he said.

He did not specify which comments were distorted, and did not respond Thursday to repeated requests for clarification.

The journalist, Charlotte Chaffanjon, insisted in a posting on Twitter that "no remark has been distorted," and noted confusingly that it was an "article" and not an "interview."

Interviewed herself by telephone on Thursday, Ms. Chaffanjon was cautious. She said that she had known Thomas Hollande "professionally" for a year on the campaign trail, and that they had had lunch several times. "He knew exactly what he was doing," she said, "he was very sincere."

Asked if she had taken notes of his words for later verbatim quotation, Ms. Chaffanjon reacted defensively, saying "I don't wish to talk about the making of the interview."

In general, she said, Mr. Hollande is "torn between his attraction to politics and the media world, and the fact that it is difficult for him to express himself, being the son of a president."

It would not be surprising for Mr. Hollande to be angry, given the political situation involving his mother, but he has been careful to say almost nothing about it to the press. His reported comments about his father's reaction to the situation are in line with those that media reports have attributed to unnamed presidential aides.

According to *Le Point*, Thomas Hollande said his father was "stupefied" by a Twitter posting from Valérie Trierweiler, his partner, publicly supporting Ms. Royal's opponent in a legislative race. Ms. Trierweiler was said to have been angered when the president issued a public statement of support for Ms. Royal. Ms. Trierweiler's action, highly criticized at the time, was seen as damaging to the elder Mr. Hollande's effort to be a "normal president," without the emotional swings and personal complications of his predecessor, Nicolas Sarkozy.

Ms. Royal lost her race, but it was doubtful whether she could have beaten her popular local opponent in any case.

The report in *Le Point* said that Thomas Hollande was upset at Ms. Trierweiler for publicly airing her attitude toward Ms. Royal. "It pained me on behalf of my father, who absolutely detests anyone talking about his private life," he was quoted as saying. "It destroyed the normal image that he had constructed."

The *Le Point* article also quotes him saying that he and his three siblings intended to have little to do with Ms. Trierweiler in the future.

President Hollande is scheduled to give an interview on Saturday, Bastille Day, in which he is expected to clarify Ms. Trierweiler's role, French news outlets reported.

Austerity Reaches the Hollande Government in France

By [STEVEN ERLANGER](#)

PARIS — With his first Bastille Day approaching on Saturday, [François Hollande](#) and his government have had a good start to his presidency, impressing the French with a down-to-earth style. Mr. Hollande, a Socialist, and his prime minister, Jean-Marc Ayrault, have ordered downgrades in official luxury that have set a tone self-consciously different from that of the supposedly “bling bling” presidency of [Nicolas Sarkozy](#).

In politics, symbols are also substance, and the changes range from the large to the small. Mr. Hollande has actually taken the train to Brussels, without a state jet following him, and his ministers have been ordered to hit the rails when possible (with a free pass on the national railway system). When they fly, they are encouraged to travel in coach class on commercial airlines. (Upgrades on Air France are probably a given for ministers, in any case.)

Official cars have been diminished in size and in luxury. Mr. Hollande has given up the presidential Citroën C6 for a smaller but hardly shabby Citroën DS5 diesel hybrid. He has reduced the ranks of his official drivers to two from three, and they are now supposed to stop at red lights. Mr. Ayrault gave up his C6 for a cheaper Peugeot 508. Cabinet ministers have also traded down, and the housing minister, Cécile Duflot, an ecologist who was criticized for wearing jeans to an Élysée Palace meeting, has ordered four official bicycles.

Champagne at receptions has largely been replaced by Muscadet, a considerably cheaper white wine, and prices at the official cafeterias for ministerial employees, always a bargain, have been raised modestly.

Even security has been put to the knife, at least a little. Junior ministers no longer get bodyguards, and the number of security workers attached to the presidency has been reduced by a third.

In general, Mr. Ayrault has ordered his ministers to reduce their official budgets sharply, by 7 percent in 2013 and by an additional 4 percent in each of the next two years.

As he promised during the campaign, Mr. Hollande has cut ministerial salaries by 30 percent (including his own, to \$18,000 a month from \$26,000). And for the first time, the salaries of ministers cannot exceed the prime minister’s salary, which is about \$16,000 a month. Pierre Moscovici, the finance minister, told L’Express that “my salary is lower than that of my chief of staff, 12,000 euros, and of a few hundred of the civil servants” at the ministry. That is about \$14,600 a month.

There has, of course, been criticism, especially from the center-right and from business leaders. Valérie Pécresse, the budget minister in Mr. Sarkozy’s government, has ridiculed these efforts as nearly meaningless in the face of [France](#)’s budget crisis, with total debt nearly 90 percent of gross domestic product and debt service alone costing more than \$60 billion a year. “The austerity of the left is hypocritical,” she said. “Who will believe that the budget can be balanced by doubling the annual direct wealth tax and by lowering the salaries of ministers?”

But the symbolism is also meant to prepare the French for tougher times ahead, for some sacrifices to their own way of life and to the social-welfare system in the face of high deficits and demographic change.

Even more startling is the government’s intention to limit the remuneration of the bosses of major state-owned companies, to about 20 times that of the lowest-paid employee, or about \$550,000 a year — part of an effort to end what Mr. Moscovici has called “intolerable hyperinequalities.” Henri Proglio, the chief executive of Électricité de France, reportedly earns \$1.9 million a year — 64 times that of the company’s lowest-paid employee — and he could be paid about a third of what he gets now if the law goes through.

Luc Oursel, who recently took over the nuclear power company Areva, could see his salary halved to \$400,000 from about \$825,000. Jean-Paul Bailly, the chief of La Poste, could lose 41 percent of his \$775,000 salary.

Given that French executives of state-owned companies already make less money than many of their European counterparts, there is concern that the restrictions, while essentially ideological and of little consequence for the economy, would mean that companies vital to the nation would attract fewer qualified managers. That atmosphere is enhanced by Mr. Hollande's plans to tax those making more than \$1.25 million a year at 75 percent, which, together with the revived wealth tax, could mean an effective tax rate of 90 percent.

Laurence Parisot, the head of the main business lobby, Medef, warned that the government risked making France less competitive by restricting salaries and piling more taxes onto an already heavily taxed private sector. "We fear a programmed strangulation," she said, warning Mr. Hollande, "Be careful not to turn our country into a sort of enclave disconnected from the rest of the world."

There are few Socialist ministers with any business experience. Ms. Parisot said that their plans instilled "a palpable anxiety and an immense worry for every entrepreneur," because they are "disconnected from company life, from what a company can bear," especially in a period of minimal growth and high unemployment.

In two days of discussions this week with business and labor leaders, Mr. Ayrault and his key ministers made an effort to prepare the unions for changes to come, especially next year, when sharp budget cuts will be necessary to go along with still-higher taxes. The government has been urged by independent state auditors and by the influential Cercle des Économistes to reduce the tax burden on the private sector, especially for social benefits, to improve French competitiveness in a globalized world.

Mr. Ayrault hinted that some of that burden might be moved toward income taxes, rather than the corporate tax. He also said that there should be a larger study of how to finance and even to reform France's generous social welfare programs.

But consultations take time, and Ms. Parisot remained unhappy with the lack of progress on liberalizing a labor market hampered by generous mandated benefits and rigorous job protections. She was also troubled by suggestions that union leaders could be present during decisions about compensation.

The government got a taste of reality on Thursday, when the French carmaker PSA Peugeot Citroën, hit by the European recession, announced that it would cut 8,000 more jobs in France. The social affairs minister, Marisol Touraine, said, "We cannot accept something like this," and the government promised to study the problem.

But for Bastille Day, Mr. Hollande is sticking with the symbolism.

The traditional July 14 garden party, which used to be a way to honor distinguished people from all walks of life from all over France, was canceled by Mr. Sarkozy in 2010 to symbolize belt tightening. Mr. Hollande will not dare resurrect it, although the Élysée gardens will be open to the public on Saturday afternoon.

Mr. Hollande has decided, however, to maintain the July 14 military parade, with jet overflights, armored vehicles and hundreds of military personnel, an extraordinarily costly affair. And like a good politician, he has decided to restore a nationally televised presidential interview on Bastille Day. But given the low viewership expected on a Saturday evening in mid-July, he will do it at lunchtime.

Elvire Camus contributed reporting.

Political union is transfer union

A fistful of euros / Posted on [June 25, 2012](#) by [Alex Harrowell](#)

It is very often suggested that there is no point looking at solutions to the European crisis that don't involve more "political union", an EU institutional term meaning a move towards a more centralised and "federal" (in the special EU sense) union. This argument is curious.

For a start, what is it about political union that is meant to solve the problem? Some people will probably say that it would be "a message" or "a signal" or something, a demonstration of commitment to the European Union that would in itself create confidence. But this sounds a lot like hand-waving to me, or the kind of genius that suggested introducing a pan-European tax as a way of making the Union more popular (yes, Mr. Verhofstadt, it is not entirely forgotten).

More seriously, political unions tend to have a substantial *budget* and the capacity to use it in a discretionary sense. In the political union between the provinces of Germany, there is a systematic redistribution of money between richer and poorer parts of the union. In the political union between the states of America, there is less overt redistribution, but there are very large federal agencies that in practice tend to redistribute money around the union. NASA, for example, had a secondary and very important role subsidising the industrial development of the South-Eastern US, and this goal influenced important design decisions in the Apollo and Shuttle programs.

It is also true that some degree of redistribution is inseparable from anything that could be described as a political union. Try to imagine the opposite. The political union would have to be designed so as to make absolutely no change to the a priori distribution of income, an exercise that boggles the mind in its complexity and futility.

The simplest model would probably be a libertarian utopia/dystopia with a minimal state devoted solely to defence, funded by a flat tax on the citizens. But now imagine what would happen when its army deployed for annual exercises. A large quantity of income collected all over the union would suddenly be spent in the exercise area. If, as is likely, there were a limited number of convenient training areas, or the army tended to train where it expected to fight strategically, we would expect to see a military-industrial complex emerge in those areas.

Just because your biggest customer is the army doesn't make you useless, of course, it may make you indispensable. And in that case, our political union that is not a transfer union would have to think about how to keep you going between deployments, in which case it would be undertaking both industrial and regional policy. A state (or political union) that has no budget, or a budget that is economically indistinguishable from the absence of one, is no state (or political union). Marx thought that the state would wither away in true communism; you can argue about what he meant, but I think he imagined a society in which the functions of the state were either unnecessary, or else carried out by the citizen as a matter of course, not even perceived as a duty. A state whose budget changed the structure of the economy so little as to be totally non-redistributive would, I think, have a fair claim to have withered away.

I can't see how an entity that made no transfers of wealth or income can be considered to have the functions of a political union. Further, even if a political union was created that was not also a transfer union, it wouldn't solve the problem. Various parts of Germany need transfers from others; the same goes for all political unions. Declaring "political union" doesn't solve the problem in itself. It might be taken to mean "direct ECB management of Greek public finances", but then this is just hoping that the Greeks can find some more money with more will, and perhaps a pony as long as the pony is Karlsruhe-compliant.

Here is the problem: political union is transfer union, or it is not political union, and anyway, if it is not transfer union it is no solution. Transfer union is unacceptable. Therefore, political union is unacceptable, and anyone who talks political union is saying "Let the file mature while we do what the EU does best, holding an Inter-Governmental Conference".

Paris-Berlin : 50 ans de hauts et de bas

Par [Patrick Saint-Paul](#) Mis à jour le 06/07/2012 à 22:45 | publié le 06/07/2012 à 18:04 [Réactions](#) (25)



Le chancelier Konrad Adenauer et le général de Gaulle célèbrent, en 1962, devant la cathédrale de Reims, la réconciliation franco-allemande. Crédits photo : Schirner/© Schirner / Ullstein Bild / Roger-Viollet

Angela Merkel et François Hollande seront dimanche à Reims sur les traces de De Gaulle et Adenauer.

L'exercice de style aura quelque chose de surréaliste. Alors qu'un froid polaire souffle sur leur entente personnelle, François Hollande et [Angela Merkel](#) célébreront, ce dimanche à Reims, cinquante ans d'amitié franco-allemande. Le président et la chancelière mettront de côté leurs divergences, le temps de la commémoration d'une rencontre historique entre le général de Gaulle et le chancelier Konrad Adenauer: les deux pionniers qui scellèrent la réconciliation entre les deux rives du Rhin. Pourtant, Hollande et Merkel ne sont pas des précurseurs dans la mésentente entre Paris et Berlin.

En cette année de célébration de la réconciliation franco-allemande - avec notamment le 50e anniversaire du traité de l'Élysée en janvier 2013, qui scella la naissance du «couple» franco-allemand -, force est de constater que la normalisation, voire la banalisation de la bonne entente entre Paris et Berlin, a aussi entraîné des crispations croissantes entre deux pays de plus en plus focalisés sur leurs intérêts nationaux. Ainsi, pour faire accepter son pacte de croissance, [François Hollande](#) a cherché à [contourner Angela Merkel](#) en s'appuyant sur l'Italien Mario Monti, sur l'Espagnol Mariano Rajoy et sur l'opposition sociale-démocrate allemande.

Au sommet de Bruxelles, la semaine passée, le président français est une nouvelle fois sorti de la traditionnelle alliance avec Berlin pour se ranger du côté des pays du Sud en soutenant le bras de fer de Rome et Madrid contre la chancelière. «L'Europe ne peut pas fonctionner avec un condominium franco-allemand qui décide pour tous les autres. L'Italie ça existe, les institutions européennes ça existe», a justifié le ministre des Affaires étrangères, Laurent Fabius.

La chancelière avait espéré que la page des [«propos de campagne» germano-sceptiques du président](#) serait rapidement tournée après les législatives françaises. Elle est au comble de l'exaspération à l'égard de François Hollande. En France, l'opposition accuse le nouveau pouvoir socialiste d'avoir en quelques semaines dégradé les relations franco-allemandes. «L'amitié franco-allemande peut supporter des divergences, ce n'est pas la première fois», tempère le ministre allemand des Affaires étrangères, Guido Westerwelle.

De Gaulle et Adenauer s'étaient rapidement trouvés. Georges Pompidou et Willy Brandt, accaparé par l'Ostpolitik allemande, ont entretenu des relations mitigées. Valéry Giscard d'Estaing et Helmut Schmidt s'étaient déjà pratiqués en tant que ministres des Finances. Lorsqu'ils accèdent au pouvoir, quasi simultanément, ils ont un vrai coup de foudre. Nourris par l'histoire de leurs pays, fins connaisseurs de leur électorat et provinciaux, François Mitterrand et Helmut Kohl cultivent une profonde amitié, qui survivra aux divergences provoquées par la réunification et la méfiance du Français à l'égard de l'Allemagne.

Exaspéré par son tropisme britannique pour Tony Blair, Jacques Chirac étale ses divergences avec Gerhard Schröder au moment de la négociation du traité de Nice. Chirac traite Schröder de «vendeur de voitures»... avant de nouer une solide amitié autour de quelques copieux repas en tête à tête.

Crise existentielle

Opposé à Angela Merkel sur la création de l'Union pour la Méditerranée et le rôle de la BCE, exaspéré par sa lenteur de réaction durant la crise, Nicolas Sarkozy affirme que la France «agit pendant que l'Allemagne réfléchit». Et il moque le goût immodéré de la chancelière pour le fromage français alors qu'elle se dit au régime. Mais il a aussi su faire fonctionner le tandem, en obtenant des concessions et en s'alignant souvent sur l'Allemagne, qu'il avait fini par ériger en modèle de réussite.

Hollande et Merkel finiront-ils par renouer le lien, comme tous leurs prédécesseurs? «La relation franco-allemande demeure le socle de la construction européenne car l'Histoire nous a donné une responsabilité particulière», souligne le premier ministre, Jean-Marc Ayrault, ancien professeur d'allemand. Plongée dans une crise existentielle, l'[Europe](#) ne peut s'offrir le luxe d'un affrontement durable entre un bloc du Sud mené par la France et un bloc du Nord guidé par l'Allemagne.

Angriff auf Hans-Werner Sinn

FAS 07.07.2012 · Deutschlands Ökonomen sind in Aufruhr. Gleich drei Gruppen von Wirtschaftswissenschaftlern haben sich in dieser Woche mit eindringlichen Aufrufen zum Thema Euro-Rettung an die Öffentlichkeit gewandt. Ein Überblick.

Von [Christian Siedenbiedel](#)



© Röth, Frank Wer nicht für ihn ist, ist gegen ihn: Ifo-Chef Hans-Werner Sinn.

Drei Gruppen von Ökonomen haben sich in dieser Woche mit Aufrufen zum Thema Euro-Rettung an die Öffentlichkeit gewandt. Und zwar mit gegenteiligen Zielen. Jeden Aufruf unterschrieben angesehene Professoren der wichtigsten Fakultäten.

Anknüpfungspunkt für die Aufrufe ist der Eurogipfel, auf dem die Not-Finanzierung der Banken neu geregelt wurde. Eine Gruppe liest aus dem Beschluss eine gemeinschaftliche Bankenhaftung heraus, die zu verurteilen sei. Die zweite Gruppe sagt, da stehe nichts von Gemeinschaftshaftung für Banken und wenn doch, wäre sie auch halb so wild. Und Gruppe drei propagiert: Wir brauchen die Bankenunion samt gemeinschaftlicher Haftung. Sonst kommen wir aus der Nummer nie heraus.

Im Zentrum dieser wilden Ökonomen-Debatte steht ein Mann, der wie kein zweiter die Diskussion um die Gefahren der Euro-Rettung beherrscht: **Hans-Werner Sinn**, Wirtschaftsprofessor aus München und Chef des Ifo-Instituts. Fast im Alleingang hat er das Thema Targetrisiko nicht nur popularisiert, sondern auch in den wissenschaftlichen Mainstream gebracht.

Unermüdlich warnt er davor, in Europa im Zuge der Euro-Rettung die Schulden zu vergemeinschaften. Und zwar Schulden der Staaten genauso wie die der Banken. Letztere seien nämlich sogar noch höher, sie betrügen mehrere Billionen. Deutschland sei in Gefahr.

Die gesamte Ökonomen-Zunft bringt sich nun zu dieser Position in Stellung. Lange galt Sinn eher als Einzelkämpfer, der zwar in Talkshows auftrat und aussprach, was viele Bürger dachten - zu dem Kollegen aber Abstand hielten. Es galt schließlich nicht als politisch korrekt, eurokritisch zu sein.

Die erste Gruppe

Jetzt hat eine erstaunlich große Gruppe von Wissenschaftlern sich mit ihm solidarisiert. Immerhin [172 Ökonomen unterschrieben einen in der vorigen Woche veröffentlichten Protestaufruf](#). Er trägt die Bedenken gegen eine gemeinsame Haftung für Bankschulden vor. Und richtet sich an die Wähler in Deutschland mit der eindringlichen Bitte: „Reden Sie mit Ihrem Abgeordneten.“

Der Aufruf wurde zwar initiiert von **Walter Krämer**, Wirtschafts- und Sozialstatistiker an der Technischen Universität Dortmund. Viele Formulierungen des Briefs aber tragen deutlich Sinns Handschrift. Und so wurde er auch aufgenommen. „So hat Sinn doch immer schon geredet“, sagt etwa **Peter Bofinger**, Ökonom aus Würzburg und Mitglied im Sachverständigenrat der Bundesregierung.



© AP

Rentenexperte Raffelhüschen

Die Allianz der Sinn-Unterstützer ist dabei durchaus ungewöhnlich. Den Kern bilden liberale Ökonomen wie der Eurokritiker **Joachim Starbatty** oder der Rentenexperte **Bernd Raffelhüschen** aus Freiburg. Auch der frühere DIW-Chef **Klaus Zimmermann**, bislang nicht unbedingt als Sinn-Anhänger aufgefallen, findet sich in der Unterstützerliste. So ganz falsch sei das Gesagte nicht, meinte allerdings sogar Linken-Politikerin **Sahra Wagenknecht** („Was wir vor allem retten sind die Bankschulden“). Andererseits unterstützte auch der frühere sächsische CDU-Ministerpräsident **Georg Milbradt** den Aufruf.

Die zweite Gruppe

Ähnlich heterogen ist der Kreis der Sinn-Gegner, deren Position im zweiten Aufruf erschien. Dabei hatten sich so unterschiedliche Ökonomen wie der gewerkschaftsnahe **Gustav Horn**, **Michael Hüther** vom arbeitgebernahen Institut der Deutschen Wirtschaft und **Bert Rürup**, der SPD-nahe frühere Wirtschaftsweisen sowie **Thomas Straubhaar** vom Hamburgischen Weltwirtschaftsinstitut zusammengefunden. Sie behaupten, aus den Beschlüssen des EU-Gipfels lasse sich noch keine gemeinsame Haftung aller Euroländer für die Bankschulden herauslesen. „Der Aufruf baut ein Schreckgespenst auf.“



© dapd

Ökonom Straubhaar

Auf Nachfrage räumte Bofinger allerdings ein, es gehe um mehr: Die Entwicklung in Europa komme so langsam an den Punkt, wo man sich entscheiden müsste. Entweder wolle man den Euro behalten - dann müssten auch die Deutschen mehr gemeinsame Haftung in Kauf nehmen. Oder man schaffe den Euro ab. „Ich wäre dafür, dass man das Volk befragt“, sagte Bofinger. Um nichts anderes gehe es letztlich bei dem Ökonomenstreit. Es sei unredlich, dass Sinn und seine Anhänger die Konsequenzen ihrer Position nicht offenlegten. Für Sinn oder gegen Sinn, das heiße auch: Für oder gegen ein Festhalten am Euro.

Die dritte Gruppe

Eine dritte Position schließlich artikulierten am Freitag Finanzwissenschaftler um den Frankfurter Professor **Jan Pieter Krahen** und den Bonner Ökonomen **Martin Hellwig**. Zwar sei eine entschiedene Kursänderung in Europa notwendig. Allerdings sei ein wesentlicher Teil des Problems die enge Verknüpfung zwischen der Verschuldung des Finanzsektors und der Staaten auf nationaler Ebene. Aus diesem Teufelskreis könne eine Bankenunion heraushelfen. Sinns Anhänger hätten also recht - und unrecht zugleich.

Quelle: F.A.S.

- [THE WEEKEND INTERVIEW](#)
- July 6, 2012, 7:05 p.m. ET

Gerhard Schröder

The Man Who Rescued the German Economy

The last Social Democrat chancellor talks about how he cut taxes and reformed labor markets—and how it cost him his job.

Gerhard Schröder By [RAYMOND ZHONG](#)

Hannover, Germany

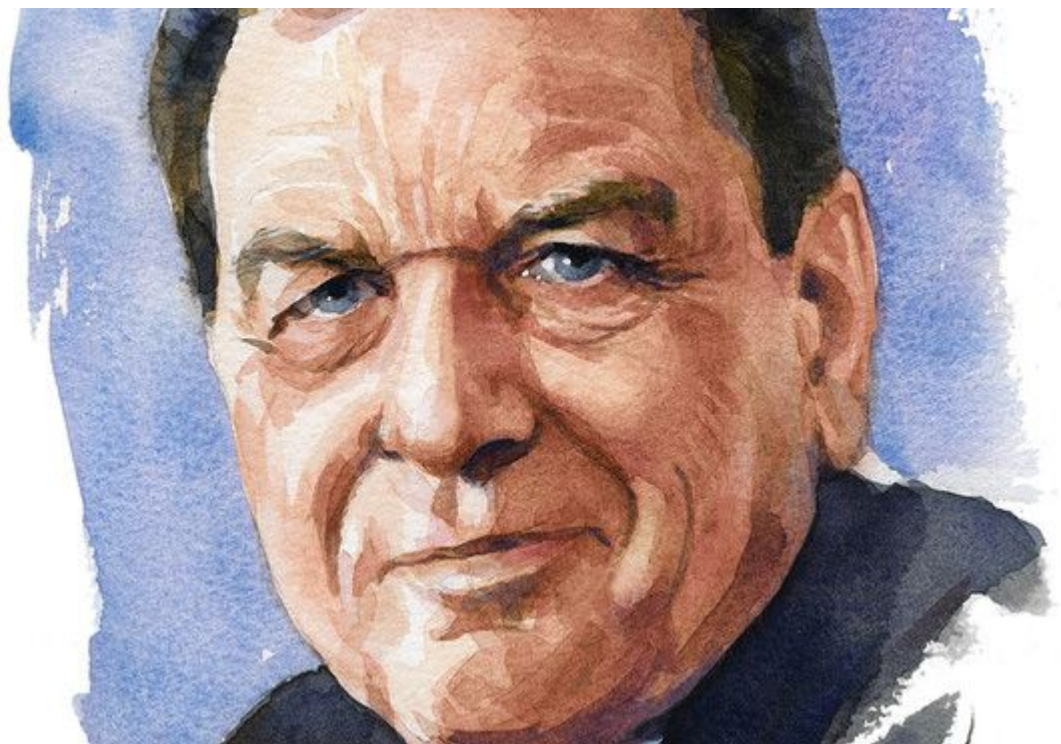
'Reform yourselves, and ye will grow out of your debt.' So goes Germany's unwritten mantra for the European crisis. Chancellor Angela Merkel is urging Greece, Spain, Italy and the rest to shape up their economies and pay down their obligations—and withholding German money until they do.

The Berlin road to economic righteousness is no mere sermonizing. Germany itself has gone down it and grown stronger. Gerhard Schröder, a Social Democrat, was German chancellor from 1998 to 2005, and during his second term his government lowered taxes, revamped unemployment benefits and streamlined labor laws. Mr. Schröder's shakedown of the welfare state—dubbed Agenda 2010 when it was launched in 2003—has been credited with insulating Germany against the debt mess that would later befall Southern Europe.

I checked in with Mr. Schröder on a rainy morning last week at the chic offices of his Hannover law practice. "[Agenda 2010] was, if you will, a modernization concept for Germany," Mr. Schröder says. "Germany was known as being unreformable, and the Agenda proved that it was possible."

Enlarge Image





Terry Shoffner

The former chancellor is stout and fit. He speaks quickly and confidently, sometimes pouncing to answer a question before I've quite finished asking it. Seven years after exiting German politics—"never again," he says when I ask if he'd ever get back into it—Mr. Schröder still seems suited to knock heads in the Bundestag.

Circumstance forced economic reform onto Gerhard Schröder's agenda as chancellor. When he took office in 1998, Germany's unemployment rate was 11% and economic growth was close to nil.

Mr. Schröder won the federal election that year by vowing to end the economic misery. But the Europe-wide recession during his first term left him having to explain to voters, when he sought re-election in 2002, why the jobless rate was still nearly 10%. Germans gave Mr. Schröder a second chance, and his government immediately set about making good on its mandate.

The result was a radical reshaping of the German welfare state. To reduce labor costs, Agenda 2010 merged social-welfare benefits with benefits for the long-term unemployed, paring down the total amount and availability of assistance. Employers' health-insurance costs were trimmed back. Planned income and corporate tax cuts were accelerated: The top personal income tax rate was lowered to 42% from 48.5% and the bottom rate went down to 15% from 19.9%. The corporate tax rate dropped to 19% from 25%.

In the labor market, Mr. Schröder made firing easier with the expectation that hiring would consequently become easier, too. Rules protecting employees against dismissals "for economic reasons" were loosened. Measures were introduced to help employers avoid lawsuits from laid-off workers seeking re-employment. To spur job-seeking among the unemployed, Agenda 2010 cut jobless benefits and strengthened financial sanctions against those who were able but unwilling to accept work.

"And now the results speak for themselves," Mr. Schröder says. "For a long time we were the sick man of Europe. Now we are the healthy *Frau* of Europe." With German unemployment at 6.8%, nearly the lowest level since reunification in 1990, it's hard to disagree. German GDP growth has so far kept the euro zone from falling into another recession this year.

Mr. Schröder does note that Germany's present economic vigor isn't solely the result of Agenda 2010. Work-sharing programs are common in Germany. During the financial crisis, this has allowed employers, with the help of government subsidies, to keep workers on reduced hours instead of laying them off. Mr. Schröder also notes that Germany's unique system of "co-determination," under which union representatives occupy

permanent spots on corporate boards, ensures that labor and management are able to negotiate terms with both sides' long-term interests in mind. In Germany, workers' confidence that they have a say helps keep wages competitive while reducing the incidence of strikes compared to other European countries.

Co-determination doesn't get a fair shake in the Anglo-Saxon world, Mr. Schröder says.

Still, the chancellor suffered for his reforms. Agenda 2010 received committed support from Germany's main conservative parties: the center-right Christian Democrats and Christian Social Union, and the business-friendly Free Democrats. But it split Mr. Schröder's own party, the center-left Social Democrats, some of whom attacked the reforms as "scandalous" and "immoral." Unions revolted. In 2005, after a stinging defeat for the Social Democrats in a state election, Mr. Schröder called snap elections.

The Social Democrats failed to win a majority. The new chancellor was the leader of the Christian Democrats: a shy former chemist, raised in East Germany, named Angela Merkel. "I would like to thank Chancellor Schröder personally," Mrs. Merkel said in her first address to Parliament as chancellor, "for bravely and resolutely opening a door with Agenda 2010, so that our social systems could be adapted to a new era."

Mrs. Merkel may have kept the spirit of the Schröder reforms alive in Germany, but in most of Europe there has been little evidence, in seven years, that the reform wisdom Germany displayed has rubbed off. French President François Hollande has spent his first months in office raising the minimum wage, lowering the pension age, and standing by his notorious pledge to tax high earners at 75%. Adopting Mr. Hollande's policies would be "a real catastrophe" for Germany, Mr. Schröder says.

Aware of the political and historical sensitivities, Mr. Schröder counsels that Germany and the European Union shouldn't be encouraging Agenda 2010-style reforms as a cure for Southern Europe without concurrent measures to promote domestic spending and forestall immediate collapse. He echoes the suggestions of Mr. Hollande and others that the EU should invest in wobbling economies via the EU's regional development funds and project bonds for infrastructure.

Too much pain without enough reward risks "destroying domestic demand," Mr. Schröder says. And even perfectly executed structural reforms will not yield results right away.

Mr. Schröder points out that he's made a habit of not commenting on his successor. But he says that Mrs. Merkel listened too closely to the German tabloids early on in the crisis, especially about Greece. "She knew, of course, that nobody likes to see German tax money used to stabilize Southern European countries."

His own attitude toward Greece is more sympathetic. "The rescue has bought time, but in any case, the government [in Athens] needs the opportunity—not to water down the reforms or to avoid them—but to be able to stretch them out over time, and to prove to the Greek people that the chosen path is helpful."

He points to his own experience with Agenda 2010. In 2003, just as his reforms were beginning to be implemented, the European Commission deemed Germany and France to be in violation of the EU's deficit and debt ceilings. Mr. Schröder's finance minister at the time, Hans Eichel, proposed €20 billion (around \$24 billion then) of additional spending cuts to put Germany in compliance with EU law.

Mr. Schröder refused. "I said, 'Hans, that won't work. We can't push through these reforms, for which we need to devote all our power and take every risk, and also save €20 billion on top of that.'"

That Germany and France were never punished for their debt transgressions is still seen as evidence that no EU rule is so important that the Continent's largest members cannot get around it. Many blame Berlin and Paris's original sin for, in effect, licensing the Mediterranean governments' borrowing sprees. But Mr. Schröder says that fiscal rules ought to be negotiable "in countries where structural reform is really taking place—where, if you like, an Agenda 2020 is being implemented."

That's nice to promise, I suggest, but hard to practice. Mr. Schröder demurs when I ask whether political systems like Greece's are simply too dysfunctional to make certain changes, even if broad consensus within the

country believes it's necessary. "I hope that the new [Greek] government understands—not only understands but takes to heart—that they have to take this road. That's a prerequisite for giving them more time."

Greater flexibility on the current rescue strategy is important now, he says, but he's still convinced that Europe's next step must involve deeper political union among member states. "That means the ability to control not just monetary policy but also economic, financial and social policy. The crisis has made this clear."

Mrs. Merkel and the Christian Democrats have taken the same line, supporting the installation of a "European finance minister" to control national spending and taxes directly. Chancellor Merkel has put forth a "budget commissar"—as the proposed office has been called, darkly—as a precondition for further EU assistance such as joint euro-zone bonds or direct purchases of periphery sovereign debt.

France's Mr. Hollande has protested the most loudly over the loss of sovereignty that such centralization would entail, though he's hardly alone: A poll published this week showed that just under three-quarters of Germans also oppose a "United States of Europe."

Mrs. Merkel's own ruling coalition is also divided on the issue. The Free Democrats demand that the chancellor impose EU-level budget controls without offering euro bonds in return. They see such bonds as a dangerous commitment of German tax money even if national governments' budgets were tightly controlled. Euroskeptic backbenchers from all three parties in the coalition grumble that the principles for European integration pursued by their forebears have been trashed; the idea of returning to the deutsche mark consistently polls well.

The Social Democrats, meanwhile, have criticized the conservative parties for compromising European solidarity by being too stingy with German aid. "For Europe, there is only a choice between a bad and a catastrophic situation," Mr. Schröder says. Choosing the former "means that Germany must stand behind what is developing in Europe, because we have benefited from it."

"But there must be limits," he adds. "Mrs. Merkel was right when she said that Germany's productivity isn't unlimited."

Those limits may not be so far off. Last month German manufacturing contracted at the fastest pace in three years. Yields on German government borrowing are ticking up. If Germany has to pitch in substantially more to rescue the Southern states, its own public debt—already more than 80% of GDP—could raise market hackles.

It could also put Mrs. Merkel at risk of losing her job in next year's federal election. A majority of Germans still view the chancellor as a responsible steward of Berlin's coffers; her approval ratings are at their highest since 2009. But the business of coalition-building will be complicated significantly by what unfolds in Europe. Even if Germany gets its way on political union, that is a 10- or 20-year project, not a quick fix in time for the election.

"This government will not remain after 2013," Mr. Schröder says with conviction. It's an "open question" whether that also means that Mrs. Merkel is out, he adds. But Mr. Schröder is certain that the current coalition will not win a majority the next time Germans vote.

Even before then, though, Germany's political class may find itself disabused of the hope that Europe's national governments can reform their way to solvency. The long record of disappointments that have come out of Athens, Madrid and Rome raises the scary thought that this is not just a crisis of European money or of European institutions, but of European-style social democracy itself.

Germany's example would seem to suggest that it isn't, or at least that it doesn't have to be. But how many recent European governments—left- or right-wing—have been like Mr. Schröder's?

—Mr. Zhong is an editorial page writer for *The Wall Street Journal Europe*.

06. Juli 2012, 18:19 Uhr

Neue Allianzen in der Euro-Krise

Endlich zählen Ideen statt Ideologie

Eine Analyse von [David Böcking](#)

Die ideologischen Fronten in der Euro-Krise brechen auf. In der Debatte über Merkels Europapolitik verbünden sich plötzlich Kommunisten mit Konservativen, Gewerkschafter mit Industriellen. Das ist ein Gewinn.

Hamburg - Was bringt es, wenn mehr als 170 deutsche Wirtschaftsprofessoren ihr Unbehagen an den Beschlüssen des jüngsten Euro-Gipfels äußern? Auf den ersten Blick ziemlich wenig. Die Ökonomen um Ifo-Chef [Hans-Werner Sinn](#) warnen in [ihrem Appell](#), die geplante Bankenunion lade Deutschland untragbare Schulden auf. Doch die Gipfelbeschlüsse sind viel zu vage, als dass sich daraus eine konkrete Bedrohung ableiten ließe.

Das ist noch kein Grund, dem Appell jede Berechtigung abzusprechen, wie es jetzt [manche Gegner tun](#). Der Weg zum Euro ist gepflastert mit Warnungen, von denen sich viele im Nachhinein als richtig erwiesen haben - sei es vor dem griechischen Zahlenpfusch oder dem Fehlen einer gemeinsamen Finanzpolitik. Bei der Bewältigung der Euro-Krise kann sich die europäische Politik nun nicht mehr erlauben, Kassandrarufe einfach als abwegig abzutun. Die Folgen solcher Realitätsverweigerung haben sich als zu kostspielig erwiesen.

Leider lassen die Autoren aber weitgehend offen, welche politische Alternative sie bevorzugen würden. Ihre größte Leistung ist deshalb eine andere: Die Reaktionen auf ihren Appell zeigen, wie sehr die Krise in Deutschland die üblichen ideologischen Lager aufbricht. Drei Beispiele:

- Unterstützung bekommt Sinn ebenso vom konservativen CSU-Generalsekretär [Alexander Dobrindt](#) wie von der Linken-Politikerin [Sahra Wagenknecht](#). "Wo sie recht haben, haben sie recht", sagte die bekennende Kommunistin über den liberalen Ökonomen und seine Mitstreiter.
- Wie Sinn lehnt der Chef des Deutschen Industrieverbandes BDI, [Hans-Peter Keitel](#), die Bankenunion mit deutlichen Worten ab. Der Chef des industrienahen Instituts der Deutschen Wirtschaft, Michael Hüther, hat hingegen mit anderen Ökonomen einen [Gegenappell](#) verfasst.
- Dieser Gegenappell verteidigt indirekt Bundeskanzlerin [Angela Merkel](#) (CDU). Zu den Unterzeichnern gehören auch die gewerkschaftsnahen Ökonomen [Peter Bofinger](#) und Gustav Horn - normalerweise keine Verbündeten der Kanzlerin.

Zu ungewöhnlichen Allianzen führt vor allem ein gemeinsames Feinbild: die Banken. "Wall Street" und "City of London" seien die wahren Nutznießer einer gemeinsamen Haftung, heißt es im Sinn-Appell. Das trifft sich mit der Sicht von Wagenknecht, dass "der europäische Steuerzahler dauerhaft für die Fehlspekulationen der Finanzmafia bluten" müsse.

Die Wortwahl mag drastisch sein, doch die Befürchtung ist berechtigt. Am Anfang der Euro-Krise standen vielerorts die Fehlspekulationen von Banken, zu deren Rettung sich die Staaten dann hoch verschulden mussten. Für diese Fehler mussten die Institute kaum büßen - im Gegenteil. Von den Schritten gegen die Krise - Milliardenbürgschaften für Wackelstaaten und [historisch niedrige Zinsen](#) - profitieren vor allem sie.

Die Pleite als Konsens

Doch was fordern die Bankenkritiker als Alternative? Auch hier gibt es eine erstaunliche Übereinstimmung. "Banken müssen scheitern dürfen", schreiben die Ökonomen um Sinn. "Es ist richtig, dass die Möglichkeit bestehen muss, dass Banken pleitegehen", sagt auch Axel Troost, finanzpolitischer Sprecher der Linken.

Wagenknecht [bescheinigte den Wissenschaftlern wegen ihrem Ja zu Pleiten sogar](#), sie seien "wenigstens echte Liberale".

Von den Linken bis zum Ifo-Chef herrscht also Konsens darüber, dass weiterhin ein Grundprinzip der Marktwirtschaft gelten soll: Die Pleite gehört zum Risiko des Unternehmers. Dass dieser Konsens keineswegs selbstverständlich ist, zeigte sich bei der Schlecker-Pleite. Als die FDP mit demselben Argument staatliche Hilfen für die Drogeriekette ablehnte, wurde sie von den Linken als "asoziale Trümmertruppe" beschimpft.

Auch wenn man sich diesmal einig ist, greift der Ruf nach Banken-Pleiten aber zu kurz: Geldinstitute sind keine normalen Unternehmen, sondern ein entscheidender Teil des Wirtschaftskreislaufs. An ihnen hängt das Schicksal zahlloser Unternehmen und Arbeitnehmer. Das erklärt auch, warum Merkel im Moment ebenso von Industrievertretern Unterstützung erhält wie von Gewerkschaftern. Beide Seiten haben kein Interesse an einem zweiten Fall [Lehman Brothers](#) - also einer unkontrollierten Bankenpleite mit einer Rezession als Folge.

An erster Stelle muss deshalb der Versuch stehen, die Geschäfte der Banken stärker zu kontrollieren. Genau das aber ist der Zweck der europäischen Bankenaufsicht, die ein entscheidender Teil der so heftig kritisierten Bankenunion werden soll. Die Einigung auf diese Aufsicht gab es nicht umsonst - im Gegenzug sollen die Banken künftig direkt aus dem Rettungsfonds ESM kapitalisiert werden können. Solche Tauschgeschäfte gehören zur Politik, erst recht in der EU.

Die europaweite Aufsicht wäre ein entscheidender Schritt und eine wichtige Lehre aus der Krise. Denn dass die deutsche [Hypo Real Estate](#) quasi über Nacht mit staatlichen Milliarden vor der Pleite gerettet werden musste, lag vor allem daran, dass niemand von den Spekulationen ihrer irischen Tochter wusste. Eine gemeinsame Aufsicht wäre auch ein weiterer Schritt zur Überwindung nationalstaatlichen Denkens - eigentlich ein Ideal linker Politik. Auch deshalb überrascht die Fundamentalkritik an den Gipfelbeschlüssen.

Alle fürchten Entmündigung

Erklären lässt sie sich vor allem aus einem anderen Anliegen, das derzeit die politischen Lager vereint: Die Sorge vor einer zunehmenden Entmündigung der Bürger. Nicht nur Oppositionsvertreter kritisieren die mangelnde Transparenz der Brüsseler Beschlüsse. Auch Unionsfraktionschef [Volker Kauder](#) klagte gerade in der "Süddeutschen Zeitung" über Euro-Gipfel, bei denen "irgendwelche Leute irgendwann in den frühen Morgenstunden Erklärungen abgeben, die zunächst keiner überprüfen kann".

Eine beliebte Antwort auf solche Bedenken lautet: mehr Mitsprache, am besten direkte Demokratie. Die ist eigentlich ein Steckenpferd linker oder liberaler Politiker. Unionsvertreter galten dagegen bislang meist als Gegner von Referenden.

Doch die Debatte über eine Volksabstimmung zur europäischen Integration wurde weder von den Grünen noch von der Piratenpartei angestoßen - sondern vom CDU-Politiker [Wolfgang Schäuble](#). Er gehe davon aus, dass ein solches Referendum "schneller kommen könnte, als ich es noch vor wenigen Monaten gedacht hätte", [sagte der Finanzminister kürzlich dem SPIEGEL](#).

Linke, die mit liberalen Ökonomen sympathisieren, Konservative, die mehr direkte Demokratie fordern: Die Krise wirbelt die politischen Lager durcheinander. Das könnte zeigen, dass es nun auch für Deutschland ernst wird, nachdem das Land lange ein Tal der Glückseligen in der krisengeschüttelten Euro-Zone war. Es könnte aber auch das Eingeständnis sein, dass die alten Ideologien nicht weiterhelfen - und es Zeit für pragmatischere Lösungen wird. Dann hätte der Sinn-Appell doch noch etwas gebracht.

<http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/euro-krise-fuehrt-zu-neuen-allianzen-nach-oekonomen-appell-a-843044.html>

Europe's banking union

172 German professors can't be wrong

The Economist Jul 6th 2012, 16:02 by D.S. | BERLIN

OR PERHAPS they can. A [letter](#) from 172 German-speaking economists published by the daily *Frankfurter Allgemeine Zeitung* (FAZ) lambasts the steps taken towards a banking union by euro-zone leaders at a summit last week in Brussels. It has unleashed a counterblast from government heavyweights and their economic advisers, leaving the public even more confused.

The euro-zone chiefs were far from agreeing on anything like a banking union—but let that pass. The 172 academics are indignant and warn of dire consequences for German citizens when they end up guaranteeing balance-sheets three times the size of all euro-zone public debt.

A banking union means assuming “collective liability for the debts of the banks in the euro-system” thunder the professors. “Dear fellow citizens, please relay these concerns to your constituent MPs; our elected representatives must be alerted to the dangers that are threatening our economy,” they say.

Europe's leaders actually agreed on two things: to work towards joint bank supervision by the European Central Bank, and that euro-zone banks may be recapitalised directly by the European Financial Stability Facility and its future replacement, the European Stability Mechanism.

The most a banking union, if it indeed comes, is likely to guarantee is the deposits of private savers up to €100,000—no more than each EU member state already guarantees at a national level. True, even that would be a lot of cash if there were a systemic bank run, but avoiding one is precisely the goal of joint supervision.

The professors' outburst suggests little readiness to get into detail. It appears more an attempt to fuel public fears that politicians are taking Germany down a slippery path towards assuming all euro-zone debt. Judging by the online comments they are striking a chord even with sophisticated FAZ readers. “At last, clear words from the professionals,” writes one.

Predictably, the government has come out fighting. Angela Merkel, the chancellor, urged people to study the actual decisions taken in Brussels. Wolfgang Schäuble, the finance minister, spluttered: “I find it outrageous. Economists should be more responsible in the way they handle the concept of bank debt.”

Only a handful of the signatories are much known outside their faculties, including Hans-Werner Sinn, head of the Institute for Economic Research in Munich, and Klaus Zimmermann, former head of the German Institute for Economic Research in Berlin.

A [riposte](#) from seven economic heavyweights (including Peter Bofinger and Bert Rürup, member and former member respectively of the Council of Economic Experts, which advises the government) has been posted on the website of the *Handelsblatt*, a business daily, under the headline “No bogeymen!” In these uncertain times, they write, “it cannot be the job of economists to unsettle the public even more with cliché-ridden assertions and questionable arguments.”

The 172 professors have certainly broken new ground. The most remarkable thing, says one FAZ reader, is that “so many economists could agree on a single text :-)- incredible.”

Euro : débat passionné chez les économistes allemands

Par [Patrick Saint-Paul](#) Mis à jour le 07/07/2012 à 00:04 | publié le 06/07/2012 à 18:55 [Réactions](#) (37)



«C'est révoltant. Cela ne correspond pas à la responsabilité du milieu scientifique», s'est emporté Wolfgang Schäuble (à gauche), ministre des Finances allemand, après la publication du texte signé par 170 économistes. Crédits photo : © Jonathan Ernst / Reuters/REUTERS

Une lettre ouverte publiée jeudi par «170 économistes» fustige le projet d'union bancaire décidé à Bruxelles, provoquant la colère du ministre des Finances et de sept autres universitaires, notamment, qui ont publié un contre-manifeste vendredi.

Las d'impuissance dans la gestion de la crise de la zone euro, les économistes allemands se sont lancés dans l'affrontement politique. Le sauvetage de l'euro, et en particulier le projet d'une union bancaire, a déclenché une querelle entre sommités des sciences économiques, qui invectivent le gouvernement d'[Angela Merkel](#) ou le défendent à coups de manifestes et contre-manifestes publiés dans la presse.

L'affaire a débuté jeudi avec la publication sur le site du quotidien de centre droit *Frankfurter Allgemeine Zeitung* (FAZ) d'une lettre adressée à «nos chers concitoyens» par 170 économistes. Hans-Werner Sinn, patron du prestigieux institut Ifo et coutumier des sorties fracassantes sur les dangers des plans de sauvetage en zone euro, a pris la tête de la fronde des économistes contre le gouvernement. Leur «grande préoccupation» porte en particulier sur le [projet d'union bancaire](#) lancé lors du dernier [sommet européen](#), qu'ils craignent de voir déboucher sur «une garantie commune pour les créances des banques de la zone euro», profitant aux grandes places financières mondiales. Tout cela au détriment du sacro-saint «contribuable allemand», que l'on oppose systématiquement à toute forme de solidarité européenne.

«Clichés nationalistes»

«Les banques doivent pouvoir faire faillite», estiment ces économistes... oubliant un peu vite la série de catastrophes provoquée par la chute de Lehman Brothers. Il n'en fallait pas plus pour plonger le ministre des Finances, Wolfgang Schäuble, dinosaure au caractère bien trempé, dans une colère noire. «C'est révoltant. Cela ne correspond pas à la responsabilité du milieu scientifique», s'est-il emporté, estimant que ces universitaires avaient outrepassé leur rôle. Il a appelé à «ne pas surestimer ce chiffre de 170», ajoutant: «Il y a tellement d'universitaires de nos jours.» De son côté, la chancelière a rejeté les critiques en affirmant que le compromis du sommet de Bruxelles - permettant l'utilisation du MES (Mécanisme européen de sauvetage) pour racheter des obligations souveraines et pour recapitaliser directement les banques - «n'a rien changé pour l'Allemagne».

La polémique gronde aussi dans le monde universitaire. Sept économistes, dont le médiatique Peter Bofinger, étiqueté centre gauche et membre du cercle des Cinq Sages conseillant le gouvernement allemand en matière économique, signent ainsi un «contre-manifeste» dans le quotidien *Handelsblatt* paru vendredi. Dans le climat de crise actuel, «ce n'est pas le rôle des économistes d'attiser encore les inquiétudes de l'opinion publique par des affirmations péremptoires et des arguments douteux, le tout dans un langage pétri de clichés nationalistes», jugent-ils.

Schuldenkrise

Euro-Empörung

FAZ-Kommentar 06.07.2012 · 172 Wirtschaftsprofessoren protestieren gegen die „Euro-Rettungspolitik“. Dürfen die das?

Von [Holger Steltzner](#)

[Artikel](#) [Lesermeinungen](#) (38)

Finanzminister Schäuble gibt sich empört. Dürfen [172 Wirtschaftsprofessoren](#) zum Protest gegen die „Euro-Rettungspolitik“ aufrufen? Ja, natürlich! Übrigens haben deutsche Ökonomen schon vor der Einführung des Euro deutlich vor den Folgen der falsch konstruierten Währungsunion gewarnt. Leider ignorierten Schäuble und der damalige Bundeskanzler Kohl alle Warnungen.

Dafür [drischt der Finanzminister nun verbal auf die Wissenschaftler ein](#). Es gehe bei der ins Auge gefassten direkten Kapitalisierung von Banken durch den Bail-out-Fonds ESM nicht darum, die Haftung zu vergemeinschaften, sondern um gemeinsame Aufsicht. Mit diesem Dreh [versucht die Bundesregierung ihr Einknicken auf dem letzten Euro-Krisengipfel ins Gegenteil umzudeuten](#).

Dumm nur, dass die Regierungschefs aus Italien und Spanien sich so laut und diebisch über die weiter zunehmende Gemeinschaftshaftung freuen, dass man das bis in den Norden Europas hört. Dort stellt Finnlands Finanzministerin jetzt klar: Einer gemeinsamen Haftung stimme sie nicht zu. [Finnland sei auf alles vorbereitet](#) - auch auf einen Ausstieg aus dem Euro. Derweil streut Schäuble weiter Sand in die Augen der Deutschen.

Quelle: F.A.Z.

„Das Geld der Sparer ist nicht in Gefahr“

06.07.2012 · In einem vielbeachteten Protestaufruf haben sich 172 Ökonomen gegen die Beschlüsse des jüngsten EU-Gipfels gewendet. Jetzt hat sich eine kleine Gruppe Fachkollegen dagegen formiert. Michael Hüther, Chef des arbeitgebernahen Instituts der Deutschen Wirtschaft ist einer von ihnen. Ein Interview.

[Artikel](#) [Bilder \(1\)](#) [Lesermeinungen \(27\)](#)



© dapd „Es geht nicht, dass man sich auf seine wissenschaftliche Reputation beruft und dann Argumente liefert, die sich nah am Stammtisch bewegen“, sagt Michael Hüther.

172 Ökonomen haben gegen die Euro-Gipfelbeschlüsse protestiert – Sie sind gemeinsam mit sechs weiteren Ökonomen gegen diesen Protest. Wollen Sie, dass Länder für die Schulden anderer haften?

Nein, überhaupt nicht. Ich rede hier ja nicht den Eurobonds das Wort. Im Gegenteil: Ich spreche mich strikt gegen eine Haftungsgemeinschaft in jeglicher Form aus.

Öffnen die Gipfelbeschlüsse nicht die Tür für eine Vergemeinschaftung von Schulden?

Das suggerieren die Ökonomen in ihrem Aufruf, ich kann es aber in dieser Form nicht erkennen. Die Gipfelbeschlüsse zeigen, dass der ESM Banken nur dann rekapitalisieren soll, wenn angemessene Auflagen eingehalten werden.

Die Gipfelbeschlüsse sind vage formuliert. Und die Auflagen werden in der Praxis immer schwächer...

Dagegen stehen die schon erheblichen Anstrengungen der Krisenländer – Anstrengungen, die es – folgt man dem Tenor des Aufrufs – gar nicht geben dürfte, weil man nur versuchte, Deutschland auszubeuten. Das geht an der Realität vorbei, auch wenn noch viel zu tun ist. Grundsätzlich ist es aber nicht die Aufgabe der Wissenschaft, die Öffentlichkeit mit emotionalen Aufrufen zu verunsichern. Man kann zu den Gipfelbeschlüssen natürlich ganz verschiedene Meinungen haben. Doch der offene Brief der Ökonomen dramatisiert die Lage bloß.

Erstmal hat er eine riesige Aufmerksamkeit geweckt. War das nicht zu diesem Zeitpunkt der Debatte einmal wichtig?

Die Aufmerksamkeit war auch vorher längst hergestellt. Es geht aber nicht, dass man sich auf seine wissenschaftliche Reputation beruft und dann Argumente liefert, die sich nah am Stammtisch bewegen.

Darin sind Sie sich einig mit Gustav Horn vom gewerkschaftsnahen Institut IMK. Kämpfen jetzt arbeitgebernahe und gewerkschaftsnahe Wissenschaftler Seit an Seit für die Ziele Angela Merkels in Europa?

Wir haben einen Dissens in vielerlei Detailfragen. Das betrifft nicht nur Gustav Horn und mich, sondern teilweise auch die anderen Kollegen, die den Gegenaufruf mitunterzeichnet haben. Uns eint aber die

Einschätzung, dass es der falsche Weg ist, einfach nur Furcht zu schüren. Als Wissenschaftler sollte man konstruktiv sein und sich sachlich äußern.

Und dazu sehen Sie die 172 Ökonomen nicht in der Lage?

Das weiß ich nicht. Offenkundig aber ist es nicht so einfach, aus den Gehäusen der Modelle kommend zu politisch und gesellschaftlich relevanten Fragen gleichermaßen angemessen zu argumentieren. Insgesamt und unabhängig von diesem aktuellen Vorgang beobachte ich mit Sorge, dass Relevanz kein bedeutsames Kriterium für die nur universitär orientierte Volkswirtschaftslehre ist.

Was ist Ihre sachliche Äußerung zum Thema?

Es gibt in Europa 29 Banken, die systemrelevant sind. Den Banken in den Krisenstaaten fehlt es an Eigenkapital und sie können in Liquiditätsschwierigkeiten geraten. Diese systemrelevanten Banken kann man mit ESM-Geld stabilisieren, wenn eine europäische Aufsicht effektiv ist.

Die protestierenden Ökonomen um Hans-Werner Sinn sagen: Banken sollten scheitern können. Sonst müssten Sparer und Steuerzahler mancher Länder nicht für die Bankschulden in anderen Ländern aufkommen.

Das Geld der deutschen Sparer ist nicht in Gefahr. Das sieht man an den Erfahrungen, die in Amerika gemacht worden sind. Ein Kapitalisierungsprogramm sollte ähnlich funktionieren, wie es die Vereinigten Staaten mit dem TARP-Programm vorgemacht haben. Dort wurde den notleidenden Banken die wichtige Hilfe gewährt und trotzdem wurden die Aktionäre und Gläubiger nicht aus ihrer Verantwortung entlassen. Am Ende haben die Steuerzahler profitiert.

Das Gespräch führte Nadine Bös.

6 gegen 172

Gegen den gestern veröffentlichten [Protestaufruf von 172 Ökonomen](#) haben sich nun sechs Fachkollegen zu Wort gemeldet. Sie sind Peter Bofinger, Gustav Horn, Michael Hüther, Dalia Marin, Bert Rürup, Friedrich Schneider und Thomas Straubhaar. Ihre Erklärung, die sie ursprünglich im „Handelsblatt“ veröffentlicht haben, finden Sie [hier](#).

Quelle: FAZ.NET

THE WALL STREET JOURNAL.

Opinion

Hollandism Begins; The French budget reflects the notion that 'austerity' should raise taxes so government can finance 'growth.'

6 juillet 2012

[The Wall Street Journal Online](#)

France's national audit office warned Wednesday about the "preoccupying state" of the public fisc. Spending has increased to 56% of GDP from 52.6% in 2007, while revenues have only risen to 50.8% from 49.9%. The deficit "remains at double the level that would stabilize the debt," now nearly 90% of gross domestic product. Economists forecast growth of 0.3% this year.

Hours later, Finance Minister Pierre Moscovici unveiled his Socialist government's proposed cure, and we'll grant it this: It's as faithful a reflection as any of the current Keynesian consensus that the best "austerity"

starves the private economy through higher taxes so the government can use the money to finance "growth." If this experiment fails, so does the economic model that inspired it.

Mr. Mosovici's supplementary 2012 budget is meant to raise an additional €7.2 billion in taxes this year. Highlights include the end of tax exemptions on overtime pay and a one-time surcharge on income over €1.3 million this year. That's before President François Hollande's promised top marginal 75% rate kicks in for 2013.

Pending approval from the Socialist-led parliament, the government is moving forward certain tax payments from next year to this for companies with €250 million or more in revenue. Businesses will pay a 30% tax on the value of stock options they offer to executives, up from 14%. The beneficiaries of these options will now be taxed at 10% instead of 8%. This is meant to assist in the government's "goal of eventual elimination of stock options."

Wednesday's budget would also cancel the previous government's rebates on social security "contributions," which benefit workers earning up to 210% the minimum wage. This Sarkozy-era tax break is being axed because it helps services and financial companies more than industrial and auto firms. The Hollande government also intends to raise the "social forfeit" employers pay on their workers' private pension funds to 20% from 8%. This one is intended to "pay" for Mr. Hollande's decision to lower the minimum retirement age to 60 from 62.

That's not all. Thinking of moving to France, or at least investing in it? Currently non-residents, expats and foreign investors pay no "social contributions" on the capital gains or rental income they receive on French property.

But the new budget will impose a 15.5% social-security "contribution" on foreigners' and nonresidents' French rental income and real-estate capital gains, on top of the 19% capital-gains tax already levied on home sales, and the 20% tax already levied on rental income. The budget also introduces a 3% withholding tax on French corporate dividends distributed to shareholders, and doubles the financial-transaction to 0.2% from 0.1%.

It's true that the new budget isn't entirely spendthrift. Mr. Hollande cut salaries for himself and his ministers by a third. That should save about €2 million tops—out of a budget of more than €1 trillion. Most ministries are also under orders to reduce spending by 2.5% immediately, though Mr. Hollande still plans to hire 60,000 new teachers. Meanwhile, France will contribute to a pan-European infrastructure blowout of €120 billion using EU funds and the European Investment Bank.

So **Hollandism begins**. When François Mitterrand came to office 30 years ago he also foisted a socialist experiment on France that nearly brought the country to ruin. In the end, Mitterrand learned his lesson. Will François Hollande?

Dow Jones & Company, Inc.

Europe's Bailout Fund Goes to Court

Germany's Constitutional Court could yet derail the EU's latest rescue gambit.

WSJ 5/7/2012 Opinion By [RUSSELL A. BERMAN](#)

A major roadblock may lie ahead for Europe's rescue plans, and this one isn't coming out of a country that anyone can ignore. Germany's Constitutional Court begins hearings next week on the European Stability Mechanism and the fiscal pact, which the German Parliament voted last month to approve. At the very least, the court sessions will delay establishment of the ESM, the euro zone's permanent bailout fund, which had been scheduled to go into effect on July 1. And if the German Court finds the bailout fund altogether unconstitutional, its blueprint might need to be revised or even scrapped entirely.

This political and legal crisis has been a long time coming. Throughout the process of European unification, the German Court has consistently ruled to protect Germany's sovereignty. Short of a profound reshaping of political institutions, the Court has signaled that democratic legitimacy rests with the elected governments of nation-states—not with the EU bureaucracy.

As recently as mid-June, the Court sharply reminded Chancellor Angela Merkel's administration that it is obligated to involve the Bundestag in substantial and timely ways in any plans that touch on Germany's status in Europe. The message was that legislative participation has to be more than just an afterthought for perfunctory acclamation of government decisions.

Yet the Bundestag's June 29 vote to adopt the ESM—which took place in the immediate aftermath of another Brussels summit—had all the hallmarks of just such a decision. In an extraordinary constitutional moment, German President Joachim Gauck has agreed to refrain from signing the legislation until the Court has ruled on it. Any next steps now depend on the outcome of constitutional deliberations.

The ESM's German opponents have diverse political goals. Conservatives, including members of Mrs. Merkel's own coalition, harbor euroskeptic hesitations, and the current crisis only reinforces their nostalgia for the deutsche mark. The left, meanwhile, fears an institutionalization of Continent-wide austerity policies and objects to using public funds to save private banks. Right and left overlap with objections that this new step in expanded European government threatens to undermine parliamentary rule altogether.

Herta Däubler-Gmelin, the former German justice minister, has co-signed a substantial appeal to the court that has gained wide public circulation. It argues that adoption of the ESM and the fiscal pact would unconstitutionally surrender Bundestag budgetary authority to an external body. Germany would thereby be subject to fiscal constraints and—more worrisomely—could be saddled with enormous financial obligations to make up for the inevitable future shortfalls of other euro-zone members.

Once signing on to the ESM and fiscal pact, Germany would not be allowed to refuse to make such payments, nor could it ever exit the treaty, except in the unlikely case of a unanimous vote of all members. Why would they let the cash cow leave? The treaty also stipulates that all deliberations of the ESM's Board of Governors enjoy secrecy, which would preclude any substantial oversight from the Bundestag or any other legislative body.

The German Court has a track record of deferring to the federal government's choices in Europe politics. In this case, however, the irrevocable nature of ESM membership and the scope of the potential financial obligation may elicit a bolder response. The court could well decide that an incursion on national sovereignty of this magnitude would require a plebiscite, as is in fact required by the German Basic Law. Even Finance Minister Wolfgang Schäuble, an advocate of "more Europe," has indicated that a popular vote is an increasingly probable outcome.

The result could be a dramatic moment for Europe. The German voter is unlikely to opt to give up sovereignty to the ESM or to believe that destroying northern European prosperity is the right way to solve Southern Europe's debt problems.

—Mr. Berman is a senior fellow at the Hoover Institution and a professor of German Studies at Stanford University.

Protestaufruf

Der offene Brief der Ökonomen im Wortlaut

FAZ 05.07.2012 · 160 Wirtschaftsprofessoren wenden sich mit einem Protestaufruf an Bürger und Politik. Die Beschlüsse des jüngsten Eurogipfels erfüllten sie mit großer Sorge, schreiben die Wissenschaftler. Die Erklärung im Wortlaut.

Liebe Mitbürger,

die Entscheidungen, zu denen sich die Kanzlerin auf dem Gipfeltreffen der EU-Länder gezwungen sah, waren falsch. Wir, Wirtschaftswissenschaftlerinnen und Wirtschaftswissenschaftler der deutschsprachigen Länder, sehen den Schritt in die Bankenunion, die eine kollektive Haftung für die Schulden der Banken des Eurosystems bedeutet, mit großer Sorge. Die Bankschulden sind fast dreimal so groß wie die Staatsschulden und liegen in den fünf Krisenländern im Bereich von mehreren Billionen Euro. Die Steuerzahler, Rentner und Sparer der bislang noch soliden Länder Europas dürfen für die Absicherung dieser Schulden nicht in Haftung genommen werden, zumal riesige Verluste aus der Finanzierung der inflationären Wirtschaftsblasen der südlichen Länder absehbar sind. Banken müssen scheitern dürfen. Wenn die Schuldner nicht zurückzahlen können, gibt es nur eine Gruppe, die die Lasten tragen sollte und auch kann: die Gläubiger selber, denn sie sind das Investitionsrisiko bewusst eingegangen und nur sie verfügen über das notwendige Vermögen.

Die Politiker mögen hoffen, die Haftungssummen begrenzen und den Missbrauch durch eine gemeinsame Bankenaufsicht verhindern zu können. Das wird ihnen aber kaum gelingen, solange die Schuldnerländer über die strukturelle Mehrheit im Euroraum verfügen. Wenn die soliden Länder der Vergemeinschaftung der Haftung für die Bankschulden grundsätzlich zustimmen, werden sie immer wieder Pressionen ausgesetzt sein, die Haftungssummen zu vergrößern oder die Voraussetzungen für den Haftungsfall aufzuweichen. Streit und Zwietracht mit den Nachbarn sind vorprogrammiert. Weder der Euro noch der europäische Gedanke als solcher werden durch die Erweiterung der Haftung auf die Banken gerettet; geholfen wird statt dessen der Wall Street, der City of London – auch einigen Investoren in Deutschland - und einer Reihe maroder in- und ausländischer Banken, die nun weiter zu Lasten der Bürger anderer Länder, die mit all dem wenig zu tun haben, ihre Geschäfte betreiben dürfen.

Die Sozialisierung der Schulden löst nicht dauerhaft die aktuellen Probleme; sie führt dazu, dass unter dem Deckmantel der Solidarität einzelne Gläubigergruppen bezuschußt und volkswirtschaftlich zentrale Investitionsentscheidungen verzerrt werden.

Bitte tragen Sie diese Sorgen den Abgeordneten Ihres Wahlkreises vor; unsere Volksvertreter sollen wissen, welche Gefahren unserer Wirtschaft drohen.

Werner Abelshauser (Bielefeld)
Klaus Adam (Mannheim)
Thomas Apolte (Münster)
Lutz G. Arnold (Regensburg)
Ludwig von Auer (Trier)

Sascha Becker (Warwick)
Gerard J. van den Berg (Mannheim)
Annette Bergemann (Mannheim)
Norbert Berthold (Würzburg)
Thomas Beißinger (Hohenheim)
Martin Biewen (Tübingen)
Charles B. Blankart (Berlin)
Eckhart Bomsdorf (Köln)
Michael Braulke (Osnabrück)
Friedrich Breyer (Konstanz)

Jeanette Brosig-Koch (Duisburg-Essen)
Carsten Burhop (Köln)

Volker Caspari (Darmstadt)
Dieter Cassel (Duisburg/Essen)
Norbert Christopeit (Bonn)

Manfred Deistler (Wien)
Alexander Dilger (Münster)
Klaus Diller (Koblenz)
Jürgen B. Donges (Köln)
Axel Dreher (Heidelberg)

Jürgen Eichberger (Heidelberg)
Peter Egger (Zürich)
Wolfgang Eggert (Freiburg)
Mathias Erlei (Clausthal-Zellerfeld)

Hans Fehr (Würzburg)
Stefan Felder (Basel)
Bernhard Felderer (Wien)
Andreas Freytag (Jena)
Jan Franke-Viebach (Siegen)
Michael Fritsch (Jena)
Markus Frölich (Mannheim)
Wilfried Fuhrmann (Potsdam)
Michael Funke (Hamburg)

Gerhard Gehrig (Frankfurt)
Egon Görgens (Bayreuth)
Volker Grossmann (Freiburg/Schweiz)
Joachim Grammig (Tübingen)
Wolf-Heimo Grieben (Würzburg)
Thomas Gries (Paderborn)
Josef Gruber (Hagen)
Erich Gundlach (Hamburg)

Hendrik Hakenes (Bonn)
Gerd Hansen (Kiel)
Andreas Haufler (München)
Harry Haupt (Bielefeld)
Nikolaus Hautsch (Berlin)
Burkard Heer (Augsburg)
Arne Heise (Hamburg)
Christoph Helberger (Berlin)
Florian Heiss (Mainz)
Thomas Hering (Hagen)
Carsten Herrmann-Pillath (Frankfurt)
Helmut Herwartz (Kiel)
Hans Hirth (Berlin)
Stefan Hoderlein (Boston)
Stefan Homburg (Hannover)

Jürgen Jerger (Regensburg)
Uwe Jirjahn (Trier)

Leo Kaas (Mannheim)
Alexander Karmann (Dresden)
Gebhard Kirchgässner (St. Gallen)
Oliver Kirchkamp (Jena)
Roland Kirstein (Magdeburg)
Kai Konrad (Berlin)
Walter Krämer (Dortmund)
Tim Krieger (Paderborn)
Hans-Martin Krolzig (Canterbury)
Jens Krüger (Darmstadt)
Jörn Kruse (Hamburg)

Franz Peter Lang (Braunschweig)
Bernd Lucke (Hamburg)
Helmut Lütkepohl (Berlin)

Ernst Maug (Mannheim)
Dirk Meyer (Hamburg)
Georg Milbradt (Dresden)
Gertrud Moosmüller (Passau)
Karl Mosler (Köln)
Georg Müller-Fürstenberger (Trier)
Marc-Andreas Muendler (San Diego)

Bernhard Neumärker (Freiburg)
Werner Neus (Tübingen)
Dirk Niepelt (Gerzensee)
Volker Nitsch (Darmstadt)

Peter Oberender (Bayreuth)
Walter Oberhofer (Regensburg)
Ingrid Ott (Karlsruhe)
Max Otte (Graz)

Wolfgang Paffenberger (Bremen)
Hans-Georg Petersen (Potsdam)
Dietmar Petzina (Bochum)
Wilhelm Pfähler (Hamburg)
Michael Pickhardt (Cottbus)
Winfried Pohlmeier (Konstanz)
Mattias Polborn (Urbana-Champaign)
Olaf Posch (Aarhus)
Birger P. Priddat (Witten-Herdecke)

Bernd Raffelhüschen (Freiburg)
Olaf Rank (Freiburg)
Franko Reither (Hamburg)
Til Requate (Kiel)
Rudolf Richter (Saarbrücken)
Gerhard Rübel (Göttingen)
Ralf Runde (Siegen)

Wolf Schäfer (Hamburg)
Bernhard Scherer (London)
Burkhard C. Schipper (University of California)
André Schmidt (Witten-Herdecke)

Gunther Schnabl (Leipzig)
Ronnie Schöb (Berlin)
Klaus Schöler (Potsdam)
Siegfried G. Schoppe (Hamburg)
Matthias Graf von der Schulenburg (Hannover)
Christian Seidl (Kiel)
Franz Seitz (Weiden)
Friedrich L. Sell (Neubiberg)
Gernot Sieg (Braunschweig)
Hans-Werner Sinn (München)
Peter Spahn (Hohenheim)
Georg Stadtmann (Frankfurt/Oder)
Joachim Starbatty (Tübingen)
Thomas Steger (Leipzig)
Martin Steinrücke (Greifswald)
Erich Streißler (Wien)
Wolfgang Ströbele (Münster)
Hans Gerhard Strohe (Oppen)

Tymon Tatur (Bonn)
Theresia Theurl (Münster)
Stephan Thomsen (Hannover)
Karl-Heinz Tödter (Frankfurt)
Stefan Traub (Bremen)

Harald Uhlig (Chicago)

Stefan Voigt (Hamburg)

Andreas Wagener (Hannover)
Gerhard Wagenhals (Hohenheim)
Adolf Wagner (Tübingen/Leipzig)
Martin Wagner (Graz)
Klaus Wälde (Mainz)
Martin Wallmeier (Freiburg/Schweiz)
Gerhard Wegner (Erfurt)
Joachim Weimann (Magdeburg)
Thomas Wein (Lüneburg)
Robert K. von Weizsäcker (München)
Frank Westermann (Osnabrück)
Michael Wolf (Zürich)
Elmar Wolfstetter (Berlin)

Klaus F. Zimmermann (Bonn)

Quelle: FAZ.NET

Protestaufruf der Wirtschaftsprofessoren

„Wir sehen die Bankenunion mit großer Sorge“

FAZ 05.07.2012 · „Liebe Mitbürger“, so beginnt ein offener Brief von 160 Ökonomen, mit dem sie die Bevölkerung und die Politik aufrufen wollen, die jüngsten Beschlüsse des Eurogipfels nicht länger mitzutragen. Angela Merkel sei zu Entscheidungen gezwungen worden, die am Ende nicht zu einer Rettung des Euro führten.

Von [Philip Plickert](#)



© Frank Röth / F.A.Z.

Kinder und Enkel vor den Folgen einer Bankenunion bewahren: Das will die Gruppe um den Ifo-Chef Hans-Werner Sinn.

In einem eindringlichen öffentlichen Aufruf haben 160 deutschsprachige Wirtschaftsprofessoren die [Beschlüsse des EU-Gipfeltreffens](#) der vergangenen Woche als falsch verurteilt. „Wir ... sehen den Schritt in die Bankenunion, die eine kollektive Haftung für die Schulden der Banken des Eurosystems bedeutet, mit großer Sorge“, heißt es in dem Aufruf.

Deutschland und die soliden Länder würden gepresst, ihre Haftungssummen immer weiter auszudehnen. „Streit und Zwietracht mit den Nachbarn sind dann vorprogrammiert. Weder der Euro noch der europäische Gedanke als solcher werden durch die Erweiterung der Haftung auf die Banken gerettet“, warnen die Ökonomen.

Ökonomen wollen Bürger und Politik aufrütteln

Initiator des Protestbriefes ist der Dortmunder Wirtschaftsstatistiker Walter Krämer. Er hat den Aufruf zusammen mit dem Ifo-Präsidenten [Hans-Werner Sinn](#) verfasst, der seit längerem zu den scharfen Kritikern der Euro-Rettungspolitik zählt. Der Massenappell prominenter Ökonomen verleiht dem nun mehr Gewicht. Zu den Unterzeichnern zählen etwa Kai Konrad, der Vorsitzende des Wissenschaftlerbeirats von Finanzminister Wolfgang Schäubles, der Freiburger Finanzwissenschaftler Bernd Raffelhüschen, der frühere DIW-Präsident Klaus Zimmermann, der ehemalige sächsische Ministerpräsident und Finanzprofessor Georg Milbradt, der österreichische Wirtschaftsberater Bernhard Felderer. Auch mehrere deutsche Professoren, die im Ausland lehren wie der Makroökonom Harald Uhlig von der Universität Chicago, haben unterschrieben.

Die Ökonomen wollen die Bürger und die Politik aufrütteln, welche Gefahren drohten. Die Bankschulden seien fast dreimal so groß wie die Staatsschulden. „Es ist schlechterdings unmöglich, die Steuerzahler, Rentner und Sparer der bislang noch soliden Länder Europas für die Absicherung dieser Schulden in die Haftung zu nehmen, zumal riesige Verluste aus der Finanzierung der inflationären Wirtschaftsblasen der südlichen Länder absehbar sind“, heißt es in dem offenen Brief an die „lieben Mitbürger“. In einem ersten Entwurf des Textes war von Bankschulden in fünf Krisenländern von rund 9 Billionen Euro die Rede.

Nicht der Euro, sondern die Gläubiger werden gerettet

Der jüngste Brüsseler Gipfel war für Krämer der Anstoß, den lange schwelenden Unmut der Ökonomen über die Euro-Rettungspolitik in einer gemeinsamen Aktion öffentlich zu machen. Nach seinem Eindruck werden nicht der Euro, sondern die Gläubiger der maroden Banken gerettet. Das sei aber sowohl ökonomisch falsch als auch ungerecht. Wenn die Banken ihre Schulden nicht zurückzahlen könnten, sollten nicht die Steuerzahler die Lasten tragen, sondern die Gläubiger der Banken, also etwa die Investoren, die Anleihen der Banken gezeichnet haben. „Denn nur sie verfügen über das notwendige Vermögen und sind das Investitionsrisiko eingegangen.“ Bei EU-Gipfel hatten besonders Spanien und Italien starken Druck auf Deutschland ausgeübt zuzustimmen, dass der künftige Euro-Krisenfonds ESM auch direkt Kapital an angeschlagene Banken vergeben kann. Zudem sollen Krisenländer Hilfskredite ohne besondere Auflagen erhalten dürfen.

Dieser Entscheidungen, „zu denen sich die Kanzlerin ... gezwungen sah“, seien falsch, warnen die 160 Wirtschaftsprofessoren. „Die Politiker mögen hoffen, die Haftungssummen begrenzen und den Missbrauch durch eine gemeinsame Bankenaufsicht verhindern zu können. Das wird ihnen aber kaum gelingen, solange die Schuldnerländer über die strukturelle Mehrheit im Euroraum verfügen.“ Von den Gipfelbeschlüssen, so die Unterzeichner, profitierten vor allem Investoren an den angelsächsischen Finanzplätzen sowie marode in- und ausländische Banken. Die „Sozialisierung der Schulden“ löse nicht dauerhaft die aktuellen Probleme. Im vergangenen Jahr hatte es schon einmal eine Massenpetition von fast 190 Professoren gegen die Euro-Rettungspolitik gegeben. Sie hatten eine Banken- und eine Staateninsolvenzordnung gefordert.

Quelle: Frankfurter Allgemeine Zeitung

To Hollande, With Love

ZeroHedge Submitted by [Tyler Durden](#) on 07/04/2012 22:31 -0400

Monsieur le Président de la République
Palais de l'Élysée
55, rue du faubourg Saint-Honoré
75008 Paris

Paris, 4th of July 2012

Monsieur le Président,

You have just been elected after a particularly adroit and fortunate electoral campaign which has awarded you full powers. This gives you the historic opportunity to carry out the in-depth reforms this country needs to help it face its major challenges, with a widened social support.

Unfortunately, the first projects unveiled by your government do not engage on this path. On the contrary, they portend a number of ominous consequences. The implementation of a confiscatory fiscal policy would cripple our major companies by accelerating the exodus of their management heads, while freezing investment into small and medium-size businesses. The fleecing of the middle classes as well would accentuate the weakening of the work ethic, already damaged by the 35-hour week. Finally, modest and low incomes would also suffer. Increase taxation of overtime would erode their purchasing power, while the project to raise the ceiling on the Livret A savings account may well support the financing of public debt, but would encourage an increased amount of the working-class savings to be sunk into an investment with lacklustre returns.

The plan to fleece the entire country in order to sustain the survival of an obsolete social welfare system is doomed, yet it may be implemented for a few months. But endeavouring to also fleece our German friends is a dangerous and reckless ambition. Why should they accept to contribute to the financing of a 60 year retirement age in France when they have just raised it domestically to 67? Certainly, Germany would have a lot to lose with the implosion of the euro. But it is politically untenable to demand support for social benefits that the Germans have denied for themselves and unrealistic to imagine they can single-handedly carry the burden of a spendthrift Europe.

You are faced with a formidable dilemma. Either to consolidate the viability of our core social progress by embarking on a courageous reform program or threaten it by impoverishing the country, while endangering the European construction project. By all means, consider the odds before taking your decisions.

With this hope in mind, Monsieur le Président, I remain yours faithfully,

Edouard Carmignac

Source [Carmignac Geston](#), h/t Sean Corrigan

THE WALL STREET JOURNAL.

Merkel: Just Say Nein to Eurobonds

By Matthew Will

2 juillet 2012

[The Wall Street Journal](#)

(Copyright (c) 2012, Dow Jones & Company, Inc.)

The European financial crisis has created an unusual mix of allies. Politicians, hedge fund managers, liberal pundits and the financial press are determined to convince German Chancellor Angela Merkel that economic salvation requires the European Central Bank to issue eurobonds.

Prior to last week's European Union summit in Brussels, the Organization for Economic Cooperation and Development endorsed French President Francois Hollande's plan to do just that and insisted Mrs. Merkel agree. She wouldn't, but at the summit she was all but held captive until relenting to some other bailout.

Meanwhile, money managers have waged their own campaign to get Mrs. Merkel on board. Financier George Soros has predicted dire consequences for Europe if Germany does not acquiesce. Harvard historian Niall Ferguson accused Mrs. Merkel of repeating the mistakes of Weimar Germany that led to the collapse of democracy. He did not use the "N word," but we all know an appeal to German guilt when we see one.

Each faction has its own reason for pressuring Germany but all share a common characteristic: They are wrong.

Historically, nations tax, borrow and spend until there is nothing left to tax and borrow. Because of the risk of riot, insurrection or removal from office, politicians refuse to directly cut spending. Instead, they print money. Unfortunately, the citizenry does not realize printing money and the ensuing inflation amount to a cut in benefits. Then politicians lay the blame for inflation on greedy capitalists who raise prices.

Europe's bad boys have played this trick repeatedly, undermining the value of their currency and reducing their citizens' standard of living. From 1980 to the launch of the euro in January 1999, the Italian lira and Portuguese escudo lost 108% and 244% of their value against the U.S. dollar, respectively. Greece devalued the drachma 583% against the dollar from 1981 until its euro entry in January 2001. Meanwhile, the deutsche mark remained remarkably stable against the dollar, gaining a mere 1.74% over 20 years.

Now the people borrowing and spending the money, such as Greece, Italy and Portugal, are not the same people controlling the money supply. This is handled by the European Central Bank, whose policies Germany monitors closely. When spendaholics reach their tax and borrow limits they can no longer print money. Thus the violent convulsions reverberating through countries that must face the music.

Until now, investors saw socialist calls for more borrowing and more spending as ridiculous, since no one will loan them money. The only reason private investors now care is because they were recently forced to take a 70% loss on Greek government bonds.

Then came the stroke of genius that united the forces of socialism and capitalism: Allow the profligate nations such as Greece, Italy, Portugal, etc., to borrow and spend, but require Germany to pay back the loans.

In its November 2011 Green Paper, the European Commission proposed that each eurozone member be fully liable for the entire issuance of eurobonds. Germany, with the highest GDP and good credit, has the most to lose from such an approach.

Therein lies the common ground between investors looking to save their own portfolios and politicians looking to spend their way into office. Who cares what happens to Germany and the other responsible nations?

Unfortunately, the long-term consequence of this approach will be global economic chaos. In the past, patterns of taxing, borrowing, spending and the printing of money destroyed local economies. These collapses occurred over time, and the impact was isolated. If Germany assumes the ultimate obligation of paying the debt of other nations, the bubble grows. When Europe gets to the point of collapse, who will guarantee that debt?

Eventually, money will be printed and the standard of living will fall for citizens of irresponsible nations. This is a historical reality. The only real question is, do we prefer that the entire European bubble burst at once, or mitigate the risk by allowing local bubbles to burst periodically over time? The best possible answer is for Angela Merkel to just say nein to more eurobonds.

Mr. Will is professor of finance at the University of Indianapolis.

Ooops, the coffers are empty

The Economist Jul 3rd 2012, 21:33 by S.P. | PARIS



IN HIS first major speech to the new parliament, Jean-Marc Ayrault, France's Socialist prime minister, this afternoon called for a national effort to deal with France's "crushing" public debt. Promising to bring the public finances under control, he called it a matter of national sovereignty and patriotism. Yet he said rather more about which taxes he would raise to do so than which spending items he would cut.

In a speech before a packed parliament, filled with many young newly elected deputies, Mr Ayrault touched on both domestic and foreign policy. He announced, for instance, that he would legalise gay marriage next year. And he confirmed that France would withdraw all combat troops from Afghanistan by the end of 2012.

But it was on the public finances, and how to fill the gaping hole in the budget, that his speech was most eagerly awaited. The day before, on July 2nd, the Cour des Comptes, the public audit office, published a 255-page report warning the government that it faced a new financing gap of between €6 billion and €10 billion in the 2012 budget, and a massive €33 billion gap next year.

Didier Migaud, the chief auditor and a former Socialist deputy, stated bluntly that France was entering a "danger zone", and that a "debt spiral" could not be ruled out. The credibility of the country, which has failed to balance a budget for nearly 40 years, he said, was on the line.

France could afford no slippage in keeping to its commitment to reduce the deficit to 3% in 2013, which Mr Migaud described as a "crucial year" in which there would be "difficult choices" requiring "severe discipline". Most of the effort, he added, had to come from spending cuts. And the agency's calculations, he stressed, did not take into account the extra spending that President François Hollande has promised.

Following such stern talk, Mr Ayrault was careful to repeat his government's commitment to stick to the deficit-reduction plan, and to warn the French that "it will take time, and it will be difficult". He revised the GDP growth forecasts downwards, from 0.7% to 0.3% in 2012, and from 1.7% to 1.2% in 2013. He also confirmed that he had asked each minister to draw up a list of efficiency savings, in order to implement a nominal spending freeze in most ministries.

Yet the speech was rather more forthcoming on tax increases than savings. As promised during Mr Hollande's presidential-election campaign, higher taxation is to be focused on companies and the better-off, and will be implemented in two stages.

In a supplementary 2012 budget, which Mr Ayrault will present to parliament tomorrow, he will increase the annual wealth tax (which is imposed in addition to income tax), remove the tax shield that caps individuals' taxation, abolish tax-free overtime, and increase taxes on companies, especially banks and oil firms. To help the middle-class, he will reverse the VAT rise planned by the outgoing government of François Fillon, the previous prime minister. He will also reduce VAT on books and theatre tickets.

In the 2013 budget, to be unveiled in September, Mr Ayrault said that he will go ahead with a new top income-tax rate of 75%, as well as lowering taxes for small firms and increasing these on income from financial investment. He will also launch his plan to create 60,000 new teaching jobs.

In no mood for austerity

The absence of detail on spending was disappointing, but perhaps inevitable at this point. Mr Hollande campaigned partly on a promise to lead the fight against austerity in Europe. The deal reached at a European Union summit in Brussels last week, which includes a €120 billion “growth pact”, goes some way to meeting this objective. But his party is in no mood to implement anything that looks like austerity at home. “I am for budgetary seriousness,” Mr Ayrault declared this afternoon, “but I refuse austerity.”

Such talk can probably carry the new government through to the autumn. But then Mr Hollande and Mr Ayrault risk running out of ways of deflecting the blame for what could well turn out to resemble austerity more than they care to admit. Simply financing the new teaching jobs, which they promise to do without increasing the overall public-sector payroll, implies job cuts elsewhere. So far, they refuse to say where.

The Socialists had been hoping that the auditor would expose sloppy management by the previous government. Instead, it said the financing gap was mostly due to disappointing growth. Rather than offering Mr Hollande political cover for tough spending decisions, Mr Migaud laid the choice out starkly to his former political colleague: France has to make an “unprecedented effort” to control public spending; without such an effort today, the measures needed will be “heavier and more painful still tomorrow”.

Déficits : la fin du bonneteau politique



Photo Reuters/Piotr Snuss

C'était devenu une sorte de tradition française : chaque alternance politique appelait un audit des finances publiques qui n'était en réalité qu'un jeu de défausse.

Le nouveau gouvernement, qu'il soit de droite ou de gauche, demandait à des experts indépendants un état des comptes qui se révélait en général plus mauvais que prévu.

Le nouveau premier ministre prenait alors à témoin l'opinion, qualifiait d'"*irresponsable*" la gestion de son prédécesseur et définissait une nouvelle stratégie censée faire entrer le pays dans le cercle vertueux de la croissance et de la réduction des déficits, avec les résultats que l'on sait.

La surprise du jour est que la Cour des comptes a mis fin à ce jeu de bonneteau. Sollicitée pour la première fois pour mener l'audit, elle n'a pas chargé la barque du bilan dans le rapport qu'elle a rendu public ce lundi 2 juillet.

Elle a chiffré entre 1 et 2 milliards d'euros les dépassements de dépenses laissés par le gouvernement Fillon en qualifiant leur ampleur de "*modeste*".

[Et dans un entretien au Monde](#), le premier président de la Cour des comptes, Didier Migaud, renvoie dos à dos les deux camps en constatant que "*les déficits sont anciens*" et concernent par conséquent "*les gouvernements de droite comme de gauche*".

Il est tout sauf banal qu'un ancien député socialiste décide ainsi de siffler la fin de la récréation alors que ses amis socialistes ont quasiment les pleins pouvoirs. On peut y voir deux explications, aussi peu rassurantes l'une que l'autre.

La première est que la situation est tellement critique qu'on ne peut plus se défausser, ce qui est la stricte vérité : la dette publique atteint près de 90 % de la richesse nationale cette année et menace, si rien n'est fait, de dépasser 100 % en 2017.

Concrètement, cela veut dire que non seulement la France vit sous la pression des marchés mais risque, si rien n'est fait, d'être victime de l'effet boule de neige, les emprunts ne servant qu'à honorer les intérêts de la dette.

La seconde est qu'il fallait bien que quelqu'un se dévoue pour mettre les pieds dans le plat avant qu'il ne soit trop tard. Cela renvoie à l'incapacité qu'a eue Nicolas Sarkozy d'assumer le mot "rigueur" lorsque les choses ont commencé à vraiment mal tourner à l'été 2009.

Cela renvoie à la même incapacité qu'a eue François Hollande, pendant la campagne électorale, de prononcer ce même mot de "rigueur" et d'en décliner toutes les composantes, alors qu'il connaissait la gravité de la situation .

Les avertissements de Didier Migaud ne datent en effet pas d'aujourd'hui. Dans chacun de ses rapports, la Cour des comptes a insisté sur la gravité de la situation.

Quand on les lisait, on se doutait que faire payer les riches et les entreprises ne suffirait pas, qu'il faudrait sans doute aussi solliciter les classes moyennes mais aussi réduire les dépenses publiques, maîtriser les effectifs et les salaires des fonctionnaires, mettre les collectivités locales à la diète et maîtriser l'emballement des dépenses sociales.

On mesure aujourd'hui le risque de ne l'avoir pas dit et expliqué pendant la campagne. Non seulement les Français sont douchés mais la Cour des Comptes qui connaît son affaire comme pas deux, semble s'être substituée au pouvoir politique. Elle ne se contente pas de décrire l'état des comptes, elle trace aussi le chemin à suivre en laissant entendre qu'il n'y a pas trente six solutions : la hausse de la CSG ou de la TVA lui semble inévitable de même que le gel du salaire des fonctionnaires ou le plafonnement en volume des dépenses de l'Etat.

On n'est pas très loin de la situation italienne où les techniciens ont pris le pouvoir car les politiques ont trop tardé à assumer le leur.

Geburtenrückgang

Ein Land stirbt aus

FAZ 02.07.2012 · Die Zahl der Geburten in Deutschland erreicht im Jahr 2011 einen neuen Tiefststand. Seit 1971 sterben jedes Jahr mehr Menschen als neue geboren werden.

Von [Peter-Philipp Schmitt](#)



© dpa

Schlechte Aussichten: Der Geburtenrückgang in Deutschland hält an

Wie schon in den vergangenen 40 Jahren sind auch 2011 wieder mehr Menschen in Deutschland gestorben als geboren wurden. Im Jahr 1971 waren zum bislang letzten Mal mehr Kinder auf die Welt gekommen (1013396) als Gestorbene registriert wurden (965623). Seither ist die Zahl der lebendgeborenen Kinder stetig und stark zurückgegangen - auf zuletzt 662712 im Jahr 2011, wie das Statistische Bundesamt am Montag in Wiesbaden anhand vorläufiger Daten mitteilte. Das waren gut 15000 Kinder weniger als 2010 (minus 2,2 Prozent). Es wäre die niedrigste Geburtenzahl, die bislang für Deutschland verzeichnet wurde. Leichte Korrekturen nach oben oder unten in den kommenden Monaten sind zwar nicht auszuschließen, sie dürften aber auch dann nicht an die bislang niedrigste Zahl im Jahr 2009 (665126) heranreichen.

Noch vor einem Jahrzehnt kamen gut 100000 Kinder mehr zur Welt, im Jahr der Wiedervereinigung waren es sogar insgesamt noch 905675. In den Jahren 1990 bis 1994 ging die Zahl der Geburten in den neuen Ländern dramatisch zurück - von rund 178000 auf etwa 79000. Sie stieg danach wieder auf seither 100000 im Jahr. Schwankungen von einigen Tausend Geburten reichen nach Angaben der Statistiker bei weitem nicht aus für eine Trendumkehr oder -wende, wie sie Politiker zuletzt vor einem Jahr ausgerufen hatten, nachdem im Jahr 2010 knapp 13000 Kinder mehr als 2009 zur Welt gekommen waren. Der Rückgang von 2008 auf 2009 hatte bei mehr als 17000 gelegen. Die höchste Geburtenzahl wurde 1964 erreicht, im Jahrzehnt des „Baby-Booms“: Mit 1357304 war sie mehr als doppelt so hoch wie heute. In den sechziger Jahren starben allerdings auch noch zwischen 30000 und 40000 Kinder im ersten Lebensjahr, inzwischen sind es weniger als 2500.



© dpa

Die Zahlen von Todesfällen und Geburten sind rückläufig, dennoch sinkt die Bevölkerungszahl seit den siebziger Jahren aufgrund des Geburtenrückgangs.

Die Zahl der geborenen Kinder hängt vor allem von der Zahl der Frauen im gebärfähigen Alter ab. 2010 gab es in Deutschland rund 18,4 Millionen Frauen im Alter von 15 bis 49 Jahren. Das waren 1,3 Millionen weniger als

1997, dem Jahr mit den meisten Frauen in der relevanten Altersgruppe nach der deutschen Wiedervereinigung, wie das Statistische Bundesamt schreibt. Vor 15 Jahren waren Frauen der Jahrgänge 1948 bis 1982 im gebärfähigen Alter, das schloss die geburtenstarken Jahrgänge der fünfziger und sechziger Jahre ein. Inzwischen sind die wesentlich schwächeren Jahrgänge von 1983 bis 1995 nachgerückt.

Bei der Mädchengeneration der heute unter Fünfzehnjährigen ist fast jeder jüngere Jahrgang kleiner als der vorherige - die Zahl der Frauen im gebärfähigen Alter wird also in den kommenden 15 Jahren immer weiter schrumpfen. Besonders markant ist zudem der Rückgang in der Gruppe der Frauen im Alter von 26 bis 35 Jahren. Sie bringen mehr als 60 Prozent der Neugeborenen zur Welt, und diese Gruppe ist zwischen 1990 und 2010 um 1,5 Millionen kleiner geworden. Ihr Anteil an allen Frauen im gebärfähigen Alter ist von 33 auf 26 Prozent zurückgegangen. Spätestens nach 2020 wird diese Altersgruppe nach Ergebnissen der Bevölkerungsvorausberechnung kontinuierlich schrumpfen, schreibt das Statistische Bundesamt.

Im vergangenen Jahr sind auch weniger Menschen gestorben als 2010: Die Zahl ging von 858768 auf 852359 zurück, ein minus von 0,7 Prozent. Die Differenz zwischen Geborenen und Gestorbenen hat damit 2011 mit 189647 einen neuen Höchststand erreicht. Nur 1975 war die Zahl noch größer (207339). Damals starben 989649 Menschen, 782310 Kinder wurden geboren. Auch die Zahl der Eheschließungen verringerte sich 2011 im Vergleich zum Vorjahr - und zwar um 4216 auf 377831. Allerdings traten in den Jahren 2006, 2007 und 2008 noch weniger Menschen in Deutschland vor den Traualtar. Zugleich hat sich die Zahl der nichtehelich geborenen Kinder in den vergangenen vier Jahrzehnten nahezu vervierfacht - von rund 70000 auf 224750 im Jahr 2011.

Quelle: F.A.Z.

Europa ohne Regeln

FAZ 02.07.2012 · Die Vergemeinschaftung der Staatsschulden begann vor gut zwei Jahren und hat sich längst verselbständigt. Auch wenn sie gegen die „No-Bailout“-Klausel verstößt, steht der Regelbruch nicht mehr zur Disposition. Es gilt die normative Kraft des Faktischen. Klare Regeln fehlen oder werden nicht beachtet, entschieden wird im Einzelfall. Eine Analyse.

Von [Werner Mussler](#), Brüssel



© Rüchel, Dieter

Am Anfang stand ein Regelbruch. Die Vergemeinschaftung der Staatsschulden im Euroraum, die mit der Einrichtung des damals provisorisch geplanten Krisenfonds EFSF vor gut zwei Jahren begann und sich im dauerhaft angelegten Multifunktions-Fonds ESM längst verselbständigt hat, verstieß und verstößt gegen die „No-Bailout“-Klausel des Vertrags über die Arbeitsweise der EU. Da die Vergemeinschaftung in den vergangenen zweieinhalb Jahren mit jedem zweiten oder dritten EU-Gipfelbeschluss weiter fortgeschritten ist, steht der Regelbruch politisch nicht mehr zur Disposition. Es gilt längst die normative Kraft des Faktischen.

Die Bundesregierung hat seit 2010 versucht, seine Folgen durch Sicherungsmechanismen zu begrenzen. Dafür stand die Formel der „Ultima Ratio“: Die Krisenfonds sollten nur eingesetzt werden, wenn es gar nicht anders ging, und Hilfen sollten nur gegen scharfe Reformauflagen gewährt werden. Das war auch die Rechtfertigung gegen Kritik aus dem Bundestag. Das Ergebnis der „Ultima Ratio“ war der ESM-Vertrag. Er beschreibt die vielen Kompetenzen in der Rettungspolitik, die der Krisenfonds nach und nach zugewiesen bekommen hat.

Die Euro-Hilfen sind nicht mehr an Regeln gebunden. Entschieden wird im Einzelfall.

Viele Details einer konkreten Hilfsaktion lässt der Vertrag aber offen. Die Bedingungen für die Gewährung von Hilfe sind kaum spezifiziert. Aus der Logik der Rettungspolitik heraus ist das folgerichtig: Diese erfordert einen möglichst „flexiblen“ Einsatz der Hilfsfonds. Anders formuliert: Der ESM-Vertrag ist darauf ausgelegt, dass sich die „Ultima Ratio“ in keiner klaren Regel manifestiert. Damit aber wird sie gegenstandslos. An ihre Stelle tritt die Einzelfallregelung, deren Ausgestaltung von der jeweiligen politischen Konstellation abhängt.

Was im Einzelfall herauskommt, hat sich auf dem EU-Gipfel in der vergangenen Woche gezeigt. Da wurde just an dem Tag, an dem das deutsche Parlament den ESM-Vertrag ratifizieren sollte, festgelegt, dass dieser bald wieder geändert werden muss. Die von den Staats- und Regierungschefs ins Auge gefasste direkte Rekapitalisierung maroder Banken durch den ESM lässt der Vertrag bisher nicht zu. Das macht anscheinend nichts - eine bislang wenig beachtete Ausstiegsklausel erlaubt die Änderung des Vertrags, ohne dass dieser schon in Kraft wäre.

Fast noch bemerkenswerter als die abermalige Regeländerung ist indes, wie großzügig die bestehenden Regeln ausgelegt wurden. So ist die auf deutsches Drängen in den Vertrag aufgenommene Bestimmung, dass der ESM einen vorrangigen Gläubigerstatus erhält, de facto schon wieder gegenstandslos geworden. Denn für die ESM-Hilfe an Spanien zur Bankenrekapitalisierung soll sie nicht gelten. Das Land erhält zunächst Hilfe aus dem EFSF, der den vorrangigen Gläubigerstatus nicht hat. Wenn die Hilfe auf den ESM übergeht, soll dieser laut

Gipfelbeschluss keine Vorrangigkeit erhalten. In der Diktion der Bundesregierung handelt es bei dieser Regeldehnung zwar um eine Spezialregelung für Spanien. Doch es ist offensichtlich, dass sich diese Interpretation politisch nicht durchhalten lässt, wenn ein weiteres Land Bankenhilfe aus dem ESM beantragt.

Eine ähnliche Regeldehnung mit Präzedenzcharakter wurde mit Blick auf Italien beschlossen. Ein Land, das auf ESM-Instrumente wie den Ankauf von Staatsanleihen auf dem Primär- oder Sekundärmarkt durch den Krisenfonds zurückgreifen will, kann mit der mildesten Form von Auflagen rechnen, die der ESM-Vertrag noch zulässt. Das ist gefährlich, weil es den Reformdruck auf das betreffende Land verringert. Zudem weicht es die Regelbindung weiter auf und führt die Philosophie der „Ultima Ratio“ endgültig ad absurdum.

Deutschland in der Defensive

Der immer größer werdende Hilfsbedarf in südlichen Euro-Staaten hat die finanziell noch halbwegs gesunden Länder wie Deutschland politisch in die Defensive gedrängt. Die Bundeskanzlerin war deshalb schon vor dem Gipfel - nicht zuletzt wegen der ESM-Abstimmung im Bundestag - auf Schadensbegrenzung bedacht. Sie erklärte sich zu weiterer „Solidarität“ mit den Krisenländern bereit, soweit diese innerhalb des ESM-Vertrags möglich war. Dieses vermeintliche Beharren auf bestehenden Regeln hat freilich nur zu weiterer Zerbröselung der Regeln geführt.

Dass der Bundesregierung die bestehenden Regeln nicht gleichgültig sind, wird in Brüssel immerhin wahrgenommen. Freilich gelten diese Reste von ordnungspolitischem Denken ausschließlich als Hindernis - nicht nur weil sie potentiell dem Ausbau der Schuldenunion im Weg stehen, sondern weil sie generell „effiziente“ und „flexible“ politische Lösungen verhindern. Nicht zuletzt deshalb wird sich auch die deutsche Idee nicht durchsetzen, die Schuldenunion durch eine politische Union zu ergänzen. Letztere beruht - jedenfalls in der deutschen Theorie - ja gerade auf der Bindung der Politik an Regeln: Den Mitgliedstaaten wird auferlegt, keine Schulden mehr zu machen. Gerade jene Länder, die „Solidarität“ einfordern, wehren sich stark gegen diese Art von politischer Union. Die Schuldenunion und die Regellosigkeit gehören insofern zusammen.

Quelle: F.A.Z.

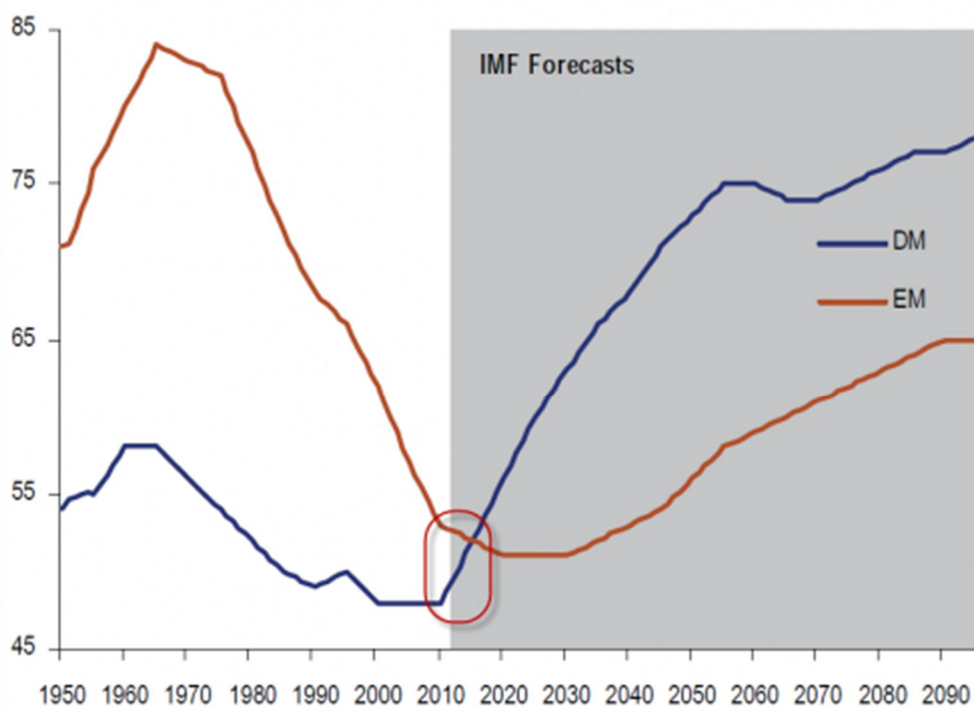
The Global Demographic Dependency Debacle



ZeroHedge, Submitted by [Tyler Durden](#) on 07/02/2012 13:45 -0400

The long-term importance of the dependency ratio (which at its most base represents the ratio of economically inactive compared to economically active individuals) is at the heart of many of our fiscal problems (and policy decisions). Not only have they and will they become a larger and larger burden on the tax-paying public but as a voting block will be more and more likely to vote the more socialist wealth-transfer-friendly way in any election (just as we see extreme examples in Europe). The following chart provides some significant food for thought along these lines as **by 2016, for the first time ever, developed world economies will have a higher dependency ratio than emerging economies and it rises dramatically**. How this will affect budget deficits (food stamps) and/or civil unrest is anyone's guess but for sure, it seems given all the bluster, that we are far from prepared for this shift.

Number of elderly & children per 100 working-age



Source: BAML

EFSF/ESM Bond Buying in Primary Market Not Much Better

Author: [Megan Greene](#) · June 28th, 2012 · [Comments \(1\)](#) Share This Print 104 4

I've already explained why EFSF/ESM secondary market bond purchases wouldn't really help. One of the ideas floating around the EU summit is that the EFSF/ESM can buy bonds in the primary markets. While this would be more effective in terms of reducing borrowing costs and buying time, it is unlikely to buy enough time to draw a line under the eurozone crisis for three reasons.

First, the arsenal available in the EFSF/ESM for bond purchases is only EUR400bn once you earmark EUR100bn for the Spanish bank bailout. Spain and Italy have around EUR200bn left in financing needs this year. Assuming that short-term debt in 2012 and 2013 will be issued with new short-term debt that matures in 2013-14, their financing needs will be around [EUR590bn in 2013 and EUR580bn in 2014](#). Given that the EFSF/ESM can only [buy up to 50% of debt issuance in the primary markets](#), the EU bailout funds will be exhausted by early 2014. Admittedly the Spanish and Italian tbills may be rolled over in the markets without EFSF/ESM support; even Greece is still issuing tbills, afterall. Not including tbill rollovers, therefore, we can assume that the EFSF/ESM can help suppress bond yields by buying in the primary market through 2014. Is this enough time for Spain and Italy to implement structural reforms, have them bite and return to sustainable growth? I'm certainly skeptical.

Second, there is a problem with subordination; the EFSF is de facto senior and the ESM is both de facto and de jure senior. If these bailout funds are used to purchase debt in the primary markets, then in the event of a debt restructuring private investors would be forced to accept a larger haircut. This could serve to drive up bond yields. It is possible the core countries will back down on ESM seniority if a deal championed by the Finnish government is agreed, which envisions government bonds being covered by collateral (assets, equity or earmarked tax revenues). The Finnish idea also envisions the EFSF serving as a backstop for the covered sovereign bonds, most likely through a first loss guarantee. This proposal could help eliminate one concern over subordination (EFSF/ESM de facto seniority), only to replace it with another as covered bonds and first loss EFSF bonds create new tiers in the bond markets.

Third, there will be conditionality imposed in exchange for EFSF/ESM primary market bond purchases, and I question Mario Monti's mandate for accepting a program involving conditionality. When there is an Italian election next April, we can be sure that anti-bailout forces (Berlusconi's PdL, the Lega Nord, Beppe Grillo) will have gained popularity and will have an influential voice, either in government or in opposition. The new Italian government could back out of the conditionality, which would send Italian borrowing costs soaring. This proposal could once again buy some time, but it does not address any of the underlying fundamental causes of the crisis and cannot buy enough time for Spain and Italy to restructure their economies and regain competitiveness.

For more analysis on the idea of EFSF/ESM primary market bond purchases, see RGE's analysis [here](#).

For analysis on the other ideas on the table at the June 28-29th EU summit and how effective they are likely to be, see "[Eurozone Summit Preview: Don't Expect Any Bold Moves](#)"

This post originally appeared at [Economist Meg](#) and is posted with permission.

What's a Socialist?

By [STEVEN ERLANGER](#)

PARIS

[FRANCE](#) has elected its first Socialist president since 1988 and then given the Socialist Party and its closest allies a whopping majority in Parliament. But how Socialist is [François Hollande](#)? And what does it mean to be a Socialist these days, anyway?

Not very much. Certainly nothing radical. In a sense, socialism was an ideology of the industrialized 19th century, a democratic Marxism, and it succeeded, even in (shh!) the United States. Socialism meant the emancipation of the working class and its transformation into the middle class; it championed social justice and a progressive tax system, and in that sense has largely done its job. As the industrialized working class gets smaller and smaller, socialism seems to have less and less to say.

Center-right parties have embraced or absorbed many of the ideas of socialism: trade unions, generous welfare benefits, some form of nationalized health care, even restrictions on carbon emissions. The right argues that it can manage all these programs more efficiently than the left, and some want to shrink them, but only on the fringes is there talk of actually dismantling the welfare state.

“As an ideologically based movement, socialism is no longer vital,” says Joschka Fischer, who began his career on the far left and remains a prominent spokesman for the Green Party. “Today it’s a combination of democracy, rule of law and the welfare state, and I’d say a vast majority of Europeans defend this — the British Tories can’t touch the National Health Service without being beheaded.”

Even in the United States, Mr. Fischer says, “you have a sort of welfare state, even if you don’t want to admit it — you don’t allow people to die on the street.”

So why the prospect of “European socialism” is so frightening to some Americans puzzles Europeans, a mystery as deep as the American obsession with abortion or affection for the death penalty.

Daniel Cohn-Bendit, a leader of the student revolt of May 1968, known then as “Dany the Red,” is now “Dany the Green,” co-leader of the ecologist group in the European Parliament. “The fight between private property and state property is over,” he says, and traditional class distinctions are blurred. “There was never a purely socialist working class,” he suggested. “Socialism and social democracy today are about a society with more solidarity, more protection of people, more egalitarianism.” In a way, he said, socialism is defined today mostly by its contrast to neo-liberalism — by more reliance on the state and higher taxes on the wealthy.

Bernard-Henri Lévy was criticized three years ago for saying that the French Socialist Party was not merely dying, but “already dead,” a political alternative for those unhappy with Nicolas Sarkozy, then the president, but little more than a differently situated elite. France’s “gauche caviar” — wealthy socialists like Dominique Strauss-Kahn or Jack Lang — were hardly revolutionary, but merely took their neckties off at lunch.

TODAY Mr. Lévy has not changed his views. “There are no more socialists — if they were honest they would change the name of the party,” he told me. Socialism “evokes the nightmare of the Soviet Union, whose leaders named themselves socialists.” Today, he maintains, European socialists are essentially like American Democrats — there has been no ideological left in France that matters since the effective demise of the Communist Party, which was “the true ‘exception française.’ ”

In his book “Barbarism with a Human Face,” translated into English as “Left in Dark Times: A Stand Against the New Barbarism,” Mr. Lévy wrote: “I would dream of writing in a dictionary for the year 2000: ‘Socialism, masculine noun, a cultural genre born in Paris in 1848, died in Paris in 1968.’ ”

But democratic socialism of the nonbarbaric kind has a long history in Europe, especially in France. Even today, delegates at the Socialist Party's summer meetings address one another as "Comrade," a gesture to the past for a party largely made up of academics and bureaucrats — in other words, state functionaries, of whom there are many in France. The French state represents 56.6 percent of gross domestic product, one of the highest figures in the Western world.

"Socialism here is very statist," says Marc-Olivier Padis, editor of the quarterly journal *Esprit*. The leading figures in the Socialist government are more creatures of the French establishment — elite schools and careers — than those under Mr. Sarkozy, he explained, "a combination reproducing the profile of Hollande himself." Mr. Sarkozy was more of an outlier than Mr. Hollande, and much closer to business.

Belief in the centrality of the state to run, regulate and innovate remains a core belief of French socialism, and the size of the state is hardly going to be reduced under Mr. Hollande, whose few concrete promises include hiring 60,000 more teachers over five years, raising the minimum wage (the highest in the European Union) and creating a state bank for innovation.

Alain-Gérard Slama, noting that Mr. Hollande won the presidency thanks to half of centrist voters and a third of far-right voters, all of whom detested Mr. Sarkozy, wrote in the newspaper *Le Figaro* that "the French don't do anything like anyone else — they'll give themselves a Socialist president, a Socialist Assembly, a Socialist Senate, Socialist regions, while, by a clear majority, they are not Socialist."

To be honest, who is anymore? "Is socialism really more than pragmatism?" Mr. Padis wonders. Mr. Lévy pointed out that the excitement around the far-left French presidential candidate, Jean-Luc Mélenchon, got hearts racing for a while. But the rabble-rousing Mr. Mélenchon did not do as well as many hoped (or feared). This month he was trounced for an Assembly seat by Marine Le Pen. "Some believed the French exception was undergoing a revival with Mélenchon," Mr. Lévy said. He then aptly quoted Marx's famous line about Louis Bonaparte, that "history repeats itself, first as tragedy, then as farce."

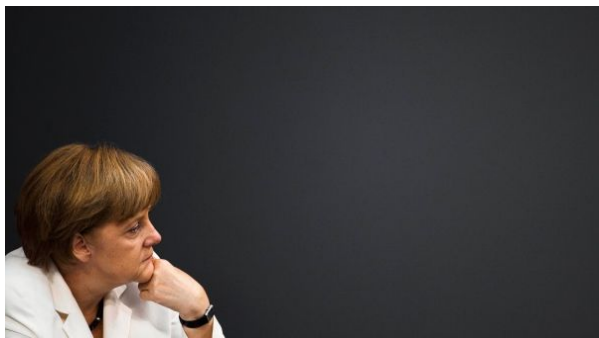
Steven Erlanger is the Paris bureau chief of *The New York Times*.

Europäische Schuldenunion

Zentralwahn

FAS 30.06.2012 · Das europäische Haus der Schulden- und Haftungsunion ist bald zu Ende gebaut. Ihre Architekten sprechen von „Solidarität“. Doch eine derartige Verstaatlichung privater Schulden gab es bislang nur in marxistischen Lehrbüchern, nicht in jenen der Sozialen Marktwirtschaft.

Von [Rainer Hank](#)



© dapd Kaschiert die abermalige Niederlage: Angela Merkel

Die Architekten einer Schulden- und Haftungsunion - es sind die Regierungschefs aller Eurostaaten - haben das europäische Haus bald zu Ende gebaut. Dort gilt das Prinzip: Wer überschuldet ist und die Zinslast der Kapitalmärkte beschwerlich findet, kann sich billiges Geld bei den starken europäischen Nachbarn holen (derzeit vor allem aus Deutschland). Das Ganze läuft unter dem Motto „Solidarität“ und soll die europäische Einigung befördern.

Nach dem jüngsten EU-Gipfel in Brüssel am vergangenen Freitag hat das Tempo angezogen. Künftig können sich auch marode Banken direkt neues Kapital beim sogenannten Rettungsfonds ESM holen. Das heißt nichts anderes, als dass deutsche, französische und andere Steuerzahler nicht nur für die Fehlentscheidungen des griechischen, spanischen oder italienischen Staates, sondern auch seiner Banken einstehen müssen. Eine derartige Verstaatlichung privater Schulden gab es bislang nur in marxistischen Lehrbüchern, nicht in jenen der Sozialen Marktwirtschaft.

Keine Fehlanreize setzen

Kanzlerin Angela Merkel hat allen Grund, ihre abermalige Niederlage zu kaschieren. Deshalb pocht sie darauf, dass die Hilfen an Bedingungen gebunden sind („konditionalisiert“): Europa wache darüber, dass mit dem Hilfgeld kein Schindluder getrieben werde. Kontrolle und Reformzwang sollen Garanten dafür sein, dass die Hilfe keine Fehlanreize setzt und am Ende alles gut wird. Das ist der Grund, warum die Deutschen auf eine fiskalische Zentralisierung in Europa bauen mit entsprechenden Eingriffsrechten in die nationale Souveränität.

Was ist von diesem Versprechen zu halten? Es bietet sich ein Vergleich aus der deutschen Föderalgemeinschaft an, den der Münchner Max-Planck-Forscher Kai Konrad kürzlich präsentiert hat. Bremen hat in den frühen neunziger Jahren beim Bund eine extreme Haushaltsnotlage geltend gemacht. Angesichts einer Verschuldung von 13.000 Euro pro Kopf erhielt der Stadtstaat zehn Jahre lang vom Bund außergewöhnliche Sanierungshilfen („Bailout“) von insgesamt mehr als 15.000 Euro pro Kopf. Am Ende war für jeden Bremer aber nicht etwa ein Überschuss angespart, sondern die Schulden hatten sich auf 17.000 Euro vermehrt (heute sind es sogar 27.000 Euro). Die Rettung Bremens war die pure Geldverschwendung, eine dauerhafte Insolvenzverschleppung, obwohl das Geld an strenge Auflagen („Konditionalisierung“) gebunden war. Leider, so die Bremer Politiker, sei die wirtschaftliche Entwicklung immer hinter den Erwartungen zurückgeblieben.

Es wird schiefgehen

Die Moral der Geschichte: Wenn schon in einem Bundesstaat mit Durchgriffsrechten wie in Deutschland die Balance der Solidarität nicht funktioniert, um wie viel weniger wahrscheinlich ist die Erfüllung des

Versprechens in Europa. Bremen mag für Deutschland verkraftbar sein. An der Rettung Südeuropas werden wir uns überlupfen. Wer will glauben, dass europäische Institutionen härter auf souveräne Staaten durchgreifen werden, als dies dem Bund beim (nicht souveränen) Bremen gelang.

Am Ende wird in Europa das Rettungsgeld in Strömen fließen, aber niemand wird die Macht haben, seine Verwendung zu kontrollieren und Missbrauch zu sanktionieren. Gerade deshalb sollte niemand auf das Zentralisierungsversprechen der Deutschen hereinfallen („erst Fiskal-, dann Schuldenunion“). Da sind die Südländer ehrlicher, die freimütig bekennen, dass sie von Reformauflagen und Souveränitätsverzicht nichts halten.

Die Wirtschaftshistoriker sagen uns, dass Zentralstaaten mit einheitlicher Währung nur dann funktionieren, wenn das No-Bailout-Gebot strikt eingehalten wird (wie in der Schweiz und, mit Einschränkungen, in den Vereinigten Staaten). Europa aber will eine Haftungs- und Transferunion. Das wird schiefgehen. Deutsche Politiker sollten aufhören, uns Sand in die Augen zu streuen.

Quelle: F.A.S.

„Wir müssen für unsere Brüder in Athen zahlen!“

FAS 02.07.2012 · Im Interview spricht der Historiker Paul Nolte über europäische Solidarität und revolutionäre Einigungsprozesse - und erklärt, warum deutsche Verfassungsrichter anmaßend sind.



© Pein, Andreas „Es bedarf eines kühnen Griffs, um die Kleinstaaterei zu überwinden“, sagt der Historiker Paul Nolte

Herr Nolte, der EU-Gipfel hat neue Hilfen für die Krisenländer beschlossen. Ist das schon der Weg in die politische Union, wie es im Vorfeld hieß?

Es ist allenfalls die Vorstufe dazu. Eine politische Union würde bedeuten, demokratisch legitimierte Institutionen zu schaffen - jenseits der Mechanismen, die lediglich Staatshaushalte, Schulden, Steuern regulieren.

Finanzminister Schäuble spricht von einer neuen europäischen Verfassung. Ist das realistisch?

In den letzten fünfzehn Jahren haben wir uns vom Fernziel einer politischen Union schleichend verabschiedet und gesagt, die EU ist ein Gebilde eigener Art. Auch ich habe das so gesehen. Jetzt glaube ich aber, dass wir umdenken müssen. Sicher nicht im Sinne eines stark zentralisierten Bundesstaates nach deutschem Vorbild, aber doch nach dem Modell anderer Föderationen - etwa der Schweiz oder Amerikas, wo die Kantone oder Bundesstaaten eigene Steuern erheben können.

Kann das in der erweiterten EU mit 27 Ländern überhaupt funktionieren - oder auch in der Eurozone mit ihren 17 Staaten?

Natürlich. Ein föderales Gemeinwesen funktioniert umso besser, je mehr Bestandteile es hat. So ist das System der Schweiz mit ihren 26 Kantonen und vier Sprachen zwar auf den ersten Blick kompliziert, aber diese Vielfalt vermeidet eine zu scharfe Polarisierung zwischen zwei Landesteilen wie in Belgien.

Setzt sich die Nord-Süd-Spaltung in Europa dauerhaft fest, bekommen wir das belgische Problem?

Im Fußball verläuft das Gefälle eher umgekehrt. Aber im Ernst: Wir sollten uns vor Augen führen, dass der Abstand zwischen Nord- und Südeuropa in den letzten Jahrzehnten rasant geschrumpft ist. Ende der siebziger Jahre lag das spanische Inlandsprodukt pro Kopf bei einem Drittel des deutschen, heute sind es 75 Prozent. Viele Leute machen sich gar nicht mehr klar, wie groß die Abstände noch vor einer Generation waren und wie ähnlich das Leben in ganz Europa geworden ist - trotz aller Probleme.

Bezahlt wurde das in Spanien mit einem unsoliden Immobilienboom und in Griechenland mit überbordender Staatsverschuldung.

Selbst wenn man diese Ungleichgewichte abzieht, bleibt ein erheblicher Substanzgewinn. Der Lebensstandard, die Infrastruktur sind heute auf einem ganz anderen Niveau, auch wenn ein paar Apartment-Komplexe leer stehen und die Maut-Autobahnen wieder verstaatlicht werden müssen. Deshalb wundere ich mich über die Aussage, die wirtschaftliche Entwicklung des europäischen Südens sei eine Aufgabe der Zukunft. Das haben wir doch seit den achtziger Jahren getan - auch mit deutschen Steuergeldern. Diesen Weg einer Vereinheitlichung des Wohlstands müssen wir weitergehen.

Was heißt das?

Es ist zwar vollkommen richtig, zu sparen und keine keynesianischen Strohfeuer zu entfachen. Aber dass wir für Schulden der schwächeren Brüder und Schwestern in Athen oder Lissabon aufkommen müssen, wie wir es in Leipzig oder Magdeburg getan haben: das ist für mich gar keine Frage. Da widerspreche ich der Kanzlerin.

Angela Merkel erklärte das vor dem Gipfel zur demokratietheoretischen Frage: Haftung und Entscheidungsbefugnis gehören zusammen. Stellen Eurobonds das Haushaltsrecht der Parlamente auf den Kopf?

So strikt wie das Bundesverfassungsgericht sehe ich das nicht. Im Europäischen Rat sitzen ja gewählte Regierungschefs beisammen, auch Staaten sind demokratische Subjekte. In der Schweiz ist es selbstverständlich, dass Appenzell-Innerrhoden im Ständerat genauso viele Stimmen hat wie etwa das mehrfach größere Zürich. Auch beim britischen Mehrheitswahlrecht hat nicht jede Stimme eines Bürgers das gleiche Gewicht. Es ist typisch deutsches Proporzdenken, so etwas abzulehnen. Der Zielpunkt muss trotzdem sein, dass das Europäische Parlament gemeinsam mit einer wirklichen europäischen Regierung die fiskalischen Fragen der Union entscheidet.

Gemeinsame Haftung erst, wenn es gemeinsame Institutionen gibt?

In der akuten Krise muss das ineinandergreifen. Wir müssen in Bezug auf gemeinsame Haftung auch Vorleistungen erbringen, aber wir müssen gleichzeitig darüber nachdenken, wie die politische Union aussehen soll. Niemand weiß, was die Kanzlerin von Schäubles Vorschlägen hält. Auch die Opposition entwickelte dazu keine eigenen Ideen. Es wird viel zu viel lamentiert. Alles dreht sich zwischen Eurobonds und Schuldentilgungsfonds im Kreis, niemand diskutiert die großen Fragen.



© dpa

Soll sich nicht aktiv am Politikbetrieb beteiligen: das Verfassungsgericht in Karlsruhe

Wirtschaft ist nicht so wichtig, finden Sie?

Aus der Spirale der wirtschaftlichen Probleme werden wir nicht herauskommen, wenn wir die Lösung nicht auf einer anderen Stufe suchen. Woher soll das Vertrauen der Märkte denn kommen, wenn der Wille zum politischen Zusammenhalt in Europa nicht vorhanden ist? Wir haben nicht den Mut, wirklich in die Politik hineinzudecken oder eine Debatte über den kulturellen Zusammenhalt Europas zu führen. Jetzt soll Europa angeblich auseinanderbrechen, weil eine Schuldenkluff durch die Union geht. Dabei vergessen wir, was uns zusammenhält.

Die europäische Integration lief immer über die Wirtschaft: Montanunion, Wirtschaftsgemeinschaft, Währungsunion.

Man muss kein Marxist sein, um anzuerkennen: Die Wirtschaft ist ein starker Treiber aller Dinge. Aber die Motive der europäischen Integration lagen doch tiefer. Es ging darum, einen weiteren Krieg zwischen den europäischen Völkern unmöglich zu machen.

Zieht dieses Argument noch?

Für viele Jüngere ist das weit weggerückt. Sie sollten jedoch bedenken, dass noch in den neunziger Jahren kurz hinter den Alpen Krieg geführt wurde.

Heißt Demokratie eigentlich auch, bewusst Entscheidungen treffen zu können, die ökonomisch schädlich sind?

Man muss sich immer fragen: ökonomisch schädlich für wen? Was die Deutschen möglicherweise materiell belastet, ist deshalb noch nicht schädlich für Europa insgesamt. Da sieht man schon, dass sich ökonomische Argumente gar nicht von politischen oder normativen Variablen ablösen lassen. Wohlstand ist nicht das einzige Kriterium des Wohlbefindens oder des demokratischen Fortschritts. Wir kennen andere Ziele wie Frieden, Sicherheit, eine offene und vielfältige Zivilgesellschaft.

Trotzdem liegt der Verdacht nahe, dass wir in Europa überwiegend Wohlstandsdemokratien haben, die bisher keine ernststen Wirtschaftskrisen überstehen mussten.

Das ganz große Wirtschaftswunder ist nun schon seit dreißig Jahren vorbei. In dieser Zeit sollten wir gelernt haben, dass die Demokratie nicht das Regime der steten Zuwächse ist. Das ist ohnehin eine Vorstellung, die vor allem in Deutschland verbreitet ist oder generell in Ländern, die gerade eine Diktatur hinter sich haben. Im Moment macht Polen die Glückserfahrung, dass sich die Demokratie festigt und gleichzeitig die Wirtschaft wächst - wie vor kurzem noch in Spanien oder Portugal.

Gerät die Demokratie in den Krisenländern in Gefahr?

Natürlich gibt es gewisse Entfremdungsprozesse. Aber ich warne davor, die Maßstäbe zu verlieren. Ob die Expertenregierung von Mario Monti die größere Gefährdung der italienischen Demokratie darstellt oder doch der Vorgänger Silvio Berlusconi, darüber wird man wohl nicht lange streiten. Im Übrigen muss man sehen: Wenn es auf der einen Seite mit der Demokratie schwieriger wird, entstehen auf der anderen Seite oft auch Gewinne. Volksentscheide, Bürgerinitiativen, Demonstrationen - das sind Belebungen der Demokratie.

Welches Vorbild schwebt Ihnen für Europa vor?

Ich denke an die Revolution von 1848, an das Ringen um Einheit und Demokratie in Deutschland. Der große Liberale Heinrich von Gagern sprach von einem „kühnen Griff“, als es darum ging, die Kleinstaaterei zu überwinden und eine provisorische Zentralgewalt zu schaffen. Das andere klassische Beispiel sind die Vereinigten Staaten. Auch dort kamen auf zunächst illegale Art und Weise Delegierte zusammen, um etwas Neues zu wagen und sich ein Verfassungsmodell auszudenken. Es ist dann nicht beim Putsch geblieben. In einem komplexen Diskussionsprozess wurde die Verfassung den Bevölkerungen der Einzelstaaten zur Abstimmung gestellt. In beiden Fällen hat keiner ein Verfassungsgericht befragt.

Sie wollen Karlsruhe übergehen?

Die Richter sollten sich auf ihre Rolle als Hüter der Verfassung beschränken. Das Gericht darf nicht als aktiver Spieler in den Politikbetrieb eingreifen und dem Bundespräsidenten vorschreiben, welche Gesetze er unterschreibt und welche nicht. Da maßt sich Karlsruhe eine neue Rolle an.

Wann wird es bei uns eine Volksabstimmung über Europa geben?

Die Bringschuld liegt jetzt bei den Politikern. Wenn es um die Verabschiedung einer neuen Verfassung geht, führt kein Weg daran vorbei. Zu grundlegenden Integrationsschritten sollten wir das Volk aber auch dann

befragen, wenn das Grundgesetz formal nicht berührt ist. Die Ängste gegenüber direkter Demokratie sind überholt.

Ist angesichts verbreiteter Euroskepsis eine Mehrheit in Sicht?

Solche Prozesse entfalten eine Eigendynamik, die man vorher gar nicht absehen kann. Auch dafür ist die langwierige Ratifikation der amerikanischen Verfassung ein gutes Beispiel. Den Mut, uns dieser Dynamik auszusetzen, sollten wir aufbringen.

Das Gespräch führte **Ralph Bollmann**

Quelle: F.A.S.

In der Euro-Haftung

FAZ 29.06.2012 · Die Staats- und Regierungschefs der EU haben aus dem ESM ein Instrument zur Gemeinschaftshaftung für Banken in der Euro-Zone gemacht. Das ist unglaublich. Wenn Italien und Spanien zu Reformen nicht bereit sind, warum soll der Norden Transfers zahlen?

Von [Holger Steltzner](#)

[Artikel Lesermeinungen \(230\)](#)

Der Bundestag hat sich auf die Zustimmung zu einem dauerhaften Krisenfonds zum Herauspaucken von Schuldensündern in der Währungsunion vorbereitet, den es in der beschlossenen Form jedoch nicht geben wird. Denn in der Nacht zuvor haben die Staats- und Regierungschefs der EU auf einem denkwürdigen Euro-Krisengipfel aus dem Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) ein Instrument zur Gemeinschaftshaftung für Banken in der Euro-Zone gemacht. Das ist unglaublich. Vielleicht denken die Regierungschefs, wenn sie die nach EU-Vertrag verbotene Haftung für die Schulden anderer durch den Bailout-Fonds ESM auf den Kopf stellen können, dann dürfen sie auch die Regeln eines Vertrags in Frage stellen, bevor dieser Vertrag überhaupt in Kraft ist.

In einem frechen politischen Erpressungsmanöver haben Italiens Ministerpräsident Monti und Spaniens Ministerpräsident Rajoy ihre Zustimmung zu dem vom französischen Präsidenten Hollande geforderten Wachstumspakt [davon abhängig gemacht, dass der ESM künftig direkt Banken finanziert](#). Italien und Spanien drohten damit, die Annahme des auch für sie geschnürten Wachstumspakets zu verweigern, wenn ihnen nicht ohne lästige Auflagen und vor allem ohne Beteiligung des Internationalen Währungsfonds geholfen wird.

Hollande in die Falle gegangen

Warum bloß hat Bundeskanzlerin Merkel das mit sich machen lassen? Erst ist ihr (mit kräftiger Hilfe der Opposition in Deutschland) die Zustimmung abgerungen worden für etwas, was sie ursprünglich gar nicht wollte (Wachstumspakt). Frau Merkel ging dem französischen Präsidenten Hollande in die Falle: [Sie machte das Wachstumspaket zu ihrer Sache](#) und wurde dadurch auch auf europäischer Ebene erpressbar. Monti und Rajoy nutzten das aus und zwangen Frau Merkel zum Gegenteil dessen, was sie in ihrer Regierungserklärung vor dem EU-Gipfel noch beteuerte: Dass es eine Vergemeinschaftung von Schulden in der Euro-Zone mit Deutschland nicht geben werde, aus verfassungsrechtlichen Gründen, aber auch, weil sie das ökonomisch für falsch und kontraproduktiv halte.

Der Teufelskreis zwischen Banken und Staatsanleihen müsse durchbrochen werden, heißt es im ersten Satz der Gipfelerklärung der Euro-Staaten. Deshalb werde der ESM ermächtigt, Banken direkt zu rekapitalisieren. Das bedeutet, dass nicht mehr nur Staaten Kredite erhalten, um ihre Banken zu retten, wie es in dem ESM-Gesetz des Bundestags noch zu lesen ist. Sondern dass künftig der Bailout-Fonds selbst Anteilseigner etwa von taumelnden spanischen Sparkassen wird.

Instrument der Gemeinschaftshaftung

Dadurch wird der ESM zu einem machtvollen Instrument der Gemeinschaftshaftung für potentiell alle Bankeinlagen und alle Bankrisiken in der Euro-Zone über Ländergrenzen hinweg. Die begrenzte Haftung des Bailout-Fonds trägt. Wenn der ESM politisch zu einer Art Einlagensicherung für die Euro-Banken wird, kann er wirtschaftlich als Miteigentümer von Wackelbanken sein Risiko kaum beschränken. Wenn er Bank A rekapitalisiert, kann er Bank B das kaum verweigern. Und wo die Risiken größer sind als gedacht, wird er nachschießen müssen. Bezeichnend ist, was in der Gipfelerklärung zu den Auflagen für Bankenhilfe zu lesen ist („Einhaltung der Vorschriften über staatliche Beihilfen“). Seit wann ist es eine Auflage, sich an Recht und Gesetz zu halten?

Frau Merkel hat die Einführung von Euro-Bonds (noch) verhindert. Aber sie hat zugestimmt, dass der ESM zur Euro Bad Bank ausgebaut wird. Das könnte am Ende sogar teurer als Euro-Bonds kommen, weil die Bankeinlagen in der Euro-Zone höher als die Staatsschulden sind. Die Aufstockung des Bailout-Fonds wird politisch leichtfallen, weil infolge fortschreitender Gemeinschaftshaftung die wachsende Schar der Nehmer die schrumpfende Zahl der Geber immer leichter erpressen kann.

Laut Gipfelbeschluss soll nun auch noch [die Europäische Zentralbank für die Bankenaufsicht eingespannt werden](#). Der klassische Zielkonflikt zwischen Geldpolitik und Bankenaufsicht wird ebenso leichtfertig beiseite gewischt wie mit dem Bailout-Fonds das konstitutive marktwirtschaftliche Prinzip der Einheit von Entscheidung und Haftung ausgehebelt wird. Soll die EZB künftig etwas mehr Inflation in Kauf nehmen, um das Bankensystem zu stabilisieren? Wird sie bei der Kapitalausstattung einer Wackelbank ein Auge zudrücken, um einen Sturm auf die Bank zu verhindern? Oder wird die EZB bald dort, wo Kapital fehlt, gleich selbst einspringen?

Das Euro-Krisenmanagement stellt inzwischen sogar die EU als Rechtsgemeinschaft in Frage. Wieso verlangt man von Italien oder Spanien nicht dieselben Strukturreformen wie von anderen? Warum werden die Fortschritte von Irland und Portugal nicht anerkannt? Wenn Italien und Spanien zu echten Reformen nicht bereit sind, wie will man dann die Steuerzahler im Norden vom Nutzen der Gemeinschaftshaftung mit daraus folgenden Transferzahlungen überzeugen? Eine gesamtschuldnerische Haftung werde es nicht geben, solange sie lebe, soll Kanzlerin Merkel diese Woche gesagt haben. Noch vor dem Wochenende ist Deutschland dem sehr nahe gerückt.

Quelle: F.A.Z.

Les Français appauvris face aux Allemands depuis l'euro

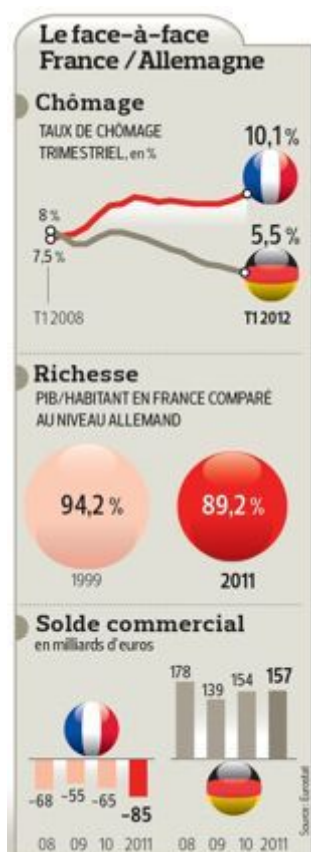
Par [Jean-Pierre Robin](#), [Service infographie du Figaro](#) Mis à jour le 28/06/2012 à 08:10 | publié le 27/06/2012 à 20:16

INFOGRAPHIE - Qu'il s'agisse de la création de richesses, de l'emploi ou de leur présence sur la scène mondiale, les deux États les plus importants de la zone euro tendent à s'écarter

La raison du plus fort est toujours la meilleure. [Angela Merkel](#) estime que ses conceptions économiques sont les plus pertinentes car les performances allemandes l'emportent désormais largement sur les résultats français. «L'Europe doit discuter des différences croissantes entre les économies française et allemande», a ainsi déclaré sans chichis la chancelière, le 15 juin devant une assemblée de chefs d'entreprise à Berlin.

Les faits plaident en sa faveur. Qu'il s'agisse de la création de richesses, de l'emploi ou de leur présence sur la scène mondiale, les deux États les plus importants de la [zone euro](#) tendent à s'écarter, tout comme le Rhin se transforme en delta après son arrivée aux Pays-Bas. Le plus inquiétant, cette divergence s'est aggravée avec la monnaie unique.

Quand l'euro a vu le jour, au 1er janvier 1999, la production de chaque Français, autrement dit le sacro-saint PIB par habitant, représentait 94,2 % du niveau allemand. L'an dernier, ce n'était plus que 89,2 %, selon Eurostat, l'institut européen de la statistique. En treize ans, nous nous sommes donc appauvris de 5 % relativement à nos voisins. En terme de puissance nationale, l'Allemagne affiche un PIB supérieur de 29 % au nôtre (respectivement 2 570 et 1 996 milliards d'euros). C'est à ce titre, uniquement, que les Allemands peuvent se voir comme les vaches à lait de l'Euroland, car toutes les contributions nationales aux aides sont au prorata du PIB de chacun.



En matière sociale, les deux économies souffraient du même [chômage](#) quand elles ont décidé de faire monnaie commune, soit 10,7 % de leur population active. Ce taux a été ramené à 5,5 % sur la rive orientale du Rhin, alors qu'il tangente toujours les 10 % sur sa rive occidentale.

Troisième critère de jugement d'une nation, sa position extérieure. En dernier ressort c'est bien plus important que la situation de ses finances publiques: il en va de son indépendance financière vis-à-vis de l'étranger. En 1998, l'ultime année du franc, notre commerce extérieur dégagait un excédent équivalent à 25 milliards d'euros

et les échanges allemands présentaient un surplus de 60 milliards. L'an dernier nous avons été dans le rouge à hauteur de 73,5 milliards (record historique) quand notre voisin accumulait une cagnotte de 158 milliards d'euros.

Pas un «bouclier»

Si l'euro n'a pas contribué à la convergence franco-allemande, c'est que les deux pays en ont fait des usages antithétiques. On a voulu y voir à Paris un «bouclier», selon l'expression du ministre français des Finances de l'époque, dont on taira le nom. À Berlin l'euro a été perçu comme un facilitateur des échanges commerciaux qui allait intensifier la concurrence au sein même de l'Europe.

Angela Merkel considère qu'on ne saurait accuser sa Mannschaft, son équipe, de trop bien jouer au football. François Hollande soupçonne l'adversaire de doping: dérégulation du marché du travail, esprit de compétition à outrance, absence de salaire minimum permettant aux agriculteurs germaniques d'exporter plus que les Français, etc. Le dialogue semble être tombé à son degré zéro.

Recevant mardi Jean-Marc Ayrault pour sa cérémonie d'adieu, l'ambassadeur à Paris Reinhard Schäfers a eu ces mots: «Le plus grand danger ne vient pas de nos différences et de nos divergences mais bien d'une éventuelle indifférence.»

A German exit from the euro could be relatively easy

Reuters Blogs, By Anatole Kaletsky

June 27, 2012



The fundamental problem of the euro is widely seen as one of “herding cats” – the impossibility of coordinating complex policies among 17 discordant nations, each with different interests, traditions and ideas. This is not true. The dividing line in Europe is much simpler. On one side are France, Italy, Spain and every other significant country, backed by the U.S., Britain, the IMF, the European Commission and the leadership of the European Central Bank, proposing serious and complex technical solutions based on genuine fiscal federation, which means the sharing of national debts. On the other side is Germany, occasionally supported by Finland, Austria and Slovakia, always saying *Nein!*

Every new veto threat from Angela Merkel increases Germany’s embarrassing isolation, as Joschka Fischer, its former foreign minister, recently warned: “Germany destroyed itself – and the European order – twice in the 20th century. It would be tragic and ironic if a restored Germany ... brought about the ruin of the European order a third time.” But if Germany’s role as spoiler is increasingly recognized, why don’t the other countries do what [this column suggested last week](#): Tell Merkel to put up or shut up – either abide by majority decisions or leave the euro?

The standard answer is that Germany is the “paymaster” of Europe; so without Germany the euro zone would be “bankrupt”. Such metaphors are a lazy substitute for clear thinking. To see why, compare the consequences of Germany leaving with the Greek exit, which was [described as “manageable” by European officials](#) only a few weeks ago. German departure would be *less* disruptive than Grexit for three reasons.

First, a Greek devaluation would trigger capital flight from the next weakest country – Spain, then Italy and France. Germany would not create such domino effects. Once the Deutschmark was restored and revalued, there would not be a “next strongest” country to attract capital flight. Of course, some people might still send their money from Italy or France to Germany, to speculate on further revaluation, but that would be no different from investment flows out of Europe at present into dollars, pounds or Swiss francs.

Second, and most crucially, the euro zone would become a more credible and coherent unit without Germany. Liberated from German obstruction, the ECB would be able to follow the examples of the U.S., Japanese, British and Swiss central banks, using quantitative easing to bring down interest rates to zero at the short end and to around 2 percent on long-term bonds. Just as important, the euro governments could finally form a genuine fiscal union, using the entire fiscal capacity of the euro zone to back jointly guaranteed eurobonds. The euro zone could then be treated again as a single economic unit, comparable to the U.S., Japan or Britain – and in terms of key fiscal ratios it would score well. Public deficits in euroland ex Germany were 5.3 percent of GDP in 2011, according to the IMF, compared with roughly 9 percent in Britain and 10 percent in the U.S. and Japan. Gross debt (including financial bailouts) was 90.4 percent of GDP, against 98 percent, 103 percent and 205 percent in Britain, the U.S. and Japan, respectively. Trade deficits were much smaller than in Britain or the U.S. In short, euroland without Germany would be far from bankrupt – and the key reason for the euro crisis isn’t lack of competitiveness but Germany’s refusal to mutualize and monetize public debts.

Third, a euro break-up caused by Germany withdrawing would be far less chaotic from a legal standpoint than a break-down in which the euro disintegrated as weak countries were pushed out. The euro without Germany would remain a legal currency, governed by the same treaties as before. International contracts in euros would be legally unaffected, but simply devalued in terms of new German marks or dollars, just as British contracts were devalued when the pound fell from \$2 to \$1.40 from 2008 to 2009. Only contracts within Germany governed by German domestic law, for example retail bank deposits and wage deals, would be redenominated into marks. The German government would face no legal challenge if it decided to save money by repaying bonds in devalued euros (as specified in the contract) instead of converting them into marks (as speculative investors might hope).

None of this means that a German exit would be painless. German export companies would lose sales because of the strong mark. Most German banks would have to be recapitalized by the government, since their mark liabilities would not be matched by devalued assets in the euro zone. The Bundesbank would probably require the biggest recapitalization in history, since its loans to the Target2 clearing system run by the ECB (698 billion euros at the end of May and rapidly rising) would only be repaid in devalued euros.

But these would all be local difficulties for Germany, not existential threats for the whole of Europe. For the rest of Europe, a euro without Germany would be perfectly feasible and even attractive. Pressuring Germany to leave the euro therefore need not be an empty threat.

If European leaders can only make Merkel understand that she seriously risks exclusion from the euro, she may start to behave in a more cooperative way. In that case, the costs and benefits of actually expelling Germany will never have to be tested.

PHOTO: A man holding an umbrella in the colors of the European Union enters the Chancellery in Berlin before talks between government and opposition leaders about the EU fiscal pact, June 21, 2012.
REUTERS/Thomas Peter

The rebranding of circumcision as 'child abuse' echoes the ugly anti-Semitism of medieval Europe

The Telegraph Blog By [Brendan O'Neill Religion](#) Last updated: June 28th, 2012



Father, son and great-grandfather at a circumcision ceremony (Photo: Alamy)

There are many bad things about the modern atheistic assault on religion. But perhaps the worst thing is its rebranding of certain religious practices as "child abuse". Everything from sending your kid to a Catholic school to having your baby boy circumcised has been redefined by anti-religious campaigners as "abuse". This use of emotionally loaded language to demonise the practices and beliefs of people of faith has reached its ugly and logical conclusion in Germany, where a court has decreed that [circumcision for religious purposes causes "bodily harm"](#), against boys who are "unable to give their consent", and therefore should be outlawed.

This is an alarming attack on freedom of religion and on parents' rights to initiate their children into their faith. The court case centred around [a four-year-old Muslim boy who was given a very bad circumcision](#), but the precedent set by the case will of course affect Jews as well as Muslims. And as Germany's Central Council of Jews rightly said, the court's ruling is "an egregious and insensitive measure", which represents "an unprecedented and dramatic intervention in religious communities' right of determination". He points out that Jews have the freedom to circumcise their male children in every country in the world – but soon maybe not in Germany.

Many secularist campaigners are cock-a-hoop about the ruling. They believe their description of circumcision as "child abuse", as a cruel operation that ignores the UN-guaranteed "rights of the child", is radical and caring. But in truth it echoes centuries' worth of nasty anti-circumcision posturing by people who hate certain religious faiths. In Medieval Europe, as pointed out in the book [The Covenant of Circumcision](#), Jew-baiters often depicted circumcision as "cruel and grotesque". The "barbarous and cruel Jews" were slated for callously snipping off their own boys' foreskins and for secretly desiring to do the same to Christian boys, too. These "merciless" creatures were described by one English writer as "foreskinne-clippers". The modern atheist's description of circumcision as "child abuse", though used to attack both Jewish and Muslim communities, is only an updated, more PC version of the old anti-Semites' description of it as "cruel and grotesque".

The labelling of religious practices as "child abuse" is the most cynical tactic in the armoury of today's so-called New Atheists. They are effectively using children as human shields, as a cover under which they and their beloved state might interfere in both family life and the realm of religious conscience in order to reprimand people for believing the wrong things and carrying out "cruel" practices. If you think they will stop with the banning of a physical practice like circumcision, think again. Richard Dawkins has argued that ["bringing \[children\] up Catholic" is a form of "mental abuse"](#). Another New Atheist argues that children ["have a human right not to have their minds crippled by exposure to other people's bad ideas"](#). What is being attacked here is the fundamental right of parents and communities to pass on their beliefs to their offspring.

History tells us that the rebranding of religious practices as child abuse can have terrible consequences. Many anti-Jewish pogroms in the past were justified on the basis that Jews abused children. The FBI's [insane invasion](#) of the headquarters of the Branch Davidian religious cult in Waco, Texas, in 1993 was likewise justified on the basis of halting child abuse. That led to the deaths of 82 people – 28 of them children.

Guest Post: How Much To Save The Euro?



Submitted by [Tyler Durden](#) on 06/27/2012 17:07 -0400

Submitted by Geoffrey Wood

How Much To Save The Euro?

Germany keeps being told that it must pay up to save the euro. But how much can Germany pay? No-one seems to have thought about that, but there is already concern about the possible size of bill – German bond yields rose soon after news of the Spanish bail out, even before it was announced where the money was going to come from. (And it was of course a bail out for Spain, regardless of what Spain's prime minister says. If I borrow money and then lend it to someone else I've still borrowed it.)

There is though a more basic question. How much does it make sense for Germany to pay? What sort of bill would it be reasonable to present to them? In fact the best approximation one can arrive at is a bill of zero.

Why zero? What about all these exports that have been produced because Germany has a currency whose value is determined not just by Germany but also by less productive, higher cost, economies? That link has artificially depressed the prices of German exports. These net exports resulting from Germany's Eurozone membership are actually the problem.

Germany has been exporting more goods and services than it has been importing. So non-German residents have been making net transfers of funds to Germany. If they can not earn these funds, and they did not because if they had Germany would not have run a trade surplus, they must have borrowed them. A trade surplus being run by a country means, in other words, that it is a net lender to the rest of the world.

That is certainly not always bad. Often it is good for both borrower and lender. The classic, and one of the longest lasting and relative to national income one of the biggest examples of that is the lending by Britain to the United States that went on from just after 1870 to shortly before the First World War. That lending was beneficial to both sides. In the USA it was invested productively, developing and opening up the prairies. These were, and still are, among the most fertile agricultural land in the world. The investment helped to make the USA a major and very prosperous agricultural producer. And Britain meanwhile not only earned a higher return on capital than could be earned by investing at home (Britain was even then a mature developed economy) but saw a sustained fall in the cost of living as the cost of food fell due to the imports that started to flow from the USA.

Recent German investment has not all been like that. Some has been productive – motor car factories in Brazil, the Czech Republic, and Mexico, for example. But much of it has just been lending to enable governments and individuals to spend more than they have been earning. As is now clear, many of the recipients of these loans are unable to pay them back. So in contrast to the earlier British/US experience, where both sides gained, both sides have lost.

Another aspect of this appears if we think about what would have happened in Germany if net exports had been smaller. Workers and factories would not have simply sat around. More goods and services would have been produced for investment and for consumption inside Germany. By increased investment Germany would have become more productive, and because individuals in Germany could consume more they could have had a higher standard of living. These big exports have in effect been a subsidy from Germans to many of their trading partners.

That is not the end of the story, not the end of the bad news for Germany. What an economy produces can be roughly divided into two categories: goods that are traded internationally and goods that are not. These categories – tradable and non-tradable goods as they are termed – are not of course clear cut categories, but

some goods are much more easily traded internationally than others. The depressed German exchange rate has shifted productive resources, labour in particular, from the non-traded to the tradable sector. These resources are more productive there only so long as the exchange rate stays at its current artificial level. When that changes, they will have to incur all the costs of moving back. And, of course, they have been employed producing goods for which in many cases Germany may never be paid.

This is actually the exact reverse of what is now facing Australia. Its exchange rate has been driven up by a mineral boom. Policy makers and voters there are now thinking about two issues. What is a reasonable distribution of the benefits of the strong currency? And what planning should there be to deal with the inevitable end of the boom?

In conclusion, then, it is clear that it is wrong to say that Germany has benefited because of the boost to its exports delivered by a depressed euro. There have been some benefits, for some of the associated overseas investment has been more productive than it would have been at home; but there have also been some costs. The net effect is immensely difficult to calculate, but there can be no doubt that claims that Germany has gained so Germany must pay are just wrong. Any attempt to put the burden of saving the euro on Germany has to be supported by other arguments. I have yet to see them.

Average:

Sometimes "No" Means Exactly That



Submitted by [Tyler Durden](#) on 06/28/2012 08:12 -0400

From Mark Grant, author of Out of the Box

Sometimes "No" Means Exactly That

I was interviewed last night on BBC radio. The questions were good and the newsman was knowledgeable. The concentration was on Greece and Spain and as I detailed the real debt to GDP ratios for the two countries which included all of their liabilities and not just the ones that Europe wants to count the whoosh of breath could be heard across the Atlantic. I am afraid I startled the poor fellow as I explained that this was not my opinion nor was it a particularly complex matter past finding the data which requires some hours of digging around in Eurostat and the Bank for International Settlements data bases. Then it is just simple addition and the division by the official GDP for each country and you arrive at the conclusion. What is so eye opening then is the real number and this is why, of course, that these nations are in trouble as various liabilities turn from contingent to current as the economic crisis deepens. It should come as no surprise to the knowledgeable but to those that have long believed the official debt to GDP ratios put out by the European Union; the actual explanation and the dawning of what it means always seems to provoke a certain gasping of breath.

I do want to address one thing this morning that has been on my mind. I am not nor have I ever called for Armageddon or the end of the world. I find these kind of statements, by anyone, to be quite irresponsible and mostly self-aggrandizing. The world will pick itself up one way or the another and solutions will be found albeit quite painful ones for Europe I am afraid but there will ultimately be solutions. Over my many years on Wall Street I have seen one soothsayer after another rise and fall and then try to repeat the experience with the next Big Call. This is not what I do nor do I find any appeal in this kind of behavior at all. My commentary is certainly unique as it is almost totally directed at keeping you out of trouble and it is the rare moment when I suggest something of interest. I learned long, long ago the great and terrible secret that if you can avoid losing money that you are way ahead of the Great Game and better placed than your competitors. This is why Grant's first ten Rules are the first one reiterated another nine times, "Preservation of Capital" which comes first and foremost and is a gift that just keeps giving if you get it right.

Difficult Times

As it dawns upon the world that Ms. Merkel means exactly what she says and is not going to back down you may expect a quite negative reaction in the equity markets and a widening of spreads for some risk assets along with a strengthening of the Dollar. I am talking about the "Trend" here and not some trading strategy for today's business. Germany is not going to flinch and cannot both due to local politics and to the now obvious fact that Germany has just about reached the limits of what she is financially able to do with a \$3.2 trillion economy. To put it quite simply; they have run out of excess cash and more European contributions are only going to weaken the balance sheet of the nation and seriously imperil Germany's financial condition. I say, one more time, Germany is not going to roll over and all of the pan European schemes brought forward by the bureaucrats and the poorer nations are not going to go anywhere. There is one novel possibility here and that is that the Germans, like the British, may opt out. Germany, Austria, the Netherlands, Finland et al may just say, "Fine, go ahead if you wish to have Eurobonds and the like but we will not guarantee them." All plans do not need to have an either/or solution and this may well be Germany's position in the end which would place the periphery nations and France in quite an interesting, if unenviable, place.

"So do we pass the ghosts that haunt us later in our lives; they sit undramatically by the roadside like poor beggars, and we see them only from the corners of our eyes, if we see them at all. The idea that they have been waiting there for us rarely if ever crosses our minds. Yet they do wait, and when we have passed, they gather up their bundles of memory and fall in behind, treading in our footsteps and catching up, little by little."

-Stephen King

Investing in Difficult Times

First you want to have a healthy position in Treasuries as the safe haven bet for the world as things begin to run askew and get worse. The Emerging Markets will get seriously hurt as the European banks funded these countries and these banks are now drawing in their horns and returning to their own home turf not just as a result of Basel III but as a result of their balance sheets, so full of fluff and tomfoolery, run up against the reality of their asset bases and cumulative loans no matter how Europe allows them to be categorized. Loans that aren't paying and Real Estate securitizations that aren't paying take the same bite whether you call them roses or daffodils or you claim their mark-to-market worth is some fantasy number concocted by the banks and approved by the central bank of any given nation. Many of the European banks have hit the wall now and are standing there staring at the tiles. With the few exceptions I would not want to be the holder of European bank obligations at this time. Neither do I advise to be the owner of most of the European sovereigns; first as connected to their banks which are three times the size of the sovereign countries of the EU-17 but also because their real debt to GDP ratios are so far into the red that whatever solutions are found, and printing money will not help as there is plenty of liquidity in the world and the real issue is solvency, so that any grand liquidity play will not do much good past the shortest of terms. In fact, the liquidity play has run out in my estimation and now the hard choices, the unpleasant choices, are all that remain and they will be painful; any of them.

To capture any sort of yield is now a painful affair. The corporate debt that is deemed worthy and safe is trading within basis points of Treasuries and the spread is so insignificant that these names have become proxies for Treasuries and hold now, in my opinion, very little value. There is a tendency in the markets to regard the financials with one viewpoint as categorized in one basket. I do not share this view. The major European banks and the major American banks are now two totally separate categorizations in my view. It can be said that they are all banks but the leverage, the financial accountability and the basis for investment is the separation of the Earth from Mars now. For yield I would look at the senior debt and perhaps some hybrids/trups of the major American banks because they are not going anywhere and the United States does have the wherewithal to make quite sure of that. We are in a financial crisis no doubt and I expect a world-wide recession by the fourth quarter as caused by the antics of Europe and long experience dictates that you want to be at the top of the capital structure, not in equities or preferreds during this kind of cycle but if yield is high on your agenda then I would take a look at senior debt of the American financials which would be both the banks and some of the insurance companies. Choose carefully, be cautious, but at current spreads there is value in this sector in my opinion. Remember that dividends can come and go and that the dividends for Preferreds can be waved by the gesture of hands at some Board meeting but senior debt defines whether a company is still in existence and is far safer than other securities further down in the capital structure. In general the marks-to-market may decline but the senior financial debt will pay and there are not many good choices to get any sort of yield now.

In the Next Days

Germany will not back-up. This summit will prove to be quite contentious as the beggars want to be the choosers and that is not the way the world works. Hopes will get dashed and reality will invoke its presence and the platitudes of the last thirteen years since the EU was formed will run head on into the unavailability of funds and shockwaves will reverberate across the Continent. That is my prediction. Then Greece will beg and plead and perform its ritual dance but this time, after the Troika has looked at the progress of Greece and found it severely wanting; there will be no more money and it is even dubious that there will be any meaningful extensions. Spain will also dance the dance of the alms seekers and money will be given, virtually exhausting the availability of the EFSF funds which were pledged and are about to become a matter of payment \$425 billion which will now be on the table for Greece, Portugal, Ireland and now Spain so that pledged liabilities become current liabilities and cash on the barrelhead is quite a different matter than promises to pay; as we all know.

Patience, patience; we are getting down to it and while the road has been long and the twists have been many and varied in the final analysis it will be the actual amount of the available capital that will answer the long

awaited question of when this all ends. I submit that this Summit will offer all of us a “Moment” and that will be when Germany and the rest just say “No;” and then the tide turns, the water begins to pour out and realization, like the morning sun, dawns.

“I feel them steal softly upon my thoughts, pattering gently like drops of rain against my window of thought. And so I lay, wandering the long halls of my thoughts, allowing the shades of memory to slip quietly through my mind, remembering starlight and shadows, days of refulgent glory and nights of moonless pitch, and I allow the needle of the tiny compass inside me to swing wildly... First towards the bright dawn of the morrow...then towards the long night behind me: and I think, and I wonder... When Fate comes to collect one of her sons... which way will the compass lie?”

-Joshua Azevedo

Gibt es einen Hass auf Deutschland?

FAZ 27.06.2012 · Der amerikanische Spekulant George Soros prophezeit den Deutschen, sie würden ob ihrer Sparpolitik in ganz Europa verhasst sein. Ist das so? Oder spricht da amerikanisches Finanzinteresse? Und welche Stimmung machen die Medien vor dem Euro-Gipfel? Unsere Korrespondenten berichten.



© dapd Wo bitte geht es hier zur europäischen Union? In welcher Hauptstadt soll man anklopfen?

Jordan Mejias aus New York: Keine Schmeicheleinheiten für Deutschland

Europa müsste schon wild zusammenkrachen, bevor Amerika sich bereitfände, etwas genauer als sonst den Blick über den Atlantik zu richten. Die Nation starrt auf Washington - und dort nicht aufs Weiße Haus, nicht aufs Capitol, wohl aber auf den Säulentempel dahinter und seine neun Oberpriester. Mit seinen Entscheidungen zu einem umstrittenen Einwanderungsgesetz, zur Wahlfinanzierung und zu Obamas Gesundheitsreform könnte der Supreme Court die Weichen für den Wahlkampf und die nächste Präsidentschaft stellen. Für Europa ist bestenfalls am Rande der amerikanischen Nachrichtenarena Platz.



© AFP

Die Freiheitsstatue in New York

Wie ABC World News, NBC Nightly News, CBS Evening News und der Special Report von Fox News lässt sich selbst der gemeinnützige Radiosender NPR, der öfter als die kommerzielle Konkurrenz über die Landesgrenzen hinausblickt, von dem bevorstehenden EU-Gipfel nicht aus der Reserve locken. NPR News widmet seine jüngsten Auslandsberichte dem Aufstand in Syrien und dem Besuch der Queen in Nordirland. Die immer hörenswerten Nachrichtenmagazine „All Things Considered“ und „Talk of the Nation“ machen kurz Abstecher nach Mexiko, Paraguay und in den Nahen Osten.

Interessant ist die Europa-Krise für die meisten Amerikaner erst, wenn sie mit amerikanischen Sorgen verknüpft wird. So warnt der erzkonservative Scharfmacher Rush Limbaugh in seiner täglichen Radiotalkshow vor der wirtschaftlichen „Ansteckung aus Europa“ und macht sich lustig über die „New York Times“, in der er gelesen habe, alle Welt versuche, Angela Merkel zum Geldausgeben zu bewegen, insbesondere aber Barack Obama, der besonders nervös sei, weil seine Wiederwahl direkt davon abhängt. Dazu Limbaugh: „Also ehrlich,

Leute! Was glauben die denn, wie dumm wir sind? Ihr Schablonendenken geht so: Armer Barack! Er tut, was er kann, nur sind da diese doofen Europäer, die nicht hören wollen.“

Bill O'Reilly, Limbaughs Verwandter im Geiste, hat gerade im Nachrichtenmeinungssender Fox News dem Präsidenten vorgeworfen, er verursache Amerikas Niedergang dadurch, dass er sich viel zu sehr an Europa orientiere. Dabei sollte er doch wissen, dass es mit den Europäern wirtschaftlich bergab gehe, und zwar weil sie der Marktwirtschaft den Rücken kehrten. „Aggressiver Kapitalismus“ heißt für O'Reilly die einzige Lösung diesseits und jenseits des Großen Teichs.

Im „Global Market Report“ des Wirtschaftssenders CNBC erheitert Anchorman Simon Hobbs die Trader auf dem New Yorker Parkett aktuell mit seiner Angela-Merkel-Parodie: „Keine Euro-Bonds, solange ich lebe!“ Hobbs prophezeit, dass es folglich auch in den nächsten Tagen zu keinen Abmachungen über wirklich wichtige Sachen kommen werde. Wenigstens reiht er sich nicht in den internationalen Chor, dessen amerikanische Mitglieder auch nicht eben wohlklingende Weisen über eine störrische Bundeskanzlerin und ihr hartherziges Land anstimmen.

Die unter Amerikanern vorherrschende Meinung hat für Deutschland jedenfalls nicht viel Schmeichelhaftes zu bieten. Einmal mehr kann sich darum Fareed Zakaria bei CNN als Kommentator erweisen, der einen kühlen Kopf bewahrt und unaufgeregt seinen eigenen Weg geht. Die (nord-)europäische Elite, erklärt er geduldig seinen Landsleuten, folge nicht plötzlich einer falschen ökonomischen Doktrin, und zumal die Deutschen hätten keine Alternativsicht auf die Wirtschaft entdeckt. „Jetzt ausgeben, später sparen“ sei auch für sie ein Ansatz, den sie in der gegenwärtigen Lage für richtig halten könnten. Nur fürchteten sie, „später“ träfe nie ein. Denn in Wirklichkeit sei die ökonomische Krise eine demokratische. Politiker hätten Sozialleistungen immer großzügiger verteilt, Renten immer höher getrieben und die Gesundheitsversorgung immer opulenter ausgestattet. Jetzt seien sie nicht in der Lage, Abstriche zu machen, ohne ihre Wiederwahl zu gefährden. Die Demokratie als Wirtschaftsfalle.

So viel nüchterne Analyse hält das amerikanische Fernsehen selten parat. Von Rush Limbaugh bis Paul Krugman, dem Wirtschaftsnobelpreisträger, der auch als Fernsehkommentator inzwischen das populistische Muskelspiel nicht verschmäht, hat Amerika fürs deutsche Sparsamkeitsgebot wenig Verständnis. Respekt vor dem wirtschaftlichen Erfolg des Landes mischt sich mit Unverständnis für die Unnachgiebigkeit und Strenge der Kanzlerin. Es war kein Ausrutscher, als die „New York Times“ nach dem Spiel Deutschland gegen Griechenland eine radikal enthemmte Angela Merkel vierspaltig auf die Titelseite brachte, mit der Bildunterschrift: „Deutscher Jubel für einen griechischen Untergang (im Fußball)“. Kein Schelm, wer die Klammer übersehen hat.

Kerstin Holm aus Moskau: Russland hält Europa für blind

Die russischen Medien, die fast ganz von den inneren Konflikten des Landes absorbiert sind, berichten über Europa durchweg freundlich, in jüngster Zeit allerdings auch in einem ironischen Ton, weil die Segnungen der europäischen Demokratie und Zivilgesellschaft, die die Russen immer neidisch machten, wie sich herausstellt, auf Schulden gebaut waren. Die Nachrichtensendung „Westi“ im Staatsfernsehen macht den Europäern zwar regelmäßig klar, dass eine Stationierung neuer Nato-Raketenabwehrsysteme Russland zu einer waffentechnischen Antwort zwingen würde. Doch dabei werden die Vereinigten Staaten als die treibende aggressive Kraft hingestellt, deren Spiel aber von den feigen und untereinander zerstrittenen Europäern mitgetragen werde.



© akg-images/Bildarchiv Monheim

Die Basilius Kathedrale am Roten Platz in Moskau

Als europapolitischen Kommentator schätzt das Staatsfernsehen insbesondere den Politologen Alexander Rahr, den Spross einer berühmten orthodoxen deutschrussischen Familie, welche die traditionellen Sonderbeziehungen verkörpert. Rahr erklärt dem russischen Publikum, die Europäer glaubten heute fast so religiös an die Demokratie wie einst Lenin und Trotzki an den Kommunismus - sie seien überzeugt, das Ziel aller historischen Entwicklung gefunden zu haben, und müssten damit den Rest der Welt beglücken.

Doch während sie eifrig beschäftigt seien, die demokratischen Spielregeln auf dem Kontinent zu perfektionieren, hätten sie keine Strategie für den Umgang mit der Welt, wie sie wirklich ist. Das „Fest der Freiheit“ mache die Europäer für die globalen Realitäten blind. Dazu gehöre auch die Überforderung vergleichsweise schwacher Wirtschaften wie der griechischen oder der spanischen durch eine zu starke Währung wie den Euro, merkt der wirtschaftspolitische Kommentator des Nachrichtenkanals „Rossija 24“ an, Alexander Priwalow. Die Währungsunion funktioniere auf Dauer nur, schließt Priwalow mit freundlicher Herablassung, wenn die Nordeuropäer, vor allem die Deutschen, den Süden alimentierten.

Mark Siemons aus Peking: Viel Verständnis für Angela Merkel

So einen wie Rui Chenggang gibt es in Deutschland gar nicht: ein gerade mal 34 Jahre alter Wirtschaftskommentator, der schon seit Jahren einer der populärsten und schillerndsten Fernsehmoderatoren im Lande ist. Er ist jung, intelligent, schnell, fährt Jaguar und schafft es offenbar mühelos, seine forciert kapitalistische Lebensanschauung mit einer staatsstreuen, wenn nicht sogar nationalistischen Haltung zusammenzubringen. Kenner nennen ihn deshalb gern den chinesischen Ayn Rand, auf die amerikanische Markt-Literatin anspielend. Den Westen schont er normalerweise nicht, umso mehr fiel es deshalb jetzt auf, als er auf dem staatlichen Wirtschaftskanal CCTV 2 sagte: „Ich finde es ungerecht, dass alle Welt die Verantwortung auf Merkel schiebt.“



© picture-alliance/ dpa/dpaweb

Der Himmelstempel in Peking

Er erläutert, dass Deutschland sich dem Druck anderer europäischer Staaten nicht beugen will und dass Merkel (in chinesischer Lautschrift: Mo Ke'er) sagte: Glaubte nicht, dass Deutschland Europa retten kann. Dem chinesischen Publikum wird dabei die Parallele zur chinesischen Argumentationsweise nicht entgehen, die gleichfalls davon ausgeht, dass China der Welt am besten dadurch hilft, dass seine eigene Wirtschaft läuft.

Zugleich hält Rui Chenggang Merkel aber auch zugute, dass sie als Nachkriegspolitikerin ein einiges Europa schaffen wolle, in dem es nie wieder Krieg gibt. Und er schließt sein Plädoyer mit der Auffassung, die Wahl in Griechenland habe gezeigt, dass Merkel mit ihrer Politik richtigliegt.

Die meisten chinesischen Medien lehnen sich bei internationalen und erst recht wirtschaftlichen Vorgängen, solange das eigene Land nicht direkt beteiligt ist, nicht so weit aus dem Fenster, dass sie eine eigene Meinung riskieren. Doch beim Konflikt über die europäische Krise erscheint immer am ehesten die deutsche Position als plausibel. Auch im privaten Hongkonger Sender Phoenix, der sein Publikum vor allem auf dem Festland hat, sagt der Hauptwirtschaftskommentator Shi Qiping: „Alle wollen Geld von Merkel. Natürlich wehrt sie sich dagegen.“

Selbst Obama müsse genau auf Merkels Miene achten. Aber die deutsche Kanzlerin glaube wirklich daran, dass nur Wirtschaftsreformen den überschuldeten Ländern helfen könnten, und außerdem seien die deutschen Wähler dagegen, noch mehr Geld zu geben. In einer besorgten Studie des „European Council on Foreign Relations“ wurde kürzlich ein Pekinger Beamter mit dem Satz zitiert: „Wenn man etwas in Brüssel erreichen will, geht man nach Berlin.“ Viele Chinesen spekulierten darauf, dass aus der Krise ein irgendwie „deutsches Europa“ erwachsen werde.

Paul Ingendaay aus Madrid: Hektische Suche nach schnellen Lösungen

Wer kann diese Deutsche bremsen? Dem finanziellen Zuchtmeister haftet etwas Unappetitliches an, dem moralischen Zuchtmeister auch. Wenn sich beide in der Gestalt von Angela Merkel vereinen, ist die geringe Popularität der Bundeskanzlerin auf der Iberischen Halbinsel schnell erklärt. Als ein spanisches Wirtschaftsblatt von Merkels strikter Weigerung berichtete, die Schuldenlast der Eurozone zu vergemeinschaften, drückte sich in mehr als 150 Internetkommentaren die Stimmung des Volkes aus: von trotziger Zurückweisung über undruckbare Beschimpfungen bis zur drohenden Prophezeiung, man sehe sich am Sonntag im EM-Finale, war alles dabei. Auf der Straße oder am Tresen hört man sowohl spanische Selbstkritik („Wir haben wie die Könige gelebt“) als auch tiefempfundenen Überdruß: „Hoffentlich lässt uns diese Deutsche bald in Ruhe.“ Oder: „Mal sehen, ob dieser Hollande die Merkel bremsen kann.“



© Röth, Frank

Madrid, Stierkampfarena

In den Talkshows von Radio und Fernsehen ist Angela Merkel dagegen auf verblüffende Weise abwesend. Zu viele Hiobsbotschaften sind über Spanien hereingepresselt und haben den Eindruck erweckt, man habe sich selbst die Grube geschaufelt. Der Appell an „Europa“ ist daher ein lauter Hilferuf. Iñaki Gabilondo, Spaniens erfolgreichster Radiomoderator der letzten vierzig Jahre, erklärte in seinem Videoblog mit ominösen Pausen und dramatischen Betonungen, die Europäische Union taumle orientierungslos dahin, wer habe denn schon mal von einem Herrn namens Van Rompuy gehört? Statt größerer Einheit wachse der nationale Egoismus, und Spanien sei mitten in der Krise „verlassen, verwaist“. Der Name Angela Merkel fiel dabei nicht.

Auch die populärste politische Debattensendung des spanischen Fernsehens, „59 Sekunden“, lässt die Bundeskanzlerin lieber draußen. Zerknirschung und die hektische Suche nach schnellen Lösungen beherrschen das Bild. Werden Bürger befragt, sprechen sie von sozialer Not und der Schuld der spanischen Banken. Ein Mann findet, die Geldhäuser sollten mehr Kredite gewähren, „so wie früher“. Ein anderer denkt genau das

Gegenteil und sagt, alle Finanzinstitute, die fahrlässige Kredite ausgeteilt hätten, sollten für die Verluste gefälligst geradestehen. Mit Hoffen und Bangen blicken die Menschen nach Brüssel. Im Radioprogramm „Protagonistas“ des bekannten Journalisten Luis del Olmo sagte der stellvertretende Chefredakteur der Wirtschaftszeitung „El Economista“, beim EU-Gipfel werde sich ja zeigen, ob Europa die spanische Situation verstehe. Wenn ja, müsse es die Zügel lockern und ein höheres Defizit zulassen, sonst könne Spanien kein Wachstum schaffen. Kein Wort zu Angela Merkel, kein Wort zu Eurobonds.

Jürg Altwegg aus Genf: Auch der Euro hat jetzt ein Endspiel

Am Dienstag hat in Frankreich der Sommerschlussverkauf begonnen. Dem Ritual kann sich auch die Nachrichtensendung des Privatfernsehens nicht verschließen. Sie ist und bleibt eine nationale Nabelschau. Mit noch mehr Arbeitslosen und noch weniger Wachstum eröffnete tfl die Tagesschau. Dann gute Nachrichten: Millionen von Franzosen bekommen mehr Geld, die Grundschulen mehr Lehrer. Der Mindestlohn wird um zwei Prozent angehoben, zwanzig Euro pro Monat. Ja, und in Paris war gerade Aung San Suu Kyi angekommen.



Das Jet d'eau in Genf

Ihr Porträt kam auf die Seite eins des „Figaro“. Als Kontrapunkt die Schlagzeile: „Merkel haut mit der Faust auf den Tisch“. Von ihrer Absage an eine Genossenschaft der Schulden, „solange ich lebe“, hatte das weltfremde Fernsehen keine Bilder. Eine kontinuierliche Berichterstattung aus Berlin gibt es auf tfl ohnehin nicht mehr. Auf drei Spalten illustrierte der „Figaro“ die Entschlossenheit der Kanzlerin mit einem Bild, auf dem nur ihre Hände, Fingerspitze an Fingerspitze, zu sehen sind. Ansonsten wird sie beim Fußball gezeigt: wenn sie bei deutschen Toren die Arme hochreißt. Die Europameisterschaft wird mit drei südlichen Schuldenländern und Deutschland im Halbfinale zum Nebenschauplatz - mit Ventilfunktion - der Euro-Krise.

Auf ihn konzentrieren sich die Auseinandersetzungen mit dem „neuen deutschen Nationalismus“. Als wie harmlos wird er nächste Woche empfunden? „Wenn Europa diese Woche nicht auseinanderbricht“, war der Titel von Bernard Guettas Kolumne in „Libération“. Guetta kommentiert auf „France Inter“. Auch für den Euro geht es um ein Endspiel. Der Brüssel-Korrespondent von „Libération“ weiß, was beim Gipfel geschehen wird: mehr Föderalismus - „aber ohne es offen zu sagen“. Er ist für Frankreich das gleiche Schreckgespenst wie für Deutschland die Inflation. Geldentwertung gegen Souveränitätsverluste.

Noch sind die historischen Feindbilder erst in den Hinterköpfen - und nicht in den Medien. Glücklicherweise identifiziert sich Frankreich überhaupt nicht mehr mit seiner Fußballnationalmannschaft. Wichtiger als die Euro und der Euro ist für die Franzosen, deren Verlust an Kaufkraft noch stärker ist als in den Vorjahren, der Sommerschlussverkauf. „Krise und Wetter“ bedrohen ihn, schreibt der „Figaro“. Im Januar kauften die Franzosen Klamotten, weil es extrem kalt war: „Wenn es bis Samstag nicht heiß wird, wollen und brauchen sie keine Sommerkleider mehr.“ Für das Endspiel um den Euro müssen sie sich sowieso warm anziehen.

Gina Thomas aus London: Eine Volksabstimmung über Europa scheint unumgänglich

Bill Cash gehört zu den konservativen Abgeordneten, die euphemistisch als Euroskeptiker bezeichnet werden. Er selbst nennt sich Eurorealist. Richtiger wäre die Bezeichnung „europhob“. Das seit Jahren gehegte Unbehagen gegen die engere Einbindung Britanniens in Europa drückt sich schon in der Art und Weise aus, in der er jetzt in einem Rundfunkgespräch zum EU-Gipfel den Namen Merkel aussprach. Das „e“ klang wie ein abfällig gedehntes „ö“, als wolle er „murky“ sagen, was trüb heißt oder düster und zu dem finsternen Bild passt, das Cash von der Bedrohung zeichnet, die für Britannien vom europäischen Fiskalpakt ausgehe. Neben der Sorge über die deutsche Übermacht tritt in der britischen Debatte die Frage über den Verbleib in der Union immer stärker in den Vordergrund.



© REUTERS

Die Tower Bridge mit den olympischen Ringen

Das zeichnete sich auch in einer hochkarätig besetzten Debatte der BBC-Sendung „Newsnight“ ab, in der selbst der europafreundliche Liberaldemokrat Paddy Ashdown dem Vorsitzenden der UK Independence Party zustimmte, dass eine Volksabstimmung über die Frage, in Europa bleiben oder austreten, unumgänglich sei.

Während die Skeptiker in der Euro-Krise die Chance sehen, Brüssel Kompetenzen wegzunehmen, plädierte Tony Blair in der BBC dafür, dass sich Großbritannien die Option für einen späteren Beitritt zum Euro offenhalte. Deutschland müsse für notleidende EU-Mitglieder aufkommen, doch müssten diese sich zu glaubwürdigen Reformen verpflichten. Der ehemalige Premierminister sprach zwar von einer existentiellen Krise, meint jedoch, der große Bogen der Geschichte zeige, dass der europäische Integrationsprozess weitergehen werde - und müsse.

Quelle: F.A.Z.

Urteil zur Beschneidung:

Das Wohl des Kindes

FAZ 28.06.2012 · Ist Beschneidung Körperverletzung? Das Recht auf körperliche Unversehrtheit steht dem auf Religionsfreiheit gegenüber. Doch das Kindeswohl kann nicht ausschließlich von Bräuchen abhängig gemacht werden.

Von [Jürgen Kaube](#)



© dpa

Beschneidung: Brauchtum gegen Rechtsstaat

Das Landgericht Köln hat, in zweiter Instanz, die Beschneidung eines vierjährigen Jungen aus religiösen Gründen für eine Körperverletzung und also für strafbar erklärt. Der Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland findet das unerhört und unsensibel. Er beruft sich auf das Selbstbestimmungsrecht der Religionsgemeinschaften, in das jenes Urteil für ihn einen „beispiellosen und dramatischen“ Eingriff darstellt. Tatsächlich ist die Beschneidung als rituelle Bekräftigung der Religionszugehörigkeit durch ein empfindliches Opfer seit Tausenden von Jahren im Nahen Osten üblich und in Genesis 17, 10-14 festgehalten. Im Koran wird sie nicht erwähnt, aber von vielen Muslimen für ein unbedingtes Gebot erachtet.

Schon vor einiger Zeit hatte ein Artikel zweier Ärzte und eines Juristen im „Deutschen Ärzteblatt“, in dem die strafrechtlichen Folgen dieses Eingriffs an nicht einwilligungsfähigen Jungen erläutert wurden, den Protest der Islamischen Gemeinschaft Milli Görüs hervorgerufen. Auch damals wurde das Recht der Religionen, nach ihrem rituellen Vorschriften zu leben, ins Feld geführt. In den Debatten über das Schächten wie in denen über Gebetsräume in Schulen oder Bekleidungsgepflogenheiten im öffentlichen Amt kehrt das Argument regelmäßig wieder. Der Klageweg bis nach Karlsruhe wird wohl beschritten werden. Ob dort dann allerdings tatsächlich, wie von Kommentatoren vermutet, das Beschneidungsverbot als ein Eingriff in das Selbstbestimmungsrecht der Religionsgemeinschaften bezeichnet werden wird, ist fraglich. Denn es gibt dieses Selbstbestimmungsrecht nicht.

Die Einwilligung des Patienten

Was es gibt, ist ein Recht auf körperliche Unversehrtheit. Und es gibt das Recht auf Religionsfreiheit der einzelnen Person, das die Freiheit zu einer bestimmten Religion, aber auch die, von aller Religion abzusehen, mit einschließt. Außerdem gibt es das Recht von Eltern, für ihre Kinder bestimmte Entscheidungen zu treffen. Bestimmte Entscheidungen, nicht alle. Letzterem steht die allgemeine Schulpflicht eventuell ebenso entgegen, wie es die Individualrechte tun.

Nach geltender Rechtsprechung ist jeder ärztlicher Heileingriff eine Körperverletzung, für die es dann gute Gründe braucht. Der wichtigste gute Grund ist die Einwilligung des Patienten. Er ist so wichtig, dass selbst Eingriffe, die medizinisch ohne Alternative und erfolgreich waren, als Körperverletzungen gelten, wenn die Einwilligung fehlt. Sie allerdings kann zum Wohl des Kindes durch die Eltern erfolgen. Medizinische Fassungen dieses Kindeswohls sind im vorliegenden Fall umstritten. Es gibt eine ebenso umfassende wie letztlich unergiebige Debatte darüber, worin die hygienischen und epidemiologischen Vorteile einer

Beschneidung liegen mögen. Dass sie deshalb schon bei Unmündigen zu erfolgen habe, behauptet auch in dieser Debatte niemand.

Nur Tradition?

In der jetzt anhängigen Diskussion wird das Wohl des Kindes über seine Teilhabe an der religiösen Gemeinschaft oder an einem Milieu angestrebt. Es geht um Symbole. Der Eingriff, darauf läuft dieses Argument hinaus, ist keine Körperverletzung, weil er sozial adäquat erfolgt. Besonders malerisch hat das im Jahr 2007 das Landgericht Hanau formuliert, das feststellte, die Beschneidung sei „eine gute Tradition, die dem Vorbild des Propheten folgt“, ein Prüfkriterium für Rechtllichkeit, das man gewiss nicht auf alle Handlungen aller Propheten ausdehnen möchte. Auch die Statuspassage „eines Jungen in die männliche Erwachsenenwelt“, die in Hanau gefiel, ist kurz nach der Geburt oder im Alter von vier Jahren etwas früh angesetzt. Der entsprechende Beschluss wurde im selben Jahr noch vom OLG Frankfurt aufgehoben.

Worin also liegt das Wohl des Kindes, ohne eigene Einwilligung beschnitten zu werden? Die Religionszugehörigkeit ist weder im Islam noch im Judentum davon abhängig, sie wird durch dieses Ritual nur bekräftigt. Dem Passauer Strafrechtler Holm Putzke, der sich am ausführlichsten mit den rechtlichen Grenzen der Beschneidung befasst hat, genügt auch ihre Funktion als Unterscheidungsmerkmal, als „Identifikationsmittel“, nicht. Denn, so formuliert er, „eine Rechtsfrage lässt sich nicht lösen, indem man das Problem auf eine rechtsfreie Ebene verschiebt“, was aber geschähe, wenn Handlungen allein deshalb zulässig seien, weil sie eine Tradition darstellen. Die Tradition selbst kennt Ausnahmen, die es erlauben, die Beschneidung aufzuschieben, die muslimische kennt gar keinen festen Zeitpunkt - was also spricht dagegen, dass die Religion nachgibt, wenn ein hohes Rechtsgut dadurch geschützt würde?

Mit anderen Worten: Das Kindeswohl kann nicht ausschließlich von Gepflogenheiten einer Religionsgemeinschaft abhängig gemacht werden. Bräuche, die in die körperliche Unversehrtheit eingreifen, sind abzuschaffen. Wer Richtern, die dem folgen, den Vorwurf macht, sie machten den Rechtspositivismus zu einer Ersatzreligion, macht ihnen in Wahrheit das größte Kompliment.

Quelle: F.A.Z.

To Save the Euro, Leave It

OP-ED By KENNETH C. GRIFFIN and ANIL K. KASHYAP

Chicago

AS the European economic crisis continues to intensify, policy makers are faced with the need to take ever more extreme measures to prevent a financial cataclysm. Tomorrow, European Union leaders will meet in Brussels to discuss the latest proposals: centralizing banking regulation and putting limits on national spending and borrowing.

A better, bolder and, until now, almost inconceivable solution is for Germany to reintroduce the mark, which would cause the euro to immediately decline in value. Such a devaluation would give troubled economies, especially those of Greece, Italy and Spain, the financial flexibility they need to stabilize themselves.

Although repeated currency devaluations are not the path to prosperity, a weaker euro would give a boost in competitiveness to all members of the monetary union, including France and the Netherlands, which is why they might very well choose to remain in it even if Germany were to gradually leave. A resurgence of manufacturing would also allow the vast unemployment rolls of Spain, Portugal, Greece and other countries to begin to decline. The tremendous loss of human capital and human dignity we are witnessing would ease.

Reintroducing the mark would not solve the debt burdens of southern European countries, but it would give them needed breathing room to restructure their economies, reform labor markets, collect more taxes and reassure investors. The ability of the southern European countries to service their sovereign debt would immediately improve, helping to end the slow-burning debt and banking crises that have engulfed the Continent since 2008.

A weaker euro would also encourage greater foreign investment. For example, Spain's distressed real estate market would become far more attractive. Rising capital flows would also assuage investors worried about the unrealized losses on property loans held by Spanish banks.

Unlike Greece — whose exit from the euro would require either a redenomination or outright repudiation of its euro-denominated debts (with potentially catastrophic financial consequences) — Germany would be able to reintroduce the mark without altering the form of any current asset, liability or contract. For example, euros deposited in German banks would remain euro-denominated. So would outstanding German sovereign and corporate debt now denominated in euros.

A German phaseout of the euro could occur gradually, by first issuing government bonds denominated in marks, followed by corporate securities. Germany could establish a transition period before the mark would be used on a daily basis.

Germany's industrial base would unquestionably endure hardship in the transition to a stronger currency. In the early years, Germany could use a variety of measures to manage the rate of appreciation of the mark, much as China or Switzerland do today. Over time, the industrial base of Germany would adapt and move forward.

Critics will say our plan invites financial chaos. To the contrary: capital would flow from "safe haven" assets toward more productive investments, boosting global growth prospects. Resources now dedicated to the alphabet soup of bailout programs and financial guarantees could be redirected. Besides, the current situation is hardly a model of stability.

While most observers, including German policy makers, believe Germany will do what is necessary to save the euro, it is more important to save the European Union, which is older, larger and more significant than the euro zone. Continuing on the current trajectory will most likely entail more bailouts, more guarantees and ultimately dramatic sovereign defaults or enormous fiscal transfers. That would mean a continued loss of human capital

and dignity for southern Europe and a nightmare of an open-ended commitment of trillions of euros on the part of Germany.

Germany's historic responsibility is at odds with present-day reality. The only way for the euro to survive is for Germany to put every bit of its financial strength at the service of the euro — an outcome that would be deeply unfair to ordinary Germans — and even then it's not clear the euro zone could be salvaged in its current form. Given what has played out in Greece, for German leaders to provide further financial assurances to the periphery would be unconscionable.

Like Britain, Germany can be part of the European Union without being part of the euro. What is essential is the preservation of the European Union's greatest accomplishment: the free movement of labor, goods and services. Germany alone has the ability to end a dysfunctional monetary union and to bring prosperity back to Europe.

[Kenneth C. Griffin](#) is the founder and chief executive of Citadel, an investment company. [Anil K. Kashyap](#) is a professor of economics and finance at the University of Chicago Booth School of Business.

Federalism

The binds that tie

The Economist Jun 27th 2012, 14:50 by C.O. | LONDON

WOLFGANG SCHÄUBLE, the German finance minister, recently described [his vision](#) of a fiscal union as follows:

In an optimal scenario, there would be a European finance minister, who would have a veto against national budgets and would have to approve levels of new borrowing. It would be up to the individual countries to decide how to spend the approved funds, that is, how to answer the question: Should we spend more money on families or on road construction?

Matthew Yglesias [describes](#) this proposal as politically unrealistic and economically useless:

This is, again, a much greater level of centralization than we have in the United States. American states and localities make their own fiscal policies autonomously. ... [S]tates decide for themselves what kind of borrowing they want to engage in, and face the consequences from financial markets accordingly. It strikes me as deeply implausible that Finland and Portugal are going to tie themselves more closely together in this regard than Vermont and New Mexico.

But the really goofy thing here is that Schäuble's plan still doesn't do anything to fix the problem of differential shocks. All it does is codify into law the principle that if something bad happens to push Finland's unemployment up, that the Finnish government will have to respond by implementing fiscal policy that exacerbates the recession.

What Mr Yglesias is missing, in my view, is that there are basically two ways to deal with the problem of differential shocks in a monetary union. The first is more appropriate for nation states like America, or Germany. Here, many areas of government spending are centralised and set by a federal body. Many of those are the exact areas of spending that deal with the consequences of shocks—after the fact. That means shocks affect regional economies largely uncontained. When things go bad, federal spending (and labour migration) cushion the regional adjustment and result in net transfers from other states. This provides states with a form of insurance, and they are free to choose their fiscal policies accordingly, for better or worse.

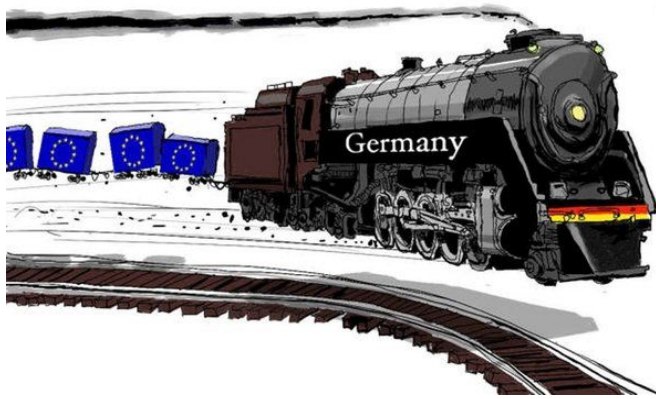
The second is more appropriate for a looser federation of independent states with a common currency, like Europe. Here, the states are responsible for almost all spending themselves—and for absorbing differential shocks. However, since there is a problem for the whole federation of states if things go awry, the federation prescribes ways to actively contain and, to some extent, prevent the consequences of differential shocks. What's more, the federation mandates that states must build up safety cushions. This is what Mr Schäuble is proposing, albeit with much too little regard for active policies to contain the consequences of shocks (countercyclical fiscal policy, macroprudential tools in regulation and taxation), and too much focus on the national safety cushion (low debt levels).

Whether states tie themselves closer together in the first than in the second is an open question. Cleverly designed, the second option sounds much less invasive to me, and is certainly politically more realistic in Europe than the first. It is interesting how different the issue looks from either side of the Atlantic.

- NYT June 26, 2012

• **Germany the Euro Winner? Hardly**

- *By GUNNAR BECK*



-
- The familiar view of Germany's role in the euro crisis is simple enough: Germany has been the principal beneficiary of the euro, and for this reason ought to show solidarity with those euro-zone members in crisis. Once the euro zone is back on its feet, Germany will be the main beneficiary again.
- Unfortunately, this view does not appear to fit the facts. Those who think that Germany has been a winner with the euro almost always rest their case on Germany's export surpluses. The euro created stability; it eliminated exchange rate risks; appreciated less than the Deutsch mark would have, and thus aided German exports.
- But has the euro benefited Germany more than other countries?
- It is true that between 1998 (the year in which the European Monetary Union was effectively introduced, although euro currencies and bills were not introduced until 2000) and 2011, German exports grew by 117 percent, according to the Federal Statistical Office. But if the euro was so vital to Germany's external trade, then the increase in exports to euro zone members would have been greater than the increase to other countries. In fact, the reverse is the case.
- According to my calculations, based upon the federal statistics, German exports rose most — by 154 percent — to the rest of the world; by 116 percent to non-euro E.U. members; and least of all, 89 percent, to other euro zone members. In 1998 the euro zone still accounted for 45 percent of all German exports; in 2011 that share had declined to 39 percent.
- These trends are continuing. The euro zone remains very important to Germany's export trade, but it is hardly the motor of growth.
- Between 1995 and 2008, Germany saved more than most, yet it exhibited the lowest net investment rate of all O.E.C.D. countries. On average, from 1995 to 2008, 76 percent of aggregate German savings (private, governmental and corporate) were invested abroad.
- As Hans-Werner Sinn of the Ifo Institute has demonstrated, Germany bled capital in the years before the euro crisis — capital that fueled an unprecedented economic boom in the southern euro zone that spread out from their real-estate markets to the general economy. German capital exports to the Anglo-Saxon countries and France also rose markedly up to about 2008.
- Between 1995 (the year when the details for monetary union were finalized and the single currency effectively launched) and 2011, Germany had the second-lowest growth rate in G.D.P. among all European countries, according to Eurostat. It might be argued that in the mid-1990s, Germany was experiencing the immediate and most severe aftershocks of reunification.
- However, growth was equally below the European/E.U. average for the period 1998 to 2011: Germany grew at the average annual rate of 1.4 percent, compared to 1.7 percent for France, 2 percent for the Netherlands and 1.6 percent for the euro zone as a whole.
- The performance of the German economy seems even less impressive in the wider European and trans-Atlantic context. During the period referred to above, Sweden grew by 2.8 percent, Britain by 2.1 percent, and the E.U. as whole by 1.8 percent. Germany also lagged significantly behind the United States, which grew at an annualized 2.2 percent. Over the period from 1998 to 2011, only Japan, Italy, Portugal and Greece performed worse than Germany. This is not the performance of a euro-winner.

- Germany's relative economic performance within the euro zone only began to improve in 2006. Nonetheless, its G.D.P growth rate between 2006 and 2011 remained below that of Sweden and Austria, and broadly in line with the Netherlands, Finland and the United States.
- During the first decade of the euro, again according to Eurostat, German unemployment tended to be higher, at times markedly higher, than the euro zone average. It then began to decline to levels well below the euro zone average, although it is rarely noted that it remains significantly higher than the unemployment rate in Austria, the Netherlands, Switzerland and Japan.
- Finally, German wages and living standards did not rise for a decade and a half from the mid-1990s, in sharp contrast with Southern Europe, Britain, and indeed most of the world except Japan.
- Perhaps most importantly of all, at 82 percent of G.D.P., Germany's public debt is higher than that of most euro zone countries, although it is slightly lower than France's debt and significantly lower than Portugal, Italy, Ireland and Greece.
- However, except for small adjustments, Germany's guarantees and loans to governments and banks in the euro zone have not been accounted for as losses. Similarly, no account has been taken of Germany's potential losses and liabilities. According to Sinn, Germany's total exposure currently amounts to over €700 billion, or about one third of Germany total public debt of around €2.09 trillion. If and when Germany's losses have to be realized, Germany's aggregate public debt could quickly approach Portuguese or Italian levels and, in a worse-case scenario, rise well in excess of 110 percent of G.D.P.
- The euro, it seems, bled Germany of capital which then fueled growth in southern Europe until 2008. Until then Germany performed worse than any other country in the euro zone and the E.U. From 2008, it began to perform better, but for the last 15 years Germany has been one of the worst performing economies in northern and central Europe. Germany was the loser, not the winner of the euro.
- Since 2006, Germany has benefited, relatively, from the loss of confidence in southern Europe; non-European demand for German goods, and moderately rising internal demand. Those benefits, however, are precarious, and will quickly be eroded and reversed by escalating payments to the PIIGS (Portugal, Italy, Ireland, Greece and Spain) countries, with potentially dramatic knock-on effects for public finances, and internal and external demand.
- Germany's recent relative gains will soon be forgotten as the country is asked to pay the bill for a boom it never had — a bill it may not be able to pay.
- **Gunnar Beck** is a professor of E.U. law at the School of Oriental and Asian Studies, University of London, and a former legal adviser to the European Scrutiny Committee of the House of Commons.

- WSJ EUROPE NEWS
- June 26, 2012, 9:36 a.m. ET

France to Boost Minimum Wage

By [GABRIELE PARUSSINI](#) and [INTI LANDAURO](#)

PARIS—France's government will increase the minimum wage by more than inflation this year for the first time since 2006, in the hope that stronger consumption will revive the country's ailing economy.

Labor Minister Michel Sapin said he would propose a 2% increase in the minimum salary, or Smic, at the weekly cabinet meeting Wednesday in a bid to boost people's disposable income and stimulate spending. French consumer prices have increased by 1.4% since July 2011 when the Smic was last increased, squeezing households' expendable income and reducing demand as they cut back on spending.

From July 1, an employee at the Smic will earn €1425.67 (\$1,783) a month before tax, based on working 35 hours a week at an hourly rate of €9.4.

The government's announcement was criticized by French labor unions, who say the increase is insufficient, and by employer organizations, who say that an increase in labor costs will have a negative effect on companies. Laurence Parisot, head of Medef, the country's largest business lobby, said ahead of the decision that the only reasonable option would be to increase the Smic to catch up with inflation.

Data suggest France has little room to boost wages. Its trade deficit has been widening quickly, reaching a record €69.6 billion last year. Its hourly labor costs are €34.20, 14% higher than Germany's and nearly a fifth higher than the euro-zone average, according to Eurostat data.

Mr. Sapin dismissed fears that Tuesday's increase will be an unbearable weight on the country's businesses and will be at an increased disadvantage when compared with Germany. "If I look at Germany, I have the feeling that wages are increasing," Mr. Sapin said.

Write to Gabriele Parussini at gabriele.parussini@dowjones.com and Inti Landauro at inti.landauro@dowjones.com

06/26/2012 03:52 PM**George Soros on the Euro Crisis****'A Tragic, Historical Mistake by the Germans'**

With the EU summit set to start on Thursday, pressure is on European leaders to find a way out of the euro crisis. Investor George Soros is pessimistic that a solution will be found and says time is extremely short. In an interview with SPIEGEL ONLINE, he warns that Germany could develop into a hated, imperial power.

SPIEGEL ONLINE: In Germany, once the motor of European integration, people are openly discussing the possibility of leaving the euro zone. Many Germans believe that a return to the deutschmark would be cheaper than to remain [stuck in a flawed currency union](#). Are they right?

Soros: There is no question that a [breakup of the euro would be very damaging](#), very costly, both financially and politically. And the biggest loss would be incurred by Germany. Germans have to bear in mind that, effectively, they have suffered practically no losses so far. Transfers have all been in the form of loans, and it is only when the loans are not repaid that real losses will be incurred.

SPIEGEL ONLINE: In surveys, though, most Germans no longer believe that loans granted to Greece or other nations will ever be repaid. They worry that Germany is simply on the hook for the rest of Europe.

Soros: But that would be the case only if the euro broke up. We have witnessed a tremendous capital flight, not only from Greece but also from Italy and Spain. All those transfers would result in claims by the banks of the creditor countries against the central banks of the debtor countries in the Euroclear System, the TARGET 2. I believe that claims by the Bundesbank will exceed a trillion euros by the end of this year.

SPIEGEL ONLINE: Should the euro zone collapse, these claims could become virtually worthless. Is Chancellor Angela Merkel just bluffing when she flirts with the idea of a German euro-zone exit?

Soros: Germany could leave, but it would be incredibly costly. I just read the report of the German Finance Ministry, which estimates the costs of a euro-zone exit in terms of employment and economic activity, both of which are real. Because this is the case, Germany will always do the minimum to preserve the euro. Doing the minimum, though, will perpetuate the situation where the debtor countries in Europe have to pay tremendous premiums to refinance their debt. The result will be a Europe in which Germany is seen as an imperial power that will not be loved and admired by the rest of Europe -- but hated and resisted, because it will be perceived as an oppressive power.

SPIEGEL ONLINE: Why should Germany carry all the blame? After all, other EU nations shied away from necessary structural reforms and lived beyond their means.

Soros: There is no doubt that the countries that now have a very large debt have not introduced the kind of structural reforms that Germany did and are therefore at a disadvantage. But the problem is that this disadvantage is becoming even more pronounced through the punitive policies in place now. Italy currently has to spend 6 percent of its GDP every year just to stay even with Germany because it has to pay so much more to refinance its debt. There is no way, with that handicap, that Italy can close the competitiveness gap with Germany.

SPIEGEL ONLINE: Once again: How is that Germany's fault?

Soros: This is the joint responsibility of everyone who was involved in the introduction of the euro without understanding the consequences. When the euro was introduced, the regulators allowed banks to buy unlimited amounts of government bonds without setting aside any equity capital. And the European Central Bank

discounted all government bonds on equal terms. So commercial banks found it advantageous to accumulate the bonds of the weaker countries to earn a few extra basis points.

SPIEGEL ONLINE: And that then dragged down interest rates?

Soros: Yes. The lower interest rates fueled housing and consumption booms in countries such as Spain and Ireland. At the same time, Germany, struggling with the burdens of reunification, tightened its belt and became more competitive. All this led to a wide divergence in economic performance. Europe became divided into creditor and debtor countries. All these conditions were created by European authorities, including the European Central Bank, which was largely modeled after the Bundesbank. Germans tend to forget now that the euro was largely a Franco-German creation. No country has benefited more from the euro than Germany, both politically and economically. Therefore what has happened as a result of the introduction of the euro is largely Germany's *Schuld* -- its responsibility.

SPIEGEL ONLINE: Germans remember the birth of the euro very differently. They felt they had to give up the deutschmark in order to get other European Union nations to agree to German reunification.

Soros: True. The integration of Europe was very much led by a Germany that was always willing to pay a little bit extra to reach a compromise that everybody accepted, because Germany was so eager to get European support for reunification. That was called the "farsighted vision," which created the European Union.

SPIEGEL ONLINE: Do we need a similar vision today?

Soros: I want to draw the parallel between what is happening with the euro zone right now, and what happened after World War II, when the Bretton Woods system of monetary management was created to govern the global economy. Then, America became the center of this system, and the dollar became the dominant global currency. It was a free world dominated by America. But America earned that position by providing huge funds for the reconstruction of Europe through the Marshall Plan. America became a benevolent imperial power, which greatly benefited America.

SPIEGEL ONLINE: How can that situation be compared to the one in which we find ourselves today?

Soros: Germany is in a similar position today, but it is not willing to engage in anything like the Marshall Plan. It is opposed to any transfer union for the rest of Europe.

SPIEGEL ONLINE: The Marshall Plan, though significant, amounted to just a small share of the US gross domestic product. The potential payouts related to a euro rescue program, on the other hand, might be more than Germany can handle.

Soros: Nonsense. The more comprehensive and convincing a debt reduction program is, the less likely it is to fail. And remember, just as Germany is grateful to America for the Marshall Plan, Italy would be grateful to Germany for helping it lower its refinancing costs. If it did that, Germany could set the conditions. And Italy would be happy to meet those conditions, because it would benefit from it. Not to recognize this opportunity is a tragic, historical mistake by the Germans.

SPIEGEL ONLINE: Why did Americans support the Marshall Plan then while Germans now back Merkel's tough push for austerity?

Soros: America felt victorious and generous after World War II. They had also learned from the mistakes after World War I when they imposed punishment on Germany. What became of Germany? A Nazi dictatorship which threatened the world. Today's Germany doesn't feel as prosperous and generous as America then. But actually, Germany still is very prosperous.

SPIEGEL ONLINE: It is precisely that prosperity that Germans are fearful of losing.

Soros: The German position is simply short-sighted. Currently, there is no sign of a crisis in Germany. But if the euro crisis is not resolved quickly, Germany will very soon begin to feel the global decline in economic activity.

SPIEGEL ONLINE: You said a few weeks ago that there were only three months left to overhaul the structure of the currency union.

Soros: Well, we are down to three days now.

SPIEGEL ONLINE: Three days?

Soros: Europe's leaders need to take bold steps at the EU summit on Thursday and Friday.

SPIEGEL ONLINE: Do you think Angela Merkel is prepared to take such steps?

Soros: She is trapped. Merkel has realized that the euro is not working, but she cannot change the narrative she has created because that narrative has caught the imagination of the German public, and the German public has accepted it.

SPIEGEL ONLINE: The narrative essentially says that crisis-stricken nations simply haven't made the necessary reforms, unlike Germany.

Soros: Right. But at the same time, Chancellor Merkel realizes that what is happening is not working, and so she is determined to preserve the euro.

SPIEGEL ONLINE: German Finance Minister Wolfgang Schäuble [gave an interview to SPIEGEL](#) saying that now is the time for bold steps. He outlined ideas for a closer political union in Europe.

Soros: Schäuble is representative of the Germany of Helmut Kohl. He is the last European standing, and he is a tragic figure, because he understands what needs to be done, but he also realizes the obstacles that stand in the way, and he cannot find a way to overcome these obstacles. So he is really suffering.

SPIEGEL ONLINE: What would be your advice to Minister Schäuble?

Soros: The key problem is the debt restructuring in the euro zone. As long as the debt burden is not reduced, there is no chance of the weaker EU countries regaining competitiveness.

SPIEGEL ONLINE: How could that be achieved?

Soros: I propose a European Fiscal Authority which, in partnership with the European Central Bank (ECB), can do what the ECB cannot do on its own. It could establish a Debt Reduction Fund, similar to that proposed by Chancellor Merkel's Council of Economic Advisors and endorsed by the Social Democrats and the Greens. In return for Italy and Spain undertaking specified structural reforms, the Fund would acquire and hold a significant portion of their outstanding stock of debt.

SPIEGEL ONLINE: And where should the money come from to buy up these sovereign bonds?

Soros: The Fund would finance the purchases by issuing European Treasury Bills (*eds. Note: a variation on Euro Bonds but with a shorter maturity period*) -- a joint obligation of the member countries -- and pass on the benefit of cheap financing to the countries concerned. Such a step would create a more level playing field, because Italy would be able to finance half its debt at 1 percent and the other half would also come down. It would provide real relief to Italy and Spain.

SPIEGEL ONLINE: And once crisis-stricken countries feel that relief, they would cease implementing tougher reforms.

Soros: Quite to the contrary: Reforms would become much easier. It is all about incentives. In the case of Italy, the administration of Prime Minister Mario Monti would like to have much stronger labor market reforms than it is able to push through. If there was a reward of being able to refinance your debt at 1 percent, Monti could push such reforms through.

SPIEGEL ONLINE: But what would happen, for example, should there be a change in government, with the new leaders unwilling to pursue such reforms?

Soros: Then you simply withdraw the concession and suddenly, instead of being able to borrow at 1 percent, the government has to go to the market. And the market is going to punish you. No government could do that without having to pay a heavy price for it.

SPIEGEL ONLINE: But that would push Italy into bankruptcy, a nuclear option that European authorities would never dare to detonate.

Soros: You could adjust the punishment to fit the infraction. Even a small fine would be enough to bring an errant government to heel.

SPIEGEL ONLINE: Could such a plan help Greece remain in the euro zone as well?

Soros: Unlikely. Rescuing Greece would require an enormous kind of magnanimity and generosity. The situation there has simply become too poisoned. I think that by standing firm and not compromising on Greece, Angela Merkel would be in a better position to persuade the German public to be more generous toward other nations and distinguish between the good guys and bad guys in Europe.

SPIEGEL ONLINE: Would you agree with Merkel's statement that Europe will fail if the euro fails?

Soros: Yes. Because in the long run, you cannot have a common market without a common currency.

SPIEGEL ONLINE: If you were still an active investor, would you be tempted to make massive bets against the euro?

Soros: As an investor, I would be very pessimistic, especially about Europe. But as a believer in an open society, I have to put my faith in the people and leaders of Europe to show some reason.

Interview conducted in London by Mathias Müller von Blumencron, Stefan Kaiser and Gregor Peter Schmitz

URL:

- <http://www.spiegel.de/international/europe/george-soros-says-germany-must-change-course-on-euro-crisis-a-841061.html>

The euro crisis

The Rube Goldberg solution

The Economist Blogs Jun 26th 2012, 14:35 by R.A. | WASHINGTON

THE fun in watching a Rube Goldberg machine—a fanciful contraption designed to accomplish simple tasks through an extraordinarily and unnecessarily long sequence of steps—lies partially in its absurdity and partially in the sense of tension. For the device to work every one of the many moving parts must function as designed. It's kind of like the euro zone's efforts to solve its crisis, only less depressing.

The *Financial Times* has [gotten its hands](#) on a draft crisis-resolution proposal ahead of this week's EU summit meeting, and it makes for interesting reading. The heart of the plan, as it reads now, is the establishment of something like a euro-zone finance ministry. Via this ministry, individual member budgets would be subject to approval by the euro area as a whole. If European officials found a national budget wanting, they could craft a plan of adjustments for the wayward nation, which could then be voted on by EU countries. Strict debt limits would be adopted, and any additional borrowing would be subject to approval by other euro-zone governments.

It's important to note that this plan would do nothing to solve the present crisis. Rather it is seen as a means to touch off a sequence of events that should, eventually, address the heart of the current mess. If a plan like this is negotiated and adopted by member states, then Germany is expected to look more favourably on prospective debt mutualisation and the issuance, perhaps, of eurobonds. That would help ease the crisis, but it would still leave the euro area stuck sinking or swimming on the basis of its fiscal position. To definitively fix things, a further step is necessary, which would be to enable the European Central Bank to stand fully behind euro-area sovereign and bank debt as a lender of last resort. The EU could, of course, skip straight to that step. Moral hazard concerns, among the Germans especially, have ruled that out.

And so there is immense risk built in to this path to a crisis solution. Governments must forge from this proposal an actual agreement acceptable enough to pass muster with national governments yet meaningful enough to get the Germans on board with risk-sharing. The euro area must then move ahead with steps two and three in order to create a union robust enough to shake off the crisis. And in the meantime, of course, euro-area governments must remain committed enough to firefighting to prevent a chaotic collapse of the single currency while the mechanics of further integration play out. And progress must also occur quickly enough to ensure that sustained crisis and deepening recession don't push citizens of member states to [decide](#) the whole mess isn't worth it.

Absurdity and tension, the spectacle that is the euro crisis.

FT, June 25, 2012 8:29 pm

EU plan to rewrite eurozone budgets

By Peter Spiegel in Brussels

The EU would gain far-reaching powers to rewrite national budgets for eurozone countries that breach debt and deficit rules under proposals likely to be discussed at a summit this week, according to a draft report seen by the Financial Times.

The proposals are part of an ambitious plan to turn the [eurozone](#) into a closer fiscal union, giving Brussels more powers to serve like a finance ministry for all 17 members of the currency union. They are contained in a report to be presented at the summit, which will also outline plans for a banking union and political union.

Thursday's summit comes amid investor fears that the [eurozone is re-entering a danger zone](#). Bond and equity markets were hit on Monday as [Cyprus](#) became the fifth country to apply for an international bailout, citing its banking sector's large exposure to the Greek economy. In Greece, the five-day-old coalition government suffered a setback as [its finance minister resigned](#).

Berlin has demanded tough controls over national budgets as a prerequisite for mutualising sovereign debt within the eurozone and the proposals appear to be an effort to get the [German government](#) to support a move towards commonly issued eurozone bonds.

Under the plans for closer fiscal union, the European Commission would present detailed adjustments for a country in breach of its commitments. The changes would be put to a vote of all other EU countries.

Although the budget amendments would be described as a "proposal", the EU has strong new tools to punish countries that do not adopt such proposals, including levying big fines.

The measures move well beyond plans presented by the commission last year, which give Brussels the power to review budgets before they are submitted to national parliaments, but not the authority to dictate changes.

Officials cautioned the report is still a work in progress. The four co-authors – Herman Van Rompuy, European Council president; José Manuel Barroso, European Commission president; Mario Draghi, European Central Bank chief; and Jean-Claude Juncker, chair of the eurogroup of eurozone finance ministers – met on Monday afternoon to revise the draft, which was expected to be sent to national capitals later on Monday night.

[George Soros: Getting Germany out of 'can't do' mode](#)



Ms Merkel insists that a political union should precede a fully fledged fiscal and banking union. That is both unrealistic and unreasonable

In addition to the new powers for Brussels, the draft includes a proposal requiring eurozone governments to collectively agree their debt levels and the "upper limits" of their national budgets annually. If a country needs to increase its borrowing, it would be forced to go to other eurozone governments to get prior approval.

Although the draft does not call for immediate moves towards full-scale eurozone bonds, it does suggest interim steps, including studying limited mutualisation of short-term debt, known as “eurobills”. A redemption fund – first proposed by a panel of German economic experts that would only mutualise current debts of eurozone countries in excess of 60 per cent of their economic output – is also presented as a possible interim step.

The banking proposals include ideas that have already been aired, such as urging eurozone leaders to give their €500bn bailout fund the power to directly inject capital into struggling banks. But the draft proposes creating a common EU bank supervisor with powers to reach into far more banks than originally thought.

A German-backed plan only covers large, cross-border banks, but the draft proposes giving the new supervisor the power to intervene in smaller banks if it sees a risk. Germany has resisted giving EU authorities powers over its politically powerful regional savings banks.

NYT June 25, 2012

France Plans Cuts but 'Rejects' Idea of Austerity

By [DAVID JOLLY](#)

PARIS — [France](#) is preparing new measures to fill a 2012 budget shortfall, Finance Minister Pierre Moscovici said Monday, but he insisted that austerity was not in the cards for the Socialist government.

Revenue will miss the government's target by €7 billion to €10 billion, or \$8.7 billion to \$12.5 billion, unless action is taken, Mr. Moscovici told iTele television. He spoke just before cabinet ministers met to plot financial strategy in the full glare of the euro zone crisis, with budget discussions likely to dominate the country's political agenda next week.

President [François Hollande](#), who was elected last month, is seeking to honor campaign promises while staying in the markets' good graces. France, like Germany, has recently been the beneficiary of capital flight from the euro zone periphery that has driven its sovereign bond yields to record lows.

Mr. Hollande's backers are expecting an increase in the minimum wage and more hiring of teachers and policemen.

Investors, meanwhile, are spooked by Mr. Hollande's plans to raise taxes on the wealthy and corporations to make up for the shortfall, leading David Cameron, the British prime minister, to joke recently that London would "roll out the red carpet" for businesses departing France if Mr. Hollande went ahead.

Mr. Moscovici said the government would unveil a balanced package of taxes and spending cuts, but said: "I reject the idea of austerity in this country."

"What is austerity?" Mr. Moscovici said. "That's when you hit the motors of consumption and hurt the middle class. We don't want to hurt the middle class, we want to maintain consumption."

Like many a new administration seeking a clean slate, Mr. Hollande's government has sought to lay responsibility for the budget problem at former President Nicolas Sarkozy's feet, with Mr. Moscovici saying Monday that the new government had "inherited a fairly calamitous situation in the public finances."

Mr. Hollande has sought to move the debate in Europe toward how to best restart flagging economies, as Chancellor Angela Merkel of Germany has been pressing for strict adherence to European budget rules. On Friday, Mr. Hollande gained a small victory, agreeing with Ms. Merkel and the leaders of Italy and Spain on €130 billion of stimulus.

Mr. Hollande has nonetheless promised to respect a target of holding the budget deficit to 3 percent of gross domestic product next year. As an interim step, France aims to cap the 2012 deficit this year at 4.5 percent, down from 5.2 percent last year. Mr. Hollande has said he will balance the budget by the time his term ends in 2017.

Mr. Sarkozy's government had projected the 2012 target was reachable, based on the assumption that the economy would grow 0.7 percent; but growth has essentially ground to a halt.

The Cour des Comptes, the national auditor, is to announce July 2 the results of its review of government finances. Mr. Hollande has said he will await the results of that before presenting his budget plans in detail.

130 Milliarden

Im Wachstumspaket ist kaum „neues“ Geld

FAZ 25.06.2012 · Die 130 Milliarden Euro des Vierergipfels stammen zum Großteil aus schon beschlossenen Programmen der EU

Von [Hendrik Kafsack](#), Brüssel



© dpa Vornehm inszeniert: Mariano Rajoy (v.l.), Francois Hollande, Angela Merkel und Mario Monti nach dem Vierergipfel in Rom

130 Milliarden Euro wollen die Staats- und Regierungschefs von Deutschland, Frankreich, Spanien und Italien in das Wachstum der EU investieren. So haben sie es am Freitag in Rom beschlossen. Die 130 Milliarden Euro entsprechen einem Prozent der EU-Wirtschaftsleistung, sind somit eine symbolträchtige Summe. Tatsächlich ist davon nur ein Bruchteil „neues“ Geld. Der Großteil stammt aus existierenden oder beschlossenen Programmen. Zwar konnte am Montag weder in Brüssel noch Berlin jemand genau sagen, wie die vier Partner auf 130 Milliarden Euro kommen. Offenbar rechnen sie aber vier Posten ein.

Der erste Posten sind die EU-Strukturfonds. 55 Milliarden Euro sollen von ihnen kommen. Das sind eben die Mittel, die im Finanzrahmen 2007 bis 2013 der EU für 2013 eingeplant sind, aber noch nicht für konkrete Projekte reserviert wurden. Deutschland, Frankreich, Spanien und Italien wollen dieses Geld „umwidmen“. Die Idee ist alt. Die Europäische Kommission hat schon im Januar, als die EU erstmals über Wachstumsförderung debattierte, angeregt, die damals noch 82 Milliarden Euro ungenutzter Strukturmittel aus der laufenden Finanzperiode zur Wachstumsförderung zu nutzen.

Tatsächlich ist das nicht so einfach. Das Geld aus den Fonds steht in doppelter Hinsicht nicht frei zur Verfügung. Erstens ist es nach einem bestimmten Schlüssel den verschiedenen EU-Staaten zugeordnet. Allein 6 Milliarden Euro aus den im Januar genannten 82 Milliarden Euro stehen Deutschland zu. Die EU kann dieses Geld nicht nutzen, um das Wachstum in anderen Regionen zu fördern. Zweitens ist ein Großteil des Gelds – auch wenn es noch nicht fest zugesagt wurde – schon für Projekte eingeplant und wird auch wohl abgerufen werden, wie die Kommission zugesteht. Es steht somit nur auf dem Papier frei zur Verfügung.

Unabhängig davon ist es ohnehin die Aufgabe der drei EU-Strukturfonds, des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, des Europäischen Sozialfonds und des Kohäsionsfonds, das Wachstum in Europa zu fördern. Schon im Zuge der Verhandlungen über den Finanzrahmen bis 2013 beschlossen die Staats- und Regierungschefs, einen Großteil dieser Mittel für die Förderung der Wettbewerbsfähigkeit zu nutzen. Tatsächlich verbessern kann die EU die Geschwindigkeit, mit denen die Mittel abgerufen werden. Gerade die Südeuropäer haben sich damit lange schwergetan, zuletzt aber stark aufgeholt. Letztlich haben die Staaten 2010 und 2011 insgesamt 30 Millionen Euro nicht abgerufen. Dieses Geld steht tatsächlich frei zur Verfügung. Ein Wachstumsprogramm lässt sich damit jedoch kaum initiieren.

Die Kommission glaubt dennoch, einen Teil der bisher nicht genutzten Mittel aus diesem Jahr besser – sprich für Wachstum – ausgeben zu können als ursprünglich geplant. Sie hat vorgeschlagen, 7,3 Milliarden Euro für Projekte gegen die Jugendarbeitslosigkeit in acht EU-Staaten von Griechenland über Spanien bis zu Litauen und Irland zu reservieren. Das ist **der zweite Posten** des 130-Milliarden-Euro-Pakets. Das Geld soll etwa an

kleine Betriebe fließen, die junge Leute einstellen oder Praktika finanzieren. Auch hier ist allerdings unklar, welche dieser Programme tatsächlich neu sind.

Der dritte Posten des Wachstumspakets ist die Aufstockung des Kapitals der Europäischen Investitionsbank (EIB) um 10 Milliarden Euro. Dass die auf dem Gipfeltreffen der EU-Staats- und Regierungschefs Ende dieser Woche beschlossen wird, gilt seit langem als unstrittig. Die EIB würde mit dem Geld in die Lage versetzt, Kredite von insgesamt 60 Milliarden Euro zu vergeben. Eben diese Summe rechnen Deutschland, Frankreich, Italien und Spanien in ihr Wachstumspaket ein. Die Krux ist, dass zum einen unklar ist, wie schnell die Erhöhung des Kapitals vollzogen werden kann, und zum anderen, ob es ausreichend sinnvolle Projekte gibt, die die EIB fördern kann.

Schon beschlossen ist **der vierte Posten**: das Pilotprojekt zu den Projektanleihen. Mit diesen will die Kommission den Ausbau der Energie-, Telekom- und Verkehrsinfrastruktur in der EU kofinanzieren und Projekte so für private Investoren interessant machen. Im Haushalt dafür reserviert hat die EU bisher 230 Millionen Euro, die Investitionen von 4,6 Milliarden Euro anstoßen soll. Eben diese 4,6 Milliarden Euro rechnen die vier Staaten in ihr Wachstumspaket ein.

Quelle: F.A.Z.

Stichprobe

Wie Studenten denken

FAZ 24.06.2012 · An den Universitäten herrscht eine große Hilflosigkeit vor Texten und ein Mangel an Urteilskraft. Das zeigen etwa die hier dokumentierten Versuche von Studenten, eine Karikatur zu verstehen.

Von Georg Kamphausen



© Greser & Lenz Greser & Lenz: Gesammelte Werke 2012

Die eigentliche Revolution des Bildungssystems, so die dafür zuständige Ministerin Schavan, sei die Revolution der Lernkultur. Was sie damit meinen könnte, wird angesichts der dramatischen Veränderungen im gesamten Bildungswesen zunehmend deutlich. Mit der Bachelor- und Modularisierung ihrer Studiengänge schließt die Universität nahtlos an die schulische Praxis der Wissensvermittlung an, möglichst viel in möglichst kurzer Zeit zu vermitteln, ohne die lästige Frage zu stellen, was sich denn eigentlich zu wissen lohnt, und die Kunst zu lehren, Wichtiges von Unwichtigem zu unterscheiden.

Das relevante Wissensformat einer solchen allein an der Normativität des Faktischen orientierten Informations- und Mediengesellschaft ist das jeweils für aktuell erklärte „Lehrbuch“ sowie die in Skripten und Powerpoint-Präsentationen niedergelegten Auffassungen des Dozenten, also das „prüfungsrelevante Kompaktwissen“. Das „Design der Module und der Aufbau des Studiums“, so die Hochschulrektorenkonferenz, „fokussiere auf die zu erwerbenden Kompetenzen und damit auf die ‚Learning Outcomes‘ der Studierenden“.

Der Student lernt dementsprechend Antworten auf Fragen auswendig, die er selbst nie gestellt hätte. Ein Problem als Problem zu behandeln, eine Frage als Frage zu erörtern ist daher nicht das Ziel modularisierter Vorlesungen. Es werden nur Fragen gestellt, auf die es auch eine Antwort gibt, Beobachtungen gemacht, aus denen sich Regeln ableiten lassen. Die Erkenntnisse der Forschung werden auf Merksatzformate eingedampft, Lehrstreitigkeiten gelten als entschieden.

Karikatur mit drei „r“

Im Getriebe der mit der Erhöhung der Studierendenzahlen verbundenen Exzellenz- und Prominenzrhetoriken ist eine ganz wesentliche Frage nahezu vollständig in den Hintergrund getreten: Was, aber vor allem wie denken unsere Studenten?

Im vergangenen Wintersemester habe ich in der Abschlussklausur zur Vorlesung „Einführung in die Soziologie“ neben drei anderen, ebenfalls offen gestellten Fragen die Studierenden gebeten, die obenstehende Karikatur von Greser & Lenz zu kommentieren. Dabei ging es mir darum festzustellen, ob junge Leute mit Abitur in der Lage sind, ein eigenständiges Urteil zu begründen. Es geht mir nicht darum, die Studierenden zu blamieren, indem man auf die verbreiteten Grammatik- und Satzbaufehler oder die mangelnde Textkohärenz hinweist. Die Auswahl der nachfolgenden Zitate (die immer einer anderen Klausur entnommen wurden) kann den Gesamteindruck aller Kommentare nicht annähernd wiedergeben. Um ihre Lesbarkeit zu erleichtern, wurden die Textauszüge von größten Schnitzern befreit. Eine Mehrheit der 157 Klausurteilnehmer erkennt in den dem Lehrer gegenüberstehenden Menschen „Eltern“ (Elternsprechtag!), immerhin zwölf Studierende schreiben „Karrikatur“ mit drei „r“.

“Die Mutter wirkt auf uns traditionell und altmodisch. Durch Kleidung, Frisur und Brille machen wir uns ein Bild von ihr und urteilen womöglich sogar über ihren Erziehungsstil. Dies alles zeigt uns, dass wir Kultur brauchen, um die Karikatur zu verstehen.“

“In der Karikatur sieht man zum einen ein Elternpaar. Der Vater ist ein Skinhead, und die Mutter ist wegen ihres Kopftuchs als Muslimin zu erkennen. Dies allein ist schon ein krasser Gegensatz, der nicht passt.“

“Da wir unser Handeln immer auf andere beziehen, kann es sein, dass der Sohn von seinen Eltern verprügelt wurde und dieses Handeln nun auf seinen Lehrer überträgt. Eine unbeabsichtigte Nebenwirkung ist aus dem Handeln der Eltern entstanden.“

“Allgemein wird angenommen, dass man immer so handelt, als würde man von jemand Drittem beobachtet und es demnach kein sinnloses Handeln gibt.“

“Der Lehrer mit dem blauen Auge attestiert den Eltern des aggressiven Sohnes, dass dieser eben kein Choleriker sei, sondern emotional intelligent. Die Karikatur verdeutlicht die differenten Ansichten über die Tatsache dass der Sohn den Lehrer verhasst hat.“

“Der Karikaturist könnte damit aussagen wollen, dass man Autoritätspersonen nicht blind folgen und gehorchen soll. Das blaue Auge steht hier für den Widerstand, und der Lehrer selbst sagt aus, dass der Sohn emotional intelligent ist.“

“Der Lehrer scheint also ein Verfechter der antiautoritären Erziehung zu sein, der seine Schüler also nicht einschränken, sondern ihre Fähigkeiten fördern möchte. Dabei ist ihm nicht nur die geistige Intelligenz, sondern auch die emotionale Intelligenz ein Anliegen.“

“Der Sohn, so scheint es, hatte eine solche Wut auf den Lehrer, dass er ihn geschlagen hat. Er hat der Wut also nachgegeben und konnte sich (so vermute ich) so von ihr befreien. Die Befreiung kann als durchaus intelligent bezeichnet werden und emotional war sie sicherlich auch.“

“Die Karikatur soll zeigen, dass ein Mensch nicht als rein rational denkendes Wesen betrachtet werden kann. Der Mensch handelt nicht immer vernünftig, er ist bis zu einem gewissen Grad wie das Tier Instinkten und Emotionen unterlegen, die er nicht beeinflussen kann. Diese Situation, bei der die Rationalität ‚ausgeschaltet‘ ist, nennt man affektuelles Handeln.“

“Der Lehrer vertritt einen recht soziologischen Standpunkt, indem er den Jungen nicht für sein von der Gesellschaftsnorm abweichendes Verhalten verurteilt und ihm seine Intelligenz abspricht, sondern unbefangen an die Situation herangeht. Wer hat schließlich Intelligenz definiert? Der Lehrer hat somit ein anderes Bewusstsein für Intelligenz als die Gesellschaft.“

“Im Differenzierungsprozess wird Wert darauf gelegt, dass jeder Mensch ein Individuum ist und auf besondere Weise einzigartig ist. Deswegen ist der kleine Junge kein Schläger, sondern ‚emotional intelligent‘.“

“Es geht hier um Macht des Sohnes. Machtmittel ist die Gewalt. Der Lehrer unterstützt den Sohn, da der Sohn die Herrschaft hat, er hat bzw. ergreift die Chance für einen Befehl bestimmten Inhalt bei dem Lehrer Gehorsam zu finden und der Befehl, der Wille des Sohnes bzw. des Herrschenden beeinflusst das Handeln des Lehrers, bzw. des Beherrschten. Dieser Befehl macht den Lehrer gehörig. Der Sohn ist in einer höheren Hierarchiestufe.“

“Eine Anspielung in dieser Karikatur könnte auch sein, dass die Gesellschaft auch immer in verschiedene Schichten untergliedert ist und sich die weniger privilegierten ihr Recht auf eine andere Art und Weise erwerben! Denn nicht die Autorität, sondern die Wahrheit schafft das Recht. Und die Wahrheit hier ist, dass der Schüler mehr physische Kraft hat.“

“Doch was bedeutet emotional intelligent? Vermutlich heißt es, dass der Sohn seine Emotionen offen zeigt, wo andere Schüler diese vielleicht verdrängen oder zurückhalten würden. Somit würde dem Lehrer ersichtlich, dass

dieser Schüler besonders emotional intelligent ist, da dieser mehr Emotionen hat als andere Schüler. Er fällt kein Urteil über die Tat, sondern klärt die Eltern zufriedenstellend nur über das Geschehene auf.“

“Die Grundeinstellungen des Lehrers und des Sohnes sind verschieden geworden. Der Sohn hat zwar nie soziologisch gehandelt und ihm präsentierte und vorgelebte Zustände hinterfragt. So gesehen ist er intelligent, da er sich seiner Umgebung anpasst.“

“Der Junge kann sich vielleicht nicht durch Fachwissen auszeichnen, ist aber ein durch Emotionen geleiteter Mensch und könnte so im Leben erfolgreich sein, wenn er diese kontrollieren könnte.“

“Der Sohn ist emotional intelligent und bezieht sein Wissen nicht aus Literatur oder naturwissenschaftlichen Gesetzen. Er ordnet sein Wissen emotional, und für diesen Anlass scheint ein Faustschlag in das Auge des Lehrers emotional richtig!“

“Der Lehrer schätzt wert, dass der Schüler sein emotionales Bewusstsein dazu genutzt hat zu erkennen, dass er sich wehren kann. Der Schüler . . . erfüllt damit diejenige Erwartung, die in ihn gestellt wird. Schon Rousseau sagte: ‚Der Mensch ist frei geboren, aber überall liegt er in Ketten.‘ Diese Ketten hat der Schüler versucht zu sprengen.“

“Damit meint er, dass der Sohn sich enttraditionalisieren will von dieser Herrschaftsform und eine neue Dynamik in die Gesellschaft bringen will. Durch diese Selbstautorisierung möchte er sich sozial differenzieren und individualisieren. Es kann aber auch sein, dass der Sohn das Verhalten, was er von zu Hause kennt, auf die Schule reflektiert. Vielleicht streiten sich die Eltern zu Hause so heftig, dass er dieses Verhalten schon übernommen hat.“

“Emotional intelligente Menschen wissen, was sie wollen. Sie lassen sich von ihren Gefühlen, ihren Emotionen leiten und nutzen diese als Handlungsrahmen. Da der Mensch sich selbst fremd ist, hat er kaum eine Wahl, als auf sein Inneres zu hören und aus dem Affekt zu handeln.“

“Emotionales Wissen wird von einem selbst gesteuert. Es ist subjektiv und passiert von mir aus. Der Schüler reagiert mit Gewalt auf d. Lehrer. Er handelt somit nur rational, ohne über sich nachzudenken“.

“Durch die Modernisierung des gesamten Lebens, insbesondere der Gesellschaft, sind die Normen und Traditionen aufgrund der viel komplexeren gesellschaftlichen Zusammenhänge nicht mehr so stark bzw. haben durch die Enttraditionalisierung an Wert und Gewicht verloren. Durch die Enttraditionalisierung entstand eine viel größere Autonomie in allen Lebensbereichen, es gab eine Abkehr von herkömmlichen Autoritäten, eine Verbürgerung der Gesellschaft.“

“Der Sohn dieser Eltern lässt seine Wut zweckrational heraus. Dies soll dem Sohn helfen, sich abzureagieren. Er könnte aber auch wegen seines affektuellen Gemüts zur Cholerik neigen.“ „Kann man dem Schüler einen Vorwurf machen? Es heißt, das Individuum wird von der Gesellschaft hervorgebracht, die ihm bestimmte Leistungen abverlangt. Seit die derzeitige Gesellschaft auf persönliche Entfaltung und Individualisierung besteht, hat der Schüler nur nach ihren Vorgaben gehandelt.“

Ignoranz im Gewand der Toleranz

Die Verwirrungen, die angesichts des unvermittelten Nebeneinanders miteinander unvereinbarer Interpretationen deutlich werden, sind mit dem bekannten Begriffsapparat des Kulturpessimismus nicht zu beschreiben. Es scheint, als habe sich die Ignoranz im Gewand der Toleranz gegenüber allem und jedem im Chaos der Beliebigkeiten zur Kulturtechnik entwickelt. Wer keine Idee habe, meinte Chesterton, dem steige die erstbeste direkt ins Hirn.

Wenn alles Mögliche gedacht und alles Denkbare auch gemacht werden kann, warum sollte man es dann nicht auch einmal mit dem Gegenteil versuchen? Die Welt ist das, was der Fall ist, von ihr berichten das Fernsehen und das Internet, die Hinterwelt heißt Kultur, die man hat, aber über die man nicht verfügt. Hinzu kommt: Begriffe sind längst nicht mehr Werkzeuge des Denkens, sondern Signalflaggen zur zeitweisen Konstruktion

von Erfahrungs- und Kommunikationsgemeinschaften. Dies führt zu einer Erweiterung und Beliebigkeit der Begriffsräume, die nicht auf Urteilsfähigkeit oder Sprachkompetenz beruhen, sondern auf Zustimmungsbereitschaft im Medium der Öffentlichkeit.

Der ideenpolitische Opportunismus, so schrieb bereits Arnold Gehlen, habe zu einer Haltung geführt, „die im Alltag fünf gerade sein lässt, die das Abwarten, wer gewinnt, und in welcher Richtung man den eigenen Mantel in den Wind hängen sollte, für Lebensklugheit hält. Man entscheidet selbst, was gut und böse ist. Die Realität passt sich der Wortwirklichkeit an“, die Tatsachen und Menschen entwickeln sich sozusagen in das Gerede von ihnen hinein. Ich glaube, dass es an der Zeit ist, sich über die Folgen dieser „Revolution“ im Bildungswesen Klarheit zu verschaffen. Dazu gehört nicht zuletzt auch eine Diskussion darüber, wer von der Verabschiedung der Bildung an den Gymnasien und der Entakademisierung der Universitäten profitiert hat.

Georg Kamphausen lehrt Soziologie an der Universität Bayreuth.

Quelle: F.A.Z.

The Great Abdication

By PAUL KRUGMAN

NYT Published: June 24, 2012 [342 Comments](#)

Among economists who know their history, the mere mention of certain years evokes shivers. For example, three years ago [Christina Romer](#), then the head of President Obama's Council of Economic Advisers, warned politicians not to re-enact 1937 — the year F.D.R. shifted, far too soon, from fiscal stimulus to austerity, plunging the recovering economy back into [recession](#). Unfortunately, this advice was ignored.



Fred R. Conrad/The New York Times

Paul Krugman

But now I'm hearing more and more about an even more fateful year. Suddenly [normally calm economists are talking about 1931](#), the year everything fell apart.

It started with a banking crisis in a small European country (Austria). Austria tried to step in with a bank rescue — but the spiraling cost of the rescue put the government's own solvency in doubt. Austria's troubles shouldn't have been big enough to have large effects on the world economy, but in practice they created a panic that spread around the world. Sound familiar?

The really crucial lesson of 1931, however, was about the dangers of policy abdication. Stronger European governments could have helped Austria manage its problems. Central banks, notably the Bank of France and the [Federal Reserve](#), could have done much more to limit the damage. But nobody with the power to contain the crisis stepped up to the plate; everyone who could and should have acted declared that it was someone else's responsibility.

And it's happening again, both in Europe and in America.

Consider first how European leaders have been handling the banking crisis in Spain. (Forget about Greece, which is pretty much a lost cause; Spain is where the fate of Europe will be decided.) Like Austria in 1931, Spain has troubled banks that desperately need more capital, but the Spanish government now, like Austria's government then, faces questions about its own solvency.

So what should European leaders — who have an overwhelming interest in containing the Spanish crisis — do? It seems obvious that European creditor nations need, one way or another, to assume some of the financial risks facing Spanish banks. No, Germany won't like it — but with the very survival of [the euro](#) at stake, a bit of financial risk should be a small consideration.

But no. Europe's "solution" was to lend money to the Spanish government, and tell that government to bail out its own banks. It took financial markets no time at all to figure out that this solved nothing, that it just put Spain's government more deeply in debt. And the European crisis is now deeper than ever.

Yet let's not ridicule the Europeans, since many of our own policy makers are acting just as irresponsibly. And I'm not just talking about Congressional Republicans, who often seem as if they are deliberately trying to sabotage the economy.

Let's talk instead about the Federal Reserve. The Fed has a so-called dual mandate: it's supposed to seek both price stability and full employment. And last week the Fed released its latest set of economic projections, showing that it expects to fail on both parts of its mandate, with inflation below target and unemployment far above target for years to come.

This is a terrible prospect, and the Fed knows it. Ben Bernanke, the Fed's chairman, has warned in particular about the damage being done to America by the unprecedented level of long-term unemployment.

So what does the Fed propose doing about the situation? Almost nothing. True, last week the Fed announced some actions that would supposedly boost the economy. But I think it's fair to say that everyone at all familiar with the situation regards these actions as pathetically inadequate — the bare minimum the Fed could do to deflect accusations that it is doing nothing at all.

Why won't the Fed act? My guess is that it's intimidated by those Congressional Republicans, that it's afraid to do anything that might be seen as providing political aid to President Obama, that is, anything that might help the economy. Maybe there's some other explanation, but the fact is that the Fed, like the European Central Bank, like the U.S. Congress, like the government of Germany, has decided that avoiding economic disaster is somebody else's responsibility.

None of this should be happening. As in 1931, Western nations have the resources they need to avoid catastrophe, and indeed to restore prosperity — and we have the added advantage of knowing much more than our great-grandparents did about how depressions happen and how to end them. But knowledge and resources do no good if those who possess them refuse to use them.

And that's what seems to be happening. The fundamentals of the world economy aren't, in themselves, all that scary; it's the almost universal abdication of responsibility that fills me, and many other economists, with a growing sense of dread.

The euro should now be put to the sword

The 19th crisis summit won't achieve anything until it faces up to the EU's economic deceit, writes Jeff Randall.



Rome was a fitting arena for this gruesome spectacle Photo: PHOTOLIBRARY

The Telegraph By [Jeff Randall](#)

6:53AM BST 25 Jun 2012

Given Rome's history of staging grotesque spectacles, it's appropriate that the Eternal City was hosting last week's gathering of leaders in the never-ending circus of [European Union](#) summitry. Spectators looking for a demonstration of gladiatorial courage will have been disappointed. Never mind fighting lions, the main players in the arena seem not to know what form the beast takes, much less how to kill it.

Since [Greece](#) went into meltdown, triggering a crisis of confidence in the euro, there have been 18 EU summits. The format is wearily familiar: after 36 hours of unproductive haggling, a communiqué is issued, promising a united effort to boost growth, promote jobs and curb "speculators".

Vulnerable countries then brief reporters on the desirability of mutualising sovereign debt and fiscal transfers. This is followed by a statement from Berlin, the subtext of which is that the [Germans](#) would rather eat their own eyeballs than give Athens the PIN for a Bundesbank savings account.

Having rallied briefly on superficial hopes of effective action, financial markets lurch into reverse, forcing up the borrowing costs of weaker eurozone members to "Game Over" levels. Amid rancour and confusion, the unfulfilled alchemists of EU politics retreat to work out whom to blame next.

All that has changed is Germany's readiness to dish out its retaliation first. Anticipating (correctly) that Greece's new order would call for an easing of the bail-out terms, Volker Kauder, one of Angela Merkel's key parliamentary allies, last week told *Der Spiegel* that his government should not "send any signal" that agreed austerity measures can be changed.

At the heart of the disaster is the reluctance of Europe's self-deluding elite to admit that the single currency was launched on a false premise and shored up by deceit. As long as its members insist that there can be a politically contrived solution to what is essentially a financial crisis, the cost of failure will continue to soar.

The false premise was, as the high-priest of liberal-Left economics, Princeton's Paul Krugman, pointed out recently, "the arrogance of European officials, mostly from richer countries, who convinced themselves that they could make a single currency work without a single government".

The deceit, [highlighted by Harvard historian Niall Ferguson in the first of his Reith lectures last week](#), continues to be a "fraudulent" system of national accounting, allowing huge liabilities to be hidden by

profligate states: “Not even the current income and expenditure statements can be relied upon in some countries.”

Confounded by events and discredited by outcomes, those who urged us to believe that political firepower would abolish financial gravity inside the eurozone are now tormented by their own hubris. Yet rather than confess to intellectual shortcomings, they thrash about for scapegoats.

One crackpot theory suggests that it’s all the fault of the Germans for having the cheek to work hard, pay taxes, save money and be competitive. If only they were more like their unproductive, big-spending trading partners, all would be well.

Another blames the evil of “speculation”. This Anglo-Saxon barbarity, it is claimed, must be rooted out so that near-bankrupt EU countries can once again borrow on terms normally reserved for AAA-rated customers.

This is nonsense. The problem is not those benefiting from the system but the system itself. In a league table of financial fantasies, the euro is right up there with Tulipomania and the South Sea Bubble.

Encouraging soft economies to operate with a hard currency is the devil’s work. It ends in financial purgatory. There is, however, one important difference between where Greece is today and Hell: unlike the eternally damned, the Greeks do not have to suffer in perpetuity. They have an alternative; it would not be pain-free, but it offers an escape from diabolical austerity and a chance to rebuild.

Greece must default and leave the euro. Writing in *Le Monde diplomatique*, Costas Lapavistas, professor of economics at SOAS, explains: “Greece needs to stop chasing its tail by seeking to service an unsupportable debt... default ought to be followed by the reintroduction of the drachma.” Yes, there would be short-term economic turmoil, but it has to be better than endless suffering.

Formal bankruptcy is the financial solution to a financial problem: Greece’s insolvency. Will it happen? Not if self-serving EU leaders and their Brussels flunkies have anything to do with it. Like members of the Flat Earth Society, they cling desperately to a vision of the world that no longer bears scrutiny.

The dream of a United States of Europe has turned into a nightmare, but confronting reality is too terrifying for them to contemplate. In the absence of voter approval for irreversible fiscal union and a perpetual conveyor belt of taxpayer funding from Stuttgart to Salonika, how does the euro survive?

For if Greece goes, what about Spain? Many Spanish banks are bust (their property portfolios are a horror show). Madrid cannot afford to rescue them, because its borrowing costs are too high. So the European Central Bank is lending cheap money to the Spanish financial sector so that it can recycle the cash into Spanish bonds at below-market rates. It’s like a drowning man throwing a lifebelt to a sinking ship: both are doomed.

In the amphitheatres of ancient Rome, there was a grisly form of voter participation. The crowd was invited to pass judgment on defeated gladiators. Thumbs down meant a swift dispatch.

EU leaders arriving in Italy last week were, perhaps undeservedly, spared death by the sword. They will, however, be held to account by investors, whose dwindling patience is murdering the euro.

06/25/2012 02:54 PM

Imagining the Unthinkable

The Disastrous Consequences of a Euro Crash

As the debt crisis worsens in Spain and Italy, financial experts are warning of the catastrophic consequences of a crash of the euro: the destruction of trillions in assets and record high unemployment levels, even in Germany.
By SPIEGEL Staff

It isn't long ago that Mario Draghi was spreading confidence and good cheer. "The worst is over," the head of the European Central Bank (ECB) told Germany's *Bild* newspaper only a few weeks ago. The situation in the euro zone had "stabilized," Draghi said, and "investor confidence was returning." And because everything seemed to be on track, Draghi even accepted a Prussian spiked helmet from the reporters. Hurrah.

Last week, however, Europe's chief monetary watchdog wasn't looking nearly as happy in photos taken in front of a circle of blue-and-yellow stars inside the Euro Tower, the ECB's Frankfurt headquarters, where he was congratulating the winners of an international student contest. He smiled, shook hands and handed out certificates. But what he had to tell his listeners no longer sounded optimistic. Instead, Draghi sounded deeply concerned and even displayed a touch of resignation. "You are the first generation that has grown up with the euro and is no longer familiar with the old currencies," he said. "I hope we won't experience them again."

The fact that Europe's top central banker is no longer willing to rule out a return to the old national currencies shows how serious the situation is. Until recently, it was seen as a sign of political correctness to not even consider the possibility of a euro collapse. But now that the currency dispute has escalated in Europe, the inconceivable is becoming conceivable, at all levels of politics and the economy.

Collapse of Currency a 'Very Likely Scenario'

Investment experts at Deutsche Bank now feel that a collapse of the common currency is "a very likely scenario." German companies are preparing themselves for the possibility that their business contacts in Madrid and Barcelona could soon be paying with pesetas again. And in Italy, former Prime Minister Silvio Berlusconi is thinking of running a new election campaign, possibly this year, on a return-to-the-lira platform.

Nothing seems impossible anymore, not even a scenario in which all members of the currency zone dust off their old coins and bills -- bidding farewell to the euro, and instead welcoming back the guilder, deutsche mark and drachma.

It would be a dream for nationalist politicians, and a nightmare for the economy. Everything that has grown together in two decades of euro history would have to be painstakingly torn apart. Millions of contracts, business relationships and partnerships would have to be reassessed, while thousands of companies would need protection from bankruptcy. All of Europe would plunge into a deep recession. Governments, which would be forced to borrow additional billions to meet their needs, would face the choice between two unattractive options: either to drastically increase taxes or to impose significant financial burdens on their citizens in the form of higher inflation.

A horrific scenario would become a reality, a prospect so frightening that it ought to convince every European leader to seek a consensus as quickly as possible. But there can be no talk of consensus today. On the contrary, as the economic crisis worsens in southern Europe, the fronts between governments are only becoming more rigid.

The Italians and Spaniards want Germany to issue stronger guarantees for their debts. But the Germans are only willing to do so if all euro countries transfer more power to Brussels -- steps the southern member states, for their part, don't want to take.

The Patient Is Getting Worse

The discussion has been going in circles for months, which is why the continent's debtor countries continue to squander confidence, among both the international financial markets and their citizens. No matter what medicine European politicians prescribe, the patient isn't getting any better. In fact, it's only getting worse.

For weeks, investors and experts demanded a solution to the Spanish banking crisis, preferably in the form of a cash infusion from the two Luxembourg-based European bailout funds, the European Financial Stability Facility (EFSF) and the European Stability Mechanism (ESM). When Madrid finally decided to request what could ultimately amount to almost €100 billion (\$125 billion), the experts realized that this would suddenly send Spain's government debt shooting up from 70 to 80 percent. As a result, interest rates started rising instead of falling.

The experience of the last few days describes the entire dilemma faced by European politicians trying to rescue the euro: A step that was intended to provide relief only exacerbated the problem.

The same thing happened with the next proposal, which made the rounds last week. Italian Prime Minister Mario Monti wanted the European bailout funds to intervene on behalf of Spain and Italy to bring down their borrowing costs.

But that would have required the affected countries to submit to a program of reforms, a path Monti and his Spanish counterpart, Mariano Rajoy, want to avoid. They would prefer to have the money without conditions. But the German government is unwilling to accept this, which puts Europe at its next impasse. Furthermore, the rescue strategists' resources are limited. Although the Luxembourg bailout funds still have more than €600 billion in uncommitted resources, it is already clear that the money would be used up quickly if what many experts now believe is unavoidable came to pass, namely that not just the Spanish banking industry but in fact the entire country required a bailout. The bailout funds would be completely overtaxed if Italy also needed help.

Even ECB Has Largely Exhausted Resources

Until now, the defenders of the euro have been able to resort to the massive funds of the ECB, if necessary. If things got tight, the monetary watchdogs could inject new money into the market.

But now even the ECB has largely exhausted its resources. It has already bought up so much of the sovereign debt of ailing countries that any additional shopping spree threatens to backfire, causing interest rates to explode instead of fall. At the same time, the conflict between Northern and Southern Europe in the ECB Governing Council is heating up. Last week, the head of Spain's central bank managed to convince the ECB to ease its rules to allow Spanish banks to use even weaker collateral than before in exchange for borrowing money from the ECB. This could set off a tiff with the central bankers from the donor countries, who are loath to look on as the risks in the central bank's balance sheet continue to grow.

Indeed, the European leaders seeking to save the euro are in a race against the clock. The question is whether the economy in Southern Europe will recover before the euro rescuers' tools are exhausted, or whether it will be too late by the time the recovery arrives. It's a question of growth and the economy, but also of character. How willing are the Spaniards and Italians to accept reforms and hardship, and how willing, on the other hand, are the donor countries of the north to provide assistance and make sacrifices?

Not willing enough, say many experts. As a result, the world is imagining the unthinkable: the withdrawal of several Southern European countries from the monetary union, or possibly even the general collapse of the euro zone. It isn't easy to predict how such a tornado would affect the global economy, but it's clear that the damage would be immense.

Companies Envision Possible Scenarios

It's also clear, says Hamburg economist Dirk Meyer, that the timetable for a euro exit in the affected countries would begin on a Monday, or "Day X." Over the weekend, the governments would have issued the surprising announcement that banks would remain closed on Monday. The bank holiday would be needed to include all savings and checking accounts in the operation.

On Tuesday, the banks and savings banks would begin stamping their customers' bank notes with forgery-proof ink. Capital transactions would be monitored. Black market prices would quickly develop in what the scenario defines as an "unofficial, virtual currency market." Another bank holiday would be needed to convert accounts and balances to the new currency. But at least another year would pass before new bank notes could be printed and distributed. The stamped euro banknotes would remain legal tender in the meantime.

But these are merely the technical consequences of a monetary reform. The economic consequences, which many German companies are now assessing, would be more serious. What happens if, in addition to Greece, other countries have to leave the euro zone? What will be the consequences if Spain, Portugal or Italy reintroduce their own currencies? Experts in the finance departments of some companies are already envisioning the possible scenarios.

For instance, they are examining whether the "euro" is explicitly defined as the agreement currency in contracts with customers from problem countries, so that they don't suddenly find themselves being paid in drachmas or escudos for their products. They are also looking into whether the costs incurred by a possible currency crash would be tax-deductible. And they are examining the potential need for write-offs if claims against business partners from southern countries are suddenly denominated in new currencies on their balance sheets. "The demand for consulting services has risen considerably in recent months," says Gunnar Schuster, an attorney with the law firm Freshfields Bruckhaus Deringer.

Germany Would Be Hard Hit

Germany, the great exporting nation, would be especially hard hit by monetary reforms in the southern countries. Exports to Italy and Spain alone are valued at about €100 billion a year. Although sales of cars, machinery, electronics and optical devices would not be eliminated altogether in the event of a euro collapse, there would be sharp declines, because customers in Southern Europe could no longer afford German products.

As soon as lira or pesetas were in circulation once again, the currencies would be devalued against the euro. Some expect their value to decline by 20 to 25 percent, while others believe that as much as 40 percent is likely. German goods would automatically become more expensive and would hardly be competitive anymore.

When BMW CEO Norbert Reithofer warns that a collapse of the euro "would be a catastrophe," and says that he "doesn't even want to imagine" the possible consequences, he isn't just thinking about declining exports. Reithofer fears that regionalism could return to Europe, and that countries could reintroduce customs barriers to protect domestic industry. And the current uniform environment protection rules would be replaced by a large number of national regulations. All of this would plunge the German export economy into a crisis.

The consequences would be extensive for companies that don't just sell products to Southern Europe, but also maintain branches there or hold partnerships in local companies. The German industrial conglomerate ThyssenKrupp, for example, earns about €1.6 billion in revenues in Spain, where it also employs 5,500 people, mostly in elevator production. Even more important to the company is Italy, where it makes €2.3 billion a year, mostly with the production of stainless steel.

ThyssenKrupp's business in Italy and Spain makes up 9 percent of total sales, which illustrates the importance of the two countries in terms of profits. If a reintroduced lira and peseta were devalued against the euro, the amount of money that the subsidiaries transferred to the parent company in the western German city of Essen would shrink.

A look at the statistics of Germany's central bank, the Bundesbank, illustrates the amounts of money at stake for the economy. They show that in 2010, German companies achieved sales of about €218 billion in Italy, Spain, Portugal, Greece, Ireland and Cyprus, with Italian subsidiaries alone accounting for €96 billion. The value of foreign direct investment in these countries is about €90 billion.

German companies would also benefit from a euro crash, because labor costs would decline in their Portuguese or Spanish factories, but on balance the consequences would be negative. After the last appreciation of the currency in Germany, when the deutsche mark was flying high in the mid-1990s, the export economy suffered the consequences for years.

Massive Shock for Banking Sector

The effects of a euro crash on the financial sector would be hardly less devastating. If Southern European countries left the euro zone, customers would raid their accounts in those countries, says Christopher Kaserer, an expert on capital markets at the Technical University of Munich. This could lead to "a bank run that Spanish and Italian banks would not survive." And because financial companies in these countries are closely intertwined with the rest of the euro zone, customers would also be lining up in front of German banks. "Without capital controls, this sort of a situation could spin out of control," says Michael Kemmer, head of the Association of German Banks. Economists anticipate that German banks would also have to be closed.

But even if there were no major bank run, the withdrawal of several countries from the euro zone would shake the European banking system to its very foundations, analysts with the major Swiss bank Credit Suisse have calculated in a study.

According to the study, if Ireland, Portugal, Spain and Italy joined Greece in leaving the euro, 29 large European banks would see a total capital shortfall of about €410 billion. "If the peripheral countries withdraw from the euro zone, a few of the large, publicly traded banks would come to a standstill," reads the analysts' sobering conclusion. In their predictions, the experts did not even take into account the likelihood that France would come under pressure if Italy withdrew from the euro.

Banks in the crisis-ridden countries would be especially hard-hit, but so would investment banks like Deutsche Bank. According to Credit Suisse, the market leader in Europe's largest economy, which prides itself in having survived the financial crisis without government assistance, would face such heavy losses that it would suffer a capital shortfall of €35 billion.

Whereas Greece is now almost irrelevant for Deutsche Bank, Italy and Spain account for a tenth of its European private and corporate banking business. The bank estimates the credit risks in these countries at about €18 billion (Italy) and €12 billion (Spain).

Large insurance companies are also active in Spain and Italy. Allianz, for example, holds Italian government bonds with a book value of €31 billion, which could create losses for the German insurance giant if Italy withdrew from the euro and had trouble paying its debts. Allianz also holds direct investments in banks in debt-ridden Southern European countries.

Companies, sensing the potential risks, are already doing as much as they can today to prepare for a European monetary storm. For instance, they are financing deals in the peripheral countries locally, so as to avoid currency risk. Investment bankers report that companies are receiving loans almost exclusively from banks in their own countries. Where cross-border transactions are unavoidable, banks are engaging in hedge transactions. IT systems are being prepared for a Europe with multiple currencies. And whenever they can, banks are establishing liquidity reserves or depositing money with the ECB.

'Consequences of Disaster Would Spread Like a Tidal Wave'

In the real economy, companies are also doing what they can to prepare for a worst-case scenario. If possible, they are only doing business in the crisis-ridden countries that they can finance locally. Investments in Southern Europe are being scaled back, and instead companies are trying "to accelerate growth outside the euro zone,

such as in the emerging economies of Asia and Latin America," says one investment banker. This explains why mergers and acquisitions have virtually ground to a halt in Europe.

It's understandable that companies want to protect themselves from a euro crash. But if things get serious, all of these efforts could be worthless, because the consequences of a monetary disaster would spread across the entire economy like a tidal wave.

Economists with the Dutch bank ING have calculated that in the first two years following a collapse, the countries in the euro zone would lose 12 percent of their economic output. This corresponds to the loss of more than €1 trillion. It would make the recession that followed the bankruptcy of investment bank Lehmann Brothers seem like a minor industrial accident by comparison. Even after five years, say the ING experts, economic output in the euro zone would still be significantly lower than normal.

The consequences would also be catastrophic in Germany, as the German Finance Ministry concluded in a study commissioned by Finance Minister Wolfgang Schäuble, a member of the center-right Christian Democratic Union (CDU). The recovery and economic miracle would abruptly come to an end, and instead banks and companies would start collapsing like dominoes, after having to write off receivables and investments.

The German Finance Ministry's prognosis is even grimmer than that of the ING experts. According to their scenarios, in the first year following a euro collapse, the German economy would shrink by up to 10 percent and the ranks of the unemployed would swell to more than 5 million people. The officials were so horrified by their conclusions that they kept all of their analyses under lock and key, for fear that the costs of rescuing the euro could spin out of control. "Compared to such scenarios, a rescue, no matter how expensive it is, seems to be the lesser evil," says one Finance Ministry official.

Costs of Crash for Germany Could Be More than €500 Billion

The dream of balanced budgets would be dead for years. Government debt would rise sharply as tax revenues declined and government spending, on everything from bank bailouts to unemployment insurance, increased. Hundreds of thousands of jobs could be outsourced to other countries, and thousands of companies could go under.

According to a scenario by the major Swiss bank UBS, if the financial risks resulting from the decline in exports, the necessary bank bailouts and the company bankruptcies are added together, the total cost to the German economy could amount to a quarter of Germany's gross domestic product -- well over €500 billion.

And this doesn't even reflect the biggest financial risk, which remains hidden. In the last two years, the ECB has bought up more than €200 billion in sovereign debt from crisis-ridden countries. It would have to write off some of that debt in the event of a euro crash, which would also spell losses for the ECB's largest shareholder, Germany's Bundesbank central bank.

The so-called [Target2 balances](#) pose another threat. Through this internal payment system in the euro zone, the Bundesbank has accumulated about €700 billion in claims against the central banks of countries like Greece, Spain and Italy. This is more than five times the Bundesbank's own capital.

"If the monetary union collapsed, these claims would turn into thin air," says Hans-Werner Sinn, head of the Munich-based Ifo Institute for Economic Research. "Then the Bundesbank would have to write off this amount." Given that central banks are not normal enterprises, though, Sinn's conclusion is debatable. This is because central banks have different accounting options. It is conceivable, for example, that the Bundesbank could replace the Target2 asset on its balance sheet with an equalization claim against the German national budget. This would balance the equation on paper.

As long ago as 1948, the Bank Deutscher Länder (Bank of the German States, the forerunner of the Bundesbank) resorted to this accounting trick when, for example, it gave every German citizen 40 deutsche marks following monetary reform. Some of these claims have been on the central bank's books for decades.

But this time the amounts in question are different. It will likely trigger skepticism among international trading partners if the central bank simply conjures the claims from the Target2 system out of its books. It would jeopardize the reputation of the bank's executive board members as stability oriented monetary watchdogs, and possibly even the image of the new currency.

A Conundrum for Investors

Not surprisingly, German depositors and investors are worried. What happens to their assets once the dust has settled and the euro zone has been replaced with a multitude of currencies in Europe once again?

In the short term, the prices of almost all even slightly risky securities would plunge, predicts Andrew Bosomworth. He runs the German portfolio management division of Allianz subsidiary PIMCO, one of the world's largest asset management firms. Should the euro collapse, which Bosomworth still considers unlikely, he expects investors to suffer losses for several reasons. "First, they would suffer currency losses with almost all securities that were converted back to national currencies following a euro withdrawal," says Bosomworth. "Second, they would have to expect countries and companies to default more frequently on their bonds."

Asset managers see only two ways to protect themselves against a crash of the euro zone: to invest the money in tangible assets or to get it out of Europe. "Investors should nationalize their investments, with a focus on emerging economies," advises Bosomworth.

German citizens haven't recognized yet what an abyss they are facing. If the euro collapses, not only will many people lose their livelihoods, but German retirement pensions will also be threatened. The economic success of the last few years would be destroyed, and Germany would fall back into the crisis status of the 1990s.

On the other hand, if the German government gave in to the Southern Europeans' pressure to communitize debt, the risks could even be greater. Instead of an uncontrolled euro crash, Germany could be confronted with an uncontrolled transfer union. Year after year, the Germans would have to transfer sums in the double-digit billions to Southern European countries.

Time Remains to Save Euro

The worst can still be prevented, and Europeans still have the ability to save their common currency without overtaxing the solidarity of the donor countries.

But it is a massive task. Europe's politicians must surrender power to Brussels to supplement their common currency with the political union that's been missing until now. At the same time, the Italians and the Spaniards would have to prove that they could successfully reform and modernize their economies.

So far, it has seemed as if the quarreling nations of the old continent would prove equal to the challenge, as has so often been the case in their postwar history. As experienced Brussels observers know, solutions are only reached in Europe when the continent has run out of options.

But apparently the euro crisis is now so dire that it could even sweep away the oldest European certainties. Even die-hard European politicians now believe that it is no longer inconceivable that the monetary union could soon have fewer members than before. "To push Europe forward, we have to reform the euro," says Luxembourg Finance Minister Luc Frieden. "This doesn't just apply to the management of the monetary union, but, if necessary, to its geographic composition, as well."

Reported by SVEN BÖLL, DIETMAR HAWRANEK, MARTIN HESSE, ALEXANDER JUNG, ALEXANDER NEUBACHER, CHRISTIAN REIERMANN, MICHAEL SAUGA, CHRISTOPH SCHULT AND ANNE SEITH

Translated from the German by Christopher Sultan

URL:

- <http://www.spiegel.de/international/europe/fears-grow-of-consequences-of-potential-euro-collapse-a-840634.html>